

# die hochschule. journal für wissenschaft und bildung

Herausgegeben von Peer Pasternack  
für das Institut für Hochschulforschung (HoF)  
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Redaktion: Daniel Hechler

---

Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg, Collegienstraße 62, D-06886 Wittenberg

<https://www.diehochschule.de>

Kontakt Redaktion: [daniel.hechler@hof.uni-halle.de](mailto:daniel.hechler@hof.uni-halle.de)

Kontakt Vertrieb: Tel. 03491/466 254, Fax: 03491/466 255, eMail: [institut@hof.uni-halle.de](mailto:institut@hof.uni-halle.de)

ISSN 1618-9671, ISBN 978-3-937573-68-7

---

Die Zeitschrift „die hochschule“ versteht sich als Ort für Debatten aller Fragen der Hochschulforschung sowie angrenzender Themen aus der Wissenschafts- und Bildungsforschung. Als Beihefte der „hochschule“ erscheinen die „HoF-Handreichungen“, die sich dem Transfer hochschulforscherischen Wissens vor allem in die Praxis der Hochschulentwicklung widmen.

Artikelmanuskripte werden elektronisch per eMail-Attachment erbeten. Ihr Umfang soll 25.000 Zeichen nicht überschreiten. Inhaltlich ist „die hochschule“ vorrangig an Beiträgen interessiert, die Themen jenseits des Mainstreams oder Mainstream-Themen in unorthodoxen Perspektiven behandeln. Eingereicht werden können sozial- und geschichtswissenschaftliche Texte, die (a) auf empirischer Basis ein nachvollziehbar formuliertes Problem aufklären oder/und (b) eine theoretische Perspektive entfalten oder/und (c) zeitdiagnostisch angelegt sind, ohne reiner Meinungsartikel zu sein. Für Rezensionen beträgt der Maximalumfang 7.500 Zeichen. Weitere Autoren- und Rezensionshinweise finden sich auf der Homepage der Zeitschrift: [www.diehochschule.de](http://www.diehochschule.de) >> Redaktion.

Das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF), 1996 gegründet, ist ein An-Institut der Martin-Luther-Universität ([www.hof.uni-halle.de](http://www.hof.uni-halle.de)). Es hat seinen Sitz in der Stiftung Leucorea Wittenberg und wird geleitet von Peer Pasternack.

Als Beilage zu „die hochschule“ erscheint der „HoF-Berichterstatte“ mit aktuellen Nachrichten aus dem Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg. Daneben publiziert das Institut die „HoF-Arbeitsberichte“ ([https://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof\\_arbeitsberichte.htm](https://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof_arbeitsberichte.htm)) und die Schriftenreihe „Hochschul- und Wissenschaftsforschung Halle-Wittenberg“ beim BWV Berliner Wissenschafts-Verlag. Ein quartalsweise erscheinender eMail-Newsletter kann abonniert werden unter <https://lists.uni-halle.de/mailman/listinfo/hofnews>

*Abbildung vordere Umschlagseite: Greser & Lenz, Aschaffenburg*

# INHALT

## FORUM

*Andreas Beer, Peer Pasternack:*

Wissenschaft außerhalb der Komfortzone. Wissenschaftsbezogene  
Krisenkommunikation als Instrument der Qualitätssicherung .....5

*Angelika Trübswetter:*

Herausforderungen für Frauen in wissenschaftlichen Karriereverläufen.  
Einblicke in vier Karrierestationen .....25

*Kalle Hauss:*

Welche Rolle spielen Konferenzen in der Wissenschaft?  
Antworten aus der Perspektive von Nachwuchswissenschaftler\*innen .....42

*Astrid Franzke:*

Gender. Zwischen Ressource und Bedeutungsverlust .....52

*Lina Vollmer:*

Wie lässt sich Professionalisierung messen? Ein Analyseinstrument  
am Beispiel der Gleichstellungsarbeit an Hochschulen .....66

*Sonja Herrmann:*

Studienleistungen privat und staatlich Studierender im Vergleich .....79

*Guido Speiser:*

Ist mehr genug? Drei Trends in der Hochschulfinanzierung .....89

## **GESCHICHTE**

*Jörg-Peter Pahl, Hannes Ranke:*

Von der Höheren Fachschule zur Fachhochschule.

Entstehung und Etablierung einer Institution .....99

*Oliver Sukrow:*

Die Akademie der Marxistisch-Leninistischen Organisationswissenschaft  
in Berlin. Geschichte und Kontext eines (vergessenen) sozialistischen

Zukunftsorts .....113

## **PUBLIKATIONEN**

Nadin Fromm: Zur Transnationalisierung von Hochschulbildung.

Eine empirische Studie zur Interaktion hochschulpolitischer Akteure

beim Aufbau bilateraler Hochschulen im Ausland (*Younes Qrirou*).....127

*Peer Pasternack, Daniel Hechler:*

Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen

in Ostdeutschland seit 1945.....131

**Autorinnen & Autoren**.....155



## Wissenschaft außerhalb der Komfortzone

### Wissenschaftsbezogene Krisenkommunikation als Instrument der Qualitätssicherung

**Andreas Beer**  
**Peer Pasternack**  
Halle-Wittenberg

#### 1. Die Herausforderungen

Die Wissenschaft sieht sich seit längerer Zeit Infragestellungen ausgesetzt, die Zeichen und Katalysator eines schwindenden Vertrauens sind. Jüngste Entwicklungen sind überdies durch Attacken auf die Integrität des Wissenschaftssystems gekennzeichnet sowie durch fehlendes Vertrauen in die Selbststeuerungspotenziale der Wissenschaft. Für den Vertrauensverlust spielen aber nicht nur wissenschaftsexterne, sondern auch -interne Entwicklungen eine Rolle.

So besitzen etwa Betrugsfälle Skandalisierungspotenzial, ebenso Dopingunterstützung für Leistungssportler.innen, Mobbingvorwürfe oder Verträge mit Drittmittelgebern, die diesen Einflussnahmen auf die wissenschaftliche Arbeit ermöglichen. Dass sich dieses Potenzial auch in tatsächlichen Skandalisierungen realisiert, kann angesichts der heutigen Resonanzbedingungen des Mediensystems kaum verwundern. Daneben stärkt das Unterlaufen der Qualitätssicherung in Graubereichen, etwa p-Hacking oder das sog. HARKing,<sup>1</sup> die besonders die quantitativ orientier-

---

<sup>1</sup> P-Hacking ist die interessengeleitete Interpretation von Datenmaterial mit dem Zweck, p-Werte unter einen vordefinierten Relevanzwert zu bringen (siehe Head 2015). HARKing („Hypothesizing after the results are known“) beschreibt die postfaktische Veränderung der Eingangshypothesen eines Experiments, wodurch Stringenz und Kohärenz im Forschungsprozess simuliert werden sollen. Beide Methoden sollen die Publikationswahrscheinlichkeit

ten Wissenschaften betreffen, das Vertrauen in die Wissenschaft zumindest nicht.

Als Motiv solcher Handlungen jenseits professioneller Standards oder in Graubereichen wird regelmäßig ein wissenschaftsschädlicher Wettbewerbsdruck genannt. Die „Wissenschaft der Fälscher“ sei geboren worden,

„als die Wissenschaft sich von einer Berufung zu einem Beruf wandelte, genauer gesagt, mit der Big Science, der Wissenschaft der großen, mit Millionen finanzierten Projekte, wie sie nach 1945 entstanden ist. In dieser Zeit wurde ein System der Finanzierung wissenschaftlicher Forschung errichtet, das jenes Konkurrenzklima geschaffen hat, das sowohl für die Fälschungen als auch für das ausgedehnte Netz der Komplizenschaft unter Wissenschaftlern, Universitäten und Finanzierungsghremien verantwortlich ist, das sich hinter ihnen verbirgt. Dieses System funktionierte, solange es reichlich Forschungsgelder und wenige Wissenschaftler gab. Heute jedoch, da sich die Zahl der Wissenschaftler vergrößert hat, die Finanzmittel aber geringer geworden sind und darüber hinaus die durchschnittliche Kreativität der Wissenschaftler gesunken ist, wird der Forscher vom System selbst gedrängt, zum Delinquenten zu werden, wenn er überleben will. Heute betrügt man, kurz gesagt, des Geldes wegen, früher dagegen tat man es wegen einer Idee.“ (Di Trocchio 1999: 10f.)

Solchen Problemen treten verstärkt Interventionen zur Seite, denen grundsätzliche epistemologische Infragestellungen zugrundeliegen. Sie sind höchst unterschiedlicher Art, Herkunft und Motivation:

■ Erwartet wird von der Wissenschaft erstens – nicht zuletzt durch politische Akteure – eine verstärkte außerwissenschaftliche *Relevanzorientierung*. Dabei geht es z.B. um innovationspolitische Inanspruchnahmen der Wissenschaft oder um Mitwirkungen an der Bearbeitung globaler Herausforderungen, den sog. Grand Challenges. Im Zusammenhang der Letzteren geht es um die Mobilisierung der Wissenschaft für eine Große Transformation, um letztlich das Überleben der Menschheit zu sichern. Dies erfordere den Übergang zum Konzept einer „transformativen Wissenschaft“ (Schneidewind/Singer-Brodowski 2014). Sei die deutsche Wissenschaftspolitik in den 50er und 60er Jahren vor allem staatsgetrieben gewesen, danach bis in die Gegenwart industriegetrieben, so stehe jetzt die Etablierung einer gesellschaftsgetriebenen Wissenschaft an (BUND 2012: 21). Von der „Wissenschaft über“ müsse man zur „Wissenschaft für“ gelangen (Schneidewind/Singer-Brodowski 2014).

---

erhöhen, da Fachzeitschriften vor allem im Bereich der Lebenswissenschaften positive Ergebnisse bzw. signifikante Veränderungen favorisieren (sog. *publication bias/positivity bias*).

■ Zweitens: Die ethische und politische Reflexion wissenschaftlicher Forschung gehört durchaus zum tradierten Bestand des wissenschaftlichen Diskurses, doch tritt dem punktuell ein *moralischer Rigorismus* zur Seite. Dieser strebt – etwa als Ausdruck politischer Korrektheit oder von Identitätspolitik – weniger die Kritik als die Exklusion wissenschaftlicher Positionen, Personen oder Organisationen aus dem wissenschaftlichen Feld an, so sie mit bestimmten politisch-normativen Inhalten in Verbindung gebracht werden. Eine solche wissenschaftsexterne Präformierung wissenschaftlicher Sagbarkeitsregeln limitiert, unabhängig von der Berechtigung der vorgetragenen Ansprüche, die Debatte konkurrierender wissenschaftlicher Ansätze und kann so die Legitimität der Wissenschaft insgesamt untergraben.

■ Drittens zielen *populistische Diskurse* auf eine Relativierung bzw. Delegitimierung der Autorität wissenschaftlichen Wissens allgemein, indem dessen bisheriger Status als Wissen mit den höchsten Gewissheitsgraden infrage gestellt wird. Am intensivsten zeigt sich dies derzeit in den Auseinandersetzungen um die Ergebnisse der Klimaforschung. Ein exemplarisches Zitat aus dem Programm der Partei Alternative für Deutschland:

„Die Klimaschutzpolitik beruht auf hypothetischen Klima-Modellen basierend auf computergestützten Simulationen des IPCC („Weltklimarat“). Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) ist kein Schadstoff, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil allen Lebens. | Der IPCC versucht nachzuweisen, dass die von Menschen verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen zu einer globalen Erwärmung mit schwerwiegenden Folgen für die Menschheit führen. Hierzu beruft man sich auf Computermodelle, deren Aussagen durch Messungen oder Beobachtungen nicht bestätigt werden. Seit die Erde eine Atmosphäre hat, gibt es Kalt- und Warmzeiten. Wir leben heute in einer Warmzeit mit Temperaturen ähnlich der mittelalterlichen und der römischen Warmzeit. Die IPCC-Modelle können diese Klimaänderungen nicht erklären. [...] IPCC und deutsche Regierung unterschlagen die positive Wirkung des CO<sub>2</sub> auf das Pflanzenwachstum und damit auf die Welternährung. Je mehr es davon in der Atmosphäre gibt, umso kräftiger fällt das Pflanzenwachstum aus.“ (AfD 2016: 156)

Obleich diese drei Interventionen sehr unterschiedlicher Herkunft und Berechtigung sind, transportieren sie doch auf formaler Ebene alle – jeweils verschiedene – gesellschaftliche Kontroversen, mit denen sich die Wissenschaft um ihrer fortdauernden Legitimität willen auseinandersetzen muss. Auf einer gleichsam ‚technischen‘ Ebene treffen sie sich ebenfalls: Der Wissenschaft werden völlig neue Intensitäten und Qualitäten der Kontaktaufnahme und -pflege mit der Nichtwissenschaft wahlweise angeschlossen oder aufgenötigt. Eine praktische Folge dieser Herausforderungen ist die bisher unbekannte Relevanz der Wissenschaftskommunika-

tion, bestimmt diese doch wesentlich die Kontaktaufnahme und den Austausch mit der nichtakademischen Umwelt.

Eine Tiefenanalyse dieser Problemkonstellationen muss über das bloße Konstatieren funktionaler Differenzierung als primärer Struktur der Gegenwartsgesellschaft hinausgehen – und damit über die bisher meist übliche Antwort der Wissenschaft auf Forderungen nach Öffnung und gesellschaftlicher Relevanzorientierung. Wissenschaft, so heißt es dann regelmäßig, könne nur nach ihrer eigenen Funktionslogik operieren, wenn sie erfolgreich sein wolle und solle. Doch so korrekt dies ist, so sehr stellt sich die Frage, ob sich Wissenschaft um ihrer selbst willen entwickelt oder aber, wie jedes andere gesellschaftliche Funktionssystem auch, um einen spezifischen Output produzieren, der von anderen Subsystemen als Input benutzt wird (vgl. Parsons 1960: 17).

Zu fragen ist nicht nur nach den Leistungen, sondern auch den Belastungen, die mit der funktionalen Differenzierung einhergehen, sowie nach den strukturellen Kopplungen zwischen Wissenschaft und anderen Subsystemen. Letztere aber sind überwiegend nicht ausgearbeitet. Die Folgen, die sich aus der wechselseitigen Abhängigkeit von Wissenschaft und den anderen Funktionssystemen ergeben, bedürfen jedoch nicht nur einer theoretischen, sondern auch einer praktischen Klärung, manifestieren sich diese doch in einer ganzen Serie von parallelen – und teils paradoxen – Entwicklungen:

- Wissenschaftliches Wissen ist (a) Überlebensbedingung und (b) Risikofaktor, da es zugleich auch Unsicherheitswissen und/oder destruktiv anwendbar ist.
- Medial bedingt ist es gleichsam garantiert, dass (c) missbräuchliche Inanspruchnahmen wissenschaftlicher Reputation, etwa innerhalb politischer Auseinandersetzungen, oder (d) ungedeckte Reklamierungen wissenschaftlicher Autorität in wissenschaftlichen und außerwissenschaftlichen Konflikten, (e) Betrugsfälle und (f) Dienstpflichtverletzungen in wissenschaftlichen Einrichtungen öffentlich werden.
- Die (g) geforderte Relevanzorientierung oder (h) die Aufstellung von Sagbarkeitsregeln politischer Korrektheit oder (i) eine gesellschaftliche Stimmung der Komplexitätsabweisung lassen die Selbstverständlichkeit der sozialen Akzeptanz der Wissenschaft erodieren.

Die Herausforderungen der Wissenschaft platzieren sie in einer gesellschaftlichen Gemengelage, die sich als andauernde Kontroversität fassen lässt. Damit ist nicht die innerwissenschaftliche Kontroversität gemeint, die als ‚gelehrter Meinungsstreit‘ die Basis jeglichen wissenschaftlichen

Erkenntnisfortschritts bildet. Vielmehr besteht die Kontroversität darin, dass wissenschaftliche Qualität infrage gestellt wird – sei es für einzelne Personen, Themen, Fächer oder das System Wissenschaft insgesamt. Bisher vornehmlich als ‚Risiko‘ (d.h. als kalkulierbare Folge einer Entscheidung, siehe Ruhrmann/Guenther 2017: 298f.) gefasst, muss sich die Wissenschaft auf eine Permanenz dieser Situation einstellen. Dies benötigt eine grundlegende Scheidung von wissenschaftlichen und außerwissenschaftlichen Anerkennungslogiken.

Eine Situation des Vertrauensverlustes ist auf der Ebene gesellschaftlicher Funktionssysteme keineswegs einzigartig. Für die Wissenschaft jedoch ist sie neu, und wissenschaftliche Akteure lernen meist gerade erst, mit dieser neuen Herausforderung umzugehen. Insbesondere die von außen an die Wissenschaft herangetragenen Anfragen sind in einer Gesellschaft, die nicht nur Wissens-, sondern auch eine verwissenschaftliche Gesellschaft ist, auf Dauer angelegt. In einer gesellschaftlichen Realität, die gekennzeichnet ist durch wissenschaftliches Wissen als „Ressource wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wertschöpfung“ (Schulz-Schaeffer/Bösch 2003: 9), lässt sich Anfragen aus der Gesellschaft an die Wissenschaft schlicht nicht ausweichen.

Unsere These ist hier: Ebenso die Definition von Forschungsfragen, wie der wissenschaftliche Bearbeitungsprozess, wie die Nutzung der Ergebnisse, aber auch die Gestaltung von Studiengangcurricula und Lehrprozessen unterliegen potenziell wissenschaftsexternen Anfragen, die aus dem Charakter einer sowohl offenen als auch verwissenschaftlichten Gesellschaft folgen. Die gelingende externe Kontaktaufnahme und -pflege der Wissenschaft wird damit zum Qualitätsmerkmal für wissenschaftliche Prozesse. Dieses Qualitätsmerkmal vermag im Erfolgsfall sicherzustellen, dass die Wissenschaft ihre Legitimität im Sinne sozialer Akzeptanz fortwährend zu erneuern in der Lage ist.

## **2. Wissenschaftskommunikation als wissenschaftliches Qualitätsmerkmal**

Die Sicherung der Wissenschaftlichkeit der Wissenschaft erfolgt über rationale Diskursivität, Methodenbindung, Öffentlichkeit und Kritik. Diese werden über herkömmliche, innerhalb der wissenschaftlichen Sphäre erprobte Instrumente wie Reputation, Peer Review, Bibliometrie, Rankings, Ratings usw. kontrolliert (und nutzen dabei Surrogate für die schwer ‚an sich‘ greifbare wissenschaftliche Qualität). Auch externe Legitimität wird damit erzeugt und reproduziert, soweit Vertrauen in diese Qualitätssicherungsinstrumente und ihr fragloses Funktionieren besteht. Gibt es (be-

rechtigte oder unberechtigte) Anlässe, daran zu zweifeln, muss die Legitimität durch aktive Kommunikation erworben bzw. fortlaufend erneuert werden. Die Gründe sind mehrschichtig:

- Hochschulen und Forschungsinstitute unterhalten in spätmodernen Gesellschaften mit umfassender massenmedialer Berichterstattung und unter zunehmender Umsetzung von New-Public-Management-Vorgaben stark erweiterte Umweltbeziehungen. Das Konzept wissenschaftlicher Qualitätssicherung kann davon nicht mehr absehen, ist also entsprechend zu erweitern.

- Relevanz für die wissenschaftliche Qualitätssicherung besitzt neben der Definition der Forschungsfragen und den Bearbeitungsprozessen der wissenschaftlichen Fragestellung auch die Nutzung der Ergebnisse. Letztere war traditionell vorrangig als innerwissenschaftliche Angelegenheit verhandelt worden, doch die erweiterten Umweltbeziehungen sind zunehmend Transferbeziehungen. Nutzung der Ergebnisse setzt ihre Kommunikation voraus, nunmehr verstärkt auch eine solche, die die oben skizzierten veränderten Resonanzbedingungen in der Gesellschaft berücksichtigt.

- Der Transfer bedeutet, dass Wissenschaft (a) wissenschaftsgenuine Prozesse, Ergebnisse, Probleme und Fragestellungen an außerwissenschaftliche Akteure kommuniziert und (b) Anregungen, Fragen und Bedürfnisse außerwissenschaftlicher Akteurskreise innerhalb der Wissenschaft aufnimmt und verarbeitet. Denn manche Probleme sind nur in einem „transdisziplinären“ – gemeint ist: transakademischen – Modus bearbeitbar, und die Wissenschaft unterliegt einem gestiegenen Legitimationsdruck, kann also nicht mehr auf unhinterfragte Akzeptanz rechnen, sondern ist gut beraten, an der Herstellung dieser Akzeptanz aktiv mitzuwirken.

Die Wissenschaft muss daher als Qualitätssicherung *in* der Wissenschaft auch Kommunikation *aus* der Wissenschaft heraus betreiben. Hier ist eine erste weit verbreitete Fehleinschätzung zu korrigieren: Wissenschaftskommunikation habe sich wesentlich auf die Felder organisationale Öffentlichkeitsarbeit und Wissenschaftsmarketing zu beschränken und spiele entsprechend eine eher untergeordnete Rolle im Wissenschaftsbetrieb. Diese Fehleinschätzung mag dem Umstand geschuldet sein, dass Wissenschaft seit dem 19. Jahrhundert primär organisationsgestützt stattfindet und somit unter Prämissen der Organisationsgesellschaft bearbeitet wird.

Eine Nebenfolge dessen ist, dass Wissenschaftskommunikation häufig durch speziell damit beauftragtes Personal wahrgenommen wird. Da Wissenschaftskommunikation multipolar ist und aktiver Gestaltung bedarf, verhindern mangelnde Zeitressourcen sowie (bisher) nicht vorhandene Ausbildung<sup>2</sup> oftmals ihre Wahrnehmung durch Wissenschaftler:innen. Schnittstellenmanager, die dies gleichsam ersatzweise betreiben, verfügen in der Regel jedoch über keine direkte oder indirekte Anweisungsmacht gegenüber dem wissenschaftlichen Personal, so dass sie sich vornehmlich auf die organisatorischen Aspekte der Kommunikation konzentrieren.

Eine avancierte Betrachtung muss dagegen vier Formen der Wissenschaftskommunikation unterscheiden, von denen die Öffentlichkeitsarbeit lediglich eine ist:

- *Wissenstransfer*: Wissenschaftliches Wissen wird in außerwissenschaftliche Handlungskontexte eingeordnet und dabei für eine konkrete Problemstellung adaptiert, wobei zugleich neues Forschungswissen generiert wird;
- *Beratung* als „Erarbeiten und Bewerten von Optionen“ (Patzwalt/Buchholz 2006: 460) in konkreten Handlungskontexten. Dabei findet nicht gesonderte Forschung, allenfalls ergänzende Recherchen statt, sondern wird primär allgemeine Feldkenntnis (aufgrund früherer Forschungen) genutzt;
- *Öffentlichkeitsarbeit* als Ansprache außerwissenschaftlicher Öffentlichkeit(en), welche als allgemein Interessierte, Anspruchs- oder Interessengruppen informiert werden oder/und auch zu partizipativer Einflussnahme bewogen werden sollen. Dies wird meist als organisationale Umweltkommunikation realisiert, z.B. in Gestalt von Hochschulöffentlichkeitsarbeit. Dabei werden nicht zwingend wissenschaftliche Inhalte in einen nichtwissenschaftlichen Kontext übertragen, sondern findet zu einem großen Teil vor allem eine Sicherung eigener Organisationsinteressen statt;
- *Scitainment/Scientainment* als spezifische Form des Edutainment in Gestalt wissenschaftsgebundener Bildung durch Unterhaltung, indem qua Eventisierung und Festivalisierung Wissenschaft in Formate übersetzt wird, mit denen man versucht, potenzielle, meist bisher nicht wissenschaftsaffine Interessenten dort ‚abzuholen, wo sie stehen‘.

---

<sup>2</sup> Die Aneignung wissenschaftskommunikativen Wissens und die Ausbildung entsprechender Fertigkeiten kommen in den Curricula der Studiengänge und der Doktorandenausbildung nicht vor.

Diese typologische Fassung von Wissenschaftskommunikation ermöglicht es, sich zu konzentrieren, statt eine kommunikative Allzuständigkeit zu beanspruchen, wie sie in der einschlägigen Literatur auch vertreten wird: Demnach sei Wissenschaftskommunikation nicht nur im engen Sinne auf wissenschaftliche Außenkommunikation beschränkt, sondern stehe als Sammelbegriff für „intra-, inter- und extrawissenschaftliche Kommunikation“ (Bauernschmidt 2018: 22, unter Bezugnahme auf Daum 1998: 27). Es fällt allerdings auch leicht, dieser Auffassung nicht zu folgen, weil sie durch die im zitierten Text mitgelieferte Begründung sogleich dementiert wird. Denn unter Wissenschaftskommunikation sei danach folgendes zu verstehen:<sup>3</sup>

„das Ausbildungs- und Berufsfeld einer auf externe Wissenschaftskommunikation spezialisierten Gruppe (Wissenschaftsjournalisten, -manager), das Ausbildungs- und Berufsfeld einer auf interne Wissenschaftskommunikation spezialisierten Gruppe (akademischer Nachwuchs, der zunehmend Öffentlichkeitsarbeit ins Spektrum der genuin wissenschaftlichen Tätigkeiten zu integrieren hat)“ (Bauernschmidt 2018: 22f.).

Wie im letzten Klammersausdruck vermerkt: Es handelt sich gerade nicht, wie zuvor angegeben („interne Wissenschaftskommunikation“), um interne Kommunikation, sondern um eine nach außen gerichtete („Öffentlichkeitsarbeit“).<sup>4</sup>

Die Anforderungen an die (externe) Wissenschaftskommunikation sind hinreichend umfangreich, dass sich die einschlägige Forschung darauf konzentrieren kann. Die Befrachtung des Aufgabenprofils von Wissenschaftskommunikatoren mit der Organisation interner wissenschaftlicher Kommunikation würde davon nicht nur ablenken. Sie würde vor allem auch erhebliche Akzeptanzprobleme bei den Wissenschaftler:innen produzieren.

Es lässt sich insoweit festhalten: Zu unterscheiden sind basal wissenschaftliche Kommunikation (wissenschaftsinterne Kommunikation oder

---

<sup>3</sup> neben den hier nicht weiter relevanten Aspekten „junges akademisches Forschungsfeld“ und „neu auftauchende Disziplin“

<sup>4</sup> Auch werden für das Forschungsfeld drei Begriffe als „zentrale Begriffe“ genannt, nämlich Wissenschaftspopularisierung, Öffentliche Wissenschaft und externe Wissenschaftskommunikation (Bauernschmidt 2018: 23). Es ist offensichtlich, dass Wissenschaftspopularisierung und Öffentliche Wissenschaft gleichfalls externe Wissenschaftskommunikation sind, nämlich Varianten dieser, und sie werden im selben Text konsequenterweise als genau solche definiert: Wissenschaftspopularisierung sei (im Rückgriff auf Shinn/Whitley 1985: 3) die Übermittlung wissenschaftlichen Wissens von Wissenschaftlern an eine Laien-Öffentlichkeit zum Zwecke der Erbauung, Legitimation und Bildung, und Öffentliche Wissenschaft sei die Einbeziehung der Gesellschaft und das Informieren selbiger über Forschungsprojekte, -prozesse und -erkenntnisse (Bauernschmidt 2018: 26, 29).

*scholarly communication*) und Wissenschaftskommunikation (wissenschaftsexterne Kommunikation oder *science communication*). Letztere macht wissenschaftliche Themen, Zugänge und Ergebnisse nach außen so sichtbar, dass externe Adressaten diese in irgendeiner Weise als für sich relevant wahrnehmen können. Es geht hier also um transakademische Kommunikation. Diese wiederum muss, wenn sie erfolgreich sein soll, vom Adressaten her gedacht werden – was nicht exklusiv für Wissenschaftskommunikation ist, sondern für jede Kommunikation gilt. Stets disponiert die Empfängerseite über den Anschluss an Kommunikationsangebote sowie die dafür mobilisierten Strategien und Motive. Dieser Fokus auf Adressaten wendet den Blick von der meist erstinstanzlichen Frage nach den Ressourcen des Produzenten bzw. Senders hin zu den Aufnahmebedingungen seitens verschiedener Adressatengruppen. (Vgl. Ronge 1996: 137f.)

Im übrigen aber besteht für die Wissenschaftskommunikation weiterhin „großer Bedarf an empirischer Überprüfung und theoretischer Erkenntnisfindung“ (Gantenberg 2018: 18), da Begrifflichkeiten „in der Regel noch unreflektiert und undifferenziert“ verwendet werden (Knoblauch/Lettkemann/Wilke 2018: IX). Infolgedessen fehlt in der Praxis zumeist „eine theoretische (kommunikationswissenschaftliche oder pädagogische) Fundierung der Formate ebenso wie eine klare Fokussierung“ (Pansegrau/Taubert/Weingart 2011: 3).

### **3. Krisenkommunikationen: zwischen Fachgemeinschaft und Organisation**

Ob und wie die kommunikative Kontaktaufnahme und -pflege mit der Nichtwissenschaft gelingt, erweist sich regelmäßig besonders drastisch, wenn Krisenkommunikationen zu bewältigen sind. Deren Auslöser können Skandalisierungen, öffentliche Angriffe oder Problematisierungen jeglicher Art, Whistleblowing, Plagiate, Risiken oder vermeintliche Risiken wissenschaftlicher Forschungen, ethisch umstrittenes (Forschungs-) Handeln, Datenfälschungen usw. sein. In solchen Fällen erzeugen tatbestandsgebunden hervorgerufene Krisen Kommunikationskrisen, und diese erfordern eine souveräne Krisenkommunikation. Das grundsätzliche öffentliche Vertrauen in die Arbeit der Wissenschaft kann durch Skandalisierungen erschüttert und diese Erschütterung wiederum nur durch angemessene und souveräne Krisenkommunikationen der Wissenschaft selbst ausgeräumt werden.

An der Bewältigung solcher Kommunikationen zeigt sich in herausgehobener Weise, welche Fertigkeiten in der Wissenschaft bestehen, mit

akzeptanzbeeinträchtigenden Erschütterungen umzugehen. Zugrunde liegt diesen eine meist extern veranlasste Zuspitzung einer Problematisierung, die Gewissheiten außer Kraft setzt, eine zuvor bestehende Balance plötzlich kippen lässt und gegensteuernde Maßnahmen notwendig macht.<sup>5</sup>

Ein zentrales Problem besteht dabei in dem Umstand, dass die Krisenfälle häufig der Arbeit in der *Fachgemeinschaft* entstammen, doch die Krisenkommunikation jeweils eine *Organisation* bewältigen muss. Infolgedessen werden Krisenkommunikationen größtenteils zur Re-Legitimation der Organisation betrieben (Fährnich et al. 2019: 2; Raupp/Dan 2013: 356). Das Kommunikationsziel ist die Vermittlung der Anstrengungen, welche die Hochschule oder Forschungseinrichtung unternommen hat, um ihre kurzzeitig gefährdete Legitimation wiederherzustellen.

Die Forschung zur Wissenschaftskommunikation verstärkt dies einseitig, indem sie der Krisenkommunikation bisher ungenügende systematische Aufmerksamkeit gewidmet hat.<sup>6</sup> Meist wird sie unter dem Thema „Vertrauen in die Wissenschaft“ subsumiert (Weingart/Guenther 2016). Darauf aufbauende Rezeptionsstudien (z.B. Metag et al. 2018) beziehen Krisenkommunikationen lediglich als Anwendungsfälle ein und theoretisieren diese nicht. Indem dies überwiegend praxisorientiert ist, bleibt es auch untertheoretisierend:

- Vornehmlich werden Fallstudien aus Wirtschaft oder Politik nachgezeichnet und Bearbeitungsstrategien zum Skandalmanagement („Strategien der Selbstverteidigung“, Becker 2016) angeboten. Typischerweise wird auf Kriterien der Unternehmens(krisen)kommunikation zurückgegriffen.<sup>7</sup>

---

<sup>5</sup> Schwarz/Büker (2019: 273) bezeichnen solche Krisen als „eine Form sozial konstruierter Wirklichkeit“, die einhergeht „mit der Wahrnehmung von Individuen bzw. Organisationen und Gesellschaft, dass die Umsetzbarkeit zentraler Werte (z.B. Sicherheit, Recht, Moral) oder die Erreichbarkeit dominanter Ziele von sozialen Entitäten durch bestimmte Ereignisse oder Handlungen signifikant bedroht sind“.

<sup>6</sup> Die Wichtigkeit, Wissenschafts- und Krisenkommunikation zusammen- und auch die Wissenschaftler.innen integrierend zu denken, wird allerdings innerhalb der Forschungscommunity in letzter Zeit erkannt. Dies zeigte z.B. das Thema der 2. Jahreskonferenz des Wissenschaftskommunikations-Forscher.innennetzwerks innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft 2015. Eine Zusammenfassung der dortigen Debatten unterstreicht aber die Absenz empirischer Studien sowie die Notwendigkeit, Krisen- und Wissenschaftskommunikation nicht ausschließlich unter Prämissen der Organisationskommunikation zu verhandeln (Lüthje 2015, gegensätzlich argumentiert Raupp 2017).

<sup>7</sup> oft basierend auf der Situational Crisis Communication Theory (SCCT) von W. T. Coombs, siehe die einleitenden Beiträge in Coombs/Holladay (2010); vgl. kritisch-zusammenfassend Fährnich/Janssen Danyi/Nothhaft (2015: 24), ausführlicher in Fährnich/Kuhnhenh/Raaz

- Wissenschaftsbezogen werden vermehrt Output- und Rezeptionsstudien erstellt,<sup>8</sup> die besonders auf Chancen und Risiken digitaler Wissen(schaft)svermittlung fokussieren<sup>9</sup> oder Eventisierungspraktiken evaluieren.<sup>10</sup>
- Hochschulbezogen wird der Forschungsdiskurs zudem von Studien aus den USA bestimmt, welche nur stark eingeschränkt übertragbar sind – etwa wenn es um Waffengewalt auf dem Campus oder öffentlich ausgetragene Konflikte kulturell definierter Gemeinschaften geht.<sup>11</sup>

Da so die Hochschule bzw. Forschungseinrichtung als gleiche unter vielen kommunizierenden Organisationen wahrgenommen wird, verengt sich der Handlungshorizont auf die Verteidigung der angegriffenen Einrichtung: Skandalisierte Probleme werden als Organisationsproblem, nicht in ihrem wissenschaftssystemischen Zusammenhang bearbeitet, obgleich sie häufig die Integrität von Wissenschaft insgesamt infragestellen. Tierversuche oder Plagiate z.B. werden zwar immer am konkreten Fall verhandelt, der an einer konkreten Einrichtung angesiedelt ist, doch der potenzielle Reputationsverlust trifft nicht nur diese Einrichtung, sondern die Wissenschaft insgesamt.

Dem kann organisationsegoistisches Reputationsmanagement nicht gerecht werden. Es kann vielmehr mittel- bis langfristig eine (ungewollte) Beschädigung der Autorität des Systems Wissenschaft nach sich ziehen. Soll dies vermieden werden, müssen Krisenkommunikationen als solche der Wissenschaft und nicht nur solche einer wissenschaftlichen Einrichtung bearbeitet werden.<sup>12</sup> Die Mikro- und die Mesoebene tragen hier also eine zentrale Verantwortung für die Makroebene.

---

(2019). Die SCCT recurriert auf Reputationswahrungskonzepte, welche selbst wieder auf inzwischen klassischen soziologischen Konzepten wie dem ‚face-saving‘ (Goffman 1990 [1956]), weiterentwickelt von Brown/Levinson (2007 [1987]), aufbauen.

<sup>8</sup> Bentley/Kyvik (2010), Guenther/Weingart/Meyer (2018), Jensen (2010), Kreimer/Levin/Jensen (2010), Pansegrau/Taubert/Weingart (2011), Metag et al. (2018), Schrenker/Giesecke (2016), überblicksweise bei Metag (2017)

<sup>9</sup> Geipel (2018), Jütte/Lobe (2018), Schäfer (2017), Weingart et al. (2017), Zillien/Jäckel (2008)

<sup>10</sup> Fähnrich (2017), beispielhaft auch die Handbücher von Könneker (2012) und Treppe/Burkhardt/Weidner (2008)

<sup>11</sup> Ruhrmann/Guenther (2017: 302f.), Schwarz/Bücker (2019: 289), Fähnrich et al. (2019: 11)

<sup>12</sup> Immerhin rufen Fähnrich/Janssen Danyi/Nothhaft (2015: 20) mit Blick auf die Krisenkommunikationen während der „deutschen Plagiatskrise“ eindringlich dazu auf, weitere konkrete Fallstudien zur Risikokommunikation aus einem genuin wissenschaftskommunikativen Blickwinkel zu betreiben.

Übersicht 1: Skandalisierungen und Skandale: Ansätze zu einer Systematisierung\*

Typus	Unterkategorie	Beispiel(e)
<b>Wissenschaftsbezogen</b>		
(zeit)- geschichts- bezogen	fragwürdige Herkunft von Forschungsmaterial	Arbeit mit kolonialen oder NS-verfolgungsbedingt in Sammlungen gelangten Objekten
	NS-Verstrickung führender Fachvertreter und Namensgebungen	Günther Adolphi (Verfahrenschemeie), Hans Robert Jauß (Romanistik), Theodor-Eschenburg-Preis der DVPW
	konfliktbehaftete Deutungen	„Das [Auswärtige] Amt und die Vergangenheit“
	DDR-Aufarbeitungsdefizite	Verwendung von Disziplingeschichte als Baukasten für Traditionsbildung unter Inkaufnahme des ‚Nicht-so-genau-Hinschauens‘
	in den Status der Fragwürdigkeit gerückte Tatbestände	Arzneimitteltests für westliche Pharmafirmen an DDR-Universitätsklinik
forschungsethisch	Tierschutz	Tierversuche
	Korruption	Organtransplantationen; Verträge mit Drittmittelgebern, die diesen Einflussnahmen auf die wissenschaftliche Arbeit ermöglichen
	Missbrauch wissenschaftlicher Expertise	Dopingunterstützung für Leistungssportler:innen
	mangelnde Folgenabschätzung	Genforschung und -anwendung, Reformpädagogik, Bluttestskandal Heidelberg
	Karriereoptimierung	p-Hacking, Plagiat in Fachartikel, Datenraub
	Betrug	Datenfälschung
individuelles Vortäuschen wissenschaftlicher Leistung	Plagiate in Qualifizierungsarbeiten	meist öffentlich gemacht durch kollaborative Webseiten, als bekannteste: „Vorniplag“ ( <a href="https://vorniplag.wikia.com">vorniplag.wikia.com</a> ) und „GuttenPlag“ ( <a href="https://guttenplag.wikia.org/de/wiki/GuttenPlag_Wiki">https://guttenplag.wikia.org/de/wiki/GuttenPlag_Wiki</a> )
	Titelanmaßung	Gunnar Beck, Andreas Scheuer
Wissenschaftsfreiheit vs. gesellschaftspolitische Kontroversitäten	(Vorwürfe des) Antisemitismus, Rassismus oder Sexismus	Jörg Baberowski, HAWK Hildesheim, Herfried Münkler, Ruud Koopmans, Thomas Rauscher, Peter Schäfers, Eugen-Gomringer-Gedicht „avenidas“
	Nutzung wissenschaftlicher Reputation für politisierte Stellungnahmen	Werner Patzelt, Ralph Weber
	akademische Redefreiheit für politische Redner:innen	Marc Jongen, Thilo Sarrazin, Rainer Wendt
<b>Organisationsbezogen</b>		
(zeit)- geschichts- bezogen	Namensgebung	Ernst-Moritz-Armdt-Universität Greifswald, Beuth-Hochschule Berlin
	DDR-Aufarbeitungsdefizite	Universität Potsdam, Musikhochschule Weimar

Typus	Unterkategorie	Beispiel(e)
dienstliches Fehlverhalten	strafrechtlich relevant	sexueller Übergriff, Veruntreuung
	(Vorwürfe von) Diskriminierung oder Mobbing	perspektivenabhängige Beschreibung zwischen den Polen ‚akademische Leistungsorientierung‘ und ‚Hierarchie = potenzieller Machtmissbrauch‘
	(Vorwürfe) mangelnder Aufsicht	Anatomie-Skandal Universität zu Köln, Hygieneskandal Mannheim
wechselseitiger Image-transfer	Ehrenpromotion für nichtwissenschaftliche Leistungen	Roger Federer (Uni Basel), Edward Snowden (Uni Rostock, nicht vollzogen)
kontroverse Organisationsentwicklung	Whistleblowing	Durchstechen von Fächerschließungsplanungen oder Hochschulleitungskandidaten-Listen des Hochschulrates

\* Die Beispiele sind einer Presseanalyse für das Jahrzehnt 2009-2018 entnommen und nach den Skandalisierungsanlässen kategorisiert. Über die jeweilige Berechtigung und Stichhaltigkeit der Anlässe und der Beispiele wird mit den Nennungen keine Aussage getroffen. Im Einzelfall gibt es auch Schnittmengen zwischen den Kategorien.

Die hier aufgeführten Ansätze zu einer Systematisierung lassen bereits erkennen, dass es großflächige Grenzbereiche und damit Überschneidungen zwischen den Ebenen der Wissenschafts- und der Organisationsbezogenheit gibt. Am deutlichsten tritt dies in der Kategorie „Wissenschaftsfreiheit vs. gesellschaftspolitische Kontroversitäten“ hervor: Die meisten Vorwürfe werden von Anklageseite als Normverstoß eines bzw. einer Mitarbeiter.in der Organisation, also als dienstliches Fehlverhalten, verhandelt. Der oder die ‚Angeklagte‘ beruft sich meist – auch – auf die Freiheit der wissenschaftlichen Rede, verteidigt das Verhalten also im Rahmen der Wissenschaftsbezogenheit. Auch sexuelle Übergriffe, welche zwar in jeder Organisation vorkommen können (und somit organisationsbezogen sind), können an Hochschulen oder Forschungsinstituten durchaus wissenschaftssystemisch diskutiert werden – besonders, wenn sie Fragen wissenschaftsgenuiner Machtpositionen und Abhängigkeiten aufwerfen.

Neben der o.g. ersten Fehleinschätzung – Wissenschaftskommunikation habe sich auf organisationale Öffentlichkeitsarbeit und Wissenschaftsmarketing zu beschränken – ist nun eine zweite zu korrigieren, die sich konkret auf Krisenkommunikation bezieht: Es handle sich bei Krisenkommunikation im wesentlichen um ein Instrument, mit dem legitime Ansprüche der Gesellschaft abzuweisen oder die demokratische Kontrollfunktion der Medien propagandistisch auszuhebeln sind.

Ist die Krisenkommunikation eine souveräne Krisenkommunikation, dann akzeptiert sie eines: Nicht allein Konflikte im allgemeinen (vgl. Dahrendorf 1992), auch Deutungskonflikte im speziellen sind nicht nur

grundsätzlich positiv zu bewerten, sondern wesentlicher Bestandteil der wissenschaftlichen Qualitätssicherung. Damit dient souveräne Kommunikation auch der Vermeidung von Aufregungsschäden: Sie gewährleistet, dass Ressourcen für die wissenschaftliche Tätigkeit – und also deren Qualität – gesichert werden, indem Ressourcenbindungen durch hektische, unprofessionelle und fortwährend nachzusteuern Krisenkommunikationen vermieden werden.

Wissenschaftsbezogene Skandalisierungen unterliegen Aufmerksamkeitsspiralen, welche in einem Spannungsfeld zwischen konkret beteiligten Akteuren, der Scientific Community insgesamt, wissenschaftsaffinen und – bisweilen – auch wissenschaftsfernen Teilöffentlichkeiten entstehen. Gerade letztere werden zunehmend durch digitale Kanäle oder Plattformen erreicht: Als Skandal gilt nur ein Ereignis, das große mediale Aufmerksamkeit erlangt. Zugleich wird nicht jeder Missstand zum Skandal, und nicht jeder Skandal beruht auf einem echten Missstand. (Kepplinger 2012: 9)

Für die Vollendung einer Skandalisierung zum Skandal braucht es die breite öffentliche Empörung und Forderung nach Konsequenzen. Der Vorgang folgt einer einfachen Triade: „Es muss eine Normverletzung vorliegen; es muss darüber berichtet werden; und es muss ein Publikum geben, das sich empört“ (Pörksen 2010). Eine moralische Verfehlung wird durch Enthüllung offenkundig und erzeugt Empörung in der Öffentlichkeit. Erst das vollständige Vorliegen des Dreischritts von moralischer Verfehlung, überraschender Enthüllung und Empörung vollendet den Skandal (Philipps 2008: 19-32). Bleibt die öffentliche Erregung aus, lässt sich lediglich von einem Skandalisierungsversuch sprechen. (Vgl. Hondrich 2002: 40)

Mit den veränderten medialen Bedingungen durch digitale Verbreitungs Kanäle ergeben sich aber drei Neuerungen:

- Die Vollendung von Skandalisierungen zu Skandalen wird beschleunigt, da leichter Empörung zu generieren ist und explosionsartig verbreitet werden kann, wodurch sich eine kritische Aufmerksamkeitschwelle schnell überschreiten lässt.
- Die Entfaltung des Empörungspotenzials ist zeitlich verkürzt, da aufmerksamkeitsökonomische Mechanismen den jeweils aktuellen Skandal durch den jeweils noch aktuelleren überlagern.
- Zugleich ist das digital gestützte Erinnerungspotenzial verlängert, da das Netz prominente Skandale nicht vergisst.

Erfolgreiche Krisenkommunikationen von Hochschulen, Forschungsinstituten, Fachgesellschaften oder wissenschaftlichen Gremien können hier

z.B. die Wirkung haben, dass sich eine Skandalisierung nicht zum Skandal auswächst. Wo dies nicht gelingt, verursachen Skandale neben Image-schäden vor allem Opportunitätskosten. Daher sind sie vor allem eines: störend. Hochschulleitungen etwa müssen dann auf externe Prioritäten-setzungen reagieren. Pressestellen verlieren die Fähigkeit zum autonomen Agenda Setting. Zudem drohen relevante Organisationsbeziehungen zu-sätzlichen Belastungsproben ausgesetzt zu werden – seien es die zur Öf-fentlichkeit oder die zum Ministerium.

Erfolgreiche bzw. souveräne Krisenkommunikation dagegen beinhaltet im besten Falle ein vorausschauendes Moment: Das frühe Erkennen einer möglichen zukünftigen Krisensituation erlaubt das Agieren und Kommunizieren mit beteiligten Anspruchsgruppen, die Erarbeitung verschiedener Szenarien sowie ggf. eine organisatorische Anpassung, um eine Krisenmöglichkeit nicht zur Realität werden zu lassen. In solch einem Handeln verschränkt sich Krisen- mit normaler Kommunikation, und so lässt sich auch festhalten: Wer souverän Krisen zu bewältigen vermag, ist bei der Handhabung von Normalsituationen erst recht souverän.

Im übrigen sind Skandalisierungen zwar vordergründig Angriffe, doch besagt das noch nichts über ihre Berechtigung. Ist der skandalisierte Sachverhalt ein tatsächlicher Missstand, dann ist er auszuräumen, und die Skandalisierung kann dafür der Anlass sein, der auf andere Weise ggf. nicht herzustellen war. Ist der skandalisierte Sachverhalt Ausdruck eines Normenkonflikts – etwa zwischen Tierschutz, der Tierquälerei verbietet, und Wirkungsprüfung einer Therapie, die auf anderem Wege nicht realisierbar ist –, dann sollte er nicht Gegenstand der Abwehr, sondern einer Diskussion sein.

#### **4. Fazit**

Qualität der Wissenschaft, insbesondere der Forschung, besteht nicht da-rin, hilfswise eingesetzte Surrogatkennziffern wie Publikationszahlen oder Drittmittelvolumina möglichst erfolgreich zu bedienen. Sie besteht vielmehr in methodisch abgesicherten Kenntnissen, erklärungskräftigen Deutungen und überzeugenden Widerlegungen zuvor als gesichert gel-tenden Wissens. Deren Verlässlichkeit begründet die Autorität des wis-senschaftlichen Wissens, und diese begründet die Legitimität der Wissen-schaft, also ihre soziale Akzeptanz. Hier gibt es allerdings eine potenziel-le doppelte Bruchstelle:

- Wissenschaft steigert Gewissheiten um den Preis, zugleich die Zahl der Ungewissheiten zu vervielfältigen.

- Wissenschaft schreibt dem eigenen Wissen den höchsten Grad an Erkenntniskraft zu, was aber genau deshalb, weil dieses sich an der Front des Wissens bewegt, auch mit der höchsten Wahrscheinlichkeit an Korrekturbedürftigkeit verbunden ist.

Das bleibt solange beherrschbar, wie Wissenschaft auf allgemeines Vertrauen rechnen kann. Dieses ist nicht mehr umstandslos gegeben. Es verbinden sich fehlendes Vertrauen in die Selbststeuerungspotenziale der Wissenschaft mit Attacken auf die und selbstverschuldeten Zweifeln an der Integrität der Wissenschaft. Dafür sind einerseits wissenschaftsinterne Entwicklungen ursächlich: Betrugs- und Plagiatsfälle, mit Geldzuwendungen verbundene Infragestellungen der Unabhängigkeit, missbräuchliche Verwendung von Forschungsergebnissen u.a. Andererseits werden drei, jeweils sehr unterschiedlich motivierte, Infragestellungen der überlegenen Wahrheitsansprüche wissenschaftlichen Wissens gegenüber anderen Wissensarten formuliert – in Stichworten: Relevanzorientierung; Identitätspolitik und das Ringen um politische Korrektheit; Populismus.

Da Wissenschaft Geltungsansprüche für ihr Wissen durchsetzen möchte, kann sie solche Infragestellungen nicht ignorieren. Dies begründet die erhöhte Bedeutung, die gelingender kommunikativer Kontaktaufnahme und -pflege mit der Nichtwissenschaft zukommt. Die Herausforderungen platzieren die Wissenschaft in einer gesellschaftlichen Gemengelage, die sich als andauernde Kontroversität fassen lässt. Hier souverän agieren zu können, wird zu einem Qualitätsmerkmal wissenschaftlicher Prozesse. Es vermag im Erfolgsfall sicherzustellen, dass die Wissenschaft ihre Legitimität im Sinne sozialer Akzeptanz fortwährend zu erneuern in der Lage ist.

Wissenschaftskommunikation macht wissenschaftliche Themen, Zugänge und Ergebnisse nach außen so sichtbar, dass externe Adressaten diese in irgendeiner Weise als für sich relevant wahrnehmen können. Es geht hier um transakademische Kommunikation. Diese wiederum muss, wenn sie erfolgreich sein soll, vom Adressaten her gedacht werden – wie es für jede Kommunikation gilt. Von außen an die Wissenschaft herangetragene Anfragen sind in einer Gesellschaft, die nicht nur Wissens-, sondern auch eine verwissenschaftliche Gesellschaft ist, auf Dauer angelegt, und ihnen lässt sich schlicht nicht ausweichen.

Indem die Wissenschaft einem gestiegenen Legitimationsdruck unterliegt, sie also nicht mehr auf unhinterfragte Akzeptanz rechnen kann, ist sie gut beraten, an der Herstellung dieser Akzeptanz aktiv mitzuwirken. In der diesbezüglichen Kommunikation sind veränderte Resonanzbedingungen in der Gesellschaft zu berücksichtigen. Ob und wie das funktio-

niert, zeigt sich regelmäßig besonders deutlich, wenn Krisenkommunikationen zu bewältigen sind. Hier ist ein Missstand auszumachen: In der Praxis wird Krisenkommunikation als Organisationskommunikation betrieben, rückt den Schutz der Organisation ins Zentrum und kann damit (ungewollt) die Legitimation von Wissenschaft untergraben, wenn diese Krisenfälle als Symptom systemischer Defizite der Wissenschaft gedeutet werden. Wird dies nicht adressiert, besteht die Gefahr, dass öffentliche Anspruchsgruppen dem System Wissenschaft dauerhaft das Vertrauen entziehen.

Wissenschaftsbezogene Krisenkommunikationen sollten vorrangig dem Schutz der Integrität der Wissenschaft und nicht primär dem der Organisation, die im Einzelfall betroffen ist, dienen. Soweit wissenschaftliche Organisationen wissenschaftsbezogene Krisen strukturell nicht anders bearbeiten als sonstige Organisationen andere Krisen, vernachlässigen sie ihre Stellvertreterfunktion für das System Wissenschaft. Zugleich bewirkt aber die Fähigkeit zu souveräner Krisenkommunikation, dass Normalkommunikationen um so souveräner bewältigt werden. Nötig ist beides, um der Wissenschaft dauerhaft soziale Akzeptanz zu sichern, also letztlich: sie zu ermöglichen.

Dies wirkt zudem den weit verbreiteten Fehleinschätzungen entgegen, dass (a) Wissenschaftskommunikation lediglich organisierte Öffentlichkeitsarbeit bzw. Wissenschaftsmarketing und (b) Krisenkommunikation ein Abwehrinstrument gegen legitime gesellschaftliche Ansprüche und/oder mediale Kontrolle der Wissenschaft sei. Vielmehr bietet souveräne wissenschaftliche Krisenkommunikation die Möglichkeit, Ressourcen zu schonen und sie damit für wissenschaftliche Tätigkeiten zu sichern.

Andernfalls drohen die oben ausgeführten Infragestellungen der überlegenen Wahrheitsansprüche wissenschaftlichen Wissens nicht nur, akute Krisenkommunikationen zu provozieren. Vielmehr mündeten diese durch die Limitierung wissenschaftlicher Legitimität in eine Art permanenter Krise, in der dann die Normalkommunikation eine verstetigte Krisenkommunikation wäre.

## **Literatur**

AfD, Alternative für Deutschland (2016): Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, Berlin; URL [https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm\\_AfD\\_Druck\\_Online\\_190118.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf) (12.7.2019).

Bauernschmidt, Stefan (2018): Öffentliche Wissenschaft, Wissenschaftskommunikation & Co. Zur Kartierung zentraler Begriffe in der Wissenschaftskommunikations-

- wissenschaft, in: Stefan Selke/Annette Treibel (Hg.), *Öffentliche Gesellschaftswissenschaften*, Wiesbaden, S. 21–42.
- Becker, Kim-Björn (2016): *Politisches Skandalmanagement: Strategien der Selbstverteidigung in politischen Affären der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen/Berlin/Toronto.
- Bentley, Peter/Svein Kyvik (2010): *Academic Staff and Public Communication. A Survey of Popular Science Publishing Across 13 Countries*, in: *Public Understanding of Science* 1/2010, S. 48–63.
- Bonfadelli, Heinz/Birte Fähnrich/Corinna Lühje/Jutta Milde/Markus Rhombert/Mike S. Schäfer (Hg.) (2017): *Forschungsfeld Wissenschaftskommunikation*, Wiesbaden.
- Brown, Penelope/Stephen C. Levinson (2007 [1987]): *Politeness: Some Universals in Language Usage*, Cambridge.
- BUND, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (2012): *Nachhaltige Wissenschaft. Plädoyer für eine Wissenschaft für und mit der Gesellschaft*, Berlin.
- Coombs, W. Timothy/Sherry J. Holladay (Hg.) (2010): *The Handbook of Crisis Communication*, Chichester/Malden.
- Dahrendorf, Ralf (1992): *Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit*, Stuttgart.
- Daum, Andreas (1998): *Wissenschaftspopularisierung im 19. Jahrhundert. Bürgerliche Kultur, naturwissenschaftliche Bildung und die deutsche Öffentlichkeit, 1848–1914*, München.
- Di Trocchio, Federico (1999): *Der große Schwindel. Betrug und Fälschung in der Wissenschaft*, Reinbek b. Hamburg.
- Fähnrich, Birte (2017): *Wissenschaftsevents zwischen Popularisierung, Engagement und Partizipation*, in: Heinz Bonfadelli et al. (Hg.), *Forschungsfeld Wissenschaftskommunikation*, Wiesbaden, S. 165–205.
- Fähnrich, Birte/Claudia Janssen Danyi/Howard Nothhaft (2015): *The German Plagiarism Crisis. Defending and Explaining the Workings of Scholarship on the Front Stage*, in: *Journal of Communication Management* 1/2015, S. 20–38.
- Fähnrich, Birte/Martha Kuhnenn/ Oliver Raaz (2019): *Organisationsbezogene Theorien der Hochschulkommunikation*, in: Birte Fähnrich/Julia Metag/Senja Post/Mike S. Schäfer (Hg.), *Forschungsfeld Hochschulkommunikation*, Wiesbaden, S. 61–94.
- Fähnrich, Birte/Julia Metag/Senja Post/Mike S. Schäfer (Hg.) (2019): *Forschungsfeld Hochschulkommunikation*, Wiesbaden.
- Gantenberg, Julia (2018): *Wissenschaftskommunikation in Forschungsverbänden: zwischen Ansprüchen und Wirklichkeit*, Wiesbaden.
- Geipel, Andrea (2018): *Wissenschaft@YouTube. Plattformspezifische Formen von Wissenschaftskommunikation*, in: Eric Lettkemann/René Wilke/Hubert Knoblauch (Hg.), *Knowledge in Action. Neue Formen der Kommunikation in der Wissensgesellschaft*, Wiesbaden, S. 137–164.
- Goffman, Erving (1990 [1956]): *The Presentation of Self in Everyday Life*, New York.
- Guenther, Lars/Peter Weingart/Corlia Meyer (2018): *„Science is Everywhere, but No One Knows It“*. Assessing the Cultural Distance to Science of Rural South African Publics, in: *Environmental Communication* 8/2018, S. 1046–1061.

- Head, Megan L./Luke Holman/Rob Lanfear/Andrew T. Kahn/Michael D. Jennions (2015): The Extent and Consequences of P-Hacking in Science, in: *PLOS Biology* 3/2015, S. 1–15; online unter <https://journals.plos.org/plosbiology/article?id=10.1371/journal.pbio.1002106> (15.7.2019).
- Hondrich, Karl Otto (2002): *Enthüllung und Entrüstung. Eine Phänomenologie des politischen Skandals*, Frankfurt a.M.
- Jensen, Pablo (2010): A Statistical Picture of Popularization Activities and Their Evolutions in France, in: *Public Understanding of Science* 1/2010, S. 26–36.
- Jütte, Wolfgang/Claudia Lobe (2018): Stichwort: Digitalisierung und wissenschaftliche Weiterbildung, in: *Zeitschrift Hochschule und Weiterbildung (ZHWB)* 1/2018, S. 6–8.
- Kepplinger, Hans Mathias (2012): Die Mechanismen der Skandalisierung. Zu Guttenberg, Kachelmann, Sarrazin & Co.: Warum einige öffentlich untergehen – und andere nicht, München.
- Knoblauch, Hubert/Eric Lettkemann/René Wilke (2018): Einleitung, in: Eric Lettkemann/René Wilke/Hubert Knoblauch, *Knowledge in Action. Neue Formen der Kommunikation in der Wissensgesellschaft*, Wissen, Kommunikation und Gesellschaft, Wiesbaden, S. IX–XXI.
- Könneker, Carsten (2012): *Wissenschaft kommunizieren. Ein Handbuch mit vielen praktischen Beispielen*, Weinheim.
- Kreimer, Pablo/Luciano Levin/Pablo Jensen (2010): Popularization by Argentine Researchers: The Activities and Motivations of Conicet Scientists, in: *Public Understanding of Science* 1/2010, S. 37–47.
- Lüthje, Corinna (2015): Science Communication Between Risk and (Un)Certainty, in: *Journal of Science Communication* 1/2015, S. 1–3.
- Metag, Julia (2017): Rezeption und Wirkung öffentlicher Wissenschaftskommunikation, in: Heinz Bonfadelli et al. (Hg.), *Forschungsfeld Wissenschaftskommunikation*, Wiesbaden, S. 251–274.
- Metag, Julia et al. (2018): Between Active Seekers and Non-Users. Segments of Science-Related Media Usage in Switzerland and Germany, in: *Environmental Communication* 8/2018, S. 1077–1094.
- Meyer-Guckel, Volker (2019): Eine neue Kultur der Wissenschaftskommunikation, in: *MERTON Magazin – Onlinemagazin des Stifterverbands*, n.p., online unter: <https://merton-magazin.de/eine-neue-kultur-der-wissenschaftskommunikation> (15.7.2019).
- Pansegrau, Petra/Niels Taubert/Peter Weingart (2011): *Wissenschaftskommunikation in Deutschland. Ergebnisse einer Onlinebefragung. Untersuchung im Auftrag des Deutschen Fachjournalisten-Verbandes*, Berlin.
- Parsons, Talcott (1960): *Structure and Process in Modern Societies*, Glencoe/Illinois.
- Patzwalt, Katja/Kai Buchholz (2006): Politikberatung in Forschungs- und Technologiepolitik, in: Svenja Falk/Dieter Rehfeld/Andrea Römmele/Martin Thunert (Hg.), *Handbuch Politikberatung*, Wiesbaden, S. 460–471.
- Philipps, Axel (2008): BSE, Vogelgrippe & Co. „Lebensmittelskandale“ und Konsumentenverhalten. Eine empirische Studie, Bielefeld.
- Pörksen, Bernhard (Interview) (2010): „Aufmerksamkeit besitzt Suchtpotenzial“, in: *focus-online* 29.7.2010, URL <http://www.focus.de/kultur/medien/tid-19343/medien>

- forscher-bernhard-poerksen-aufmerksamkeit-besitzt-suchtpotenzial\_aid\_535981.html (12.8.2010).
- Raupp, Juliana/Viorela Dan (2013): Wirkungsforschung in der strategischen Organisationskommunikation, in: Wolfgang Schweiger/Andreas Fahr (Hg.), Handbuch Medienwirkungsforschung, Wiesbaden, S. 353–368.
- Raupp, Juliana (2017): Strategische Wissenschaftskommunikation, in: Heinz Bonfadelli et al. (Hg.), Forschungsfeld Wissenschaftskommunikation, Wiesbaden, S. 143–163.
- Ronge, Volker (1996): Politikberatung im Licht der Erkenntnisse soziologischer Verwendungsforschung, in: Heine von Alemann/Annette Vogel (Hg.), Soziologische Beratung: Praxisfelder und Perspektiven. IX. Tagung für angewandte Soziologie, Wiesbaden, S. 135–144.
- Ruhrmann, Georg/Lars Guenther (2017): Katastrophen- und Risikokommunikation, in: Heinz Bonfadelli et al. (Hg.), Forschungsfeld Wissenschaftskommunikation, Wiesbaden, S. 297–314.
- Schäfer, Mike S. (2017): Wissenschaftskommunikation online, in: Heinz Bonfadelli et al. (Hg.), Forschungsfeld Wissenschaftskommunikation, Wiesbaden, S. 275–293.
- Schneidewind, Uwe/Mandy Singer-Brodowski (2014): Transformative Wissenschaft. Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem, Marburg.
- Schulz-Schaeffer, Ingo/Stefan Böschen (2003): Einleitung, in: Stefan Böschen/Ingo Schulz-Schaeffer (Hg.), Wissenschaft in der Wissensgesellschaft, Wiesbaden, S. 9–23.
- Schrenker, Markus/Johannes Giesecke (2016): Außerwissenschaftliche Kommunikation von Forschung. Ergebnisse einer Onlineerhebung unter Angehörigen des Wissenschaftssystems in Deutschland. Untersuchung im Auftrag des Deutschen Fachjournalisten-Verbandes, Berlin.
- Schwarz, Andreas/Johanna Büker (2019): Krisenkommunikation von Hochschulen, in: Birte Fähnrich/Julia Metag/Senja Post/Mike S. Schäfer (Hg.), Forschungsfeld Hochschulkommunikation, Wiesbaden, S. 271–295.
- Shinn, Terry/Richard Whitley (1985): Expository Science. Forms and Functions of Popularisation, Dordrecht.
- Trepte, Sabine/Steffen Burkhardt/Wiebke Weidner (2008): Wissenschaft in den Medien präsentieren: Ein Ratgeber für die Scientific Community, Frankfurt a.M.
- Weingart, Peter/Lars Guenther (2016): Science Communication and the Issue of Trust, in: Journal of Science Communication (JCOM) 5/2016, S. 1–11.
- Weingart, Peter/Holger Wormer/Andreas Wenninger/Reinhard F. Hüttl (Hg.) (2017): Perspektiven der Wissenschaftskommunikation im digitalen Zeitalter, Weilerswist; online unter [https://www.acatech.de/wp-content/uploads/2018/03/Perspektiven\\_der\\_Wissenschaftskommunikation\\_im\\_digitalen\\_Zeitalter.pdf](https://www.acatech.de/wp-content/uploads/2018/03/Perspektiven_der_Wissenschaftskommunikation_im_digitalen_Zeitalter.pdf) (11.6.2019).
- Zillien, Nicole/Michael Jäckel (2008): Distinguierte „Allesfresser“: Statusdifferenzen der Internetnutzung, in: Johannes Raabe/Rudolf Stöber/Anna M. Theis-Berglmair/Kristina Wied (Hg.), Medien und Kommunikation in der Wissensgesellschaft, Konstanz, S. 227–237.

# Herausforderungen für Frauen in wissenschaftlichen Karriereverläufen

## Einblicke in vier Karrierestationen<sup>1</sup>

**Angelika Trübswetter**  
Berlin

Die Situation der Beteiligung von Frauen in Wissenschaft und Forschung steht seit Jahren im Fokus des wissenschaftlichen, politischen und öffentlichen Diskurses. Auch heute noch werden Wissenschaftskarrieren als „hoch riskante Karrieren“ (Kahlert 2012: 62) thematisiert.

Der Anteil der in Wissenschaft und Forschung tätigen Frauen steigt kontinuierlich, aber langsam an. Nach wie vor nimmt der Anteil von Frauen mit jeder Qualifikations- und Karrierestufe nach dem Studienabschluss weiter ab, wie der Frauenanteil von 30 % bei Habilitationen, von 23 % bei hauptberuflichen Professuren sowie von 19 % bei C4/W3-Professuren zeigt (GWK 2018). Am deutlichsten zeigt sich diese *vertikale Segregation* (BuWiN 2013) an den Übergängen zur Promotion und zur Habilitation. Hingegen zeigen sich bei der *horizontalen Segregation* positive Wirkungen in den letzten Jahren: Die Zahl der weiblichen Studienanfängerinnen über alle MINT-Fächer hinweg, hat sich fast verdoppelt, prozentual gesehen befinden sich Frauen mit 28 % aber immer noch in der deutlichen Minderheit bei den MINT-Studierenden und Absolvierenden (BA 2018).

So stellen individuelle, soziokulturelle und strukturelle Faktoren bedeutsame Einflussfaktoren auf Wissenschaftskarrieren dar (Beaufäys 2012; Jungbauer-Gans/Gross 2013). Konkrete, vor allem für Wissenschaftlerinnen karrierehemmend wirkende Herausforderungen sind eine hohe Arbeitsbelastung, eine schwere Vereinbarkeit von Beruf und Privatem sowie intransparente Strukturen und Mechanismen bei Stellenbesetzungs- und Beförderungspolitik (Jaksztat/Schindler/Briedis 2010). Auf *individueller Ebene* sind Hemmnisse in den Bereichen Karrierefokus,

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag basiert auf der Dissertation der Autorin, die unter dem Titel „Chancen und Herausforderungen für Frauen in wissenschaftlichen Karriereverläufen. Studie mit Wissenschaftlerinnen an vier verschiedenen Karrierestationen“ erschienen ist (Trübswetter 2016).

Selbstdarstellung sowie Selbstwirksamkeit zu erkennen (Lind/Löther 2006).

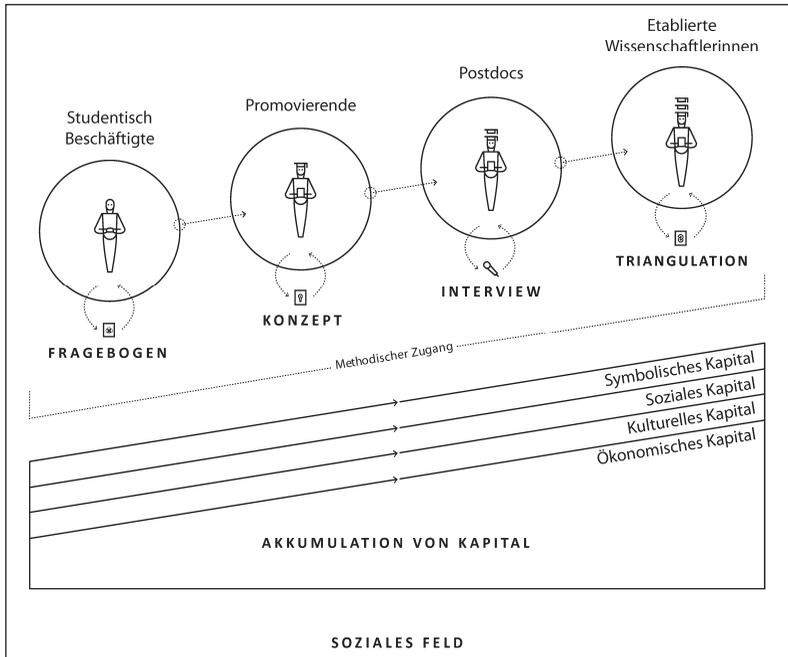
Auf *soziokultureller Ebene* werden Wissenschaftshabitus und eine männlich geprägte Wissenschaftskultur als zentrale Barrieren für Wissenschaftlerinnen diskutiert (Beaufäys 2015). Leitbilder für Laufbahnen, Karriereanforderungen und Berufskulturen wurden und werden, angesichts des geringen Frauenanteils, immer noch von Männern für Männer geprägt (u.a. Bailyn 2003). Nach wie vor gilt der *intrinsisch motivierte männliche Wissenschaftler* (Matthies/Matthäus 2010) als Leitbild. Die Reproduktion bestehender Strukturen vollzieht sich nach dem *Prinzip der homosozialen Kooptation* (Krais/Beaufäys 2005). Organisations-, Verhaltens- und Karriereforscher sind sich einig, dass Vorbilder (*Role Models*) Individuen als Orientierung dienen, deren soziale und leistungsorientierte Entwicklung fördern und Einfluss auf den Karriereerfolg haben (Gibson 2004). Ausreichend weibliche Vorbilder fehlen jedoch.

Auf *struktureller Ebene* sind die *risikoreichen Rahmenbedingungen* einer wissenschaftlichen Karriere als Ursache für die geschlechtsspezifische Schiefelage im Wissenschaftssystem zu nennen (Briedis et al. 2013). Die fehlende Transparenz und Betreuung im Promotionsprozess (Kahlert 2015), intransparente Organisations- und Karrierestrukturen, fehlende Perspektiven und ein hoher Abhängigkeitsgrad (Briedis et al. 2013), schlechte Eingebundenheit in Netzwerke (Beaufäys 2003, 2015) sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Kahlert 2012) stellen allesamt Faktoren für einen erschwerten Einstieg von Frauen in die Wissenschaft oder für deren vermehrten Ausstieg dar. Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) konstatiert daher auch im Jahr 2018 weiterhin „dringenden Handlungsbedarf“, um insbesondere die Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen als auch die Umsetzung von Chancengleichheit auf struktureller Ebene noch stärker voranzutreiben.

## **1. Vier Karrierestationen als Untersuchungsgegenstand**

Der Beitrag untersucht Herausforderungen von Frauen an vier unterschiedlichen Karrierestationen. Als Grundlage der sozialwissenschaftlichen Forschungsarbeit dienen eine quantitative Erhebung der Situation studentisch Beschäftigter, eine konzeptionelle Erarbeitung und Evaluation eines szenariobasierten Unterstützungsformates für Nachwuchswissenschaftlerinnen, leitfadengestützte Interviews mit Postdocs sowie eine quantitative Lebenslaufanalyse etablierter Wissenschaftlerinnen.

## Übersicht 1: Zusammenfassende Darstellung der methodischen Zugänge



Grafik: Sandra Riedel

Die *erste Studie* untersucht, ob studentisch Beschäftigte ihre Tätigkeit als Startpunkt für eine akademische Karriere sehen, geschlechtsspezifische Unterschiede hinsichtlich Motivationsfaktoren und Karriereaspirationen bestehen und *Role Models* ein signifikanter Einflussfaktor für die wissenschaftlichen Karriereaspirationen studentisch Beschäftigter sind. Die Studie knüpft an die Untersuchung von Lenger et al. (2012) an, fokussiert jedoch studentisch Beschäftigte einer außeruniversitären Forschungseinrichtung (Übersicht 2).

Als Erhebungsinstrument wurde ein *Online-Fragebogen* mit fünf Skalen eingesetzt: Beschäftigungssituation und Arbeitsinhalte ( $\alpha = .55$ ), Motivationsfaktoren ( $\alpha = .72$ ), Zufriedenheit ( $\alpha = .74$ ), Karriereaspirationen ( $\alpha = .60$ ) und soziodemographische Daten. Der Online-Fragebogen wurde im Januar 2014 an 7.148 studentisch Beschäftigte versendet. Die Online-Erhebung berücksichtigte die Richtlinien zu Datenschutz und -sicherheit, Anonymität sowie Freiwilligkeit und wurde durch den Gesamtbetriebsrat der außeruniversitären Forschungsorganisation bewilligt.

## Übersicht 2: Sample – Gesamt und drei Untergruppen

Variable (Einheit)	studentisch Beschäftigte Gesamt	Untergruppen		
		studentische Mitarbeitende	Diplomand/innen	Prakti- kant/innen
<b>Anzahl (N)</b>	3.543	2.344	917	282
<b>Anteil Männer</b>	67 %	63 %	74 %	80 %
<b>Anteil Frauen</b>	33 %	37 %	26 %	20 %
<b>Alter (Range)</b>	18–38	18–38	20–37	18–35
<b>(M; SD)</b>	25,4; 3,1	25,3; 3,2	26,1; 2,7	24,2; 2,9
<b>Wiss. Bereich</b>	89 %	75 %	96 %	97 %
<b>Nicht-wiss. Bereich</b>	11 %	25 %	4 %	3 %

In der *zweiten Studie* steht ein theoretisch-konzeptioneller Ansatz zur Karriereförderung im Fokus. Die Studie knüpft dabei an die Ergebnisse jener Studien an, die zeigen, dass vor allem Frauen überproportional häufig nach der Promotion aus dem Wissenschaftssystem ausscheiden und größeren strukturellen Herausforderungen gegenüberstehen als Männer. Im Fokus steht die Entwicklung eines neuartigen, konzeptionellen Lösungsansatzes für die Nachwuchsförderung: Die Integration szenariobasierter Designmethoden unterscheidet sich im Ansatz von bisher bestehenden Konzepten zur Nachwuchsförderung und ermöglicht die Förderung von Selbstkonzept und Selbstwirksamkeit der Nachwuchswissenschaftlerinnen. Die vier durchgeführten Pilot-Workshops wurden im Zeitraum 2012–2014 in Berlin, Tel-Aviv und Zürich mit Nachwuchswissenschaftlerinnen aus den Bereichen Natur- und Ingenieurwissenschaften durchgeführt.

Die *dritte Studie*<sup>2</sup> untersucht die subjektiven Einstellungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in der Postdoc-Phase an nationalen außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu aktuellen Karrierebedingungen und zur Attraktivität des nationalen Wissenschaftssystems. Sie untersucht individuelle Motive sowie institutionelle und strukturelle Bedingungen im Wissenschaftssystem, die die Karrierewege von Postdocs beeinflussen. Mit Hilfe von halbstrukturierten Leitfäden wurden Interviews mit 112 Postdocs durchgeführt, digital aufgezeichnet und die anonymisierten Transkripte mit MAXQDA ausgewertet. Die vorgenommene

<sup>2</sup> Die Durchführung erfolgte im Rahmen des BMBF-geförderten Verbundprojektes „Neue Wissenschaftskarrieren“ (FKZ: 01FP1303) unter Beteiligung der vier großen Forschungsorganisationen (FhG, HGF, MPG, WGL) sowie von fünf Technischen Hochschulen des TU9-Verbundes (RWTH Aachen, Karlsruher Institut für Technologie, TU Berlin, Leibniz Universität Hannover, TU Braunschweig).

Auswertung der Transkripte orientiert sich methodisch an dem Verfahren der zusammenfassenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2010).

Die *vierte Untersuchung*<sup>3</sup> fokussiert weibliche Wissenschaftlerinnen, indem sie potentielle Karrieremuster etablierter Wissenschaftlerinnen der AcademiaNet Datenbank beleuchtet. Die Studie stellt die erste umfassende quantitative Analyse des Datenmaterials der in der AcademiaNet Datenbank gelisteten Wissenschaftlerinnen dar. Es wurde ein theoretisch begründetes und auf Dietz et. al. (2000) aufbauendes Kodiersystem entwickelt, anhand dessen  $N = 1.135$  (Stand: August 2013) Lebensläufe kodiert wurden. Um der verkürzten Darstellung der Lebensläufe entgegenzuwirken, wurde ein ergänzender Fragebogen entwickelt. Die quantitative Online-Studie untersucht Erfolgsfaktoren, Hürden und Hemmnisse sowie Anforderungen an Nachwuchswissenschaftlerinnen. Die Erhebung wurde per E-Mail an die bei AcademiaNet gelisteten Wissenschaftlerinnen aus weiblich- und männlich-dominierten Fachdisziplinen ( $N = 405$ ) versandt. Die Rücklaufquote betrug 60 %. Die Online-Erhebung berücksichtigte die Richtlinien zu Datenschutz und -sicherheit, Anonymität sowie Freiwilligkeit. Die erhobenen Daten wurden auf mit SPSS 20 ausgewertet.

## 2. Zentrale Ergebnisse und Diskussion

Die quantitative Untersuchung der Motivationslage und der Karriereaspirationen von studentisch Beschäftigten in einer außeruniversitären Forschungseinrichtung zeigt, dass Bourdieus Klassenhabitus bereits auf Ebene der studentisch Beschäftigten greift: Es konnten geschlechtsspezifische Ungleichheiten bei der Zusammensetzung der studentischen Mitarbeitenden identifiziert werden. So sind weibliche Studierende an der untersuchten Forschungseinrichtung deutlich unterrepräsentiert, seltener im wissenschaftlichen Bereich tätig und weisen signifikant niedrigere Zustimmungswerte bei jenen Faktoren auf, die auf eine wissenschaftliche Tätigkeit bzw. Karriere verweisen. Sie planen signifikant seltener eine Promotion und sehen ihre Tätigkeit signifikant seltener als Startpunkt für eine wissenschaftliche Karriere als ihre männlichen Kollegen.

Die vorherrschende *Asymmetrie zwischen den Geschlechtern* (Matties et al. 2001) wird somit bereits in dieser frühen Phase der wissenschaftlichen Qualifizierung angelegt. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund des fehlenden Wissens zur Selektionsphase des wissenschaftlichen

---

<sup>3</sup> Die Durchführung erfolgte im Rahmen des von der Robert-Bosch-Stiftung finanzierten Projektes „Exzellenz in wissenschaftlichen Karriereverläufen – von AcademiaNet Role Models lernen“ (FKZ: 12.5.8050.0233.0/MA01).

Nachwuchses (Bargel/Röhl 2006) aus Sicht des Wissenschaftssystems kritisch zu sehen. Wissenschaftsorganisationen sollten daher vermehrt die Rekrutierung von weiblichen Hilfskräften fokussieren, um bereits in dieser frühen Berufsorientierungsphase die ungleichen Geschlechterverhältnisse auszugleichen und so einer Schieflage in der Zusammensetzung des wissenschaftlichen Nachwuchses besser vorzubeugen.

Die studentische Mitarbeit wird nur von einer Minderheit als Start für eine wissenschaftliche Karriere gesehen. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit anderen nationalen Studien zur Situation von Studierenden und studentisch Beschäftigten (u.a. Lenger et al. 2012), die ebenfalls zeigen, dass der Erwerbs- und nicht der Karriereaspekt der zentrale Motivationsfaktor für studentisch Beschäftigte ist. Das durch eine schrittweise multiple lineare Regressionsanalyse etablierte Modell ( $R^2 = .19$ ,  $F(1774) = 441.8$ ,  $p < .001$ ) weist mit einer erklärten Varianz von 20 % durchaus Potential für die Prognose der Karriereaspirationen von studentisch Beschäftigten auf. Es zeigt, dass das Vorhandensein von *Role Models* einen signifikanten Einflussfaktor auf die wissenschaftlichen Karriereaspirationen von studentischen Mitarbeitenden hat. Die Ergebnisse bieten damit einen Anknüpfungspunkt an empirische Studien, die darlegen, dass Vorbilder vor allem einen direkten Einfluss auf die Selbstwirksamkeit und die Karrierewahl junger Frauen und Männer haben (Quimby/DeSantis 2006).

Für weibliche studentisch Beschäftigte ist die Situation vor dem Hintergrund der eingangs dargestellten Geschlechterdisparitäten im Wissenschaftssystem und der Hemmnisfaktoren für Wissenschaftlerinnen jedoch kritischer zu bewerten. Denn aktuell ergibt sich durch die bestehende ungleiche Geschlechterverteilung in wissenschaftlichen Positionen in erster Linie für weibliche studentische Beschäftigte ein Wettbewerbsnachteil. Ihnen stehen für die individuelle Karriereplanung und -orientierung weniger weibliche *Role Models* (Gibson 2004) zur Verfügung als ihren männlichen studentischen Kollegen. Eine stärkere Etablierung und Transparenz weiblicher Vorbilder sowie die Ermöglichung eines Austausches mit unterschiedlichsten erfolgreichen weiblichen Wissenschaftlerinnen stellen Ansatzpunkte für Verbesserungen dar, um der bestehenden *leaky pipeline* (Husu 2001) entgegenzuwirken.

An der empirischen Erkenntnis, dass sich die *Asymmetrie zwischen den Geschlechtern* auch im weiteren wissenschaftlichen Karriereverlauf fortsetzt, knüpft die zweite Teilstudie mit Promovierenden an. Als Ergebnis wurde ein neuartiger, szenariobasierter Ansatz zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen entwickelt und erprobt. Die Innovativität der Arbeit ergibt sich aus der interdisziplinären Kombination von Me-

thoden der Wissensvermittlung mit Designmethoden im spezifischen Kontext der Nachwuchsförderung. Auch hier zeigte die Relevanz der Etablierung von Vorbildern im Kontext der Nachwuchsförderung. So konnten der Einsatz von Role Models und Designmethoden als zwei gewinnbringende Methoden identifiziert werden, um das individuelle Selbstkonzept der Nachwuchswissenschaftlerinnen zu verändern, die Entwicklung von Karrierestrategien zu unterstützen sowie den Aufbau von sozialem und kulturellem Kapital zu fördern.

Dieser methodische Zugang wurde basierend auf der sozial-kognitiven Karrieretheorie (Lent et al. 1994) gewählt, die zeigt, dass fehlende Selbstwirksamkeits- und Ergebniserwartungen sowie subjektiv wahrgenommene Barrieren dazu führen können, dass Nachwuchswissenschaftlerinnen eine wissenschaftliche Karriere ausschließen. Das entwickelte Workshop-Format für Promovierende arbeitet daher mit Role Models, um eine Modifikation fehlerhafter Karriere-Selbstkonzepte oder Ergebniserwartungen zu unterstützen und neue Karrieremöglichkeiten aufzuzeigen.

Das szenariobasierte Workshop-Konzept wird von den 75 Teilnehmerinnen als sehr hilfreich bewertet und erweist sich damit als ein geeignetes Instrument zur Förderung von Selbstkonzept und -wirksamkeit (Lent et al. 1996).

Auch die Ergebnisse der qualitativen Untersuchung von Postdocs in außeruniversitären Forschungseinrichtungen verdeutlicht die aktuell bestehenden intransparenten Strukturen, mangelnden Perspektiven und Herausforderungen bezüglich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die zu Geschlechterdisparitäten führen. So zeigt sich zwar eine große Zufriedenheit hinsichtlich der inhaltlichen Forschungstätigkeit, jedoch auch eine große Unzufriedenheit bezüglich der vorherrschenden Unsicherheit und der prekären Arbeitsverhältnisse. Weibliche Postdocs artikulieren deutlich häufiger als ihre männlichen Kollegen den Wunsch nach einem besseren Angebot von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und nach mehr Unterstützung seitens der Führungskräfte. Vor allem mit Familiengründung wächst der Stellenwert der Planungssicherheit und beeinträchtigt immer noch weitestgehend Wissenschaftlerinnen, da meist sie diejenigen sind, die den Großteil der Fürsorgeverantwortung übernehmen. Auch hier zeigt sich eine Doppelbelastung beim Versuch, eine Vollzeitstelle mit familiären Verpflichtungen zu vereinbaren.

In den Aussagen der Postdocs spiegelt sich auch der bereits beschriebene Klassenhabitus sowie eine männlich geprägte Wissenschaftskultur wider. Die Karriereanforderungen und Berufskulturen werden in den untersuchten Forschungseinrichtungen nach wie vor von Männern geprägt.

So werden ein hoher Anspruch an Mobilität sowie die in den Forschungsorganisationen vorherrschende Präsenzkultur als besonders herausfordernd und kritisch bewertet.

Die Ergebnisse der AcademiaNet-Befragung zeigen, dass die Wissenschaftlerinnen auch hier, die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben als das größte Hindernis auf ihrem bisherigen Karriereweg nennen. Vor allem in männlich dominierten Fachdisziplinen wird direkte Diskriminierung von einer Vielzahl der befragten Frauen als Hindernis angegeben. Dies stützt die Ergebnisse einer Vielzahl vorangegangener Forschungsarbeiten (King et al. 2010), die zeigen, dass Wissenschaftlerinnen generell und insbesondere in Männerdomänen besonders häufig mit Diskriminierung konfrontiert werden und diese somit ein direktes Karrierehindernis darstellt. So lassen auch die Ergebnisse der vierten Untersuchung einen Schluss auf das Vorhandensein eines *männlich-geprägten Wissenschaftshabitus* (Bourdieu 1982) im deutschen Wissenschaftssystem zu.

Die Notwendigkeit eines organisationalen Wandels lässt sich auch aufgrund der Teilstudien zu Postdocs und den erfolgreichen AcademiaNet Wissenschaftlerinnen ableiten: Sie zeigt, dass in der direkten Diskriminierung von Wissenschaftlerinnen eine zentrale Herausforderung und Hürde für eine erfolgreiche Wissenschaftskarriere für Frauen besteht. Als Erklärungsansatz kann die vorherrschende *gendered substructure* herangezogen werden. Diese impliziert propagierte Werte und Normen, die sich an der »männlichen Normalbiographie« (Matthies et al. 2001: 107) orientieren.

### **3. Fünf Handlungsempfehlungen für die Praxis**

**Empfehlung 1: Wissenschaftsorganisationen für Notwendigkeit eines kulturellen Wandels sensibilisieren**

Grundlegende Veränderungen und kulturelle Wandlungsprozesse scheinen sich in den Wissenschaftsorganisationen in den letzten Jahrzehnten nicht vollzogen zu haben. Die Mechanismen im deutschen Wissenschaftssystem sind nur scheinbar geschlechtsneutral. Die Organisationskultur wird daher als zentraler Ansatzpunkt für Veränderungen gesehen, da ihre Integrations-, Koordinations- und Motivationsfunktion zur Förderung des Engagements, der Selbstständigkeit und der Selbstverantwortlichkeit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beiträgt. Ein Kulturwandel ist für die nachhaltige Etablierung einer gendergerechten Wissenschaftskultur notwendig.

Daher bedarf es effektiver Maßnahmen zur Sensibilisierung der Akteurinnen und Akteure im deutschen Wissenschaftssystem hinsichtlich

der *Notwendigkeit* eines kulturellen Wandels. Diese Idee des *Organisational Change* (Best 2015) greift auf Ergebnisse der Arbeitspsychologie zurück und ist ein Ansatz, um Veränderungen in Organisationen herbeizuführen. Im Hinblick auf das Wissenschaftssystem, könnte ein Zugang über die Veränderung der vorherrschenden *Spielregeln* erfolgsversprechend sein, um Veränderungen zu initiieren.

Idealerweise müssten im Kontext von Veränderungsprozessen alle zentralen Organisationen und Institutionen des deutschen Wissenschafts- und Innovationssystems eingebunden werden. Neben den Veränderungen von Rahmenbedingungen bedarf es darüber hinaus eines bewussten und reflexiven Einbezuges der habituellen Verankerungen in den Veränderungsprozess, um das notwendige Veränderungspotential im Wissenschaftssystem freisetzen zu können. Vor dem skizzierten Hintergrund und im Hinblick auf konkrete Umsetzungsideen und Maßnahmen können Sensibilisierungs-Workshops im ersten Schritt ein adäquates methodisches Werkzeug sein, um Veränderungen anzustoßen. Durch sie können zum einen Denkanstöße für einen kulturellen Wandel initiiert und zum anderen konkrete Ideen rund um das Thema Karrierewege in der Wissenschaft entwickelt werden.

## Empfehlung 2: Informations- und Unterstützungsangebote für Wissenschaftlichen Nachwuchs verbessern

Die Forschungsergebnisse zeigen den Bedarf an Informationsformaten zum deutschen Innovations- und Wissenschaftssystem. Sowohl die beteiligten Promovierenden als auch Postdocs durchdringen erst sehr spät die komplexen Strukturen und Mechanismen des deutschen Wissenschaftssystems.

Informationsangebote zum Thema Karrierewege in der Wissenschaft existieren bisher nicht flächendeckend und wissenschaftliche Einrichtungen beschäftigen sich nur unzureichend mit deren Kommunikation. Vor allem die vorherrschende Intransparenz bezüglich Strukturen, Formalien und Zugängen zu Positionen verunsichert den Wissenschaftlichen Nachwuchs und führt dazu, dass die Attraktivität von Wissenschaftskarrieren eher niedrig bewertet wird. Als Empfehlung wird an dieser Stelle eine Schärfung der Organisationsprofile der Wissenschaftseinrichtungen und vor allem der außeruniversitären Forschungseinrichtungen vorgeschlagen. Mit der Profilschärfung einhergehen müssen eine *echte* Transparenz und die Kommunikation von Karriereoptionen. Dies kann u.a. durch eine systematische Personalentwicklung und einen profilspezifischen Netzwerkaufbau gelingen. Diese Profilschärfung soll dazu beitragen, die Pass-

genauigkeit zwischen Wissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern und Einrichtung zu erhöhen, so dass die bestmögliche Forschungsqualität für die Organisation erreicht werden kann.

Konkret könnte diese Schärfung beziehungsweise die Kommunikation der Profilschärfung über eine *interaktive Innovationssystem-Landkarte* abgebildet werden. Diese visualisiert und erklärt die zentralen Organisationen und Institutionen des nationalen und internationalen Innovationssystems und der komplexen Mechanismen zwischen den Akteurinnen und Akteuren.

Die Landkarte, verstanden als visualisierte Wissenslandkarte, ermöglicht es, Wissensbestände und deren Wissensarchitektur zu ordnen und aufzuzeigen. Auf individueller Ebene könnte die Weiterentwicklung des szenariobasierten Konzeptes in Form einer Online-Toolbox hilfreich sein, um Eigenverantwortung, Reflexionskompetenz und Selbstwirksamkeit der Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler zu verbessern: Denn mit einer *digitalen bedarfsorientierten Support-Toolbox* für Studierende und Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler kann das Thema der individuellen Karriereplanung adressiert und können Zielgruppen an unterschiedlichen Karrierestufen individuell gefördert werden. Durch eine erhöhte Passfähigkeit zwischen den Vorstellungen und Zielen der einzelnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und dem individuell gewählten Karriereweg sowie durch die verstärkte Karrierereflexion und -planung kann es gelingen, mehr Wissenschaftlerinnen im Wissenschaftssystem zu halten.

### Empfehlung 3: Strukturiertes und strategisches Talentmanagement sowie Role Models in den Wissenschaftsorganisationen etablieren

Die Ergebnisse aus der Befragung studentisch Beschäftigter zeigen, dass die Unterrepräsentanz von Frauen bereits in dieser frühen Phase der wissenschaftlichen Qualifizierung besteht. Der Aufbau eines strukturierten Talentmanagements, einer systematischen und frühzeitigen Personalentwicklung und somit auch einer umfassenden Persönlichkeitsentwicklung stellt einen notwendigen nächsten Schritt in den Personalentwicklungsabteilungen der nationalen Wissenschaftsorganisationen dar. Den Einrichtungen sollte es besser gelingen, das Potential der studentisch Beschäftigten zu analysieren und zu fördern, um so bereits in dieser frühen Phase den Grundstein für eine wissenschaftliche Karriere zu legen.

Daher wäre ein Verständniswandel dahingehend wünschenswert, dass Wissenschaftsorganisationen studentisch Beschäftigte stärker als *vollwertige* Mitarbeitende der Organisation begreifen und entsprechende Maß-

nahmen für diese bisher eher wenig betreute Gruppe etablieren. Die Etablierung eines organisationsübergreifenden Karriere-Tracking Systems könnte zudem das Talentmanagement weiter professionalisieren und wertvolle Hinweise über den Verbleib des potentiellen Nachwuchses bieten. Die Etablierung eines solchen Karriere-Tracking-Systems ist jedoch nur durch ein konzertiertes Vorgehen aller Organisationen und Institutionen im Wissenschafts- und Innovationssystem möglich.

Ein weiterer Baustein des strategischen Talentmanagements besteht in der systematischen Etablierung von *weiblichen Role Models* im deutschen Wissenschaftssystem. Universitäten und Forschungsorganisationen sollte zukünftig besser gelingen, *Role Models* innerhalb und außerhalb der Wissenschaftsorganisationen zu identifizieren und transparent darzustellen.

Initiativen wie die AcademiaNet Plattform der Robert-Bosch-Stiftung stellen vereinzelt Good-Practice Beispiele dar und können noch verstärkt für die Nachwuchsförderung verwendet werden. Universitäten und Forschungsorganisationen muss es gelingen, ein realistisches Bild wissenschaftlicher Tätigkeit und des wissenschaftlichen Alltages zu vermitteln. Negativbeispiele wie die Kampagne der Europäischen Kommission *Science: It's a girl thing!*<sup>4</sup> aus dem Jahr 2012, die aufgrund der Reproduktion von bestehenden Stereotypen einen Netz-Protest ausgelöst hat, sind wenig zielführend für die Vermittlung eines realistischen Berufsalltages und die Gewinnung von Nachwuchswissenschaftlerinnen. Im Hinblick auf konkrete Umsetzungsideen und Maßnahmen muss es daher zum einen gelingen, geeignete weibliche *Role Models* unter Berücksichtigung zahlreicher Diversitätsmerkmale zu identifizieren und zum anderen, innovative Formate zu entwickeln und etablieren.

#### Empfehlung 4: Flexibilitätsstigma abbauen und Flexibilisierungspotentiale besser nutzen

Die Arbeit im Wissenschaftssystem wird aus Sicht der Postdocs übereinstimmend als besonders attraktiv wahrgenommen. Vor allem die wissenschaftliche Forschungstätigkeit per se, das selbstbestimmte Arbeiten und die großen Gestaltungsspielräume nennen sowohl weibliche als auch männliche Postdocs als besonders motivierend. Jedoch schränkt die oft vorherrschende Präsenzkultur die Möglichkeiten der flexiblen Arbeitsgestaltung, die in vielen Fachdisziplinen gegeben wäre, ein.

---

<sup>4</sup> Der Beitrag wurde von der Europäischen Kommission zurückgezogen, kann aber über folgenden Link bei YouTube abgerufen werden: <https://www.youtube.com/watch?v=zj--FFzngUK>

Daher erscheint eine bessere Nutzung und Kommunikation der in den Wissenschaftsorganisationen vorhandenen Flexibilitätpotentiale als praktische Implikation der vorgestellten Untersuchungsergebnisse. Das bedeutet zum einen, dass Wissenschaftsorganisationen zukünftig vermehrt die Bedarfe der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler über die Lebensphasen hinweg berücksichtigt. Zum anderen sollten die derzeit schon bestehenden Flexibilitätsmöglichkeiten besser kommuniziert werden. So sollten Wissenschaftsorganisationen die derzeit schon bestehenden positiven Ressourcen einer attraktiven Arbeitskultur für die organisationspezifische Profilschärfung nutzen und dies auch gegenüber externen Akteurinnen und Akteuren aus Wirtschaft, Industrie, Unternehmen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern kommunizieren, um so die Attraktivität des Arbeitsumfeldes Wissenschaft zu steigern.

#### **Empfehlung 5: Neue, attraktive Karrierewege etablieren, um spezifische Hürden für Wissenschaftlerinnen abzubauen**

Transparente, strukturierte und standardisierte Karriereoptionen sind an wissenschaftlichen Einrichtungen bisher noch nicht ausreichend vorhanden. Die risikoreichen Rahmenbedingungen und mangelnden Perspektiven im Wissenschaftssystem werden von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern als unzureichend bewertet und verschärfen Geschlechterungleichheiten. Sie stellen somit zentrale Stellschrauben für das Eröffnen von attraktiven beruflichen Wissenschaftspositionen dar.

Neue Karrierewege, die mehr Sicherheit in der Karriereplanung bieten, könnten einen Beitrag dazu leisten, mehr qualifizierte Frauen mit attraktiven Optionen im Wissenschaftssystem zu halten. Dabei ist darauf zu achten, dass neue Karrierewege zukünftig stärker zwischen den Organisationen – also Universitäten, außeruniversitären Forschungsorganisationen und Wirtschaft/Industrie – als Gesamtsystem entwickelt werden, um die Durchlässigkeit zwischen den Einrichtungen zu erhöhen und zugleich die Mobilität der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu bewahren. Denn die Themenfelder wissenschaftliche Karrierewege und Innovationssystem sind sowohl für wissenschaftliche und politische Einrichtungen als auch für Unternehmen von Interesse. Der übergreifende Gedanke, dass Karrierewege im Innovationssystem auch in F&E-Abteilungen in forschenden Unternehmen stattfinden, führt dazu, dass das Thema vor allem für die Human Resource-Bereiche in Unternehmen von zentraler Bedeutung für das Rekrutieren und Halten von Mitarbeitenden ist. Daher sollte ein Dialog zu den Themen Karrierewege und insbesondere Fachkarrieren stattfinden. Vor allem im Bereich der Etablierung von Fachkar-

rieren können die Wissenschaftseinrichtungen von den Unternehmen lernen. *Good Practice* Beispiele sollten erarbeitet werden und Anschlussfähigkeiten zwischen Akteurinnen und Akteuren ausgelotet werden.

Ein weiterer Aspekt im Rahmen der Etablierung neuer, attraktiver Karrierewege kann die kritische Reflexion der derzeit gültigen Leistungskriterien darstellen. Die Leistungskultur im deutschen Wissenschaftssystem ist maßgeblich gekennzeichnet durch schnell erreichbare und in Zahlen messbare Kriterien. Die Gewichtung von Publikationen wird als entscheidender Maßstab zur Bewertung der wissenschaftlichen Fähigkeiten herangezogen, qualitative Maßstäbe werden derzeit hingegen kaum berücksichtigt.

Eine Erfassung von Kompetenzen, die über die rein wissenschaftlichen Qualifikationen hinausgehen, findet an Universitäten und außeruniversitären Forschungsorganisationen auch bei Berufungs- und Einstellungsverfahren noch uneinheitlich statt. Daher wäre es lohnend, einen Wandel der Leistungskultur als Ausgangspunkt für attraktive Karriereentwicklungen und mehr Chancengerechtigkeit zu nutzen. Es könnten fachkulturspezifische Erfolgsfaktoren definiert werden, so dass verbindliche und transparente Standards entstehen. Diese ermöglichen gleichzeitig eine transparente Karriereentwicklung. Einheitliche Standards von Erfolgs- und Leistungskriterien fördern die Chancengerechtigkeit in der Leistungsbewertung und können damit der Benachteiligung von Frauen und dem Phänomen der *leaky pipeline* (Husu 2001) entgegenwirken.

Bei Stellenbesetzungsverfahren in der Wissenschaft könnten zukünftig qualitative Leistungskriterien wie Qualität der Lehre, Studienbetreuung und Führungskompetenzen, die im Berufsalltag von hoher Bedeutung sind, stärker berücksichtigt werden. Durch eine Abkehr von der Bedeutung der Akkumulation sozialen Kapitals als Voraussetzung für das *Karrierespiel* (Bourdieu 1999), könnte insbesondere bei Wissenschaftlerinnen das *Interesse für das Spiel* (Bourdieu 1998) erhöhen, da die Regeln des sozialen Feldes aufgeweicht werden.

#### **4. Ausblick**

Die Notwendigkeit, über eine Quotenregelung zu diskutieren, wird durch die hier vorgestellten Ergebnisse legitimiert: Wer eine Quote mit der Argumentation über ein mangelndes Interesse von Wissenschaftlerinnen an Spitzenpositionen ablehnt, blendet schlicht die beschriebenen Strukturdaten aus. Denn die im Habitus verankerten Dispositionen wirken als versteckte Mechanismen, die auch dazu führen, dass sowohl Wissenschaftler als auch Wissenschaftlerinnen selbst durch unbewusste Prakti-

ken die bestehende Herrschaftsstruktur im Wissenschaftssystem reproduzieren. Ein Abstellen dieser inkorporierten Verhaltensmuster und Beharrungskräfte des Habitus ist nach Bourdieu (1982) durch die Individuen nicht ohne weiteres möglich. Die ungleichheitsgenerierenden Strukturen sind in den Individuen selbst verankert und diese können sich nicht einfach durch Bewusstwerdung davon befreien bzw. führt auch das Bewusstsein darüber nicht zur Veränderungen hinsichtlich der Spielregeln des sozialen Feldes.

In der Annahme, dass Bourdieus Sozialtheorie sehr statisch ist und Wandel nur schwer fassen kann, können radikale Einschnitte wie eine gesetzliche Quotenregelung zur Erhöhung des Frauenanteils zu Veränderungen der Spielregeln führen. Eine Quotenregelung stellt daher ein wichtiges und unerlässliches Instrument dar, um mehr Spielerinnen als *Gatekeeper* ins soziale Feld der Wissenschaft zu bringen. Durch die Etablierung von neuen Spielerinnen mit veränderten Prioritäten kann die Reproduktion aufgebrochen werden. Sie zwingt die Akteurinnen und Akteure des Wissenschaftssystems dazu, gezielter Frauen zu rekrutieren und in das *Wissenschaftsspiel* mitaufzunehmen. Ein Aufbrechen der Reproduktion bestehender Verhältnisse und Automatismen wie beispielsweise informelle Netzwerke oder geschlechtsspezifische Zu- und Absprachen von Kompetenzen könnte so initiiert werden.

Weiterhin muss eine Quotenregelung an die Akkumulation von Sozialkapital geknüpft sein, so dass eine Veränderung der vorherrschenden Strukturen aus dem sozialen Feld heraus erfolgen kann. Vor allem Nachwuchswissenschaftlerinnen muss frühzeitig die Akkumulation von Sozialkapital gelingen. Eine gesetzliche Quote, verstanden als ein von außen vorangetriebener Wandel der Spielregeln, stellt somit ein Instrument dar, das nachhaltige Veränderungen im Wissenschaftssystem bewirken kann.

Kritisch bleibt anzumerken, ob die Indizierung neuer Spielerinnen im sozialen Feld ausreicht, um die vorherrschenden sozialen Ungleichheiten und Hierarchien aufzubrechen. Denn die Einführung einer Quote impliziert nicht per se die Auflösung herrschender Spielregeln und bestehender Machtstrukturen, denn der inkorporierte Klassenhabitus und die symbolische Herrschaft wirken nach wie vor als verdeckte Strukturen. Die Einführung einer gesetzlich verpflichtenden Quote alleine scheint daher nicht ausreichend, um Veränderungen nachhaltig zu vollziehen, da die Herrschaftsstrukturen in den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern selbst verankert sind. Daher gilt es parallel zur Erhöhung des Frauenanteils im Wissenschaftssystem die unsichtbaren Machtmechanismen zu problematisieren und im Zuge dessen auch intensiv auf einen kulturellen und gesellschaftlichen Wandel hinzuarbeiten.

Trotz starker Beharrungstendenzen von Grundannahmen, Werten und Normen (Schreyögg/Koch 2010) kann ein organisationskultureller Wandel im Wissenschaftssystem gelingen. Es gilt die tieferliegenden und inkorporierten kollektiven Werte und Grundannahmen im Wissenschaftssystem zu durchbrechen (Schein 1985), um somit nachhaltige kulturelle Veränderungen herbeizuführen. Betrachtet man Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler jedoch nicht nur als Akteurinnen und Akteure des sozialen Feldes der Wissenschaft, sondern auch privater sozialer Felder, dann scheint der inkorporierte Klassenhabitus nur veränderbar, wenn auch gesamtgesellschaftlich Veränderungen hinsichtlich einer größeren Vielfalt und Chancengerechtigkeit angestoßen werden.

### **Literatur**

- BA, Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2018): MINT-Berufe. Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt, Nürnberg, September 2018.
- Bailyn, Lotte (2003): Academic Careers and Gender Equity: Lessons Learned from MIT, in: *Gender, Work & Organization* 10(2), S. 137–153. doi:10.1111/1468-0432.00008
- Bargel, Tino/Tobias Röhl (2006): Wissenschaftlicher Nachwuchs unter den Studierenden: Empirische Expertise auf der Grundlage des Studierenden surveys, Bonn/Berlin.
- Beaufaÿs, Sandra (2003): Wie werden Wissenschaftler gemacht? Beobachtungen zur wechselseitigen Konstitution von Geschlecht und Wissenschaft, Bielefeld.
- Beaufaÿs, Sandra (2012): Zugänge zur Promotion. Welche selektiven Mechanismen enthält die wissenschaftliche Praxis?, in: Nathalie Huber/Anna Schelling/Stefan Hornbostel (Hg.), *Der Dokortitel zwischen Status und Qualifikation*, Bonn, S. 163–172.
- Beaufaÿs, Sandra (2015): Die Freiheit arbeiten zu dürfen. Akademische Laufbahn und legitime Lebenspraxis, in: *Beiträge zur Hochschulforschung* 37(3), S. 40–59.
- Best, Kathinka (2015): Innovation durch Diversität. Vier empirische Studien zur Nutzung von Gender-Diversity als Innovationsressource in naturwissenschaftlich-technischen Organisationen, Berlin.
- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (1998): *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*, Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (1999): *Die Regeln der Kunst. Genese und Struktur des literarischen Feldes*, Frankfurt am Main.
- Briedis, Kolja/Steffen Jaksztat/Julia Schneider/Anke Schwarzer/Mathias Winde (2013): *Personalentwicklung für den wissenschaftlichen Nachwuchs: Bedarf, Angebote und Perspektiven – eine empirische Bestandsaufnahme. Analysen*, Essen.
- BuWiN, Bundesbericht wissenschaftlicher Nachwuchs (2013): *Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013: Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland*, Bielefeld.
- Dietz, James S./Ivan Chompalov/Barry Bozeman/Eliesh O’Neil Lane/Jongwon Park (2000): Using the curriculum vita to study the career paths of scientists and engi-

- neers: An exploratory assessment, in: *Scientometrics* 49(3), S. 419–442. doi:10.1023/A:1010537606969
- Gibson, Donald E. (2004): Role models in career development: New directions for theory and research, in: *Journal of Vocational Behavior* 65(1), S. 134–156. doi:10.1016/S0001-8791(03)00051-4
- GWK, Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (2018): Pakt für Forschung und Innovation: Monitoring-Bericht 2018 (Materialien der GWK H. 58), Bonn.
- Husu, Liisa (2001): On metaphors on the position of women in academia and science, in: *NORA - Nordic Journal of Feminist and Gender Research* 9(3), S. 172–181. doi:10.1080/713801035
- Jungbauer-Gans, Monika/Christiane Gross (2013): Determinants of success in university careers: Findings from the German academic labor market, in: *Zeitschrift für Soziologie* 42(1), S. 74–92.
- Jaksztat, Steffen/Nora Schindler/Kolja Briedis (2010): *Wissenschaftliche Karrieren: Beschäftigungsbedingungen, berufliche Orientierungen und Kompetenzen des wissenschaftlichen Nachwuchses*, Hannover.
- Kahlert, Heike (2012): Was kommt nach der Promotion? Karriereorientierung und –pläne des wissenschaftlichen Nachwuchses im Fächer- und Geschlechtervergleich, in: Sandra Beaufaÿs/Anita Engels/Heike Kahlert (Hg.), *Einfach Spitze? Neue Geschlechterperspektiven auf Karrieren in der Wissenschaft*, Frankfurt a.M.
- Kahlert, Heike (2015): Nicht als Gleiche vorgesehen. Über das „akademische Frauensterben“ auf dem Weg an die Spitze der Wissenschaft, in: *Beiträge zur Hochschulforschung* 37(3), S. 60–78.
- King, Eden B./Michelle R. Hebl/Jennifer M. George/Sharon F. Matusik (2010): Understanding tokenism: Antecedents and consequences of a psychological climate of gender inequity, in: *Journal of Management* 36(2), S. 482–510. doi:10.1177/0149206308328508
- Krais, Beate/Sandra Beaufaÿs (2005): *Wissenschaftskultur und Geschlechterordnung*, in: Doris Nienhaus/Gaël Pannatier/Claudia Töngi (Hg.), *Gender Wissen Bd. 9: Akademische Seilschaften. Mentoring für Frauen im Spannungsfeld von individueller Förderung und Strukturveränderung*, Bern, S. 29–46.
- Lenger, Alexander/Christian Schneickert/Stefan Priebe (2012): *Studentische MitarbeiterInnen: Zur Situation und Lage von studentischen Hilfskräften und studentischen Beschäftigten an deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen*, Frankfurt a.M.
- Lent, Robert W./Steven D. Brown/Gail Hackett (1994): Toward a Unifying Social Cognitive Theory of Career and Academic Interest, Choice, and Performance, in: *Journal of Vocational Behavior* 45(1), S. 79–122. doi:10.1006/jvbe.1994.1027
- Lent, Robert W./Steven D. Brown/Gail Hackett (1996): Career development from a social cognitive perspective, in: Duane Brown/Linda Brooks (Hg.), *Career choice and development*, San Francisco, S. 373–421.
- Lind, Inekn/Andrea Löther (2006): Evaluation der Förderinstrumente Berufungstraining und Coaching, in: Jutta Dalhoff (Hg.), *CEWS-Beiträge Frauen in Wissenschaft und Forschung Vol. 4: Anstoß zum Aufstieg. Karrieretraining für Wissenschaftlerinnen auf dem Prüfstand*, Bielefeld, S. 26–87.
- Mayring, Philipp (2010): *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*, Weinheim.

- Matthies, Hildegard/Ellen Kuhlmann/Maria Oppen/Dagmar Simon (2001): *Karrieren und Barrieren im Wissenschaftsbetrieb: Geschlechterdifferente Teilhabechancen in ausseruniversitären Forschungseinrichtungen*, Berlin.
- Matthies, Hildegard/Sandra Matthäus (2010): *Science Between Organization and Profession: Opportunities for Neutralizing Gender? – Reflection on Research Assessment*, in: Birgit Riegraf/Brigitte Aulenbacher/Edit Kirsch-Auwärter/Ursula Müller (Hg.), *Gender Change in Academia. Re-Mapping the fields of Work, Knowledge and Politics from a Gender Perspective*, Wiesbaden, S. 87–100.
- Quimby, Julie L./Angela M. De Santis (2006): *The influence of role models on women's career choices*, in: *The Career Development Quarterly* 54(4), S. 297–306. doi:10.1002/j.2161-0045.2006.tb00195.x
- Schein, Edgar H. (1985): *Organizational culture and leadership: A dynamic view*, San Francisco.
- Schreyögg, Georg/Jochen Koch (2010): *Grundlagen des Managements: Basiswissen für Studium und Praxis*, Wiesbaden.
- Trübswetter, Angelika (2016): *Chancen und Herausforderungen für Frauen in wissenschaftlichen Karriereverläufen. Studien mit Wissenschaftlerinnen an vier verschiedenen Karrierestationen*, Berlin.

# Welche Rolle spielen Konferenzen in der Wissenschaft?

Antworten aus der Perspektive von  
Nachwuchswissenschaftler\*innen

**Kalle Hauss**  
Berlin

Kaum eine andere Institution der Wissenschaft verbindet so sehr Erwartungssicherheit mit Ergebnisoffenheit wie die wissenschaftliche Konferenz. Sie erzeugt Erwartungssicherheit, insofern ihr Ablauf allgemein anerkannten Regeln folgt und alle Beteiligten davon ausgehen können, dass die Mitakteure sich

ihrerseits an diese Regeln halten. So darf der Vortrag eine bestimmte Dauer nicht überschreiten, und Reihenfolge und Thema der Vorträge sind durch das Konferenzprogramm vorgegeben. Doch anders als in der Politik und in der Wirtschaft, wo Konferenzen mit dem Ziel einberufen werden, Verhandlungsergebnisse zu erzielen, ist die wissenschaftliche Konferenz ergebnisoffen.

Diese Ergebnisoffenheit zeigt sich beispielsweise bei spontanen Begegnungen oder in Gesprächssituationen, in denen die Erwartungen und Absichten des Gegenübers nicht eingeschätzt werden können. In der Soziologie wird diese Ungewissheit unter dem Schlagwort „doppelte Kontingenz“ theoretisch verhandelt (Parsons 1968: 436, Luhmann 1984: 148ff., Esser 1999: 6). Unter den Bedingungen doppelter Kontingenz hängen die Folgen des Handelns nicht nur von den eigenen, sondern zugleich von den Handlungen der anderen ab.

Das hohe Maß an Ergebnisoffenheit wirft die Frage auf, welche Folgen die Teilnahme an Konferenzen für Wissenschaftler\*innen und die Wissenschaft hat. Der vorliegende Beitrag stellt empirische Ergebnisse eines Dissertationsprojektes vor, das sich dieser Frage aus der Perspektive von Nachwuchswissenschaftler\*innen gewidmet hat. Der Beitrag ist folgendermaßen aufgebaut: Zunächst wird der Forschungsstand zum Phänomen der Konferenz aus Sicht der Wissenschaftsforschung skizziert und Daten zu Konferenzen in Deutschland präsentiert. Das darauffolgende Kapitel widmet sich der Praxis des ‚Konferierens‘ in der Wissenschaft, wobei ein soziologischer Zugang gewählt wird. Einer kurzen Zusammen-

fassung der verwendeten Methoden folgt die Darstellung der zentralen Ergebnisse. Abschließend werden Implikationen für die Wissenschaftsforschung aufgezeigt.

## 1. Wissenschaftliche Konferenzen: Forschungsstand

Wissenschaftliche Konferenzen sind globale Phänomene. Zu ihrer Zahl liegen in der Wissenschaftsforschung jedoch keine genauen Informationen vor. Einer Schätzung zufolge stieg die Zahl internationaler Konferenzen in der Wissenschaft weltweit von rund 5.000 in den 1960er Jahren auf etwa 10.000 in den 1980er Jahren (Schubert et al. 1983). Die Grundlage dieser Approximation bilden veröffentlichte Konferenzbeiträge, sogenannte *conference proceedings*.

Weil jedoch längst nicht alle Konferenzbeiträge auch veröffentlicht und in Publikationsdatenbanken erfasst werden, führt eine Quantifizierung auf Basis von Publikationen zwangsläufig zu einer Unterschätzung ihrer Zahl. So kann davon ausgegangen werden, dass die Arbeitsergebnisse lokaler, sprachräumlich begrenzter Konferenzen, Workshops, Meetings, Symposien usw. nicht in Publikationen münden und daher auch nicht erfasst werden können.

Diese Leerstelle der Wissenschaftsforschung rührt auch aus der Tatsache, dass alternative Zählweisen bislang fehlen. Zwar existieren Organisationen, die Daten zu Konferenzen bereitstellen. Ein Beispiel ist die International Congress and Convention Association (Association 2018). Die Daten dieser Organisation bilden jedoch nur die *meetings* und *events* der Mitgliederorganisationen ab und liefern folglich ein unvollständiges Bild des weltweiten Konferenzgeschehens.

Übersicht 1 zeigt Konferenzen in Deutschland, die aus Publikationen der Bibliometriedatenbank Web of Science (WoS) extrahiert wurden. Die Suche beschränkte sich auf Konferenzen, wobei alle Publikationen berücksichtigt wurden, die das Suchkriterium CF=Germany erfüllten. Insgesamt konnten für den Beobachtungszeitraum (2015–2019) 69.062 Publikationen identifiziert werden. Diese Publikationen wurden anschließend anhand des Konferenztitels zu 1.162 Konferenzen der Jahre 2008 bis 2019 aggregiert. Publikationen des WoS sind einer oder mehreren *Subject Categories* zugeordnet, welche Subdisziplinen repräsentieren. Übersicht 1 zeigt für ausgewählte Subject Categories die Anteile der diesen Kategorien zugeordneten Konferenzen an der Gesamtzahl der ermittelten Konferenzen. Zu erkennen ist eine deutliche Konzentration der Konferenzen auf die Kategorien „computer science“ (21,5 Prozent) und „Engineering“ (22,9 Prozent). Auf die Soziologie entfallen dagegen lediglich 5 Konfe-

renzen. Wie oben erwähnt, kann auf Basis von Publikationen jedoch nur ein kleiner Wirklichkeitsausschnitt des Konferenzgeschehens in der Wissenschaft abgebildet werden.

*Übersicht 1: Wissenschaftliche Konferenzen in Deutschland zwischen 2008 und 2019 für ausgewählte Subject Categories*

Subject Categories	Absolut	Prozent
Computer science	250	21,5
Engineering	266	22,9
Sociology	5	0,4
Psychology	10	0,9
Surgery	50	4,3
Physics	95	8,2
Business & Economics	39	3,4
Literature	12	1,0
<b>Gesamt</b>	<b>1.162</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Eigene Berechnungen. Web of Science, April 2019. Berücksichtigt wurden 69.062 Publikationen der Jahre 2015–2019, die das Suchkriterium CF=Germany erfüllten und auswertbare bibliographische Daten aufwiesen.

## 2. ‚Konferieren‘ in der Wissenschaft

Wissenschaftliche Konferenzen lassen sich als temporäre Raum-Zeit-Gebiete konzipieren, in denen die Teilnehmenden sich informell austauschen. Ein naheliegendes Motiv für die Teilnahme ist die Suche nach neuartigen Ansätzen, überraschenden Befunden und aktuellen Arbeitsergebnissen. Aufgrund des hohen Orientierungsbedarfs der Wissenschaftler\*innen stellt die Konferenz im Prozess der Wissensproduktion eine nützliche Informationsquelle dar. Während die Publikation infolge langer Phasen der Bearbeitung und Begutachtung zum Zeitpunkt der Veröffentlichung bereits einen „veralteten“ Arbeitsstand aufweist, ermöglicht die Konferenz eine direkte Kommunikation neuer Erkenntnisse.

Die Praxis des Konferierens schließt zugleich Aktivitäten ein, die über den informellen Austausch hinausgehen. Konferenzen sind zugleich Raum-Zeit-Gebiete, in denen Begegnungen und Wiederbegegnungen stattfinden. Wissenschaftler\*innen nutzen den Rahmen der Konferenz, um neue Kontakte zu knüpfen, alte Kontakte zu pflegen, Sondierungsgespräche zu führen und gegebenenfalls Kooperationen anzustoßen.

Ein spezifisch soziologisches Interesse gilt den geplanten und ungeplanten Folgen solcher Zusammenkünfte. So mögen Konferenzen etwa dann folgenreich sein, wenn sie wissenschaftliche Prozesse anstoßen.

Hierunter lassen sich epistemische, auf die Erkenntnisgewinnung gerichteten Aktivitäten subsummieren. Ein naheliegendes Beispiel sind Forschungsk Kooperationen, die aus Begegnungen auf Konferenzen entstehen. Die Interaktionen zwischen den Teilnehmenden setzen zugleich soziale Prozesse in Gang, die die Entstehung einer ganzen Reihe typisch soziologischer Phänomene unterstützen, darunter soziales Vertrauen, Misstrauen, Freundschaften, Verhandlungen, sozialer Tausch, Anerkennung und Status. All diese Phänomene können das Verhalten von Wissenschaftler\*innen und damit auch die Entwicklungen in der Wissenschaft maßgeblich beeinflussen. Konferenzen werden dadurch zum Ausgangspunkt für unterschiedliche Formen der Strukturbildung in der Wissenschaft. Ein methodologisches Hilfsmittel, mit dem sich derartige Strukturen analysieren lassen, ist das strukturell-individualistische Forschungsprogramm.

Die strukturbildende Wirkung von Konferenzen lässt sich an historischen Beispielen belegen. Die sogenannten „Macy-Konferenzen“, die zwischen 1946 und 1953 in den USA stattfanden, trugen wesentlich zur Entstehung der Kognitionswissenschaften bei. Zu den Schlüsselfiguren zählten Persönlichkeiten wie Paul Lazarsfeld, Margaret Mead, Kurt Lewin und Max Delbrück. Die Konferenzen hatten zugleich Einfluss auf die disziplinäre Entwicklung der Soziologie, der Psychologie und der Kybernetik (Mead 1968: 10f., Pias 2004: 9-43). Von ähnlicher Tragweite waren Anfang des 20sten Jahrhunderts die so genannten „Solvay-Konferenzen“, die sich der noch jungen Quantenphysik widmeten. Später gingen aus diesen Konferenzen die „International Solvay Institutes“ hervor. Die regelmäßigen Konferenzen der Solvay-Institute waren meist einem kleinen, handverlesenen Kreis führender Wissenschaftler vorbehalten (Fischer 2010: 164f.). Heute verbinden wir mit dem Konzept der Solvay-Konferenz in der Physik einen spezifischen Typus von Workshop, bei dem ein externer Sponsor die Finanzierung des Treffens übernimmt (Schirmmacher 2012).

Die Beispiele verdeutlichen, dass wissenschaftlichen Konferenzen eine Schlüsselrolle bei der Entstehung von Wissensfeldern zukommt und dass sie kollektive Folgen haben können. Im Folgenden werden empirische Ergebnisse zweier Befragungen vorgestellt, die die wahrgenommenen Folgen von Konferenzteilnahmen aus der Sicht von Nachwuchswissenschaftler\*innen fokussierten.

### **3. Bedeutung und Folgen von Konferenzteilnahmen in der Wissenschaft**

#### *3.1. Datengrundlage und Methode*

Ziel der ersten Befragung war es, die wahrgenommenen Bedeutungen, Erwartungen und Folgen der Konferenzteilnahme in der Qualifizierungsphase auf der Grundlage von Interviews zu explorieren. Insgesamt wurden 12 teilstrukturierte Interviews mit Promovierenden und Postdocs aus der Informatik, der Sozialwissenschaften und der Biochemie durchgeführt. Die zweite Befragung wurde als Onlinebefragung realisiert. Das Ziel bestand darin, das empirische Wissen über die Bedeutung der Konferenz zu präzisieren. Im Mittelpunkt der Onlinebefragung standen a) die Häufigkeit der Konferenzteilnahme, b) die Beweggründe der Teilnahme, c) der Zugang zu Informationen und d) die Folgen der Konferenzteilnahme.

Die zu präsentierenden Ergebnisse der Onlinebefragung nehmen die Folgen der Teilnahme in den Blick. Befragt wurden Promovierende und Postdocs an ausgewählten Universitäten<sup>1</sup>, sowie Stipendiat\*innen des Vortrags- und Kongressreiseprogramms des DAAD. Insgesamt lagen nach Abschluss der Onlinebefragungen 1.234 auswertbare Fälle vor.<sup>2</sup> Aufgrund des Vorgehens bei der Auswahl der Fälle erheben die Ergebnisse beider Teilstudien keinen Anspruch auf Repräsentativität. Die zentralen Ergebnisse werden im Folgenden vorgestellt.

#### *3.2. Teilstudie I: Wahrgenommene Bedeutung der Konferenz für die wissenschaftliche Qualifizierung*

Im Ergebnis der explorativen Studie zeigten sich kaum disziplinäre Unterschiede hinsichtlich der wahrgenommenen Bedeutung der Konferenz für die wissenschaftliche Qualifizierung. Die inhaltsanalytische Auswertung der Interviews zeigte, dass die Befragten aller drei Disziplinen die

---

<sup>1</sup> Es wurden Daten von Promovierenden und Postdocs an folgenden Einrichtungen erhoben: Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Graduierteneinrichtung der Universität Osnabrück, Graduierten-Akademie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Technische Universität Berlin, Humboldt-Universität zu Berlin, a.r.t.e.s. Graduate School for the Humanities Cologne und Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.

<sup>2</sup> Die Daten der Onlinebefragungen wurden zu einem Gesamtdatensatz kombiniert. Details zu den Methoden in Hauss (2018).

Konferenz als ein Mittel für die Initiierung von Forschungskoooperationen, das Lernen, den sozialen Austausch, den Zugang zu Wissensbeständen, den Vergleich mit anderen und die Herstellung von Sichtbarkeit wahrnehmen. Die identifizierten Bedeutungen konstituieren fundamentale Prinzipien der Wissenschaft. Ihr tragendes Element ist die informelle Wissenschaftskommunikation, die persönliche Annäherung und den sozialen Austausch in der Wissenschaft ermöglicht (Voigt 2012: 18f.).

Die Befragten sahen in der Herstellung von Sichtbarkeit eine zentrale Bedeutung der Konferenz. Die Sichtbarkeit, auf die die Befragten abstellten, fließt Personen und nicht wissenschaftlichen Leistungen zu. Der Konferenzbesuch ermöglichte es den Befragten, Aktivität in der wissenschaftlichen Gemeinschaft zu signalisieren und dadurch fehlende Sichtbarkeit in der Forschung zu kompensieren. Die so hergestellte Sichtbarkeit besteht aus zwei Komponenten. Die erste umfasst das Know-how, das Expertenwissen und die wissenschaftlichen Kompetenzen der Person. Sie tritt in Zuschreibungen der wissenschaftlichen Person hervor. Die zweite Komponente besteht aus askriptiven Zuschreibungen. Hierunter fallen institutionelle Affiliationen, Mitgliedschaften, Ämter, Sprecherrollen, Kooperationen und Beziehungen zu anderen sowie auch persönliche Eigenschaften.

Unterschiede zwischen den Disziplinen zeigten sich mit Blick auf die Bedeutung der Konferenz für die formale Wissenschaftskommunikation. Die Befragten der Informatik sahen sich mit der Erwartung konfrontiert, durch die Teilnahme an Konferenzen ihre Publikationsbilanz und die ihres Instituts zu verbessern. Sie schätzten die Bedeutung eines publizierten Konferenzbeitrags für die wissenschaftliche Karriere höher ein als Befragte der Biochemie und der Soziologie. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass *conference proceedings* in der Informatik eine vergleichsweise hohe Bedeutung zukommt (Lisée et al. 2008: 1783).

Bedeutung wurde auch Lerneffekten zugeschrieben. Die geschilderten Lernvorgänge weisen Ähnlichkeiten mit dem Konzept des Modelllernens von Bandura (1986) auf, das auf der Beobachtung und dem Imitieren des Verhaltens menschlicher Vorbilder beruht. Die Befragten verglichen die Handlungsabläufe anderer Wissenschaftler\*innen mit den eigenen und evaluierten sie darauf hin, ob sie attraktive Leitbilder für das eigene Verhalten darstellten. Durch das Beobachten der Handlungsmuster ihrer Peers eigneten sie sich beispielsweise Präsentationstechniken an und lernten disziplinäre Standards kennen. Diese Prozesse sind als Teil der Sozialisation in die Wissenschaft zu werten. Unterschiede zeigten sich dabei in den präferierten Lernerfahrungen. Für die befragten Promovierenden lag der Fokus auf dem Lernen durch das fachliche Feedback. Dieser Aspekt

hatte dagegen für die Postdocs kaum Relevanz. Lernen bedeutete für sie das Kennenlernen der Berufsrolle als Wissenschaftler\*in und die Ausbildung einer beruflichen Identität.

### 3.3. Teilstudie II: Folgen der Teilnahme

Ein Ziel der quantitativen Studie bestand darin, die Folgen der Konferenzteilnahme und ihre Erscheinungsformen quantitativ zu beschreiben. Zunächst wurde aus dem Datenmaterial der Interviews eine Liste mit Folgen erstellt. Diese Liste wurde anschließend in den Fragebogen integriert. Der Fragetext lautete: „Welche Auswirkungen hatte die [letzte] Konferenz für Sie? Die Konferenz führte [...]“. Zu jedem Listeneintrag sollten die Befragten angeben, ob die Konferenz zu dem fraglichen Ereignis führte (=1), oder nicht zu dem Ereignis führte (=0).

Die Antworten reflektieren demnach subjektive Einschätzungen über persönliche Folgen der Konferenzteilnahme. Eine methodische Schwierigkeit besteht darin, dass die mit den Einschätzungen unterstellte kausale Beziehung auf Basis der Beobachtungsdaten nicht überprüft werden kann. Die hinter den Ereignissen wirksam werdenden sozialen Prozesse, die Sequenz der Interaktionen und ihre Effekte entziehen sich schlicht einer empirischen Beobachtung auf der Basis von Befragungen. Unter der Voraussetzung, dass die unterstellte kausale Beziehung jeweils zutreffend ist, zeigt die Übersicht 2 persönliche Folgen der Konferenzteilnahme.

Übersicht 2 zeigt die Häufigkeit der Nennungen der jeweiligen Ereignisse. Die Prozentwerte zeigen für jedes Ereignis den Anteil der Befragten, die angaben, dass das Ereignis eintrat (=1). Am häufigsten führte die Konferenz zu einer arbeitsteiligen Kooperation in Form eines Austauschs von Arbeitsmaterialien oder Geräten (29,9 Prozent). Für über ein Viertel der befragten Nachwuchswissenschaftler\*innen (27,9 Prozent) führte die Konferenz darüber hinaus zu einem Publikationsprojekt. Seltener dagegen führte sie zu einem Jobangebot (7,6 Prozent) oder zu der Möglichkeit, als Gutachter\*in tätig zu werden (9,5 Prozent). Für weitere 13,1 Prozent führte die Konferenzteilnahme zu der Möglichkeit, als Gastwissenschaftler\*in an einer anderen Einrichtung arbeiten zu können. Dieses Ergebnis zeigt, dass Konferenzteilnahmen Mobilitätsprozesse in der Wissenschaft unterstützen.

Weiterhin verdeutlicht Übersicht 2, dass die Konferenzteilnahme offenbar häufiger für Postdocs als für Promovierende folgenreich war. Dieses Ergebnis ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Eingebundenheit in die Strukturen der Wissenschaft in der Postdoktorandenphase zunimmt und externe Erwartungen steigen. So gaben über ein Drittel der Postdocs,

## Übersicht 2: Folgen der Konferenzteilnahme für Nachwuchswissenschaftler\*innen

	Statusgruppe		Gesamt
	Postdocs	Promovierende	
<b>Austausch von Arbeitsmaterialien oder Geräten</b>	129 (32,8 %)	126 (27,4 %)	255 (29,9 %)
<b>Publikationsprojekt</b>	137 (34,9 %)	101 (22,0 %)	238 (27,9 %)
<b>Forschungsantrag (in Kooperation mit Partner)</b>	93 (23,7 %)	51 (11,1 %)	144 (16,9 %)
<b>Tätigkeit als Gastwissenschaftler*in</b>	63 (16,0 %)	49 (10,7 %)	112 (13,1 %)
<b>Gastvortrag</b>	117 (29,8 %)	83 (18,0 %)	200 (23,4 %)
<b>Bildung einer Arbeitsgruppe</b>	77 (19,6 %)	59 (12,8 %)	136 (15,9 %)
<b>Jobangebot</b>	27 (6,9 %)	38 (8,3 %)	65 (7,6 %)
<b>Tätigkeit als Gutachter*in</b>	52 (13,2 %)	29 (6,3 %)	81 (9,5 %)
<b>N = 100 Prozent</b>	<b>393</b>	<b>460</b>	<b>853</b>

Quelle: Eigene Berechnung

aber nur etwas über ein Fünftel der Promovierenden an, dass die Konferenzteilnahme ein Publikationsprojekt angestoßen hat. Gleichzeitig wird von Postdocs eher als von Promovierenden erwartet, dass sie Kooperationen eingehen.

## 4. Zusammenfassung

Weltweit finden täglich wissenschaftliche Konferenzen statt. Trotz ihrer Allgegenwart liegen in der Wissenschafts- und Hochschulforschung bislang kaum empirische Erkenntnisse über das Konferenzgeschehen vor. An dieses Defizit knüpfte der vorliegende Beitrag an. Aus den Ergebnissen kristallisieren sich drei Implikationen heraus:

- Die erste ist eine sozialtheoretische und betrifft die Verwendung von Handlungstheorien für die Erklärung kollektiver Phänomene in der Wissenschaft. Wenn Forschende auf Konferenzen Prozesse der Wissensproduktion anstoßen, dann sind die Opportunitäten und Restriktionen, denen sie dabei ausgesetzt sind, als handlungsleitende Größen lohnende Forschungsperspektiven der Wissenschaftsforschung. In den Blick geraten dann Situationsfaktoren, d.h. objektive und subjektiven Gegebenheiten, durch deren Analyse mikrofundierte Erklärungen in der Wissenschaftsforschung möglich werden.

■ Zweitens scheint es lohnend, die Rolle der informellen Wissenschaftskommunikation im Prozess der Wissensproduktion näher in den Blick zu nehmen. Der Gehalt dieser Perspektive ergibt sich aus den zahlreichen epistemischen und sozialen Prozessen, die für die Wissenschaft strukturbildend sind und die zugleich untrennbar mit kommunikativen Prozessen in der Wissenschaft verknüpft sind. Die Ergebnisse haben gezeigt, dass die Funktionen der informellen Kommunikation sich nicht zwischen den Disziplinen unterscheiden.

■ Schließlich liefern die Ergebnisse Hinweise dafür, dass sich der Besuch der Konferenz für Nachwuchswissenschaftler\*innen im Großen und Ganzen lohnt. Nicht jede Konferenz stößt Innovationen an und stiftet einen persönlichen Nutzen. Wie sich zeigt, sind einige Folgen eher selten zu erwarten. Häufig ergeben sich jedoch neue Situationen oder es eröffnen sich Möglichkeiten, die nicht intendiert waren.

Die Frage, ob Konferenzen ein gutes Mittel sind, um Nachwuchswissenschaftler\*innen zu fördern, kann daher bejaht werden. Denn selbst, wenn sich scheinbar „nichts“ ergibt, so profitieren sie von den oft unterschwellig ablaufenden Lernprozessen und Prozessen der individuellen Sichtbarwerdung.

### **Literatur**

- Bandura, Albert (1986): *Social Foundations of Thought and Action*. New Jearsey, Prentice-Hall.
- Esser, Hartmut (1999): *Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 3: Soziales Handeln*. Frankfurt/New York, Campus.
- Fischer, Ernst Paul (2010): *Der Physiker. Max Planck und das Zerfallen der Welt*. München, Siedler Verlag.
- Hauss, Kalle (2018): *Der Nutzen wissenschaftlicher Konferenzen in der Nachwuchsausbildung. Theorie und Empirie eines globalen Phänomens*. Wiesbaden, Springer VS.
- International Congress and Convention Association (2018): *The International Association Meetings Market 2017. ICCA Statistics Report - Public Abstract, ICCA*.
- Lisée, Cynthia/Vincent Larivière/Éric Archambault (2008): *Conference proceedings as a source of scientific information: A bibliometric analysis*, in: *Journal of the American Society for Information Science and Technology* 59(11), S. 1776–1784.
- Luhmann, Niklas (1984): *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt/Main, Suhrkamp.
- Mead, Margaret (1968): *Conferences*. *International Encyclopedia of the Social Sciences*. D. L. Sills. New York, Crowell Collier and Macmillan.
- Parsons, Talcott (1968): *Social Interaction*. *International Encyclopedia of the Social Sciences*. D. L. Sills. London/New York, The Macmillan Company: The Free Press, cop. 7, S. 429–441.

- Pias, Claus (2004): Cybernetics/Kybernetik. The Macy-Conferences 1946–1953. Zürich-Berlin, diaphanes.
- Schirmacher, Arne (2012): Ein physikalisches Konzil. Wie die Solvay-Konferenz und das Solvay-Institut vor hundert Jahren nicht nur der Quantentheorie zum Durchbruch verhalfen, in: Physik Journal 11 (1), S. 39–42.
- Schubert, András P./Sándor Zsindely/Tibor Braun (1983): Scientometric analysis of attendance at International Scientific Meetings, in: Scientometrics 5(3), S. 177–187.
- Voigt, Kristin (2012): Informelle Wissenschaftskommunikation und Social Media. Berlin, Frank und Timme.

# Gender

## Zwischen Ressource und Bedeutungsverlust

**Astrid Franzke**  
Frankfurt a.M.

Die zunehmende Diversität von Identitäten und Lebensformen verändert die Rahmenbedingungen von Hochschulen gravierend. Sie werden heterogener. Gleichzeitig steht Bildung unter einem so nie dagewesenen Effizienzdruck. Die Geschlechterkonstellation ist darin eingeschlossen.

Diese Entwicklungen spiegeln sich in zwei scheinbar diametral entgegengesetzten Diskursen innerhalb der Geschlechterforschung. Einerseits wird unter Bezugnahme auf wirtschaftswissenschaftliche Kontexte „Gender als Humankapital“ thematisiert, andererseits wird mit Blick auf systemtheoretische Repliken vom „Bedeutungsverlust von Geschlecht“<sup>1</sup> gesprochen. Diese Gleichzeitigkeit ist an sich noch nicht bemerkenswert, da konkurrierende Diskurse eher den Normalfall in der Wissenschaft darstellen. Erstaunlich ist, dass dies innerhalb eines Forschungsfeldes geschieht und dabei kaum auf einander Bezug genommen wird, obwohl mit dem einen eher eine Aufwertung, mit dem anderen eher eine Abwertung von Geschlecht einhergeht.

Im Folgenden wird sich auf die Analyse des humankapitaltheoretischen und des systemtheoretischen Geschlechterdiskurses konzentriert. Am Beispiel ökonomisierter Hochschulen wird diskutiert, auf welchen Voraussetzungen sie basieren, mit welchem Analyserahmen sie verbunden sind, worin sie übereinstimmen und worin sie sich widersprechen.

### 1. Humankapital, Ökonomisierung, Wissenschaft

Nach 200 Jahren in Humboldtscher Tradition sieht sich die Wissenschaft einer radikalen Ökonomisierung ausgesetzt, die so tiefgreifend ist, dass

---

<sup>1</sup> In den beiden unterschiedlichen Diskursen werden die Begriffe „Gender“ und „Geschlecht“ synonym verwendet. Sie bezeichnen das soziale Geschlecht und fokussieren insbesondere auf: *Geschlechterverteilung*, *Geschlechterverhältnisse*, *Geschlechterrollen* sowie *Geschlechtsidentität*.

sich nicht nur die Organisation, sondern auch die Inhalte von Wissenschaft grundlegend verändern.<sup>2</sup> Die Überformung der wissenschaftlichen Strukturen durch ökonomische Parameter ist allgegenwärtig. Unter Ökonomisierung wird die zunehmende Orientierung sozialen Handelns und organisationaler Strukturen an betriebswirtschaftlichen Kennziffern verstanden. Nützlichkeits- und Verwertbarkeitsaspekte treten in den Vordergrund.

Der Begriff Humankapital wurde durch den US-Amerikaner und Wirtschaftswissenschaftler Gary S. Becker (1962, 1963) eingeführt.<sup>3</sup> Nach Becker sind das *rationale Kosten-Nutzen-Kalkül* und die *individuelle Nutzenmaximierung* die grundlegende Basis menschlichen Verhaltens (vgl. Tomic 2011: 68). Zumindest für Kinder, Erwerbslose und Senioren dürfte nur sehr begrenzt zutreffen, dass die *grundlegende* Basis ihres Verhaltens die individuelle Nutzenmaximierung ist. Denn menschliche Beziehungen lassen sich nicht auf ökonomische reduzieren, dies greift zu kurz, sie sind soziale, emotionale, familiale, kulturelle etc.

Zwei Annahmen sind es, die die Humankapitaltheorien prägen: Bildung hebt die Produktivität der Arbeitskraft, und Individuen mit höherer Qualifikation bringen pro Zeiteinheit größere Werte hervor. Deshalb werden letztere für Organisationen besonders interessant, denn, da sie bereits sehr gut qualifiziert sind, ist es erfolgsversprechend und lohnt es sich, weiter in diese zu investieren. Individuen investieren Geld und Zeit in ihr Humankapital und erzielen dementsprechend höhere oder geringere Bildungserträge. *Bildung wird zur ökonomischen Investition* (vgl. Pechar 2006: 122).<sup>4</sup> Nach der Beckerschen Logik haben Frauen aufgrund der ‚natürlichen‘ geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung weniger Möglichkeiten, in ihr Humankapital zu investieren, wodurch sie eine geringere Produktivitätsrate aufweisen (vgl. Michalitsch 2006: 149f.).<sup>5</sup> Für Europa ist diese Annahme überholt, da mittlerweile Frauen über formal höhere Bildungsabschlüsse als Männer verfügen (vgl. Gottschall 2009: 121). Es

---

<sup>2</sup> Bildung galt seinerzeit als Selbstzweck, in einem umfänglichen Sinne als Subjektwerdung, um den *Zwängen der Funktionalisierung* zu widerstehen (vgl. Humboldt 1960: 509, 511).

<sup>3</sup> Er erhielt für diese Forschungen 1992 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. Dies deutet darauf hin, dass diese Positionen in einer ökonomisierten Gesellschaft besondere Aufmerksamkeit und Anerkennung erfahren.

<sup>4</sup> Dies korrespondiert mit dem bildungspolitischen Konzept „lebenslanges Lernen“, das im Jahre 2000 von der Europäischen Union verabschiedet wurde.

<sup>5</sup> Das wiederum rechtfertigt die geringeren Einkommen, vgl. dazu kritisch Tomic 2011: 69ff.

wundert daher nicht, dass der Begriff Humankapital auch aus diesen Gründen auf große Akzeptanzprobleme stößt.<sup>6</sup>

Mit Bourdieu lässt sich einwenden: Der Humankapitalansatz übersieht, dass der ökonomische und soziale Ertrag des erworbenen schulischen Titels von dem durch die Familie weitergegebenen kulturellen Kapital und dem ererbten sozialen Kapital abhängt (vgl. Bourdieu 1983: 185, 187). Dem eindimensionalen Ansatz des Humankapitals setzt er die Perspektivenvielfalt entgegen und kann so den kritisch-emanzipatorischen Kern des nehumanistischen Bildungsbegriffs bewahren – wenngleich dieser nicht für alle emanzipatorisch gedacht war, da er seinem Entstehungskontext – der ständischen Gesellschaft preußischer Prägung – verpflichtet war.

## 2. Gender als Humankapital

Der Begriff Humankapital wird in der Geschlechterforschung im Kontext von Gender Mainstreaming aufgegriffen. Seit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrags im Jahre 1999 ist Gender Mainstreaming zur europäischen Gleichstellungstrategie geworden. Diese ist ein *Organisationsentwicklungskonzept*. Ursprünglich kommt Gender Mainstreaming aus dem Kontext der sozialen Bewegungen. Diese Strategie ist im Ergebnis der internationalen Gleichstellungs- und Entwicklungspolitik entstanden. Sie erhielt mit der Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi einen deutlichen Entwicklungsschub.

Gender Mainstreaming basiert auf der Erkenntnis, dass die entscheidenden Ursachen für die Ungleichstellung der Geschlechter nicht in den individuellen Differenzen und Defiziten von Frauen, sondern in den Organisationsstrukturen zu verorten sind. Gender Mainstreaming intendiert zumindest deutlich Strukturveränderungen und adressiert nicht ausschließlich Frauen. Geschlecht gelangt durch diese Verortung in einen umfassenden gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Diskurs.<sup>7</sup> Allerdings ist dieser Diskurs mit einer klaren ökonomischen Semantik verbunden. So soll die geschlechtergerechte Veränderung der Organisationsstrukturen durch eine Verwaltungsmodernisierung erreicht werden,

---

<sup>6</sup> Er wurde in Deutschland zum „Unwort des Jahres“ 2004 gekürt, verbunden mit einer scharfen Kritik an der Ökonomisierung aller Lebensbereiche. „Humankapital“, so die Jury, degradiere nicht nur Arbeitskräfte, sondern Menschen überhaupt zu nur noch ökonomisch interessanten Größen (vgl. Gottschall 2009: 121).

<sup>7</sup> Kritiker befürchten, dass Gender Mainstreaming die Zweigeschlechtlichkeit eher zementieren könnte, wenn die damit verbundenen kritischen Potenziale nicht umgesetzt werden.

über Instrumente wie Gender Controlling, Gender Monitoring, Gender Consulting, Gender Budgeting und Audits.<sup>8</sup>

Gender, d.h. das soziale Geschlecht als Humankapital, kommt also über den gleichstellungspolitischen Kontext von Gender Mainstreaming in den Geschlechterforschungsdiskurs, der aber durch das New Public Management modernisierungstheoretisch eingefärbt ist. Vor diesem Hintergrund gerät Gender als bislang viel zu wenig genutzte *Ressource* auch in Hochschulen neu in den Blick. Denn unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten ist es ein ökonomischer Verlust, wenn Qualifikationspotenziale nicht adäquat genutzt werden oder ganz brachliegen. Gender erfährt eine neue Aufmerksamkeit und avanciert vom Defizit zu einer wertvollen Ressource. Darin scheint eine radikale Umbewertung zu liegen.

Gender als Humankapital geht von einem ökonomisch geprägten Verständnis aus, das die Geschlechterunterschiede als *Ressource der Organisationsentwicklung* begreift (vgl. Meuser 2005: 65). Beschäftigte steigen zu strategischen *Erfolgsfaktoren* für die Organisationsentwicklung auf und gelten somit nicht mehr nur als *Kostenfaktoren*.<sup>9</sup> In dieser Logik soll nunmehr die angemessene Disposition des Humankapitals über Lebenschancen entscheiden (vgl. Bührmann 2013: 210).

Für Deutschland bestätigen aktuelle OECD-Studien hingegen erneut, dass die soziale Herkunft einen starken Selektionsmechanismus für den Hochschulzugang darstellt. Wer nicht über soziales Kapital durch soziale Herkunft verfügt, hat nur geringe Chancen, disponibles Humankapital zu erwerben. Andererseits könnte daraus auch ableitbar sein: Wenn die Geschlechterunterschiede für die Organisationsentwicklung relevant sind, warum sollten sie dann abgebaut werden? Latent dürfte in dieser Logik eher deren Verfestigung angelegt sein.

Interessant ist, dass Gender als Humankapital sehr schnell eine *Fokussierung auf Frauen* erfährt, zumindest implizit, da vom männlichen Humankapital nicht die Rede ist. Vermutlich resultiert dies aus der Identifikation von Normalität mit Männern zugeschriebenen Attributen. Knapp (1998: 75) spricht in diesem Zusammenhang von der „Positivierung des Weiblichen“, auch mit Blick auf *soft skills*. Denn bislang überwiegend Frauen zugeschriebene „weibliche Fähigkeiten“ werden nunmehr als so-

---

<sup>8</sup> Tendenzen zur Bürokratisierung sind nicht völlig auszuschließen. Gender Mainstreaming ist nicht so stark bewegungspolitisch verankert, wie dies die Frauenförderung war.

<sup>9</sup> Theoretische Bestimmungen der Arbeitskraft aus dem 19. Jahrhundert zeigen, dass diese als (geschlechts-)homogen vorausgesetzt wurden. „Die unterschiedlichen Trägerinnen und Träger der Arbeitskraft galten aus ökonomischer Sicht als uninteressant, da deren Lebensbedingungen und -bedürfnisse nicht als Thema der Arbeitsorganisation betrachtet, sondern externalisiert wurden“ (Hansen/Müller 2003: 11; vgl. Keeley 2010: 30).

ziale, kommunikative, sprachliche Kompetenzen zum Bestandteil von Managementkompetenzen überhaupt, losgelöst vom Geschlecht. Nach Meuser werden „die alten Inkompetenzzuschreibungen zu neuen Kompetenzzuschreibungen“ umgedeutet (Meuser 2009: 100).

Offensichtlich vollzieht sich einerseits eine gewisse Verlagerung des Geschlechterdiskurses ins Personalmanagement in der Hoffnung, geschlechterpolitische Forderungen durch eine Kopplung an Marktlogiken durchsetzen zu wollen (vgl. Meuser 2005: 66). Der übergreifende Anspruch scheint nicht eingelöst zu werden, sondern unter neuer Rhetorik verbergen sich die alten geschlechtsspezifischen Zuschreibungen. Andererseits ist unübersehbar, dass mit der Generalisierung scheinbar „weiblicher Fähigkeiten“ zugleich eine grundsätzliche Herausforderung für tradierte Männlichkeitsbilder verbunden ist. Damit ist zumindest die Möglichkeit verknüpft, sie zu hinterfragen, und mithin müsste ein Aufbrechen stattfinden.

Spezifizieren wir die Frage nach Gender als Humankapital auf den wissenschaftlichen Nachwuchs. Vor dem Hintergrund internationaler Wettbewerbsfähigkeit besteht seit Jahren Anlass zur Sorge um die Attraktivität des akademischen Berufsweges und die Durchlässigkeit des Qualifizierungssystems in Deutschland. Denn kennzeichnend für diesen ist: Stabilität, Planbarkeit und Sicherheit werden abgelöst durch Flexibilität, Wandel und kurzfristige Bindungen (vgl. Schiffinger/Strunk 2003: 295; vgl. BUWIN 2017: 271, 274).

Diskontinuitäten überwiegen die Kontinuitäten. Befristungen von Arbeitsverhältnissen sind die Regel, sie erschweren die Entscheidung für Kinder (vgl. ebd.: 276). Inzwischen besteht Konsens, den hohen Anteil von Kurzbefristungen zu senken. Befristungen von Arbeitsverhältnissen müssen nunmehr an den Zweck der Befristung gekoppelt werden (ebd. 2017: 275, 287). Ein wachsender Teil des wissenschaftlichen Mittelbaus ist auf Drittmittelstellen beschäftigt. Viele Promovendinnen sind auf Stipendien angewiesen, die eine relativ knappe finanzielle Ausstattung besitzen und eine nur geringe soziale Absicherung bieten.

Gleichzeitig haben wir es mit loserem Anbindungen an Hochschulen zu tun, die andere, eher temporäre Identitäten schaffen. Hinzu kommen Beschleunigungs- und Entgrenzungsprozesse: Räumliche Mobilität, national und vor allem international, und universelle zeitliche Verfügbarkeit sind gefordert. Für Wissenschaftlerinnen, die nach wie vor, viel häufiger als Wissenschaftler, familiäre Betreuungspflichten übernehmen und öfter in Teilzeit arbeiten, ist dies nur schwer realisierbar. Dadurch entstehen ihnen Wettbewerbsnachteile, die Verwertung ihres Humankapitals ist ein-

geschränkt. Ein hohes Exklusionsrisiko ist auf jeder Stufe der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung präsent (vgl. Enders 2003: 257)

Der Wissenschaftsrat (2014: 25, 84) setzt hier an und fordert, mehr unbefristete Stellen im wissenschaftlichen Mittelbau einzurichten, mehr Professuren zu schaffen und die Tenure-Track-Option vorzusehen. Die größere Aufmerksamkeit für die Humanressourcen hat dazu geführt, dass die führenden Wissenschaftsorganisationen in Deutschland seit Jahren wichtige Impulse für mehr Chancengleichheit setzen und eine stärkere Verbindlichkeit einfordern.<sup>10</sup> Im Ergebnis sind äußerst vielfältige, hochkarätige Angebote entstanden, u.a. für Doppelkarrierepaare, Mentoring-Programme für PostDocs und Welcome-Angebote für Neuberufene. Gemeinsam ist diesen, dass sie vor allem hoch qualifizierte Akademikerinnen und Akademiker adressieren, die mit den wettbewerblichen Strukturen konform gehen, also jene, die bereits über ein hohes Humankapital verfügen und in die sich weitere Investitionen besonders zu lohnen scheinen.

Auf der Ebene der Organisation dürften diese Prozesse mit der Erweiterung von Gestaltungsspielräumen für diversitätssensible Geschlechterarrangements verbunden sein, z.B. durch neue Instrumente wie Familien-Service, Kinderbetreuung und Diversity-Policies. Neu ist nicht nur deren Vielfalt, sondern dass diese Themen in die Hochschulen hineingeholt und nicht länger privatisiert werden. Hier könnten – zumindest bei nachhaltiger Implementierung – Veränderungspotenziale für eine geschlechtergerechtere Organisationsstruktur und Wissenschaftskultur liegen, wenn sie nicht nur projektförmigen Charakter tragen und mit konjunkturellen Präferenzen verbunden sind.

Bilanziert man den Diskurs Gender als Humankapital, dann überwiegen die kritischen Stimmen, die auf Risiken hinweisen (vgl. Tomic 2011: 66–70):

■ Erstens: Es besteht die Gefahr, nur diejenigen anzusprechen, die *ökonomisch* „verwertbar“ sind. Dies gilt nur begrenzt für Alleinerziehende, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, niedrig qualifizierte, Menschen mit Behinderungen sowie für ältere Beschäftigte (vgl. Schunter-Kleemann 2006: 61). Angebote für Frauen in Führungspositionen sind zahlreicher und vielfältiger.

---

<sup>10</sup> Aktuell sind dies insbesondere die forschungsorientierten Gleichstellungsstandards der DFG, 2008; die Empfehlungen der HRK zur Europäischen Studienstrukturreform, 2013; die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zu Karrierezielen und -wegen an Universitäten, 2014.

■ Zweitens: *Umfassende Gleichheits- und Gerechtigkeitsaspekte* dürften nachrangig sein, wenn überwiegend ökonomische Gesichtspunkte im Zentrum stehen (vgl. Bereswill 2004: 56). Es scheint vielmehr sogar so zu sein: „Ungleichheit wird als Motor gesellschaftlichen Fortschritts (wieder)entdeckt“ (Meuser 2009: 105).

■ Drittens: Der kritische Blick auf Geschlecht als Strukturkategorie gehe verloren (ebd.: 96). Die Gefahr von Gender als Humankapital besteht in der Reduktion von Gender auf Nützlichkeitskriterien (vgl. Tomic 2011: 66). Im Mittelpunkt steht ein *effizienter Umgang mit Differenz* als Garant der Kostensenkung bei gleichzeitiger Qualitätssteigerung (vgl. Bereswill 2004: 56). Dementsprechend geht es um die Integration aller Beschäftigten in eine Organisation, um Reibungsverluste zu verhindern. Besonders leistungsstarke Frauen und Männer sollen an Organisationen gebunden werden, zu mehr Kreativität, nachhaltigeren Problemlösungen und mehr „Systemflexibilität“ führen (vgl. Tomic 2011: 66). Dies scheint auch für einen Teil der besonders hoch qualifizierten Frauen zu funktionieren. Auffällig ist, dass Angebote für sie verstärkt an die Selbstoptimierung und das Selbstmanagement gekoppelt sind. Geschlechterhierarchien erfahren in diesem Kontext kaum eine Thematisierung, sie werden unter dem Aspekt der Individualisierung eher verdeckt (vgl. Bereswill 2004: 54).

### 3. Diskurs zum Bedeutungsverlust von Geschlecht

Ein anderer, aus der Systemtheorie kommender Diskursstrang spricht vom relativen Bedeutungs- oder Wirksamkeitsverlust der Kategorie Geschlecht oder gar der Auflösung der Geschlechterdifferenz (vgl. Pasero 1995: 59 ff.) und scheint damit das genaue Gegenteil von Gender als Humankapital zu intendieren. Bei Heintz (2003: 230) heißt es, dass „Geschlecht als Ordnungsfaktor zunehmend irrelevant wird“.

Das zentrale Argument ist: Es wird von einer abnehmenden Relevanz von Geschlechterdifferenzen in den primären Funktionssystemen der zweiten Moderne ausgegangen, wohl aber seien diese in den Interaktionen nach wie vor präsent.<sup>11</sup> Als primäre Funktionssysteme der Gesellschaft werden u.a. Recht, Politik und Bildung bestimmt. In diesem Sinne formuliert Pasero (1995: 61): „Die Geschlechterdifferenz wirkt als sekundäre Differenzierung und durchaus noch mit diskriminierenden Folgen.“

---

<sup>11</sup> Knapp fordert zu Recht ein, einen empirischen Nachweis für den Bedeutungsverlust von Geschlecht zu erbringen (vgl. Knapp 2001: 57).

Gottschall (2009: 121) konstatiert eine „Abschwächung von Geschlechterungleichheit“, die sie auch auf den Bereich Bildung bezieht. Unter Bezug auf Weinbach/Stichweh verweist Tacke auf die „Neutralisierung von Geschlecht“ (2008: 253), die sie mit der Aufhebung partikularer Zugangsweisen z.B. zu Bildung im Übergang zur zweiten Moderne verknüpft. Während Geschlechterdifferenzen in einigen Bereichen fortwirken, seien sie in anderen praktisch verschwunden, so bezüglich des Bildungsgrads (vgl. Heintz 2008: 231f.).<sup>12</sup>

Gegen den Bedeutungsverlust von Geschlecht lässt sich einwenden: Geschlecht stellt sich nicht nur in den alltäglichen Praxen und Aushandlungsprozessen der Subjekte, also den Interaktionen her; es kommt auch in symbolischen Markierungen zum Ausdruck, ist strukturell verankert und in Institutionen verfestigt (vgl. Kuhlmann 1999: 290). Insbesondere traditionsreiche Universitäten sind über Jahrhunderte in ihrem Wissenschaftsverständnis und in ihrer Organisationsstruktur mit den schriftlich fixierten Ordnungen, Regularien und den informellen Regeln ausschließlich durch das männliche Geschlecht geprägt worden. Sie sind daher zutiefst vergeschlechtlichte Organisationen, erscheinen aber als geschlechtsneutral. Aus der Organisationsforschung ist bekannt, dass Organisationen faktisch im langen Schatten ihrer Vergangenheit lernen.

Heintz (2008: 231) argumentiert ferner, dass die Funktionsprinzipien der zweiten Moderne unvereinbar seien mit einer Zuweisung von Positionen und Rollen nach zugeschriebenen Kriterien. Dies folgt durchaus aus modernisierungstheoretischen Überlegungen. Auf der normativen Ebene und aus den Intentionen von Geschlechtergerechtigkeit kann dem zugestimmt werden. Allerdings wirken auf der Ebene der *realen* Geschlechterverhältnisse auch in der zweiten Moderne Elemente der ersten Moderne fort. Alte Geschlechterdifferenzen bestehen weiter, sie überlagern sich aber auch mit neuen, andersartigen Formen von Ungleichheit. Die Klarheit und Eindeutigkeit der Zuweisungen und Zuordnungen wird geringer, da die Unübersichtlichkeit größer wird.

Fragen wir mit Knapp (2001), inwiefern sich empirisch belegen lässt, dass die Geschlechterdifferenzen in den Hochschulen tatsächlich abnehmen und ob sich daraus ein Bedeutungsverlust von Geschlecht als Analysekategorie ableiten lässt.

---

<sup>12</sup> Darüber hinaus hält sie fest: Geschlechterungleichheiten bestehen nahezu unverändert fort z.B. hinsichtlich des Einkommens, der Verteilung der Hausarbeit, der beruflichen Segregation. Zudem treten Geschlechterungleichheiten nur unter spezifischen Bedingungskonstellationen auf z.B. bezüglich des Erwerbsverhaltens.

### Übersicht 1: Frauenanteile in den deutschen Hochschulen

	1980	2016
<b>Studentinnen</b>	37 %	48 %
<b>Absolventinnen</b>	28 %	51 %
<b>Promovendinnen</b>	20 %	45 %
<b>Habilitandinnen</b>	5 %	30 %
<b>Professorinnen</b>	5 %	23 % (Neuberufenenanteil: 33 %)

Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland, Fachserie 11.4.1,11.4.2, 11.4.4, CEWS, Bonn, GWK, Chancen in der Wissenschaft; <https://www.gesis.org/cews/unser-angebot/informationsangebote/statistiken> (22.7.2018)

Unstrittig ist: Infolge der Bildungs- und Hochschulreform der 1970er Jahre haben sich alte Geschlechterdifferenzen in quantitativer Hinsicht verringert, denn Frauen haben in den letzten Jahrzehnten in allen Statuspassagen z.T. beträchtlich aufgeholt. Das könnte in der Tendenz für einen Bedeutungsverlust von Geschlecht sprechen. Bei einer differenzierten Betrachtung nach Fachkulturen, Befristungen, Teilzeitbeschäftigung und Geschlecht sowie nach C4/W3-Professuren müsste diese Aussage allerdings sofort relativiert werden, dies belegen die einschlägigen Statistiken.

Andererseits lässt sich aus der o.g. Übersicht im Sinne von Gleichheit und Ungleichheit auch ablesen: Je höher die Statuspassage, desto geringer der Frauenanteil. Mit Bourdieu ließe sich sagen, die Zugewinne an kulturellem Kapital lassen sich für Frauen offensichtlich nicht ohne weiteres in ökonomisches Kapital übersetzen (vgl. Gottschall 2009: 121).

Aus einer historischen Perspektive lässt sich also konstatieren: Geschlechterdifferenzen sind im Bildungssystem bezüglich bestimmter Ungleichheiten geringer geworden, insbesondere hat sich der quantitative Geschlechterproporz zugunsten der Frauen verändert. Das führt aber weder sukzessive noch automatisch zu Chancengleichheit im Wissenschaftssystem, weil dazu qualitative Veränderungen nötig sind. Denn die Geschlechterverhältnisse sind in die *Wissenschaftsstrukturen*, in das *Wissenschaftsverständnis*, das über 500 Jahre in Deutschland ausschließlich durch das männliche Geschlecht geprägt war und in die *Organisationskultur* eingeschrieben.

Jene Prozesse sind vielmehr Voraussetzung für Veränderungen der Geschlechterarrangements, neue Strategien gleichberechtigter Partizipation, das Aufbrechen von Handlungsroutinen und deren Reflexion. Denn Geschlecht ist durch seine Institutionalisierung strukturell verankert und verfestigt. Zuzustimmen ist Heintz darin, dass die Geschlechterdifferenz nicht mehr die gleiche Ordnungsfunktion wie im 19. Jahrhundert hat, und

dass die „Zweigeschlechtlichkeit“ nicht mehr uneingeschränkt als die Form der Strukturierung von Gesellschaft gilt.

Geschlechterdifferenzen sind im Bildungssystem jedoch nach wie vor vorhanden, sie werden nicht schlechthin nur geringer, sie werden andere. Sie werden differenzierter, diffiziler, schwieriger eindeutig zu erfassen und sie setzen sich in den Hochschulen auf anderer Ebene auch neu. Sie betreffen die Frauenrepräsentanz in den höchsten profilbestimmenden Führungspositionen, z.B. betrug der Frauenanteil an C4- und W3-Professuren 2015 im Bundesdurchschnitt aller Fächer 18,5 Prozent. Besonders gilt dies für strategische Spitzenpositionen, wie den Frauenanteil an Rektoren/Präsidenten (17,6 Prozent), an den Prorektoren und Vizepräsidenten (28,2 Prozent) und Kanzlern (30,2 Prozent).<sup>13</sup> Darin kommt nicht nur ein quantitativer Geschlechterproporz zum Ausdruck, sondern dies sind diejenigen Positionen, in denen die Definitions- und Gestaltungsmacht über die Wissenschaft (inhaltlich-strategisch, symbolisch, kulturell) liegt.

Geschlechterunterschiede gibt es im akademischen Feld also insbesondere bezüglich der Führungspositionen, Aufstiegschancen und bei Berufseinstiegsprozessen in MINT-Fächern. Neuere Untersuchungen zeigen diffizilere Geschlechterunterschiede: 74 Prozent der Wissenschaftlerinnen, aber nur 26 Prozent der Wissenschaftler unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit nach Geburt eines Kindes, Frauen sind in allen Fächergruppen häufiger in Teilzeit als Männer und übernehmen den Hauptteil an Familien- und Sorgearbeiten (vgl. BUWIN 2017: 30, 37). Daraus ergeben sich für Frauen schlechtere Karrierechancen als für Männer.

Die empirischen Daten belegen die Ambivalenzen, die in den Entwicklungen stecken. Bei differenzierter Betrachtung und Interpretation zeigen sie nicht, dass Geschlechterungleichheiten in Hochschulen praktisch verschwunden sind. Deshalb kann nicht der Schluss gezogen werden, dass Geschlecht als Analysekategorie an Bedeutung verliert.

#### **4. Fazit und Ausblick**

Die Diskurse „Gender als Humankapital“ und „Bedeutungsverlust von Geschlecht“ existieren nicht nur zeitgleich, sie lassen sich auf bestimmte Entwicklungen in der ökonomisierten Hochschule beziehen, und sie sind mit einer Reihe von Unterschieden und Gemeinsamkeiten verbunden. Die *Unterschiede* sind wie folgt identifizierbar:

---

<sup>13</sup> Alle Angaben beziehen sich auf das Jahr 2015, Quelle: <https://www.gesis.org/cews/unser-angebot/informationsangebote/statistiken> (22.7.2018).

■ *Erstens*: Der Diskurs Gender als Humankapital impliziert eine *Aufwertung von Gender*, weil Gender als Ressource der gesellschaftlichen Entwicklung begriffen wird und nicht mehr als Defizit. Demgegenüber fokussiert der Diskurs Bedeutungsverlust von Geschlecht auf die *Abwertung von Gender*, weil von der Abnahme von Geschlechterdifferenzen im historischen Verlauf ausgegangen wird.

■ *Zweitens*: Gender als Humankapital nimmt direkt die Ökonomisierung in den Geschlechterdiskurs hinein. Davon ausgehend wird eher pragmatisch argumentiert und Gender funktionalisiert. Es wird auf diejenigen fokussiert, die bereits über ein hohes Humankapital verfügen, sie sind besonders förderungswürdig. Im Unterschied dazu ist der Diskurs vom Bedeutungsverlust von Geschlecht in der *Systemtheorie* verortet. Der Ansatzpunkt ist die Annahme der *Differenzierung der Gesellschaft* in primäre und sekundäre Funktionssysteme. Funktionale Differenzen werden generell positiv bewertet und tendenziell einer kritischen Veränderungsmöglichkeit entzogen.

Es bestehen aber auch unübersehbare *Gemeinsamkeiten*:

- *Erstens*: Beide Diskurse thematisieren Gender unter den Bedingungen von Modernisierung und Ökonomisierung.
- *Zweitens*: Ursprünglich ging es um Gender als Kategorie zur Thematisierung von sozialer Ungleichheit. Darum geht es in beiden Diskursen nicht bzw. nicht primär.
- *Drittens*: Die kritischen Potenziale von Gender zur Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse werden nicht fokussiert, womit ein Verlust an Reflexivität einhergeht.

Gesamtfazit: Obwohl beide Diskurse von unterschiedlichen Prämissen ausgehen und scheinbar Gegensätzliches intendieren, treffen sie sich im Ergebnis: Geschlecht wird zum abstrakten Leitbild an Hochschulen, hinter dem es selbst zurücktritt. Denn Gender als Humankapital bedeutet, dass Geschlecht irrelevant wird, weil es primär darum geht, ökonomische Effekte zu erzielen. Welche Personen sie erbringen, ist zweitrangig. Vielfalt ist zulässig, solange und soviel der Ökonomisierung dient.

Geschlecht mit einem umfassenden Fokus auf geschlechtergerechte Verteilung ökonomischer, kultureller und symbolischer Ressourcen zu untersuchen, den kritisch-reflexiven Zugang zu Ungleichheit und Bildungsgerechtigkeit zu verstärken und die verborgenen Mechanismen der Konstruktion und Dekonstruktion von Geschlecht sichtbar zu machen, wird wichtiger. Hier zeigen sich die Grenzen der beiden oben diskutierten Diskurse. Durch eine eindimensionale Sicht reduzieren sie Geschlecht auf

ökonomische Aspekte, blenden Komplexität aus und verdecken strukturelle Ungleichheiten. Zudem findet der normative Wert von Chancengleichheit keine Berücksichtigung (Klein 2017: 178). Die Herausforderung besteht darin, Geschlecht in komplexe Untersuchungskontexte mit anderen Zugehörigkeits- und Differenzdimensionen einzubetten, z.B. Diversität. Der aktuelle Diversity-Diskurs eröffnet einen differenzierteren Zugang zu sozialen Komplexitäten und Ungleichheitsdimensionen und deren Verschränkungen. Er geht, bei aller Unterschiedlichkeit, von einer Wertschätzung und Anerkennung von Vielfalt aus. Eine Verengung des Diversity-Diskurses auf Diversity-Management würde wiederum einer Fokussierung von Gender auf Humankapital Vorschub leisten.<sup>14</sup> Damit würden die Potenziale des Diversity-Ansatzes nicht ausgeschöpft und eine intersektionale Untersuchungsperspektive erneut verschlossen werden.

### Literatur

- Becker, Gary S. (1993): Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens. Tübingen: Mohr.
- Bereswill, Mechthild (2004): „Gender“ als neue Humanressource? Gender Mainstreaming und Geschlechterdemokratie zwischen Ökonomisierung und Gesellschaftskritik, in: Michael Meuser/Claudia Neusüß (Hg.), Gender Mainstreaming. Konzepte-Handlungsfelder-Instrumente. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 52–70.
- Bourdieu, Pierre. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Reinhard Kreckel (Hg.), Soziale Ungleichheiten. Göttingen: Schwartz, S. 183–198.
- Bührmann, Andrea D. (2013): Wissensgesellschaften und soziale Ungleichheitsverhältnisse – der Bologna-Prozess zwischen Gleichheitsversprechen und Ungleichheitswirklichkeiten, in: Christina Binner/Bettina Kubicek/Anja Rozwandowicz/Lena Weber (Hg.), Die unternehmerische Hochschule aus der Perspektive der Geschlechterforschung. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 209–223.
- BUWIN, Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs (Hg.) (2017): Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland, Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.
- Enders, Jürgen (2003): Flickwerkkarrieren und Strickleitern in einer prekären Profession. Ein Beitrag zur Nachwuchspolitik an den Hochschulen, in: Ronald Hitzler/Michaela Pfadenhauer (Hg.), Karrierepolitik. Beiträge zur Rekonstruktion erfolgsorientierten Handelns. Opladen: Leske und Budrich, S. 253–262.
- Gottschall, Karin (2009): Arbeitsmärkte und Geschlechterungleichheit – Forschungstraditionen und internationaler Vergleich, in: Brigitte Aulenbacher/Angelika Wet-

---

<sup>14</sup> An der Goethe-Universität Frankfurt stellt aus diesen Gründen das Diversity-Konzept auf Diversity Policies und nicht auf Diversity Management ab ([https://www.uni-frankfurt.de/42443497/diversity-konzept\\_g](https://www.uni-frankfurt.de/42443497/diversity-konzept_g); 22.07.2018).

- terer (Hg.), Arbeit, Perspektiven und Diagnosen der Geschlechterforschung. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 120–137.
- Hansen, Katrin/Ursula Müller (2003): Diversity in Arbeits- und Bildungsorganisationen. Aspekte von Globalisierung, Geschlecht und Organisationsreform, in: Eszter Belinszki/Katrin Hansen/Ursula Müller (Hg.), Diversity Management. Best Practices im internationalen Feld. Münster: Lit, S. 9–60.
- Heintz, Bettina (2003): Die Objektivität der Wissenschaft und die Partikularität des Geschlechts. Geschlechterunterschiede im disziplinären Vergleich, in: Theresa Wobbe (Hg.), Zwischen Vorderbühne und Hinterbühne. Beiträge zum Wandel der Geschlechterbeziehungen in der Wissenschaft vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Bielefeld: Transcript. S. 211–237.
- Heintz, Bettina (2008): Ohne Ansehen der Person? De-Institutionalisierungsprozesse und geschlechtliche Differenzierung, in: Sylvia Marlene Wilz (Hg.), Geschlechterdifferenzen – Geschlechterdifferenzierungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 231–251.
- Humboldt, Wilhelm von (1960): Werke in fünf Bänden, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Knapp, Gudrun-Axeli (1998): Gleichheit, Differenz, Dekonstruktion: Vom Nutzen theoretischer Ansätze der Frauen- und Geschlechterforschung für die Praxis, in: Gertraude Krell (Hg.), Chancengleichheit durch Personalpolitik. Wiesbaden: Gabler, S. 73–81.
- Knapp, Gudrun-Axeli (2001): Grundlagenkritik und stille Post. Zur Debatte um einen Bedeutungsverlust der Kategorie „Geschlecht“, in: Bettina Heintz (Hg.), Geschlechtersoziologie. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 41. Wiesbaden, S. 53–74.
- Keeley, Brian (2010): Humankapital. Wie Wissen unser Leben bestimmt. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Klein, Uta (2017): Gleichstellungspolitiken und Diversitykonzepte an Hochschulen: Problematische oder konstruktive Verbindungen?, in: Daniela Heitzmann/Uta Klein (Hg.), Diversity konkret gemacht. Wege zur Gestaltung von Vielfalt an Hochschulen. Weinheim Basel: Beltz Juventa, S. 159–180.
- Kuhlmann, Ellen (1999): Geschlechterdifferenz und Geschlechterhierarchie – (kein symbiotisches Verhältnis, in: Ayla Neusel/Angelika Wetterer (Hg.), Vielfältige Verschiedenheiten. Geschlechterverhältnisse in Studium, Hochschule und Beruf. Frankfurt am Main, New York: Campus-Verlag, S. 285–304.
- Meuser, Michael (2005): “Gender matters”– Zur Entdeckung von Geschlecht als Organisationsressource, in: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien. 23. (3), S. 61–73.
- Meuser, Michael (2009): Humankapital Gender. Geschlechterpolitik zwischen Ungleichheitssemantik und ökonomischer Logik, in: Sünne Andresen/Mechthild Koroiber/Dorothea Lüdke (Hg.), Gender und Diversity: Albtraum oder Traumpaar? Interdisziplinärer Dialog zur „Modernisierung“ von Geschlechter- und Gleichstellungspolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 95–109.
- Michalitsch, Gabriele (2006): Die neoliberale Domestizierung des Subjekts. Von den Leidenschaften zum Kalkül. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Pasero, Ursula (1995): Dethematisierung von Geschlecht, in: Ursula Pasero/Friederike Braun (Hg.), Konstruktion von Geschlecht. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft, S. 50–66.
- Pechar, Hans (2006): Bildungsökonomie und Bildungspolitik. Münster: Waxmann.

- Schiffinger, Michael/Guido Strunk (2003): Zur Messung von Karrieretaktiken und ihrer Zusammenhänge mit Karriereerfolg und Karriereaspirationen, in: Ronald Hitzler/Michaela Pfadenhauer (Hg.), *Karrierpolitik. Beiträge zur Rekonstruktion erfolgsorientierten Handelns*. Opladen: Leske und Budrich, S. 295–312.
- Tacke, Veronika (2008): Neutralisierung, Aktualisierung, Invisibilisierung. Zur Relevanz von Geschlecht in Systemen und Netzwerken, in: Sylvia Marlene Wilz (Hg.), *Geschlechterdifferenzen – Geschlechterdifferenzierungen. Ein Überblick über gesellschaftliche Entwicklungen und theoretische Positionen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 253–289.
- Tomic, Marina (2011): *Gender Mainstreaming in der EU. Wirtschaftlicher Mehrwert oder soziale Gerechtigkeit?* Wiesbaden: VS College.

# Wie lässt sich Professionalisierung messen?

## Ein Analyseinstrument am Beispiel der Gleichstellungsarbeit an Hochschulen

**Lina Vollmer**  
Köln

Aufgrund der Herausbildung neuer Tätigkeitsbereiche im Zusammenhang mit den Hochschulreformprozessen stellt das Hochschulmanagement für die Professionssoziologie ein spannendes Untersuchungsfeld dar. Einige Forschungsprojekte haben sich empirisch mit der Professionalisierung des Hochschulmanagements befasst, jedoch überwiegend ohne Berücksichtigung der Gleichstellungsarbeit (z.B. Kloke/Blümel/Krücken 2010). Dabei hat dieser Tätigkeitsbereich seit den 1980er Jahren eine – auch aus professionssoziologischer Sicht – hochinteressante Entwicklung durchlaufen. Im Folgenden wird am Beispiel der hochschulischen Gleichstellungsarbeit dargestellt, wie ein Messinstrument zur Untersuchung des Professionalisierungsgrads eines jungen Berufs hergeleitet und angewandt werden kann.

### 1. Profession und Professionalisierung

Gegenüber Berufen zeichnen sich Professionen durch einige spezielle Merkmale aus, wie eine akademische Spezialausbildung und ein besonderes Sozialprestige (Demszky von der Hagen et al. 2010). Dies hängt mit ihrem Bezug zu einem relevanten gesellschaftlichen Problemfeld (z.B. Krankheiten) zusammen, zu dem sie das entsprechende Handlungs- und Erklärungswissen (z.B. Medizin) bereitstellen. Dieses Wissen wird über eine spezialisierte, institutionalisierte und universitäre Ausbildung vermittelt und zertifiziert. Das Zertifikat dient der Zugangsregelung zur Profession. Damit ist es einer Profession möglich, einen spezifischen Wissens- und Problembereich exklusiv zu besetzen. Außerdem gibt es einen selbst verwalteten Berufsverband bzw. eine berufsständische Vertretung. Diese dient neben der Organisation der Profession auch deren Selbstkontrolle durch die Auferlegung von Ethikcodes und Verhaltensregeln. Das bereichsspezifische Wissen und die Selbstorganisation in Berufsverbän-

den ermöglicht den Professionen eine relativ große Autonomie bezüglich der Kontrolle ihrer Arbeitsbedingungen (Kloke 2014).

Anhand der professionssoziologischen Forschung lassen sich Expertenwissen und Autonomie als zentrale Professionskriterien zusammenfassen.<sup>1</sup> Expertenwissen ist dabei eine Voraussetzung von Autonomie, da sich eine Gruppe erst durch die Herausbildung einer spezifischen Expertise von anderen Berufsgruppen abgrenzen und ein Zuständigkeitsmonopol für ein bestimmtes thematisches Feld für sich beanspruchen kann (Meyer 2000).

Dieses Professionsverständnis orientiert sich vor allem an den klassischen Professionen wie Medizin und Recht. Mit der heutigen Anbindung von Professionen an Organisationen geht jedoch ein erhöhter Druck durch Markt- und Kundenorientierung einher, dem die Professionen aufgrund erhöhter Effizienz- und Effektivitätsanforderungen an das professionelle Handeln verstärkt unterworfen sind. Neuere organisations- und professionssoziologische Forschung entfernt sich daher von der Vorstellung einer vollständigen Autonomie (Kloke 2014). Einen Bedeutungszuwachs erfährt dagegen das Expertenwissen, da vor allem die Beiträge zur Lösung der funktionalen Probleme einer Gesellschaft, d.h. zum sozialen und technologischen Fortschritt, in modernen Gesellschaften zunehmend nachgefragt werden (Mok 1969).

Für die Untersuchung moderner Berufe werden häufig Konzepte der Professionalität und Professionalisierung einer starren Zuordnung von Berufen zu Professionen und Nicht-Professionen vorgezogen. So muss Professionalisierung als prozesstheoretische Perspektive nicht zu der Konstitution einer Profession führen, während Professionalität die besondere Qualität einer personenbezogenen Dienstleistung beschreibt und nicht an die Existenz einer Profession gebunden sein muss (Nittel 2000). Aus dieser Perspektive lassen sich folglich auch Entwicklungsverläufe derjenigen Berufsgruppen näher untersuchen, die den Professionsstatus nicht erreichen (können).

Bereits Hartmann schlug 1968 vor, sich in der professionssoziologischen Forschung eher auf Prozesse der Verberuflichung und Professionalisierung zu fokussieren, anstatt sich an den „Fixpunkten“ (Hartmann 1968: 197) Arbeit – Beruf – Profession zu orientieren. Verberuflichung bezieht sich laut Hartmann auf den Übergang von Arbeit zum Beruf,

---

<sup>1</sup> Neben Expertenwissen und Autonomie gilt die Klientenorientierung als ein drittes zentrales Professionsmerkmal. Um den Rahmen des vorliegenden Artikels nicht zu sprengen und da das Merkmal für die empirische Erhebung keine hohe Relevanz hat, wird dieses Kriterium hier ausgeklammert.

während die Professionalisierung sich vom Beruf zur Profession vollzieht. Diese Prozesse erfolgen dabei in zwei Dimensionen: *Systematisierung des Wissens* und *Sozialorientierung*. Die Verberuflichung ist laut Hartmann gekennzeichnet durch die Ausbildung von Wissenszusammenhängen unter Zweck-Mittel-Gesichtspunkten. Diese sollen die Lösung von Aufgaben ermöglichen. Die Dimension der Sozialorientierung des Verberuflichungsprozesses erstreckt sich von der Orientierung an der individuellen Bedürfnisbefriedigung bis hin zur Orientierung an der eigenen Rolle im größeren Wirtschaftszusammenhang (z.B. Branche, Wirtschaftszweig).

Der Prozess der Professionalisierung ist in der Wissensdimension gekennzeichnet durch die Herausbildung von kausal differenziertem und ursächlichem Wissen. Effizienz als bestimmendes Kriterium der Verberuflichung wird dabei ersetzt durch das Kriterium Erklärung. Es entsteht Wissen über die Gründe und Lösungen des Problems. Die Wissensdimension von Professionalisierung lässt sich demnach auch mit dem Begriff „Verwissenschaftlichung“ (ebd.: 202) beschreiben. Die wachsende Ausrichtung an Forschungsergebnissen ist für eine Professionalisierung somit zentral. Die Sozialorientierung im Professionalisierungsprozess meint eine verstärkte Ausrichtung auf die Gesellschaft und ein gesteigertes Bewusstsein der Interdependenz von beruflicher Leistung für die Gesellschaft.

Die Entwicklung von Berufsverbänden bleibt auch in neuerer professionssoziologischer Forschung ein wichtiges Professionalisierungskriterium. Bei modernen Berufen bleiben die grundlegenden Instrumente und Organe fachlicher Organisationen im Vergleich zu den traditionellen Ansätzen gleich, allerdings dienen sie heute häufig weicheren Formen des Netzwerkens und der Diffusion sowie der Standardisierung von Praktiken (z.B. die Organisation von Tagungen und Fortbildungsprogrammen). Die Verbreitung gemeinsamer evaluativer und normativer Standards dient dabei eher als Orientierungspunkt und nicht – wie in traditionellen Konzepten – als verbindliche Norm (Kloke 2014, Noordegraaf 2007).

Wissen bzw. die zunehmende Orientierung an wissenschaftlich fundiertem Wissen (Verwissenschaftlichung) können als Hauptmerkmal einer sich vollziehenden Professionalisierung einer Tätigkeit zusammengefasst werden und spielen daher in der folgenden Analyse eine zentrale Rolle. Betrachtet werden außerdem das Merkmal der Herausbildung von berufsständischen Organisationen und die Dimension der Sozialorientierung nach Hartmann, d.h. im Sinne eines steigenden Bewusstseins der Relevanz der eigenen beruflichen Tätigkeit für das Gemeinwohl der Gesellschaft.

## 2. Warum ist die hochschulische Gleichstellungsarbeit für die Professionssoziologie interessant?

Gleichstellungsarbeit an deutschen Hochschulen hat in den letzten Jahrzehnten einen massiven Wandel durchlaufen. Begonnen hatte sie mit der Implementierung des Amtes der Frauenbeauftragten in den 1980er Jahren, die mit wenig Ressourcen ausgestattet den gesetzlichen Gleichstellungsauftrag an der jeweiligen Hochschule umsetzen sollte. Heute sind eigens für die Bereiche Gleichstellung und Diversität eingerichtete Stabsstellen und Prorektorate normal.

An größeren Universitäten befassen sich mehrköpfige Teams strategisch und operativ mit diesem Aufgabenbereich. Die Frauen- bzw. Gleichstellungsbeauftragten nehmen nach wie vor eine zentrale politische Rolle an ihren Hochschulen ein. Die strategische Verantwortung für diesen Bereich wurde in den letzten Jahren jedoch verstärkt in die hochschulischen Leitungsebenen verlagert. Der Bedeutungszuwachs und die strukturelle Expansion der Gleichstellung lassen sich u.a. mit der Kopplung gleichstellungspolitischer Ziele an die Vergabe finanzieller Mittel erklären, z.B. über die Exzellenzinitiative und das Professorinnenprogramm. Zudem entwickelte sich die Gleichstellungsarbeit – ähnlich wie andere Bereiche des akademischen Hochschulmanagements – entlang zunehmender Effizienzbestrebungen im Rahmen der Hochschulreformprozesse (Löther/Vollmer 2014).

Die Entwicklung der Gleichstellungsarbeit wies in den letzten Jahren viele typische Merkmale einer Professionalisierung auf. Die vor allem seit den 2000er Jahren steigende Nachfrage nach *Genderkompetenz*<sup>2</sup> an Hochschulen verlief parallel zu zahlreichen Neugründungen von Lehrstühlen im Bereich der Geschlechterforschung. Beobachten ließ sich eine verstärkte Nachfrage nach spezifischem anwendungsbezogenen Lösungswissen für den Gleichstellungsbereich und eine parallel dazu steigende Produktion der wissenschaftlichen Fundierung dieses Wissens durch die Geschlechterforschung. Ein institutionalisierter und – im Sinne einer akademischen Spezialausbildung – zertifizierter Theorie-Praxis-Transfer ist

---

<sup>2</sup> Genderkompetenz gilt als eine zentrale Kompetenz der gleichstellungspolitischen Arbeit (Roski 2015). Metz-Göckel und Roloff (2002) definieren diese als das Wissen, welches „in Verhalten und Einstellungen von Frauen und Männern soziale Festlegungen im (privaten, beruflichen, universitären) Alltag erkennt und die Fähigkeit, so damit umzugehen, dass beiden Geschlechtern neue und vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet werden“ (ebd.: 8). Zentral sei dabei das Wissen um die „Konstitution und Hierarchisierung der Geschlechterverhältnisse“ (ebd.: 3), ein Wissen also, welches vor allem durch die Geschlechterforschung bereitgestellt wird.

in der Gleichstellungsarbeit zwar bis heute nicht gegeben, jedoch erfolgte ein Ausbau von Weiterbildungsangeboten, eine zunehmende Vernetzung durch die Gründung von gleichstellungspolitischen Vereinigungen und Netzwerken,<sup>3</sup> die Durchführung themenspezifischer Fachtagungen sowie eine Verbreitung von Leitfäden, Best Practice Beispielen und Strategiepapieren. Dies hat einen Kompetenzaufbau und eine zunehmend systematische Anwendung des Praxis- und Expertenwissens durch Gleichstellungsakteur\*innen gefördert (Vollmer 2017).

Die Entwicklung im Hinblick auf die Hartmann'sche Dimension der Sozialorientierung verlief bei der Gleichstellungsarbeit scheinbar *rückwärts*: von einer Ausrichtung an dem gesellschaftlichen Zentralwert der (Geschlechter-)Gerechtigkeit hin zu einer Orientierung an den zunehmend effizienzorientierten Zielen der Hochschulen. So wurde der mit dieser Entwicklung drohende Verlust feministischer Anliegen vor allem von Geschlechterforscher\*innen kritisch diskutiert (z.B. Riegraf/Weber 2014).

Die hochschulische Gleichstellungsarbeit hat innerhalb kurzer Zeit typische Professionalisierungsmerkmale ausgeprägt und ist daher für die professionssoziologische Forschung ein aufschlussreicher Untersuchungsgegenstand. Die Analyse eines neuen, sich in der Entstehung befindenden Berufsfelds bietet die Chance, Professionalisierungsprozesse nicht nur retrospektiv zu rekonstruieren, sondern im Entstehen zu beobachten.

### **3. Ein Analyseinstrument zur Bestimmung des Professionalisierungsgrades<sup>4</sup>**

Im Rahmen eines Forschungsprojekts im Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung CEWS bot sich im Jahr 2012 die Möglichkeit, eine Vollerhebung aller Amts- und Stelleninhaber\*innen der Gleichstellungsarbeit an Hochschulen in Deutschland durchzuführen sowie die Abfrage eines Kriterienkatalogs, der den Professionalisierungsgrad der Gleichstellungsarbeit messen sollte, in eine Online-Befragung zu integrieren.<sup>5</sup> Die Operationalisierung aus einer Prozessperspektive heraus war

---

<sup>3</sup> Die Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten BuKoF erfüllt viele klassische Funktionen einer berufsständischen Vertretung wie Vernetzung nach innen und Interessenaggregation nach außen: <https://bukof.de>

<sup>4</sup> Die ausführliche Studie ist in meiner Dissertation (Vollmer 2017) nachzulesen.

<sup>5</sup> Datensatz und Fragebogen sind über den Datenbestandskatalog von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften unter dem Projekttitel „Hochschulische Gleichstellungsstrukturen im Wandel“ online abrufbar: [www.gesis.org](http://www.gesis.org)

nicht möglich, weil es sich um eine Querschnittserhebung handelte. Da die Gleichstellungsarbeit ein sehr heterogenes Tätigkeitsfeld ist, erlaubte die Studie eine Untersuchung des Professionalisierungsgrads in Abhängigkeit von verschiedenen Eigenschaften und Stellenprofilen.

### 3.1. Die Erhebung

Als Grundgesamtheit der Erhebung wurden alle Personen definiert, die eine Stelle mit gleichstellungspolitischem Bezug an einer deutschen Hochschule innehatten und auf dieser Stelle zum Zeitpunkt der Erhebung entgeltlich beschäftigt waren. Dazu zählten Gleichstellungsbeauftragte und ihre Referent\*innen, Mitarbeitende in Gleichstellungsbüros sowie in Stabsstellen und anderen organisatorischen Einheiten, deren Stellenprofil Gleichstellung beinhaltet. Der Ausschluss ehrenamtlicher Gleichstellungsarbeit sollte sicherstellen, dass in der Untersuchungsgruppe die Mindestvoraussetzung für den Berufsstatus, nämlich Entlohnung, erfüllt war. Der Datensatz umfasste 472 Befragte.<sup>6</sup>

### 3.2. Der Kriterienkatalog

Die methodische Herangehensweise in der Studie orientierte sich am Merkmalskatalogverfahren nach Schmeiser (2006). Das Verfahren erlaubt es, mithilfe einer Zusammenstellung von Professionalisierungsmerkmalen an einem ausgewählten Tätigkeitsfeld quantitativ zu messen, inwieweit das zusammengetragene Set an Eigenschaften herausgebildet ist. Je nach Ausprägung der Eigenschaften lässt sich dann einschätzen, welchen Punkt im Professionalisierungsprozess eine Tätigkeit erreicht hat.<sup>7</sup>

Der Kriterienkatalog der Studie orientierte sich an den drei im theoretischen Teil herausgearbeiteten zentralen Merkmalen eines Professionalisierungsprozesses. Diese wurden als *Dimensionen* zusammengefasst und um die Dimension *Beruflicher Charakter* ergänzt (Erläuterung s.u.). Die Dimensionen wurden jeweils in mehrere Indikatoren aufgeschlüsselt, die spezifisch auf die hochschulische Gleichstellungsarbeit zugeschnitten wa-

---

<sup>6</sup> Die Grundgesamtheit der Erhebung wurde mithilfe einer Personenrecherche auf den Webseiten aller Hochschulen ermittelt, die in der Hochschulliste der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) verzeichnet waren. Die Recherche ergab 1.251 Personen. Gemessen am bereinigten Datensatz betrug die Rücklaufquote ca. 38 Prozent.

<sup>7</sup> Dieses Verfahren wurde in Schneijderberg et al. (2013) ebenfalls zur Untersuchung der Professionalisierung des Hochschulmanagements herangezogen.

## Übersicht 1: Kriterienkatalog

Dimension	Indikatoren
<b>Beruflicher Charakter</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• wöchentliche Arbeitszeit</li> <li>• Relevanz der Stelle für die Einkommenssicherung</li> <li>• berufliche Tätigkeit vor der Gleichstellungsarbeit</li> <li>• Gründe für die Ausübung der Stelle</li> <li>• Einschätzung der beruflichen Perspektive in der Gleichstellungsarbeit</li> <li>• Einschätzung der Karrierechancen in der Gleichstellungsarbeit</li> <li>• Intention, zukünftig in der Gleichstellungsarbeit tätig zu bleiben</li> </ul>
<b>Expertenwissen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Umfang an Inhalten der Geschlechterforschung im Studium</li> <li>• Informationsbemühungen zu Forschungsergebnissen</li> <li>• Einschätzung, ob Geschlechterforschung hilfreich für die Praxis ist</li> <li>• Einschätzung notwendiger Kompetenzen in der Gleichstellungsarbeit</li> <li>• Fachlicher Hintergrund</li> <li>• Formalisierungsgrad der Informationsstrategien</li> <li>• Selbstwahrnehmung als Expert*in im Bereich Gleichstellung</li> </ul>
<b>Berufsständische Vertretung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• wahrgenommene Vertretung durch gleichstellungspolitische Vereinigungen und Netzwerke</li> <li>• Intensität der Nutzung von Angeboten der Vereinigungen und Netzwerke</li> </ul>
<b>Sozialorientierung (nach Hartmann)</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausrichtung der Tätigkeit an Lebenssicherung und unmittelbarer Aufgabenstellung</li> <li>• Ausrichtung der Tätigkeit an den Zielen der Hochschule</li> <li>• Ausrichtung der Tätigkeit am gesamtgesellschaftlichen Ziel der Chancengerechtigkeit</li> </ul>

ren und im Rahmen eines Projektbeirats, bestehend aus Vertreter\*innen aus der Geschlechter- und Hochschulforschung sowie der Gleichstellungspraxis, begutachtet und gepretestet wurden.<sup>8</sup>

Entlang der Indikatoren wurden Items für die Konstruktion eines Online-Fragebogens formuliert.<sup>9</sup> Bei den meisten Items handelt es sich – ähnlich wie bei einer Likert-Skala – um Aussagen, zu denen die Befragten anhand einer fünfstufigen Skala ihre Zustimmung ausdrücken konnten.<sup>10</sup> Die Auswertung umfasste somit deskriptive und inferenzstatistische Verfahren.

<sup>8</sup> Um den Rahmen dieses Artikels nicht zu sprengen, ist eine Reduzierung der in der Studie verwendeten Dimensionen und Indikatoren notwendig. So umfasste die besagte Studie außerdem eine Abfrage der Dimension *Standardisierung von Arbeitsprozessen*.

<sup>9</sup> Einige Items wurden aus dem Fragebogen übernommen, der im Rahmen eines Projekts zur Untersuchung der Professionalisierung des Hochschulmanagements (Kloke/Blümel/Krücken 2010) verwendet wurde.

<sup>10</sup> Beispiel: „Die Gleichstellungsarbeit bietet mir eine berufliche Perspektive“, 1=“Stimme überhaupt nicht zu“, 2=“Stimme voll und ganz zu“.

## Beruflicher Charakter

Aufgrund der heterogenen Stellenstrukturen wurde die Dimension *Beruflicher Charakter* in den Abfragekatalog integriert. Diese sollte messen, inwiefern die Befragten ihre Tätigkeit in der Gleichstellung als einen bewusst angestrebten Beruf wahrnahmen und die Tätigkeit als ihre *Berufung* begriffen. Von Interesse war dabei, ob es sich um die Haupttätigkeit der Befragten handelte, inwiefern die Gleichstellungsarbeit von den Akteur\*innen gezielt als beruflicher Weg eingeschlagen wurde und ob darin eine berufliche Perspektive oder gar Karrierechancen gesehen wurden. Abgefragt wurde außerdem der vorherige und zukünftig geplante Werdegang.

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit aller Befragten betrug 21 Stunden und 30 Stunden bei Ausschluss der Gleichstellungsbeauftragten im Freistellungsmodell.<sup>11</sup> Mehr als ein Drittel der Befragten waren vor Antritt ihrer Stelle bereits im Gleichstellungsbereich tätig und sind dann aus unterschiedlichen Gründen an ihre Stelle zum Zeitpunkt der Abfrage gelangt. Die Gründe für die Aufnahme einer Tätigkeit in der Gleichstellungsarbeit unterschieden sich je nachdem, ob die Akteur\*innen einen geschlechtertheoretischen Hintergrund hatten oder nicht. Insgesamt gaben nur wenige Akteur\*innen an, die Gleichstellungsarbeit gezielt als Beruf angestreut zu haben. So spielte neben Interesse und politischem Engagement vor allem der Zufall als Begründung eine große Rolle. Berufliche Perspektiven und Karrierechancen in der Gleichstellungsarbeit wurden pessimistisch eingeschätzt.

Ein anderes Antwortverhalten zeigte sich bei Akteur\*innen mit einem umfangreichen geschlechtertheoretischen Hintergrund. Diese gaben seltener an, aus Zufall an ihre Stelle gelangt zu sein, sondern haben sich häufiger zielorientiert und aufgrund ihrer spezifischen Fähigkeiten für den Beruf entschieden. Sie schätzten die beruflichen Perspektiven in der Gleichstellungsarbeit zudem höher ein als diejenigen mit wenig oder mit keinem geschlechtertheoretischen Hintergrund.

## Expertenwissen

Die Dimension *Expertenwissen* umfasste zwei Komponenten. Abgefragt wurden zum einen Indikatoren, die den Bezug zum wissenschaftlichen Geschlechterwissen messen sollten und zum anderen Indikatoren, die auf den Grad der Einheitlichkeit der Wissensbasis schließen ließen. Für eine

---

<sup>11</sup> In diesem Modell wird ein Hochschulmitglied für das Gleichstellungsamt in einem bestimmten Umfang seiner regulären Tätigkeit freigestellt.

Professionalisierung sollte ein möglichst homogener fachlicher Hintergrund der Akteur\*innen mit einem hohen Anteil geschlechtertheoretischer Kenntnisse sowie eine systematische Verwendung dieses Wissens in der Praxis sprechen. Eine hohe Verbreitung von formalisierten Informationsstrategien sollte außerdem auf einen sich vollziehenden Aufbau einer einheitlichen Wissensbasis hindeuten.

Insgesamt wiesen die Befragten einen heterogenen fachlichen Hintergrund mit einer Dominanz geistes- und sozialwissenschaftlicher Fächer auf. Die Ergebnisse zeigten, dass etwa die Hälfte der Befragten Inhalte der Geschlechterforschung als Teil ihres Studiums behandelt hatte, allerdings nur 15 Prozent von ihnen im großen Umfang. Fast 60 Prozent der Befragten wiesen Kenntnissen der Geschlechterforschung eine hohe Bedeutung für ihre Arbeit zu. Dabei sprachen diejenigen Akteur\*innen, die selbst über einen geschlechtertheoretischen Hintergrund verfügten, der Geschlechterforschung deutlich mehr Nutzen für die Praxis zu als diejenigen ohne solch einen Hintergrund. In der besagten Gruppe war zudem die Bereitschaft, sich über aktuelle Forschungsergebnisse zu informieren, deutlich höher und die Selbstwahrnehmung als „Expert\*innen in Sachen Gleichstellung“ stärker ausgeprägt.

Die Abfrage der Informationsstrategien wies insgesamt eher auf eine häufige Nutzung informeller Methoden der Informationsbeschaffung und eine seltene Nutzung von standardisierten und institutionalisierten Angeboten hin. Die Befragten gaben an, sich vor allem Informationen durch den Austausch mit Kolleg\*innen derselben Hochschule anzueignen. Gelegentlich bis oft wurden andere Hochschulen beobachtet oder der Austausch mit institutionalisierten Netzwerken gesucht. Auch hier zeigte sich, dass Akteur\*innen mit einem geschlechtertheoretischen Hintergrund einen höheren Formalisierungsgrad der Informationsbeschaffung aufwiesen als ihre Kolleg\*innen ohne solch einen Hintergrund. Besonders deutlich war der Unterschied in Bezug auf die Strategie „Recherchieren in Fachliteratur“.

### Berufsständische Vertretung

Diese Dimension fokussierte die Anbindung der Befragten an einschlägige Netzwerke und Zusammenschlüsse von Institutionen im Bereich der hochschulischen Gleichstellungspolitik. 40 Prozent aller Befragten gaben an, oft oder sehr oft und 39 Prozent gaben an, die Angebote der Netzwerke gelegentlich zu nutzen. Gleichstellungsbeauftragte nutzten die Netzwerke häufiger als die anderen Akteur\*innen und fühlen sich durch diese besser repräsentiert.

## Sozialorientierung

Angelehnt an das Hartmann'sche Modell sollten die Indikatoren der Dimension *Sozialorientierung* die Gleichstellungsarbeit den unterschiedlichen Stadien beim Übergang von Arbeit zum Beruf und vom Beruf zur Profession einordnen. Die Indikatoren wurden dabei dem Untersuchungsgegenstand insofern angepasst, als dass sie die Ziele der Gleichstellungspolitik und die Eingebundenheit in die Organisation Hochschule berücksichtigten. Eine starke Orientierung an den Organisationszielen der Hochschule sollte als Verberuflichung, eine Orientierung an dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit in der Gesellschaft hingegen als Professionalisierung gedeutet werden.

Die Ergebnisse deuteten sowohl auf eine hohe Orientierung der Befragten an den Zielen der jeweiligen Hochschule als auch an dem übergreifenden gesellschaftlichen Wert der Gerechtigkeit hin. Insgesamt wurden die Items zur Orientierung an der Gesellschaft von den Befragten höher gewertet als die an der Hochschule. So gaben 96 Prozent der Aussage „Bei meiner Arbeit geht es mir vor allem darum, einen Beitrag für mehr Geschlechtergerechtigkeit in unserer Gesellschaft herzustellen“ eine hohe oder sehr hohe Zustimmung.

## 4. Schlussfolgerungen aus der Erhebung

### 4.1. ...zum Professionalisierungsgrad der Gleichstellungsarbeit

Bezogen auf das Gesamtsample ergab die Auswertung eine insgesamt mittelmäßige bzw. uneindeutige Ausprägung der herangezogenen Professionalisierungskriterien. Eine nach Untersuchungsgruppen differenzierte Betrachtung zeigte jedoch auch, dass die Professionalisierung deutlich zwischen den Untersuchungsgruppen variierte. Gleichstellungsbeauftragte im Freistellungsmodell hatten durchgehend eine geringere Ausprägung der Merkmale im Vergleich zum Durchschnitt aller Akteur\*innen, während die Gruppe der Befragten mit geschlechtertheoretischem Hintergrund im Hinblick auf die Dimensionen *Gleichstellung als Beruf* und *Expertenwissen* eine recht hohe Professionalisierung aufwies.

Für die Gleichstellungsarbeit gibt es weder eine zertifizierte Spezialausbildung noch einen institutionalisierten Transfer aus der Geschlechterforschung in die Praxis. Der Aufbau und die Anwendung von Expertenwissen hängt folglich stark von der eigenständigen Informationsbeschaffung und Transferleistung der Akteur\*innen ab. Die Studie zeigt zwar einerseits, dass die Geschlechterforschung überwiegend als relevant für die

Praxis gesehen wurde und eine geistes- und sozialwissenschaftliche Prägung der Befragten dominierte. Andererseits wiesen die Ergebnisse auf einen Schereneffekt hin und zwar insofern, als dass diejenigen Akteur\*innen mit geschlechtertheoretischem Hintergrund stärker um Aneignung und Transfer von wissenschaftlichem Wissen in die Praxis bemüht waren, während Akteur\*innen ohne solch einen Hintergrund vergleichsweise schwach ausgeprägte Merkmale eines systematischen Aufbaus von Expertenwissen aufwiesen. Die Herausbildung einer einheitlichen Wissensbasis scheint somit für den gesamten Bereich der hochschulischen Gleichstellungsarbeit nicht wahrscheinlich, jedoch für professionalisierte Bereiche durchaus naheliegend.

Relevant dabei ist die Anbindung an Vereine und Netzwerke. Aus der Vorrecherche zur Studie als auch aus der Studie selbst ging hervor, dass es im Jahr 2012 kein für alle hochschulischen Gleichstellungsakteur\*innen übergreifendes und intensiv genutztes Netzwerk gab. Zwar erfüllt(e) die BuKoF zentrale Funktionen einer berufsständischen Vertretung, jedoch fühlten sich vor allem Nicht-Gleichstellungsbeauftragte nur schwach von ihr vertreten.

Im Hinblick auf die Dimension der Sozialorientierung war die höhere Orientierung der Befragten an dem Wert der (Geschlechter-)Gerechtigkeit im Vergleich zu den Zielen der jeweiligen Hochschule überraschend, da die bereits erwähnte Entwicklung der Gleichstellungsarbeit von einem politischen Amt hin zu einem strategischen Feld im Hochschulmanagement ein anderes Ergebnis hatte erwarten lassen. Die Ausrichtung der hochschulischen Gleichstellungsarbeit an einem gesellschaftlichen Zentralwert hat sich nicht erst im Laufe einer Professionalisierung entwickelt, sondern ist ein Professionsmerkmal, das der Gleichstellung schon immer immanent war und sich nach wie vor aufrechterhält.

#### *4.2. ...zur Anwendung des Analyseinstruments*

Der für die Studie entwickelte Kriterienkatalog stellt ein in sich geschlossenes empirisches Instrumentarium dar, welches eine deduktiv-quantitative Messung des Professionalisierungsgrads der hochschulischen Gleichstellungsarbeit ermöglichte, da ein systematischer Ausprägungsunterschied zwischen bestimmten Akteur\*innengruppen gemessen werden konnte. Eine Übertragbarkeit auf andere Berufe durch inhaltliche Anpassung der Indikatoren ist durchaus möglich. Zwar hatte die Studie einen experimentellen Charakter und unterlag einigen Einschränkungen durch

methodische und zeitliche Rahmenbedingungen.<sup>12</sup> Jedoch wird deutlich, dass die Professionalisierung von Tätigkeiten mithilfe gängiger sozialwissenschaftlicher quantitativer Methoden *abfragbar* ist. Theoretisch geführte Diskussionen über Professionalisierungsprozesse können so um empirische Perspektiven bereichert werden.

## Literatur

- Demszky von der Hagen, Alma / Voß, Günther G. 2010: Beruf und Profession. In: Fritz Böhle, Günther G. Voß & Günther Wachtler (Hg.): Handbuch Arbeitssoziologie. S. 751–803. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hartmann, Heinz 1968: Arbeit, Beruf, Profession. In: Soziale Welt, 19, 19. S. 193–216.
- Kloke, Katharina 2014: Qualitätsentwicklung an deutschen Hochschulen. Professions-theoretische Untersuchung eines neuen Tätigkeitsfeldes. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Krücken, Georg / Blümel, Albrecht / Kloke, Katharina 2010: Hochschulmanagement – auf dem Weg zu einer neuen Profession? In: WSI Mitteilungen, 5. S. 234–241.
- Löther, Andrea / Vollmer, Lina 2014: Erfolge durch Strukturen? Hochschulische Gleichstellungsarbeit im Wandel. In: Löther, Andrea / Vollmer, Lina (Hg.): Gleichstellungsarbeit an Hochschulen. Neue Strukturen – neue Kompetenzen. S. 17–56. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Metz-Göckel, Sigrid / Roloff, Christine 2002: Genderkompetenz als Schlüsselqualifikation. In: Journal Hochschuldidaktik, 1. S. 7–10.
- Meyer, Rita 2000: Qualifizierung für moderne Beruflichkeit: soziale Organisation der Arbeit von Facharbeiterberufen bis zu Managertätigkeiten. Münster: Waxmann.
- Mok, Albert Louis 1969: Alte und neue Professionen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 21. S. 770–781.
- Nittel, Dieter 2000: Von der Mission zur Profession. Stand und Perspektiven der Verberuflichung der Erwachsenenbildung. Bielefeld: Bertelsmann Verlag.
- Noordegraaf, Mirko 2007: From “Pure” to “Hybrid” Professionalism. Present Day Professionalism in Ambiguous Public Domains. In: Administration & Society, 39, 6. S. 761–784.
- Riegraf, Birgit / Weber, Lena 2014: Unternehmerische Hochschule. Veränderungen in der Gleichstellungspolitik und Auswirkungen auf die Gleichstellungsarbeit. In Löther, Andrea / Vollmer, Lina (Hg.): Gleichstellungsarbeit an Hochschulen. Neue Strukturen – neue Kompetenzen. S. 74–86. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Roski, Melanie 2015: Gleichstellungswissen und Genderkompetenz in Hochschulen. Neue Aufgaben und Kompetenzen für die Gleichstellungsbeauftragten. In: humboldt chancengleich, 7, S. 10–11.
- Schmeiser, Martin 2006: Soziologische Ansätze der Analyse von Professionen, der Professionalisierung und des professionellen Handelns. In: Soziale Welt, 57, 3. S. 298–318.

---

<sup>12</sup> So musste auf weitere Pretests und die Anwendung multivariater statistischer Verfahren verzichtet werden.

- Schneijderberg, Christian 2013: Theoretische Grundlagen der organisationsbezogenen Professionalität von Hochschulprofessionellen. In Schneijderberg, Christian / Merkator, Nadine / Teichler, Ulrich / Kehm Barbara M. (Hg.): Verwaltung war gestern? Neue Hochschulprofessionen und die Gestaltung von Studium und Lehre. S. 33–58. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Campus.
- Vollmer, Lina 2017: Gleichstellung als Profession? Gleichstellungsarbeit an Hochschulen als professionssoziologischer Sicht. Wiesbaden: Springer VS.

# Studienleistungen privat und staatlich Studierender im Vergleich<sup>1</sup>

**Sonja Herrmann**  
München

Noten dienen einerseits als Motivator für Studierende und stellen andererseits einen relevanten Leistungsindikator im beruflichen Kontext dar. Auch in vielen weiteren Lebensbereichen – wie der Studienplatzvergabe für Master- und Promotionsstudiengänge oder Stipendien – sind Noten ein wichtiges Zulassungskriterium. Aktuelle Forschungsbefunde zeigen, dass private Hochschulen in Deutschland bessere Noten vergeben als vergleichbare staatliche Hochschulen (Müller-Benedict/Grözinger 2017; WR 2012). Ein ähnliches Bild zeigt sich auch in der Studierendenkohorte des NEPS: Privat Studierende haben im Mittel bessere Studienleistungen als staatlich Studierende (siehe Übersicht 1).

*Übersicht 1: Studienleistungen privat und staatlich Studierender über NEPS-Onlinewellen im Vergleich*

	Welle 2		Welle 4		Welle 6	
	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median
<b>Privat</b>	2.09	2.0	2.01	2.0	2.03	2.0
<b>Staatlich</b>	2.27	2.3	2.21	2.3	2.20	2.1

Quelle: SUF SC5 9-0-0

Die Gründe hierfür sind bislang wenig erforscht. Es gibt mehrere Erklärungsansätze, die hier eine Rolle spielen könnten: Eine bessere und individuelle Betreuung der Studierenden könnte ein Grund für die besseren

---

<sup>1</sup> Diese Arbeit nutzt Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS): Startkohorte Studierende, doi:10.5157/NEPS:SC5:9.0.0 . Die Daten des NEPS wurden von 2008 bis 2013 als Teil des Rahmenprogramms zur Förderung der empirischen Bildungsforschung erhoben, welches vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert wurde. Seit 2014 wird NEPS vom Leibniz-Institut für Bildungswissenschaften e.V. (LIfBi) an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg in Kooperation mit einem deutschlandweiten Netzwerk weitergeführt.

Noten an privaten Hochschulen sein. Dieses Argument wird insbesondere von privaten Hochschulen selbst in Zusammenhang mit geringeren Abbruchquoten an privaten Bildungseinrichtungen gebracht (VPH 2017). Kritiker hingegen sehen große Anreize für Dozierende, an privaten Hochschulen bessere Noten zu vergeben als an staatlichen Hochschulen: Da das Fortbestehen der Einrichtung maßgeblich von der Zufriedenheit der Studierenden abhängt, sollen die Studierenden einen möglichst stressfreien Studienalltag erfahren und zu einem positiven Bild der Hochschule beitragen (Yang/Yip 2003).

Schlussendlich wäre aber auch eine positive Selbstselektion zu Gunsten privater Bildungseinrichtungen denkbar. Einerseits schreiben sich eventuell (sozio-)ökonomisch besser gestellte Studierende an privaten Hochschulen ein, die häufig aus gebildeteren Elternhäusern stammen und auf mehr (finanzielle) Ressourcen zurückgreifen können (z.B. Chetty et al. 2017). Andererseits sind Studierende privater Hochschulen möglicherweise motivierter: Die im Durchschnitt etwas älteren und häufiger berufstätigen Studierenden könnten ihre bisherige Berufserfahrung gewinnbringend hinsichtlich der Studienleistungen einsetzen (Grendel/Lübbe/ Haußmann 2014). Auch Wirtschaftskontakte könnten private Einrichtungen für zielstrebigere Studierende attraktiver machen.

Im Folgenden soll insbesondere der letzte Erklärungsansatz zu den Leistungsunterschieden bei privat und staatlich Studierenden genauer beleuchtet werden. Dabei werden zunächst der bisherige Forschungsstand und der theoretische Unterbau dargestellt. Im anschließenden Absatz wird auf die Forschungsfrage, deren Beantwortung und die zugrundeliegende Methodik eingegangen, bevor die Schlussfolgerung und das Fazit folgen.

## **1. Forschungsstand**

Die Selbstbeschreibung privater Hochschulen in Deutschland lässt auf eine individuelle Betreuung, kleine Klassen und eine effiziente Studienorganisation schließen. Private Hochschulen weisen zudem geringere Abbruchquoten auf (VPH 2017). Die durchschnittliche Abbruchquote lag im Jahr 2006 laut Wissenschaftsrat (2012) bei ca. 8 % und damit unter dem Durchschnitt öffentlicher Hochschulen, der sich bei 21 % befand. Auch für die Dozierenden bzw. die Organisation selbst bestehen – nicht nur im privaten Bildungsbereich – Anreize, gute Noten zu verteilen. Hohe Absolventenzahlen und geringe Abbruchquoten vermitteln den Eindruck, dass die jeweilige Hochschule Studiengänge mit einer guten Betreuungsleistung anbietet. Zufriedene Studierende sorgen zudem für eine gute Reputation der Hochschule und positive Lehrevaluationsergebnisse, die zu

weiteren Neueinschreibungen führen können (Yang/Yip 2003). Insbesondere bei privaten Hochschulen hängt das Fortbestehen der Institution von einer möglichst hohen Zahl zahlender Studierender ab, was möglicherweise zu einer großzügigeren Vergabe von Noten führt. Amerikanische Forschung weist darauf hin, dass an Privathochschulen bessere Noten vergeben werden als an vergleichbaren staatlichen Hochschulen (Rojstaczer/Healy 2012). Für den deutschen Hochschulraum gibt es ähnliche Befunde, die auf einen notenverbessernden Effekt durch eine private Trägerschaft hindeuten (Müller-Benedict/Grözinger 2017).

Es gibt weitere Gründe, die für Studieninteressierte die Wahl einer privaten Hochschule attraktiv erscheinen lassen. So bieten private Hochschulen vermehrt spezielle Studienformate wie berufsbegleitende, duale oder Fernstudiengänge an (Autorengruppe Bildungsbericht 2018). Dies könnte dazu führen, dass sich ältere oder leistungsstärkere Studierende, die bereits über Berufserfahrung verfügen, an private Hochschulen selektieren. Eine wichtige Rolle bei der Entscheidung für ein Studium spielen nachweislich auch Erwartungen bezüglich der „employability“ nach dem Studium (Platz/Holtbrügge 2016). Dabei könnten auch die Wirtschaftskontakte und Praxispartner einiger privater Hochschulen von Bedeutung für die Wahl einer privaten Hochschule sein.

Die zu untersuchende Forschungsfrage lautet infolgedessen: Können die Leistungsunterschiede privat und staatlich Studierender dadurch erklärt werden, dass eine Selbstselektion der leistungsstärkeren Studierenden an private Hochschulen vorliegt?

## **2. Selbstselektion an private Hochschulen**

Private Bildungsanbieter könnten argumentieren, dass nicht private Hochschulen die besseren Noten vergeben, sondern, dass sich die leistungsstärkeren Schüler an private Hochschulen selektieren und die Noten daher insgesamt besser sind. Eltern und ihre Kinder treffen rationale Bildungsentscheidungen basierend auf den Kosten, Nutzen und der Erfolgswahrscheinlichkeit im Vergleich zu anderen Bildungsalternativen. Zentraler Aspekt dabei ist, dass die Eltern den eigenen sozioökonomischen Status für ihre Kinder erhalten wollen. All diese Komponenten sind allerdings von den verfügbaren Ressourcen abhängig (Breen/Goldthorpe 1997). Die vergleichsweise hohen Kosten einer privaten Hochschule sind daher für Studierende mit einem höheren sozioökonomischen Status leichter aufzubringen. Zudem haben Studierende aus höheren sozioökonomischen Schichten oft gebildeteren Eltern, die auf mehr akademisches Wissen zurückgreifen können. Dies könnte dazu führen, dass sich vor al-

lem leistungsstärkere Studierende mit höherem sozioökonomischem Status an privaten Hochschulen einschreiben.

Forschung aus dem angelsächsischen Raum scheint dies zu untermauern: Studierende an privaten Hochschulen haben meist einen höheren sozioökonomischen Status (z.B. Chetty et al. 2017; McPherson/Schapiro 1991) und erbringen häufig schon vor Studienbeginn bessere schulische Leistungen (z.B. Hearn 1988; Hu/Hossler 2000). Forschung aus dem deutschen Hochschulraum ist dazu bislang kaum vorhanden.

Auch hinsichtlich der Motivation könnten sich Unterschiede zwischen privat und staatlich Studierenden ergeben: Die guten Wirtschaftskontakte könnten private Einrichtungen für zielstrebigere Studierende attraktiver machen, die möglichst schnell in den Arbeitsmarkt wechseln wollen. Außerdem sind Studierende privater Hochschulen häufiger berufstätig und können möglicherweise ihre bisherige Berufserfahrung gewinnbringend hinsichtlich der Studienleistungen einsetzen (Grendel et al. 2014).

Um dieser Frage nachzugehen, wird im Folgenden untersucht, ob sich Studierende mit ähnlichen Voraussetzungen hinsichtlich ihrer akademischen Leistungen an privaten und staatlichen Hochschulen unterscheiden.

### **3. Daten und Methoden**

Zur Klärung der Frage, ob sich tatsächlich bessere Studierende an private Hochschulen selektieren oder dort generell bessere Noten vergeben werden, werden mittels Propensity Score Matching Analysen mit dem Scientific Use File 9-0-0 der Studierendenkohorte des NEPS durchgeführt (Aschinger et al. 2011). Für die Analysen wurden vorwiegend Informationen aus der ersten Welle verwendet und weitere relevante Informationen aus der zweiten Welle vorgezogen. Studierende, die in der zweiten Welle nicht teilgenommen haben, wurden aus den Analysen ausgeschlossen. Es wurden ausschließlich Studienfächer in die Analysen einbezogen, die gleichermaßen an privaten und staatlichen Hochschulen vertreten sind. Kirchliche Hochschulen wurden nicht betrachtet.

Da es sich bei den NEPS-Daten um Befragungsdaten handelt, wird mittels Propensity Score Matching ein quasi-Experiment durchgeführt. Anders als in einem klassischen Experiment können die Teilnehmer der Befragung nicht zufällig verschiedenen Treatments zugewiesen werden. Um Studierende privater Einrichtungen mit Studierenden staatlicher Hochschulen vergleichen zu können, wird der Besuch einer privaten Hochschule im Folgenden als Treatment verstanden, der Besuch einer staatlichen Hochschule dient als Kontrollgruppe. Mittels Propensity Score Matching (Rosenbaum/Rubin 1983) werden nun Personen in der Kon-

trollgruppe mit denen verglichen, die sich in der Treatment-Gruppe befinden und sich hinsichtlich bestimmter Variablen ähneln (statistischer Zwilling). Das Outcome, in diesem Fall die Studienleistungen, sollte sich bei Studierenden, die sehr ähnliche Grundvoraussetzungen besitzen, z.B. hinsichtlich ihrer sozioökonomischen Ausstattung oder ihrer Leistungen in der Schule, aller Voraussicht nach nicht allzu stark unterscheiden. Sollte sich also herausstellen, dass privat Studierende trotz einer ähnlichen Vorbildung und Leistungsstärke bessere Noten erhalten, könnte dies darauf zurückzuführen sein, dass private Hochschulen bessere Noten vergeben.

Zu den Auswahlkriterien der entsprechenden Variablen, die für das Matching genutzt werden sollen, besteht wenig Konsens. Man kann Variablen heranziehen, die das Outcome vorhersagen oder Variablen verwenden, die in Zusammenhang mit der Selektion auf das Treatment stehen. Einig ist man sich darüber, dass Variablen, die in keiner Weise mit der abhängigen Variable korrelieren, diese auch nicht verzerren können und daher für das Propensity Score Matching Verfahren nicht relevant sind (Tanner-Smith/Lipsev 2014).

Im Folgenden werden dennoch Variablen zum Matching herangezogen, die nicht mit dem Outcome korrelieren, da die Auswahl theoriegeleitet durchgeführt wurde. Diese Variablen haben allerdings keinen Effekt auf das Ergebnis und wurden nur zwecks Vollständigkeit in das Modell aufgenommen. Außerdem konnten für die gewählten Matching-Variablen bereits in anderen Studien signifikante Effekte auf die Studienleistung nachgewiesen werden (Übersicht siehe Müller-Benedict/Grözinger 2017). Es wurde ein Kernel-Matching Algorithmus verwendet (Jann 2019).

Variablen, anhand derer gematcht wird, um den *sozioökonomischen Status* der Studierenden näherungsweise abzubilden, sind:

- Alter,
- Geschlecht,
- Migrationshintergrund,
- Bildung Vater und Mutter,
- monatliches Einkommen,
- traditionelle Hochschulzugangsberechtigung.

Variablen, anhand derer gematcht wird, um die *institutionellen und individuellen Voraussetzungen* der Studierenden abzubilden, sind:

- Abiturnote,
- Klassenwiederholung,
- berufsbegleitendes Studium,

- berufliche Vorerfahrung,
- Studienfach.

Die Leistungen der Studierenden werden mittelwertzentriert und invertiert und bilden die abhängige Variable. Als Treatment wird die Trägerschaft verwendet, also private versus staatliche Hochschule.

Der Bildungsstand beider Elternteile wird nach der CASMIN-Bildungsklassifikation abgebildet (Brauns/Scherer/Steinmann 2003). Außerdem wird die Studienfinanzierung aus der zweiten Befragungswelle als Prädiktor für die ökonomische Situation des Studierenden herangezogen. Hierfür wurde eine Variable mit der Summe aller Einkünfte gebildet. Bei der traditionellen Hochschulzugangsberechtigung werden alle nicht-schulischen Wege zum Abitur zu einer Kategorie zusammengefasst.

Ähnlich verhält es sich bei der Zahl der Klassenwiederholungen, diese werden ebenfalls zu einer Kategorie zusammengefasst. Bei der Abiturnote eines Studierenden werden unplausible Noten schlechter als 4,0 ausgeschlossen und die Noten um den Mittelwert zentriert und invertiert. Das berufsbegleitende Studium wird unverändert in die Analysen einbezogen. Die berufliche Vorerfahrung wird über die Erwerbsepisoden vor dem Studium ermittelt. Studentische Nebentätigkeiten und Erwerbsepisoden mit sehr einfachen Tätigkeiten wurden dabei ausgeschlossen. Für alle

*Übersicht 2: Deskriptive Statistik, CATI Welle 2010 (N=7 148)*

	Mean	SD	Min	Max
Trägerschaft (Ref.: staatlich)	0.03	0.18	0	1
Studienleistung (Mittelwertzentriert und invertiert)	0.00	0.61	-2.73	1.27
<b>Sozioökonomischer Status</b>				
Geschlecht (Ref.: Weiblich)	0.40	0.49	0	1
Alter	28.1	3.37	23	64
Migrationshintergrund (Ref.: Kein Migr.hintergrund)	0.15	0.36	0	1
Bildung Mutter (CASMIN) (Ref.: Kein Abschluss)	2.65	1.21	0	4
Bildung Vater (CASMIN) (Ref.: Kein Abschluss)	2.49	1.09	0	4
Monatliches Einkommen in 100 €	7.78	7.86	0	109
Traditionelle HZB (Ref.: Schulische HZB)	0.04	0.19	0	1
<b>Institutionelle &amp; individuelle Voraussetzungen</b>				
Abiturnote (Mittelwertzentriert und invertiert)	0.06	0.59	-1.79	2.21
Fachgruppe (Ref.: Erziehungswissenschaft)	–	–	1	36
berufsbegleitendes Studium (Ref.: Vollzeitstudium)	0.04	0.19	0	1
Berufserfahrung vor Studium (Ref.: Keine Erfahrung)	0.27	0.44	0	1
Klassenwiederholung (Ref.: Keine Wdh)	0.13	0.33	0	1

Quelle: SUF SC5 9-0-0

übrigen Erwerbsepisoden wird ein Indikator gebildet, der den Wert 1 annimmt, wenn vor dem Studium bereits einer beruflichen Tätigkeit nachgegangen wurde.

Das Studienfach wird auf der feingliedrigsten Ebene (Fächersystematik der ISCED-97, 3-steller) in die Analysen einbezogen, da sich insbesondere in den unterschiedlichen Fächern eigene Notengebungspraxen etabliert haben, an denen sich viele Lehrende orientieren.

Die Annahmen hinsichtlich einer möglichen Verzerrung des Matching-Samples und der Güte des errechneten Propensity Scores (Common Support) wurden im Vorfeld überprüft und waren nicht verletzt.

#### 4. Ergebnisse des Propensity Score Matching

Zur Klärung der Forschungsfrage, ob Studierende privater Hochschulen durch Effekte einer positiven Selbstselektion bessere Leistungen erbringen, wird via Propensity Score Matching eine Analyse durchgeführt mit der privat und staatlich Studierende hinsichtlich ihrer Vorbildung und ihres sozioökonomischen Hintergrunds verglichen werden.

Übersicht 3: Zusammenfassende Statistik zum Propensity Score Matching

	Matched			Controls			Bandwidth
	Yes	No	Total	Used	Unused	Total	
<b>Treated</b>	216	18	234	3258	3656	6914	.00259
<b>Untreated</b>	3199	3715	6914	214	20	234	.00218
<b>Combined</b>	3415	3733	7148	3472	676	7148	.

Quelle: SUF SC5 9-0-0

Betrachtet man nun die Ergebnisse des Propensity Score Matching, zeigt sich ein höchst signifikanter und positiver Average Treatment Effekt von 0.298 (siehe Übersicht 4). Den ATE erhält man, indem man die Differenz zwischen dem Durchschnitt in der Treatment-Gruppe und dem der Kontrollgruppe berechnet. Das heißt,

dass Studierende, die sich hinsichtlich ihres sozioökonomischen Hintergrunds und ihrer individuellen und institutionellen Voraussetzungen ähneln, an privaten Hochschulen im Durchschnitt um 0.298 Notenstufen besser bewertet werden.

Übersicht 4: Ergebnis Propensity Score Matching

	ATE	SE
<b>1 vs 0. Trägerschaft</b>	0.298***	(0.06)
<b>N</b>	7 148	

Quelle: SUF 9-0-0;

\*  $p < 0.05$ , \*\*  $p < 0.01$ , \*\*\*  $p < 0.001$

## 5. Schlussfolgerungen

Können die Leistungsunterschiede privat und staatlich Studierender dadurch erklärt werden, dass eine Selbstselektion der leistungsstärkeren Studierenden an private Hochschulen vorliegt?

In Bezug auf die Hypothese, dass sich leistungsstärkere Studierende an private Hochschulen selektieren, lässt sich feststellen, dass trotz ähnlicher Voraussetzungen die Noten an privaten Hochschulen tendenziell besser sind. Weder der sozioökonomische Status, noch die vorhergehenden Schulleistungen oder bereits gesammelte Berufserfahrung können die Unterschiede erklären, denn es zeigt sich, dass Studierende mit ähnlichen Voraussetzungen im selben Fach an einer privaten Hochschule signifikant bessere Noten erhalten. Es kann also ausgeschlossen werden, dass sich leistungsstärkere Studierende an private Hochschulen selektieren.

Es gibt allerdings weitere Faktoren, die für die besseren Noten an privaten Hochschulen verantwortlich sein könnten, im NEPS aber nicht berücksichtigt wurden: Diese liegen vor allem auf Seiten der Hochschule. Neben oben genannten Anreizen wie beispielsweise einer vorteilhaften Lehrevaluation, einer guten Reputation oder auch finanziellen Anreizen, könnte beispielsweise auch eine interaktivere Lehre und aktivierende Lehrmethoden einen Einfluss auf die Studiennoten haben. Hier wäre weiterführende Forschung in besonderem Maße interessant.

Die Ergebnisse können keine abschließende Aussage dazu liefern, *warum* die Noten privat Studierender besser sind, sondern tragen dazu bei, die genannten Einflussfaktoren auszuschließen bzw. den wahrscheinlicheren Erklärungsansatz herauszuarbeiten. Grundsätzlich lässt sich die These von Müller-Benedict/Grözinger (2017: 108), dass an privaten Hochschulen ein „*Tausch Noten gegen Geld*“ stattfindet nicht belegen, allerdings auch nicht falsifizieren. Insgesamt scheinen berufliche Vorerfahrung, schulische Leistungen und der sozioökonomische Status die Unterschiede zwischen privaten und staatlichen Leistungsunterschieden nicht erklären zu können. Es kann also von einer wohlwollenden Benotungspraxis an privaten Hochschulen ausgegangen werden, man sollte allerdings nicht außer Acht lassen, dass einige Merkmale auf Seiten der Hochschule und der Lehrenden keinen Eingang in die Analysen fanden.

## 6. Limitationen

Vor allem Einflussfaktoren und Anreizstrukturen auf Seiten der Fakultät bzw. der Lehrenden wurden im NEPS nicht erhoben und können daher

nicht überprüft werden. Grundsätzlich wäre hier weiterführende Forschung sehr interessant.

Die Motivation und das Selbstkonzept der Studierenden wäre zudem ein interessanter Prädiktor gewesen, allerdings hätte hier eine Abfrage *vor* der realisierten Studienentscheidung stattfinden müssen, da insbesondere subjektiven Einschätzungen wie das akademische Selbstkonzept mitunter stark durch das Studium beeinflusst werden können. Informationen zu diesem Zeitpunkt liegen im NEPS allerdings nicht vor. Um eine Verzerrung der Ergebnisse durch die Sozialisation im derzeitigen Studium zu vermeiden, wurden die Analysen auf möglichst zeitinvariante Kriterien beschränkt.

### Literatur

- Aschinger, Florian/Heiko Epstein/Sophie Müller/Hildegard Schaeper/Andreas Vötiner/Thomas Weiß (2011): Higher education and the transition to work, in: Hans-Peter Blossfeld/Hans-Günther Rossbach/Jutta von Maurice (Hg.), *Education as a lifelong process. The German National Educational Panel Study (NEPS)*, Wiesbaden.
- Autorengruppe Bildungsbericht (2018): *Bildung in Deutschland 2018 [Education in Germany 2018]*, Bielefeld.
- Brauns, Hildegard/Stefani Scherer/Susanne Steinmann (2003): The CASMIN educational classification in international comparative research, in: Jürgen H. P. Hoffmeyer-Zlotnik/Cristof Wolf (Hg.), *Advances in cross-national comparison. A European working book for demographic and socio-economic variables*, New York, S. 221–244.
- Breen, Richard/John H. Goldthorpe (1997): Explaining educational differentials: Towards a formal rational action theory, in: *Rationality and Society* 9(3), S. 275–305.
- Chetty, Raj/John Friedman/Emmanuel Saez/Nicholas Turner/Danny Yagan (2017): *Mobility Report Cards: The Role of Colleges in Intergenerational Mobility (w23618)*, National bureau of economic research.
- Grendel, Tanja/Holger Lübke/Iris Haußmann (2014): Effekte der Dauer und der Qualität berufspraktischer Vorerfahrungen auf den Studienerfolg beruflich Qualifizierter, in: *Beiträge zur Hochschulforschung* 36(4), S. 40–63.
- Hearn, James C. (1988): Attendance at higher-cost colleges: Ascribed, socioeconomic, and academic influences on student enrollment patterns, in: *Economics of Education Review* 7(1), S. 65–76.
- Hu, Shouping/Don Hossler (2000): Willingness to pay and preference for private institutions, in: *Research in Higher Education* 41(6), S. 685–701.
- Jann, Ben (2019). *KMATCH: Stata module module for multivariate-distance and propensity-score matching, including entropy balancing, inverse probability weighting, (coarsened) exact matching, and regression adjustment [Computer software]*. Verfügbar unter <https://EconPapers.repec.org/RePEc:boc:bocode:s4583> 46 [1.5.2019].

- McPherson, Michael S./Morton O. Schapiro (1991): Does student aid affect college enrollment? New evidence on a persistent controversy, in: *The American Economic Review* 81(1), S. 309–318.
- Müller-Benedict, Volker/Gerd Grözinger (2017): *Noten an Deutschlands Hochschulen. Analysen zur Vergleichbarkeit von Examensnoten 1960 bis 2013*, Wiesbaden.
- Rojstaczer, Stuart/Cristopher Healy (2012): Where A is ordinary. The evolution of American college and university grading, 1940–2009, in: *Teachers College Record* 114(7), S. 1–23.
- Rosenbaum, Paul R./Donald B. Rubin (1983): The central role of the propensity score in observational studies for causal effects, in: *Biometrika* 70(1), S. 41–55.
- SUF, Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (2017): *Scientific Use File (SUF) der Startkohorte Studierende, Daten der Jahre 2010-2015*. Version 9-0-0, Bamberg. doi:10.5157/NEPS:SC5:9.0.0.
- Tanner-Smith, Emily E./Mark W. Lipsey (2014): Identifying baseline covariates for use in propensity scores: A novel approach illustrated for a nonrandomized study of recovery high schools, in: *Peabody journal of education* 89(2), S. 183–196.
- VPH, Verband der privaten Hochschulen (2017): *Studieren an privaten Hochschulen*. Heidelberg. Verfügbar unter [http://www.private-hochschulen.net/fileadmin/user\\_upload/Flyer\\_Studieren\\_an\\_privaten\\_Hochschuleninteraktiv.pdf](http://www.private-hochschulen.net/fileadmin/user_upload/Flyer_Studieren_an_privaten_Hochschuleninteraktiv.pdf) [1.5.2019].
- WR, Wissenschaftsrat (2012): *Prüfungsnoten an Hochschulen im Prüfungsjahr 2010*. Arbeitsbericht mit einem Wissenschaftspolitischen Kommentar des Wissenschaftsrates (Drs. 2627-12), Hamburg. Verfügbar unter von <https://www.wissenschaftsrat.de> [29.9.2018].
- Yang, Huanxing/Chun Seng Yip (2003): *An economic theory of grade inflation*, University of Pennsylvania.

# Ist mehr genug?

## Drei Trends in der Hochschulfinanzierung

**Guido Speiser**

Berlin

Die Finanzierung der deutschen Hochschulen steht im Zentrum der Hochschulforschung und findet zugleich in der wissenschaftspolitischen Debatte ein breites Publikum.<sup>1</sup> In diesem Artikel sollen drei prägende Entwicklungen der Hochschulfinanzierung dargestellt und

kritisch beleuchtet werden. Erstens wird die Einnahmeentwicklung des Hochschulsektors in den letzten zwei Dekaden aufbereitet. Zweitens wird die Veränderung der hochschulischen Einnahmestruktur analysiert. Drittens steht die Frage im Mittelpunkt, ob und wie sich die Herkunft der Finanzmittel verändert hat und welche grundlegenden verfassungsrechtlichen Fragen sich daraus ergeben.

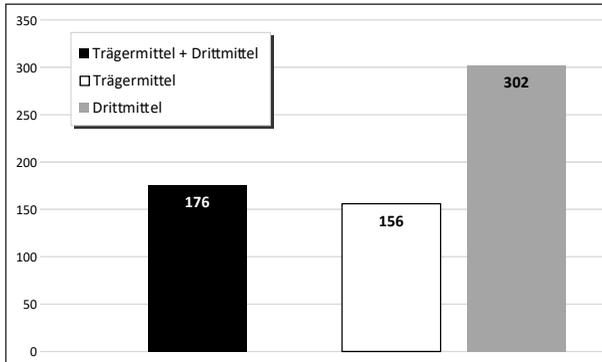
### 1. Mehr Mittel – die Einnahmeentwicklung der Hochschulen

Zwischen 1998 und 2015 sind die Einnahmen der deutschen Hochschulen um 76 Prozent und damit um durchschnittlich 3,3 Prozent pro Jahr gestiegen (Übersichten 1 und 2). Erfasst sind in dieser Betrachtung öffentliche, private und kirchliche Hochschulen – also nahezu sämtliche deutschen Hochschulen, allen voran die von den Ländern getragenen Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Bei den Einnahmen nicht berücksichtigt sind insbesondere Verwaltungseinnahmen. Hierzu zählen Studiengebühren, deren quantitative Bedeutung im betrachteten Zeitraum relativ gering ausfällt. Auch die Zahlungen der Krankenkassen an Universitätskliniken, die nicht als strategisch einsetzbare Ressourcen, sondern als Durchlaufposten der Hochschulen anzusehen sind, wurden nicht einbezogen. Die zeitliche Dynamik des Gesamtanstiegs und die Differenzierung nach Ländern sollen hier nicht diskutiert werden (vgl. Statistisches Bundesamt 2018: 27ff.; Pasternack/Henke 2017: 29ff., 2017a).

---

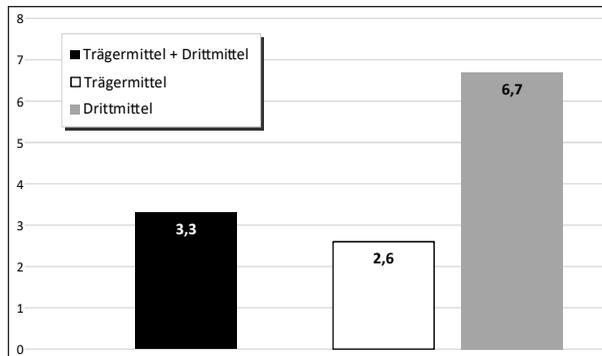
<sup>1</sup> Der vorliegende Beitrag spiegelt die Meinung des Autors wider, nicht die der Max-Planck-Gesellschaft.

*Übersicht 1: Einnahmeentwicklung der Hochschulen zwischen 1998 und 2015 (in Prozent)*



Quellen: Statistisches Bundesamt (2018), eigene Berechnungen, nominelle Werte.  
Zur Definition von Drittmitteln und Trägermitteln: ebd.: 165ff., vgl. Speiser (2016: 9)

*Übersicht 2: Durchschnittlicher Jahresanstieg der Hochschuleinnahmen zwischen 1998 und 2015 (in Prozent)*



Quellen: Statistisches Bundesamt (2018), eigene Berechnungen, nominelle Werte.  
Zur Definition von Drittmitteln und Trägermitteln; ebd.: 165ff., vgl. Speiser (2016: 9)

In dem so definierten Rahmen entspricht die mitunter vorgebrachte Ansicht, die Finanzausstattung der Hochschulen sei gesunken, nicht der Realität. Sie ist aber plausibel, wenn sie als relative Aussage verstanden wird: Im Verhältnis zur dramatisch gewachsenen Aufgabenlast der Hochschulen ist ihre Finanzierung nicht ausreichend. Schlaglichtartig seien hier drei zentrale Herausforderungen für die Hochschulen skizziert:

- Erstens ist die Nachfrage nach Hochschulbildung ungebrochen hoch. Zum Wintersemester 2018/19 waren über 2,8 Millionen Studierende an einer deutschen Hochschule eingeschrieben – so viele wie nie zuvor (Sta-

tistisches Bundesamt 2018a). Die Zahl der Studienanfänger und Studierenden wird sich langfristig auf hohem Niveau einpendeln (KMK 2014).

Dies ist eine politisch gewollte, wenn auch nicht unumstrittene Entwicklung. Für die große Zahl an Studierenden werden auf Seiten der aufnehmenden Institutionen mehr Lehr- und Verwaltungspersonal, Gebäude, Wohnraum und weitere Infrastruktur benötigt. Das Missverhältnis zwischen vorhandenen und erforderlichen Ressourcen wird insbesondere anhand der schlechten Betreuungsverhältnisse immer wieder kritisiert (statt aller Wissenschaftsrat 2018: 29ff.). Diese Quotientenbildung wird – mit Blick auf die Zugänglichkeit der zugrundeliegenden Daten: verständlicherweise – zwar häufig angestellt. Sie vermag allerdings die Gesamtbelastungen der Hochschulen keineswegs umfassend darzustellen.

■ Zweitens sei der Sanierungsstau an den deutschen Hochschulen genannt. Zwar wenden die Länder in toto erhebliche Summen für den Hochschulbau auf, in einigen Ländern gibt es überdies Sonderprogramme (etwa in Berlin, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein oder Hessen). Dennoch ergibt sich nach der 2015 veröffentlichten und von der Kultusministerkonferenz (KMK) aufgegriffenen HIS-HE-Studie allein für den Bestandserhalt der Hochschulgebäude (ohne Universitätsklinik) eine voraussichtliche Finanzierungslücke von acht Mrd. Euro zwischen 2017 und 2025 (Stibbe/Stratmann 2016: 4ff.; KMK 2016: 6ff.). Wird der von 2008 bis 2016 aufgelaufene Sanierungsstau und ein künftiger, moderater Flächenausbau berücksichtigt, ergibt sich sogar ein Defizit von 35 Mrd. Euro bis 2025.

Für die Universitätsklinik wurde eine weitere Lücke von 12 Mrd. Euro von 2016 bis 2025 diagnostiziert. Eine zentrale Ursache dieser Unterdeckung sieht die KMK darin, dass Investitionen in Sanierung, Modernisierung und Ersatz von Gebäuden in den großen Hochschulprogrammen nicht ausreichend mitbedacht wurden (ebd.: 5).

■ Drittens haben sich die Ressourcenanforderungen an die hochschulische Forschung erheblich erhöht. Zum einen ist die forschungsbezogene Teuerungsrate erheblich gestiegen, also der jeweilige Preisanstieg (fiktiver) disziplinen- bzw. forschungsbereichsspezifischer Warenkörbe. Darüber hinaus sind die apparativen, infrastrukturellen und baulichen Anforderungen an die Forschung rasant gewachsen. Dazu trägt die Digitalisierung in der Wissenschaft in all ihren Facetten maßgeblich bei. In den meisten Forschungsfeldern – insbesondere in der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung und ggf. mit Ausnahme bestimmter buchwissenschaftlicher Forschungsfelder – stellen höhere Ressourcenbedarfe eine wirkmächtige Entwicklung dar. Diese höheren Bedarfe rühren insbeson-

dere von gestiegenen Leistungsanforderungen her, die wiederum wesentlich aus einem schärferen internationalen Wissenschaftswettbewerb resultieren.

Länder wie China oder die USA investieren massiv und strategisch in die Forschung, insbesondere auf zukunftssträchtigen und kostenintensiven Gebieten wie der Künstlichen Intelligenz und der Biotechnologie. Bereits heute stehen globalen Top-Einrichtungen, die sich mit deutschen Hochschulen im Wettbewerb befinden, relativ betrachtet deutlich mehr Ressourcen zu Verfügung. Zum Vergleich: Würde die RWTH Aachen jährlich über die gesamten Mittel der bisherigen Exzellenzinitiative zusätzlich verfügen, dann hätte sie bei vergleichbaren Studierendenzahlen ein ähnliches Budget wie die University of Michigan (IEKE 2016: 15).

Hinzu kommt: Wissenschaftswettbewerbe finden heute transparenter und durchlässiger denn je statt – auch dies mit wettbewerbsfördernden Effekten. Insbesondere mit den globalen Rankings hat sich der universitäre Binnendruck erhöht, exzellente und nach etablierten Metriken messbare Forschungsleistungen zu erbringen.

Der skizzierte „äußere“ Wettbewerb hat zu einer Verstärkung der verschiedenen „inneren“ Wettbewerbe beigetragen – einerseits in der Beziehung zwischen Staat und Hochschule, andererseits innerhalb der Hochschule. In der staatlichen Hochschulsteuerung haben sich Differenzierung, New Public Management und Leistungsorientierung als konzeptionelle Kernelemente durchgesetzt (Seckelmann 2010: 66; Gärditz 2009: 25ff.) Die lange gültige Vorstellung, nach der die Leistungen aller Hochschulen im Wesentlichen gleichwertig seien sollten, löst sich auf.

Paradigmatisch ausgeprägt ist der politische Wille, die Universitätslandschaft im Wettbewerb und damit vertikal zu differenzieren, in der Exzellenzstrategie. Deren zentrales Konstruktionsprinzip ist die Selektion von Forschergruppen und Einrichtungen nach dem Leistungsprinzip. Vor 30 Jahren hätte dieser Wettbewerb vermutlich noch zu Empörung und Widerstand geführt.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Gesamtmittel der Hochschulen in den vergangenen Jahren zwar beträchtlich gestiegen sind. Im Verhältnis zur gestiegenen Aufgabenlast reicht dieser Zuwachs nach vielfach vertretener Auffassung aber nicht aus (statt aller: HRK 2017: 5). Diese relative Perspektive ist für die Beantwortung der Frage, ob den Hochschulen ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, aussagekräftiger als eine isolierte Inputbetrachtung.

## 2. Mehr Drittmittel – die Modi der Ressourcenallokation

Neben der Einnahmeentwicklung ist zu thematisieren, in welcher Form die Mittel zur Verfügung stehen. Die hier abgegrenzten Gesamtmittel setzen sich aus den beiden Kategorien Trägermittel und Drittmittel zusammen, die im betrachteten Zeitraum unterschiedlich schnell gewachsen sind (Übersichten 1 und 2). Die Trägermittel wuchsen im Jahresdurchschnitt um 2,6 Prozent, die Drittmittel um 6,7 Prozent. Die unterschiedliche Wachstumsdynamik hat dazu geführt, dass sich der Finanzierungsmix der Hochschulen drastisch verändert hat. Der Anteil der Drittmittelleinnahmen an den Gesamteinnahmen stieg von 14 Prozent im Jahr 1998 auf 24 Prozent im Jahr 2015 (Statistisches Bundesamt 2018, eigene Berechnungen). Drittmittel sind für die Hochschulen relativ wichtiger, Trägermittel weniger wichtig geworden.

Es ist wichtig darauf hinzuweisen, was dabei als Drittmittel gerechnet wird und was nicht. Nach der vom Statistischen Bundesamt verwendeten Definition zählen einige, ganz oder teilweise bundesgetragene Programme *nicht* als Drittmittel (Pasternack/Henke 2017: 32). Dazu gehören die erste Säule des Hochschulpakts, der Qualitätspakt Lehre und das Forschungsbautenprogramm. Mittel, die vom Träger einer Hochschule stammen, also i.d.R. von einem Land, werden grundsätzlich nicht als Drittmittel gezählt. Zu diesen Ländermitteln gehören zum einen befristete Sonderprogramme der Länder, etwa im Bau- oder Forschungsbereich (ebd.: 33ff.). Zum anderen vergeben die Länder einen Teil ihrer regulären Hochschulmittel leistungs- bzw. wettbewerbsorientiert und/oder programmatisch bzw. zweckgebunden. Dabei wirkt in vielen Ländern der Drittmittelerfolg einer Hochschule über die leistungsorientierte Mittelvergabe auf die Höhe ihres Grundbudgets zurück. Das heißt: Teile der Finanzmittel, die nicht als Drittmittel gezählt werden, sind ebenfalls befristet, zweckgebunden und haushalterisch in diesem Sinne nicht disponibel. Dies sind aber genau jene Merkmale der „echten“ Drittmittel, die häufig für ihre negativen Begleiterscheinungen kritisiert werden.

Als drittmittelbedingte Kollateralschäden werden u.a. die mit der befristeten Finanzquelle einhergehenden Personalbefristungen, der Ressourcenverbrauch durch Bewerbungsprozesse, Evaluationen und Mittelverwaltung, die übermäßige Ausrichtung der Wettbewerber auf extern festgelegte Erfolgsindikatoren, die Projektförmigkeit und Kleinteiligkeit der Forschungsprojekte sowie die Grundmittelbelastung durch unzureichende Overheads genannt (Schimank 2014: 13ff.; HRK 2013: 7ff., 2017: 4f.; Marquardt 2011: 3ff.) Zu unterstreichen ist allerdings, dass sich diese Nachteile je nach Drittmittelprogramm, Einrichtung oder sogar Individu-

um unterschiedlich ausprägen. Ebenfalls unterschiedlich ins Gewicht fällt der wesentliche mit Drittmitteln verbundene Vorteil (zugleich das Zentralmotiv für den zunehmenden Einsatz dieser Form der Mittelallokation): Wettbewerblich vergebene Mittel sollen das Leistungsniveau der Wettbewerber und damit des Gesamtsystems heben.

Ob die problematischen Nebenfolgen von Drittmitteln in bestimmten Konstellationen schon heute ihre Vorteile übersteigen, lässt sich hier nicht abschließend erörtern. Klar ist allerdings, dass die massive Verschiebung der hochschulischen Einnahmestruktur grundsätzlich dieses Risiko birgt. Denn der Grenznutzen von Drittmitteln wird ab einem bestimmten Punkt negativ.

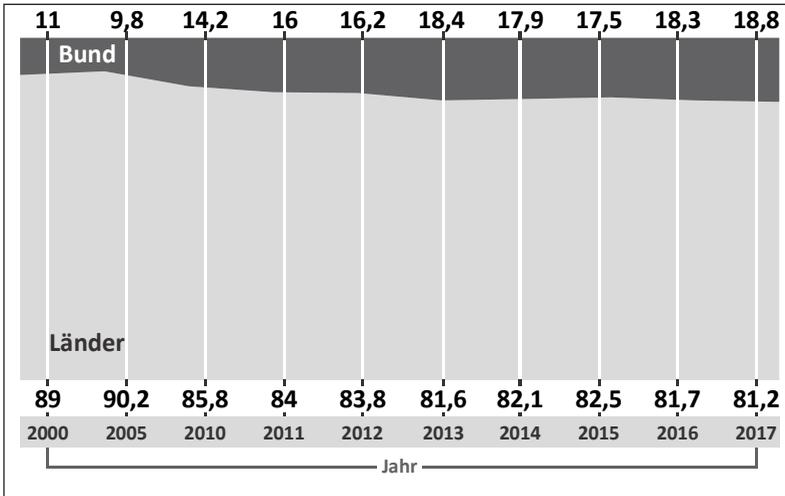
Im Übrigen ist diese Problematik von der mutmaßlichen Krux nicht ausreichender absoluter Mittelvolumina zu unterscheiden. Auch wenn einer Hochschule oder dem gesamten Hochschulsektor genug Mittel zur Verfügung stünden, blieben die mit einer übermäßig drittmittelastigen Einnahmestruktur verbundenen Probleme bestehen. Mehr noch: Wird eine Erhöhung der Mittelvolumina über Drittmittel organisiert, verschärft dies zugleich die drittmittelassozierten Schwierigkeiten der Mittelverarbeitung. Ob und in welcher Weise solche Aufwüchse der empfangenden Organisation tatsächlich nutzen, obläge einer (tatsächlich aber kaum je angestellten) Betrachtung des Einzelfalls.

### **3. Mehr Bundesmittel – die Herkunft der Ressourcen**

Bisher wurden die Einnahmeentwicklung und die Modi der Mittelvergabe beleuchtet. Abschließend ist die Mittelherkunft zu erörtern – also die Frage, von welchem Zuwendungsgeber die Mittel stammen. In diesem Abschnitt werden die öffentlichen Zuwendungsgeber Bund und Länder betrachtet, die gegenüber privaten Finanzierungsquellen den weitaus größten Teil der Hochschulfinanzierung bestreiten. Die folgenden Ausgabenzahlen, die auch die öffentlichen Zuschüsse zu privaten Hochschulen berücksichtigen, sind aus methodischen Gründen nicht unmittelbar mit den oben dargestellten Einnahmezahlen vergleichbar.

Das Verhältnis der jeweiligen Hochschulausgaben von Bund und Ländern hat sich zum Bund hin verschoben. Im Jahr 2000 kam der Bund für 11 Prozent der hier abgegrenzten Gesamtsumme auf. 2012 lag der Anteil bei 16,2 Prozent, 2017 bereits bei 18,8 Prozent. Dies bedeutet nicht, dass die

Übersicht 3: Anteile von Bund und Ländern an den öffentlichen Hochschulausgaben (in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt (2018b); 2014–2017: vorläufiges Ist, eigene Berechnungen.  
Zu den methodisch bedingten Limitationen der Daten: Speiser (2016: 12f.)

Länder ihre Ausgaben im betrachteten Zeitraum gesenkt hätten, sondern dass die Ausgabensteigerung des Bundes schneller verlief als die der Länder. Wie ist diese Entwicklung einzuordnen? Und vor allem: Wo führt sie hin?

Zunächst ist festzuhalten, dass das Phänomen keineswegs neu ist. Schon früh in der Geschichte der Bundesrepublik haben Bund und Länder um Zuständigkeiten im Wissenschafts- und Hochschulsektor gerungen (Seckelmann 2010: 69f.; Kreckel 2016: 66f.) Dabei hat der Bund immer wieder, meist konzentriert auf bestimmte Phasen, seine Ausgaben für die Hochschulen erheblich gesteigert (Schimank 2014: 26). Seit Mitte des letzten Jahrzehnts erleben wir erneut ein intensives Bundesengagement im Hochschulsektor, das sich in Bundesprogrammen wie der Exzellenzinitiative bzw. der Exzellenzstrategie, dem Hochschulpakt und weiteren Initiativen niederschlägt. Da die Länder ihre Aufwendungen nicht in gleichem Maße gesteigert haben, ist der Finanzierungsanteil des Bundes gestiegen.

Es zeichnet sich ab, dass sich die Lastenverschiebung zum Bund zunächst fortsetzen wird. Das liegt unter anderem darin begründet, dass das finanzielle Commitment des Bundes im Rahmen der bereits vereinbarten Maßnahmen der Wissenschaftsfinanzierung (insbesondere des Hochschulpakts) für die nächsten Jahre festgelegt ist. Die längerfristige Zu-

kunft ist allerdings offen (Speiser 2016: 16ff.) Bleibt es beim Trend der zunehmenden Zentralisierung, geraten grundlegende Fragen in den Blick. Denn entweder wird das Bundesengagement stark über die Vergabe von Drittmitteln oder drittmittelähnliche Vergabemodi organisiert. Dann werden die mit dieser Allokationsform verbundenen Probleme virulenter.

Oder der Bund steigt stärker in die Grundfinanzierung der Hochschulen ein. Die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten dafür sind seit der Änderung des Art. 91b GG seit 2015 gegeben (Seckelmann 2015; Speiser 2017; Suerbaum 2016). Anders als zuvor können Bund und Länder die Hochschulen auf dieser Grundlage nun auch institutionell fördern. Die Reichweite der Gemeinschaftsaufgaben in der Wissenschaft ist damit so groß wie nie zuvor. Dabei erlaubt Art. 91b GG eine weitgehende oder vollständige Kostenübernahme von Maßnahmen durch den Bund. Wird dieser Weg beschritten, steht ab einem bestimmten Punkt allerdings die föderale Aufgabenverteilung und damit eine verfassungsrechtlich zentrale Frage zur Diskussion. Denn das Grundgesetz sieht vor, dass die Länder weitgehend für die Hochschulen zuständig sind. Dies betrifft auch und insbesondere die Finanzierung von Aufgaben. Diejenige Staatsebene, die für eine Aufgabe verwaltungsmäßig zuständig ist, bezahlt sie auch (sog. Kostentragsgrundsatz, 104a Abs. 1 GG).

Der Bund kann und soll nur in eng umrissenen Fällen im Hochschulsektor mitwirken, insbesondere im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe des Art. 91b GG. Würde nun eine Sonderbestimmung immer häufiger, umfassender und systematischer genutzt, wären Fragen nach dem Regel-Ausnahme-Verhältnis im Kompetenzgefüge von Bund und Ländern zu stellen (Leibfried/Schreiterer 2015: 46). Zu klären wäre letztlich, ob wir auf dem Weg zu einem stärker bundesstaatlich geprägten Hochschulsystem sind und ob dies eine gewollte Entwicklung darstellt.

## **Literatur**

- Gärditz, Klaus Ferdinand (2009): Hochschulorganisation und verwaltungsrechtliche Systembildung, Tübingen.
- HRK, Hochschulrektorenkonferenz (2013): Perspektiven des Wissenschaftssystems (Entschließung des 124. Senats), Berlin.
- HRK, Hochschulrektorenkonferenz (2017): Finanzierung des Hochschulsystems nach 2020 (Entschließung der 22. Mitgliederversammlung), Bielefeld.
- IEKE, Internationale Expertenkommission zur Evaluierung der Exzellenzinitiative (2016): Endbericht zur Evaluation der Exzellenzinitiative, Berlin.
- KMK, Kultusministerkonferenz (2014): Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen 2014–2025. Erläuterung der Datenbasis und des Berechnungsverfahrens (Dokumentation Nr. 205, Langfassung), unter [http://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Dokumentationen/Dok\\_Vorausberechnung\\_2014.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Dokumentationen/Dok_Vorausberechnung_2014.pdf) (8.5.2014).

- KMK, Kultusministerkonferenz (2016): Solide Bauten für leistungsfähige Hochschulen. Wege zum Abbau des Sanierungs- und Modernisierungsstaus im Hochschulbereich (Beschluss v. 11.2.2016), Bonn.
- Kreckel, Reinhard (2016): Rahmenbedingungen von Hochschulpolitik in Deutschland, in: Dagmar Simon/Stefan Hornbostel/Andreas Knie/Karin Zimmermann (Hg.), Handbuch Wissenschaftspolitik, Wiesbaden, S. 59–77.
- Leibfried, Stephan/Ulrich Schreiterer (2015): Die Exzellenzinitiative: Ein Fortsetzungsroman, Berlin.
- Marquardt, Wolfgang (2011): Neuere Entwicklungen der Hochschulfinanzierung in Deutschland, Berlin.
- Pasternack, Peer/Justus Henke (2017): Hochschulsystemfinanzierung. Wegweiser durch die Mittelströme (HoF-Handreichungen 9), Halle-Wittenberg.
- Pasternack, Peer/Justus Henke (2017a): Überwiegend mehr, aber nicht genug. Die Entwicklung der Hochschulfinanzierung in den Bundesländern, in: Sonja Staack/Andreas Keller/Anne Tschaut (Hg.), Von Pakt zu Pakt? Perspektiven der Hochschul- und Wissenschaftsfinanzierung, Bielefeld, S. 17–27.
- Schimank, Uwe (2014): Hochschulfinanzierung in der Bund-Länder-Konstellation: Grundmuster, Spielräume und Effekte auf die Forschung, Berlin.
- Seckelmann, Margrit (2010): Konvergenz und Entflechtung im Wissenschaftsföderalismus von 1998 bis 2009 – insbesondere in den beiden Etappen der Föderalismusreform, in: Margrit Seckelmann/Stefan Lange/Thomas Horstmann (Hg.), Die Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern in der Wissenschafts- und Bildungspolitik, Baden-Baden, S. 75–90.
- Seckelmann, Margrit (2015): Art. 91b, in: Karl Heinrich Friauf/Wolfram Höfling (Hg.), Berliner Kommentar zum Grundgesetz (49. Erg.-Lfg. II/16), Berlin.
- Speiser, Guido (2016): Die Rolle des Bundes in der Hochschulfinanzierung, in: Beiträge zur Hochschulforschung 2016 (3), S. 8–25.
- Speiser, Guido (2017): Der deutsche Wissenschaftsföderalismus auf dem Prüfstand – der neue Art. 91b Abs. 1 GG, Speyer.
- Statistisches Bundesamt (2018): Finanzen der Hochschulen 2016 (Fachserie 11 Reihe 4.5.), Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2018a): Pressemitteilung: Wintersemester 2018/2019: So viel Studierende wie noch nie an deutschen Hochschulen eingeschrieben (27.11.2018), Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2018b): Bildungsfinanzbericht 2018, Wiesbaden.
- Stibbe, Jana/Friedrich Stratmann (2016): Finanzierungsbedarf für den Bestandserhalt der Hochschulgebäude bis 2025, Hannover.
- Suerbaum, Joachim (2016): Art. 91b, in: Volker Epping/Christian Hillgruber (Hg.), Beck'scher Online-Kommentar Grundgesetz (28. Edition), München 2016, Rn. 1–17.
- Wissenschaftsrat (2018): Hochschulbildung im Anschluss an den Hochschulpakt 2020 (Drs. 7013-18), Trier.



## Von der Höheren Fachschule zur Fachhochschule Entstehung und Etablierung einer Institution

**Jörg-Peter Pahl**  
**Hannes Ranke**  
Hamburg

Unter den Ansätzen zur Hochschulforschung lässt sich bisher keine geschlossene Theorie über die Institution „Fachhochschule“ ausmachen. Bestenfalls sind einige Anstöße und grundlegende Aussagen einer reflektierten Praxis vorhanden. Die Entstehung dieser Institution stellt ein Randgebiet der

Hochschulforschung dar. Deshalb sollte die Entwicklung der Fachhochschule verstärkt zu einem Forschungsgegenstand gemacht werden. Obwohl eine Randständigkeit des Themas in der Hochschulforschung zu vermerken ist, lässt sich aber das Entstehen der Fachhochschule literaturgestützt, unter Berücksichtigung zeitgeschichtlicher Dokumente und von Gesprächen mit einigen wenigen Zeitzeugen überblicksartig rekonstruieren.<sup>1</sup> Eine solche Rekonstruktion soll hier unternommen werden.

Dabei ist das Thema nicht nur zeithistorisch bedeutsam. Es interessiert auch deshalb, weil sich der – damals statusgerechte – Titel „Fachhochschule“ von ihrer Herkunftssituation herleitet. Dieser hat sich an einigen Standorten teilweise bis heute erhalten. Diese Bezeichnung wurde im Laufe der Zeit als unangemessen und angesichts der sich zunehmend entwickelnden Fächerbreite in der Sache als nicht sinnvoll angesehen. Insbesondere vor dem Hintergrund jüngster Entwicklungen wie etwa der Gleichstellung von Fachhochschulabschlüssen mit denen der Universitäten und der Zuerkennung des Promotionsrechts gewinnt die

---

<sup>1</sup> Der hier vorliegende Überblick beschränkt sich auf die Entwicklungsgeschichte beginnend im Kaiserreich bis zur Entwicklungsphase der Bachelor- und Masterstudiengänge. Als weitaus umfassendere und detaillierte Rekonstruktion der Entstehungsgeschichte der Fachhochschule wird auf Pahl (2018) verwiesen.

Fachhochschule an Bedeutung. Dies macht sie als Thema der Hochschulforschung zusätzlich interessant. Schon jetzt deutet sich in ersten, wenn auch diffusen Umrissen ein großes Forschungsfeld an.

## **1. Gründung und Etablierung der Höheren Fachschule im Kaiserreich**

Mit der zunehmenden Entwicklung der Industrie und der industriellen Revolution, die schon vor der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts in Deutschland einsetzte, erfuhr das Bildungswesen erhebliche Veränderungen. Bedingt durch den fortschreitenden Industrialisierungsprozess sowie gewerberechtliche Reformen „verlor das traditionelle Leitbild der handwerklichen Berufsausbildung sukzessive seine Legitimationsbasis“ (Wahle 2006: 127). In den Jahren zwischen 1870 und 1901 kam es zu einem „außergewöhnlichen bildungspolitischen Aufbruch“ (Schütte 2007: 545f.), von dem auch die Vorgänger der Fachhochschule betroffen waren. Darunter befand sich die Fachschule, die als eine eigenständige Institution entstand, als sich „neue Anforderungen an die Qualifizierung der Industriearbeiter und Techniker stellten“ (Jost 2003: 3).

Nach der Gründung des zweiten Deutschen Kaiserreichs betrieb insbesondere Preußen verstärkt die Reorganisation der Fachschulen. Bildungspolitisch wurde – in der Traditionslinie der Trennung von allgemeiner und beruflicher Bildung durch Wilhelm von Humboldt – u.a. eine strikte inhaltliche Abgrenzung der (technischen) Fachschulen zu den Allgemeinbildenden Schulen angestrebt. Daher können die 1890er Jahre auch als das Jahrzehnt der „fachschulpolitischen Wende“ (Schütte 2003a: 29) bezeichnet werden.

Die neu gegründeten technischen Unterrichtsanstalten wurden hinsichtlich Aufnahmebedingungen, Studiendauer und möglicher Abschlüsse geordnet. Um die Vergleichbarkeit von Ausbildungen und Abschlüssen zu erleichtern, wurde eine einheitliche Benennung dieser Bildungseinrichtungen – insbesondere durch den Verein Deutscher Ingenieure (VDI) – angestrebt. Mit der Differenzierung der technischen Fachschule in einen höheren (technische Mittelschule) und einen niederen (Werkmeisterschule) Zweig wollte der VDI zudem den erhöhten Bildungsansprüchen der Mittelschicht gerecht werden. Vor allem diese Abgrenzung lag aber auch im Interesse des Staates in Bezug auf die Ausbildung ihrer (höheren) und (niederen) Beamten, sodass sich im Laufe der Zeit eine Vielzahl von zum Teil länderspezifischen Fachschularten bzw. -typen entwickelte.

Die Bezeichnung „Höhere Fachschule“ wurde formal erstmals von und in Preußen eingeführt (vgl. Grüner 1967: 10). Im preußischen Erlass „Zweckbestimmungen und Aufnahmebedingungen der höheren Maschinenbauschulen, der höheren Schiffs- und Maschinenbauschule, der Maschinenbauschulen und der Hüttenschulen“ vom 26.7.1910 wurde diese Bezeichnung legislativ festgeschrieben (vgl. Schütte 2003b, Dok. 3: 41f.). Damit konnten die Höheren Fachschulen die Lücke ausfüllen, „welche zwischen den Fortbildungsschulen für Arbeiter und den ... Hochschulen eingetreten war“ (Ernst 1883; in Jost 2003, Dok. 17: 128).<sup>2</sup> Im Rahmen einer ordnungspolitischen Offensive versuchte „das preußische Handelsministerium zwischen 1901 und 1903 das gesamte Fachschulwesen, insbesondere den Schultyp Maschinenbauschule administrativ zu regulieren“ (Schütte 2003a: 50) und dadurch stärker zu etablieren.

Insgesamt ist feststellbar: Im zweiten Kaiserreich veränderten und differenzierten sich die Höheren Fachschulen erheblich in den Anforderungen und im fachlichen Angebot.

## **2. Ausdifferenzierung der Fachschule zwischen der Weimarer Republik und dem Ende der 1960er Jahre**

### Fachschulen in der Weimarer Republik und während des Nationalsozialismus

Die Epoche der Weimarer Republik kann für das Fachschulwesen in drei Phasen eingeteilt werden: die Phase der Neubestimmung und der theoretischen Diskussion (1918–1923), diejenige der Reformen (1924–1930) und die durch die Weltwirtschaftskrise ausgelöste Phase der Stagnation und Regression (1930–1933). Darüber hinaus ist bemerkenswert, dass eine Konkurrenz auf dem Aus- und Weiterbildungsmarkt zwischen staatlichen und privaten Fachschulen entstand (vgl. Schütte 2003a: 281).

Grundvoraussetzung für den Besuch der Höheren Fachschulen war auch in der Weimarer Republik „die Reife für Obersekunda“ (Kühne 1929: 315) bzw. der Abschluss der Realschule oder einer gleichwertigen Ausbildung. Außerdem wurde beim Eintritt eine abgeschlossene „Lehre oder mindestens eine zweijährige Berufstätigkeit vorausgesetzt“ (ebd.: 314).

---

<sup>2</sup> Neben den vor allem privat geführten polytechnischen Schulen, die auch als polytechnische Institute, Gewerbeakademien oder Gewerbeinstitute bezeichnet wurden, können auch die höheren (preußischen) Provinzialkunstschulen, Provinzialgewerbeschulen, Bauakademien und Gewerbeakademien, die ebenfalls den Charakter einer polytechnischen Schule hatten, als Vorläufer der Höheren Fachschulen angesehen werden.

Die Höheren Fachschulen bauten somit auf einer für die damaligen Verhältnisse guten Vorbildung auf und hatten gleichzeitig einen höherwertigen Abschluss zum Ziel. So war z.B. die Höhere Handelsschule „eingestellt auf die Heranbildung erster Kräfte, die später einmal leitende Persönlichkeiten in fremden oder in eigenen Betrieben werden können“ (Oberbach 1929: 395). Vor allem in den ersten Jahren der Weimarer Republik erfuhr das Fachschulwesen aufgrund seiner wirtschaftlichen Bedeutung einen Aufschwung.

Die Nationalsozialisten begannen nach der Machtübernahme mit einer radikalen Gleichschaltung der Schulpolitik. Im Bereich des Fachschulwesens wurde dieses mit „Reichsgrundsätzen für die einheitliche Ausrichtung der Fachschulen“<sup>3</sup> durchgesetzt. In diesen Prozess schalteten sich auch der Deutsche Ausschuß (DA), der Deutsche Ausschuß für Technisches Schulwesen (DATSCH), der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) und der Verein Deutscher Diplom-Ingenieure (VDDI) ein. Die Vereinheitlichung und Rationalisierung des Berufs- und Fachschulwesens prägten die Jahre von 1936 bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges. Es wurden „Mindeststandards verabschiedet“ (Schütte 2003a: 338) und die Bildungsgänge insbesondere an den technischen Fachschulen in immer stärkerem Maße von den Vorstellungen und Anforderungen der Rüstungswirtschaft beeinflusst.<sup>4</sup>

Besondere Relevanz erfuhr die ideologische Umgestaltung und Gleichschaltung der staatsbürgerlichen Erziehung. Die Vereinheitlichungsbestrebungen erreichten ihren Höhepunkt in der Verabschiedung des Erlasses des Reichserziehungsministeriums über die reichseinheitliche Benennung der beruflichen Schulen vom 29.10.1937. Nun gab es „keine Unterteilung mehr in Fachschulen und Höhere Fachschulen; sowohl Meister- als auch Ingenieurschulen galten als Fachschulen“ (Grüner 1967: 11).

Es entstand eine erhebliche Differenz zwischen den hohen Ansprüchen an die Fachschulen und deren faktischer Entwicklung.<sup>5</sup> Rückbli-

---

<sup>3</sup> Siehe dazu z.B. die Erlasse des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (RMWEV) vom 21. November 1936 und vom 21. Oktober 1938.

<sup>4</sup> So forderten die Militärs beispielsweise einen planmäßigen Ausbau von technischen Abendfachschulkursen, um die Absolventenzahlen zu steigern.

<sup>5</sup> Klaus Kümmel (1980: 26) erklärt es erstens damit, dass „Schulsysteme generell zu einem großen Maß an Beharrungsvermögen gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen“ neigen, „weshalb es den Nationalsozialisten auch schwerfällt, relativ kurzfristig grundlegende Neuerungen durchzusetzen. Insofern lässt sich hier durchaus eine Kontinuität der überkommenen Schulwirklichkeit feststellen. Anders formuliert: Das Subsystem Schule entwickelt eine gewisse Widerständigkeit gegenüber den ideologischen Ansprüchen. Jedenfalls kann keineswegs davon die Rede sein, dass das Berufsschulwesen nach 1933 eine geradezu entge-

ckend lässt sich sagen, dass es einerseits in der NS-Zeit durch verschiedene diktatorische Maßnahmen und Regelungen zu einer Vereinheitlichung, andererseits auch zu einer starken Abhängigkeit der Fachschulen von der Politik und den Behörden kam. Damit wurde aber gleichzeitig eine Konsolidierung und Stabilisierung der Fachschule als Typus einer hochschulischen Institution erreicht.

## Fachschulen nach dem Zweiten Weltkrieg

Am Ende des Zweiten Weltkrieges waren viele Fachschulen weitgehend zerstört. Der Schulalltag an diesen Einrichtungen wurde durch die Not der Nachkriegszeit, den Zusammenbruch der Wirtschaft und durch Hunger stark bestimmt. Deutschland war in vier Besatzungszonen aufgeteilt.

In den drei westlichen Besatzungszonen wurde „der Wiederaufbau der beruflichen Schulen mit den vorwiegenden Zielen der Kriegsschädenbeseitigung und der Wiederherstellung der Zustände vor der nationalsozialistischen Machtübernahme begonnen“ (Kell 1988: 75f.). Direkt nach dem Krieg wurde „auf das für die berufsbildenden Schulen vor 1933 jeweils gültige Reichsrecht zurückgegriffen“ (Grüner 1986: 651). Die Ausgangsbedingungen für eine Bildungsreform der Fachschule waren damit festgelegt. Dennoch blieben Strukturreformen aus und die Fachschule behielt ihre Stellung als Bildungseinrichtung zur Erlangung eines höherwertigen beruflichen Abschlusses.

Auf dem Gebiet der sowjetisch besetzten Zone stellte sich die Lage sehr kompliziert dar. Fast alle in diesem Bereich befindlichen berufsbildenden Einrichtungen waren durch den Krieg entweder ganz oder teilweise zerstört. Viele dieser Gebäude hatte die Sowjetische Militäradministration beschlagnahmt und zu Truppenquartieren oder Lazaretten umfunktioniert.

Der Neuaufbau des Fachschulwesens in Ostdeutschland war eng verbunden mit einer „Erneuerung der Fachschullehrer- und -schülerschaft“ (Uhlig 1985: 99). Die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (später: Deutsche Verwaltung für Volksbildung) sollte die Tätigkeit der Schulverwaltungen koordinieren, anleiten und kontrollieren. Vor allem sollte sie jedoch die Wiederaufnahme des Unterrichts und die ideologische Umerziehung von Lehrkräften und Studierenden gewährleisten.

---

gengesetzte Richtung zu der von vor 1933 eingeschlagen habe. Der zweite, zeitbezogene Erklärungsgrund für jene Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit liegt in der Priorität der (Berufs-)Praxis vor der (Berufs-)Theorie.“ Letzteres zeigt aber auch Abhängigkeit von der nationalsozialistischen Wirtschaft, für die die „schulische Berufserziehung ‚Handlangerdienste‘ zu erbringen“ hatte (ebd.: 26).

Obwohl die Ausgangsbedingungen unterschiedlich waren, gab es bis Anfang 1948 in den vier Besatzungszonen auch Gemeinsamkeiten. So wurde auf einer in Stuttgart-Hohenheim im Februar 1948 stattfindenden Konferenz der deutschen Erziehungsminister, an der auch die Vertreter der sowjetischen Besatzungszone teilnahmen, einstimmig beschlossen, dass „besonderer Wert u.a. auf die Förderung des beruflichen Schulwesens zu legen ist.“ (Raddatz 2000: 103)

Zum Ende des Jahres 1948 hatten sich die politischen Verhältnisse in der sowjetisch besetzten Zone gegenüber denen in den westlichen Besatzungszonen u.a. durch die Berlin-Blockade und die Währungsreform weiter verändert. Die deutschen Besatzungszonen entfernten sich auch durch die Beschlüsse des 2. Berufspädagogischen Kongresses weiter voneinander, der vom 19. bis zum 21. Oktober 1948 stattfand. Diskutiert wurde dort u.a. das Problem der Einordnung und Bedeutung der Fachschulen in ein einheitliches Berufsbildungssystem. Es wurden die Forderungen „erhoben, die Fachschulen direkt oder indirekt an der Erfüllung der Wirtschaftsaufgaben zu beteiligen“ (Uhlig 1985: 125), die Bedarfsplanung zu verbessern und eine engere Verbindung zu Berufs- und Hochschulen anzustreben.

## Ausgestaltung der Fachschulen in den zwei deutschen Staaten bis zum Ende der 1960er Jahre

Nach der Gründung der DDR nahmen Regierung und Sozialistische Einheitspartei Deutschlands starken Einfluss auf die weitere Entwicklung des Fachschulwesens mit der „Verordnung zur Neuordnung des Fachschulwesens“ vom 29.3.1950. In dieser bildungspolitischen Konzeption wurde zunächst die Wichtigkeit der Fachschulausbildung hervorgehoben. Erst durch die Anweisung des Ministeriums für Arbeit der DDR vom 10.5.1951 kam es zu einer Aufwertung des beruflichen Weiterbildungsbereichs.<sup>6</sup>

Mitte der 1960er Jahre wurde begonnen, einen Teil der bestehenden Ingenieurschulen in Ingenieurhochschulen „umzuprofilieren“. Die ersten Studiengänge an diesem neuen Hochschultyp begannen im Studienjahr

---

<sup>6</sup> Die Anweisung bestimmte, dass „Facharbeiter auf das Niveau der technischen Intelligenz kommen können“ (Raddatz 2000: 120). Aufgrund dessen verlagerte sich die berufliche Weiterbildung ab 1952 von den Volkshochschulen in die Betriebe „und hatte dann Ende der 1950er Jahre mit den Betriebsakademien ihre endgültige Struktur gefunden, die mit gewissen Modifizierungen bis 1989 bestand“ (Trier 2001: 335). Aufgabe der Akademien war die Weiterbildung von Facharbeitern, Meistern sowie mittleren Führungskräften. Darüber hinaus übernahmen sie die Qualifizierung von Erwachsenen zum Facharbeiter ohne beruflichen Abschluss.

1968/69, dauerten dreieinhalb Jahre und endeten mit dem Abschluss „Hochschulingenieur“.

Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland erhielten die Länder die Hoheit über das Schulwesen zurück (vgl. Grüner 1986: 651). Anders als in der direkten Nachkriegszeit wurde in der Restaurationszeit der 1950er und 1960er Jahre das nach 1938 entstandene Reichberufsschulgesetz zum Modell für die Ländergesetzgebung. Das berufliche Schulwesen verblieb in der Zuständigkeit der Kultusminister der Bundesländer (vgl. ebd.: 651f.). Parallel zu der Entwicklung der Fachschule verstärkte sich in den 1950er Jahren die Diskussion um den Stellenwert, den Sinn und die Funktion der Erwachsenenbildung (vgl. Arnold 2006: 25f.).

Die Fachschulen hatten großen Zulauf. Insbesondere die Höheren Fachschulen waren bis über die Mitte der 1960er Jahre hinaus in der Bundesrepublik sehr „anerkannt, standen jedoch etwas am Rande der „pädagogischen Provinz““ (Grüner 1970: 13).

### **3. Von der Höheren Fachschule zur Fachhochschule**

#### **Konzeptions- und Zielsetzungsphase**

Die Höheren Fachschulen waren derartig geschätzt und nachgefragt, dass auch in den 1960er Jahren weitere Höhere Kaufmännische Fachschulen bzw. Wirtschaftsfachschulen entstanden.

Ziele und Aufgaben sowie die Inhalte der Ausbildung der Höheren Fachschulen wurden vor allem durch KMK-Rahmenvereinbarungen festgelegt. Überlegungen zum Status und einer besseren Anerkennung der Höheren Fachschulen gab es bereits seit den frühen 1960er Jahren. Dennoch zeigten sich an den Höheren Fachschulen, bis auf einige Proteste von Studierenden und Äußerungen von Dozenten über ihre Statusunzufriedenheit, zunächst keine größeren bildungs- respektive schulpolitischen Debatten oder politischen Auseinandersetzungen.

Die dann während der Studentenrevolte in der Bundesrepublik im Jahre 1968 massiv und offen auftretende Kritik an den verschiedenen staatlichen Institutionen traf auch die Höheren Fachschulen und politisierte ihre Studierenden.<sup>7</sup> Angesichts der von den Akteuren unterstellten Krise der Höheren Fachschulen und insbesondere infolge der sogenann-

---

<sup>7</sup> Die Studierenden der Ingenieur- und der anderen Fachschulen standen bei den teils erhitzten Bildungsdiskussionen jener Jahre nicht wort- und tatenlos beiseite. Auch sie gingen, wie die Studenten der Universität, 1968 für ihre Forderungen auf die Straße.

ten „Ingenieurschulkrise“<sup>8</sup> sollten aus diesen Einrichtungen Fachhochschulen entstehen. Ein entsprechendes politisches Engagement von Studierenden gab es in der Deutschen Demokratischen Republik nicht.<sup>9</sup>

Die Studierenden an den höheren Lehranstalten nannten – wie Gustav Grüner (1970: 15f.) es kurz nach den aufgeflamten Protesten sehr umfassend darstellte und kommentierte – „ein ganzes Bündel von Ursachen“ für die Krise der Höheren Fachschulen. Auch von Seiten der Lehrkräfte wurde Kritik an den Verhältnissen geübt. Ein wichtiger Ausgangspunkt für Statusveränderungen waren aber auch Überlegungen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahre 1967 zur Vergleichbarkeit von Berufsabschlüssen. Ingenieur konnte sich demnach nur nennen, wer eine zwölfjährige Vollschulzeit absolviert und an einer Hochschule studiert hatte (vgl. Grüner 1989: 200).

Die deutschen Bundesländer reagierten schnell (vgl. Holuschka 2013: 103ff.). Schon am 5. Juli 1968 wurde mit der Grundsatzzerklärung der Ministerpräsidenten der Länder die Gründung von Fachhochschulen auf den Weg gebracht. Bereits am 31. Oktober des gleichen Jahres entstand mit dem Abschluss des „Abkommens zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Fachhochschulwesens“ ein neuer Hochschultyp mit eigenständigen Aufgaben und Profil. Es wurden nun, im Jahre 1969, die zwölfjährige Fachoberschule gegründet (vgl. Grüner 1970: 130ff.) und zugleich Höhere Fachschulen zu Fachhochschulen umbenannt. Die bildungspolitischen Neuordnungen erfolgten durch die Bundesländer – beispielsweise durch das „Gesetz über die Fachhochschule im Lande Nordrhein-Westfalen (Fachhochschulgesetz – FHG)“ vom 29. Juli 1969.

In der Zeit der Umwandlung der Höheren Fachschulen zu Fachhochschulen blieben diese wie bislang sechssemestrig. Auch die bisherigen Zugangswege, nämlich vor allem der Weg über Realschule, Vorsemester und Praktika oder über Lehre und Berufsaufbauschule, waren noch offen. In Abschlusszeugnissen wurde zunächst „Staatlich geprüfter Ingenieur“, dann „graduierter Ingenieur“ und später „Diplom Ingenieur“ ausgewiesen. Erst mit der Etablierung der Fachhochschulen und der Fachhoch-

---

<sup>8</sup> „Auslöser dieser ‚Ingenieurschulkrise‘ war die Tatsache, daß Ingenieurbachelorabsolventen in den EWG-Staaten nicht als Ingenieure, sondern allenfalls als höhere Techniker anerkannt wurden.“ (Grüner 1989: 200)

<sup>9</sup> Festzuhalten ist aber, dass seit den 1960er Jahren auch in der Deutschen Demokratischen Republik eine Neuausrichtung und Ausbau der Fach- und Ingenieurschulen durch neue Hochschulen erfolgte sowie durch teilweise Umwandlung zu Ingenieurhochschulen eine Entwicklung einsetzte, die allerdings nur bis zu einem gewisse Grade, derjenigen in der Bundesrepublik Deutschland entsprach.

schulreife als Eingangsvoraussetzung, die über die neue Fachoberschule am Ende des 12. Schuljahres erworben werden konnte, verschwanden in Westdeutschland die Höheren Fachschulen völlig. Neben den Universitäten sowie den Kunst- und Musikhochschulen war nun ein neuer Hochschultyp mit eigenem Bildungsauftrag, eigenen Eingangsvoraussetzungen, spezifischen Curricula und besonderen Abschlüssen entstanden.

Die Umwandlung der Höheren Fachschulen in Fachhochschulen erfolgte allerdings weniger aufgrund wissenschaftlicher Untersuchungen oder Erkenntnisse, sondern vorwiegend infolge bildungspolitischer Forderungen, der sich wandelnden technischen und ökonomischen Bedingungen, der gesellschaftlichen Entwicklungen sowie der Aktivitäten von Dozenten und Studierenden. Der Übergangsprozess war bis Mitte der 1970er Jahre bundesweit abgeschlossen.

### Erste Ausbauphase und zweite Ausbau- sowie Konsolidierungsphase

Der übergeordnete bildungspolitische Auftrag bestand nun für die Fachhochschulen darin, praxisorientierte, aber zugleich wissenschaftliche Ausbildungsgänge anzubieten. Schwerpunkte der fachhochschulischen Bildungsgänge blieben zunächst die klassischen Bereiche der Fachschule.

Fachlich erweitert und organisational ausdifferenziert wurde das Studienangebot an Fachhochschulen im Anschluss an Forderungen des Wissenschaftsrates (vgl. WR 1993: 34). So wurden die Fachhochschulen in Westdeutschland bis in die 1990er Jahre als praxisorientierte Hochschulen systematisch ausgebaut. Sie entwickelten auf wissenschaftlicher Basis fachlich-anwendungsorientierte Schwerpunkte und nun auch zunehmend wissenschaftsorientierte Lehre und teilweise sogar Forschung.

Nach der Wiedervereinigung erfolgte auf dem Gebiet der ehemaligen DDR der Aufbau des Hochschultyps „Fachhochschule“, und in den alten Bundesländern wurde die Ausbauphase und Arrondierung fortgesetzt, die zuletzt schon durch die Diskussionen und Überlegungen zum Bologna-prozess beeinflusst war.

Die Fachhochschulen in den neuen Bundesländern sind sowohl durch Neugründungen als auch durch Umwandlung bzw. Zusammenführung verschiedener Vorgängereinrichtungen entstanden. Bei den Umwandlungen gingen mit der Übernahme der westdeutschen Hochschultypen teilweise Einbußen an Forschungsqualität und insbesondere der Verlust des Promotionsrechts für diejenigen Hochschulen einher, die zu Fachhoch-

schulen umgewandelt oder in eine solche integriert wurden (WR 2010: 25).<sup>10</sup>

Eine formale Einheitlichkeit ergab sich durch die Übernahme des westdeutschen Konstruktes „Fachhochschule“. Mit dem sogenannten Einigungsvertrag vom 31.08.1990 wurde die Anerkennung ostdeutscher Hochschulzugangsberechtigungen geregelt.<sup>11</sup> Da es in der DDR keine Fachhochschulen gegeben hatte, wurden Absolventinnen und Absolventen vergleichbarer Einrichtungen nachdiplomiert, um für diese menschliche Härten zu vermeiden und Nachteile auf dem Arbeitsmarkt abzufangen.

Für die Fachhochschulen in den alten Bundesländern wurden die Arbeiten zur qualitativen Ausgestaltung fortgesetzt. Berücksichtigt werden mussten insbesondere die sozio-technischen Veränderungen, die sich mit dem vermehrten Einsatz von Computern und der Verbreitung des Internets ergaben.

Es wurde deutlich, dass das Wissen auch von Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen immer schneller veralten konnte. Lebenslanges Lernen und entsprechende Weiterbildungsangebote gewannen in der Informations- und Wissensgesellschaft an Relevanz. Deshalb fand auch die akademische Weiterbildung Eingang in die hochschulpolitische Debatte. Zwar wurde in den Hochschulgesetzen der Bundesländer nun die Weiterbildung verankert (vgl. z.B. HmbHG 2001, §57), doch ein bemerkenswerter Ausbau von entsprechenden Studienangeboten fand noch nicht statt. Auch Forschungs- und Untersuchungsvorhaben standen – allein wegen der hohen Stundenbelastung für die Lehre – nicht im Zentrum der Arbeit an den Fachhochschulen. Sie waren noch immer im Wesentlichen Lehrhochschulen.

Die Abschlüsse erfolgten ausschließlich durch Diplome, zum Beispiel gab es den „Diplom-Ingenieur (FH)“. Die Anerkennung der Fachhochschuldiplome war in Deutschland weitgehend geregelt, wurde aber in Wirtschaft und Verwaltung nicht als gleichwertig mit den Diplomen der

---

<sup>10</sup> In Ostdeutschland hatte sich „vor dem Hintergrund der vormaligen Ausübung des Promotionsrechts durch die unterschiedlichen Hochschultypen eine ausgeprägte Kooperationskultur zwischen Universitäten und heutigen Fachhochschulen etabliert“ (WR 2010: 25).

<sup>11</sup> „Die auf Abschlußzeugnissen der Ingenieur- und Fachschulen der Deutschen Demokratischen Republik bestätigten Hochschulzugangsberechtigungen gelten gemäß Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 10. Mai 1990 und seiner Anlage B. Weitergehende Grundsätze und Verfahren für die Anerkennung von Fachschul- und Hochschulabschlüssen für darauf aufbauende Schul- und Hochschulausbildungen sind im Rahmen der Kultusministerkonferenz zu entwickeln.“ (EinigVtr 1990, Artikel 37, Abs. 6)

Universitäten eingeordnet.<sup>12</sup> Auch international zeigte sich an den Empfehlungen und Äquivalenzvereinbarungen, dass die Fachhochschulabschlüsse kaum besonders beachtet und gewürdigt wurden. Weder in der Bundesrepublik noch im Ausland konnte man sich über den Stellenwert der Fachhochschuldiplome einigen.<sup>13</sup>

#### **4. Fachhochschulen als Forschungsgegenstand: Fazit und Ausblick auf Untersuchungsvorhaben**

Rückblickend erscheint die Entwicklung der Höheren Fachschule und der Fachhochschule eher durch sozio-technische Veränderungen und reaktive bildungspolitische Entscheidungen als durch Initiativen und Aktivitäten der Akteure an den Institutionen bestimmt. Sie war aber auch gekennzeichnet von qualitativer Differenzierung, Vereinheitlichung, Standardisierung und Profilbildung.

Auf Basis der jeweiligen historischen Umstände und sogar epochalen Gegebenheiten entstanden Veränderungen eher pragmatisch. Der Diskurs um die Fachhochschule entwickelte sich vorrangig am technischen Erkenntnisinteresse zu den Studieninhalten. In diesem Zusammenhang motivierte aber auch das Verständnis von sinnhaften organisatorischen und curricularen Zusammenhängen die Akteure, die damit ein eher praktisches Erkenntnisinteresse verfolgten. Das emanzipatorische Interesse war insbesondere in der Umwandlungs- und Etablierungsphase treibend und richtete sich auf die Aufklärung der Verhältnisse, auf Machtabbau und Ideologiekritik. Dies setzt jedoch auch – wie Jürgen Habermas Ende der 1960er Jahre formulierte – Selbstreflexion voraus (vgl. Habermas 1994: 244).

Auch unter diesen erkenntnisleitenden Aspekten war die Fachhochschule bisher kaum Gegenstand von reflexiver Hochschulforschung. Die damit verbundenen theoretischen Defizite sollten jedoch durch eine fach-

---

<sup>12</sup> Insbesondere laufbahnrechtlich gab es für den öffentlichen Dienst eine Differenzierung. Inhaber von Diplom-Abschlüssen an Universitäten hatten die Bewerbungsmöglichkeit für den Vorbereitungsdienst zum höheren Dienst. Diejenigen mit Diplom-Abschlüssen an Fachhochschulen konnten sich nur für den Vorbereitungsdienst des gehobenen Dienstes bewerben. Auch international war die Anerkennung der Fachhochschuldiplome mit Unsicherheiten behaftet.

<sup>13</sup> Deshalb wurden „oftmals die bekannten Gummiparagraphen wie ‚ist im Einzelfall zu prüfen, (...) eine Zulassung kann erfolgen‘ eingesetzt. In den letzten Jahren hat man verstärkt darauf geachtet, hier keine Äquivalenzen festzuschreiben, die Fachhochschulabschlüsse in einen sogenannten ‚non-university-Bereich‘ verankern.“ (Schoellhammer 1998: 47)

hochschulspezifische Forschung verringert werden. Das liegt um so mehr nahe, als mit den Überlegungen im Vorfeld des Bolognaprozesses und der Umstellung der Studienabschlüsse (Bachelor und Master) deutlich wurde, dass die traditionelle Aufgabenteilung zwischen Universitäten und Fachhochschulen teilweise fraglich geworden war, weniger scharf akzentuiert werden oder verschwimmen könnte. Die bis zu dieser Zeit vorhandenen Studienordnungen enthielten vor allem eine Auflistung von Studieninhalten und waren dadurch ausschließlich fachlich-inhaltlich oder fachrichtungs- bzw. disziplinbezogen ausgerichtet. Der curriculare Ansatz, die lernorganisatorische Form der Semesterklasse (als Relikt der Höheren Fachschule) und die teilweise bestehende Tendenz zur Verschulung bedürfen spezieller Untersuchungen.

Einen ersten Ansatz zu umfassenderen Forschungsvorhaben zum Thema „Fachhochschule“ stellt die überblicksartige Darstellung der Wurzeln der Fachhochschule (vgl. auch Pahl 2018) dar. Darüber hinaus wären Forschungsvorhaben sinnvoll, mit denen

- die Diskurse zur Anerkennung dieser Institution unter inhaltlichen und ideologiekritischen Gesichtspunkten rekonstruiert werden,
- die Differenzierungen der Fachschulen auf ihre gesellschaftlichen Hintergründe untersucht werden,
- hochschuldidaktische Ansätze und Curricula untersucht werden,
- die noch lebenden Akteure als Zeitzeugen befragt werden,
- Absolventinnen und Absolventen in den verschiedenen Epochen der Fachhochschulentwicklung befragt werden.

Alle diese Ansätze sind um die gegenwärtige und perspektivische Entwicklung der Fachhochschulen zu ergänzen. Insgesamt ist festzustellen, dass der Forschungsgegenstand „Fachhochschulen“ auch seit Beginn des Bolognaprozesses weder in der Breite noch in der Tiefe hinreichend ausgelotet und erschlossen wurde.

### **Literatur**

Arnold, Rolf 2006: Erwachsenenbildung. Eine Einführung in Grundlagen, Probleme und Perspektiven. 5. unveränderte Auflage, Baltmannsweiler: Schneider Hohengehren.

EinigVtr: Einigungsvertrag vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 889), zuletzt durch Artikel 32 Absatz 3 des Gesetzes vom 27. Juni 2017 (BGBl. I S. 1966) geändert worden ist.

Fachhochschulgesetz – FHG Nordrhein-Westfalen vom 29. Juli 1969, in: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen, Ausgabe A, 23. Jg., Nr. 48. Ausgegeben zu Düsseldorf am 8. August 1969, S. 572–575.

- Grammes, Tilman 2009: Editorial: Ausbildungsdidaktiken – Themen und Aufgaben einer Hochschulfachdidaktik der Sozialwissenschaften in der Lehrerbildung. In: Grammes, Tilman (Hg.): Ausbildungsdidaktiken: Lehrerbildung Didaktik Sozialwissenschaften / Educating Social Science Educators. Volume 8, Number 2, S. 2–22.
- Grüner, Gustav 1967: Die Entwicklung der höheren technischen Fachschulen. Ein Beitrag zur historischen und zur angewandten Berufspädagogik. Braunschweig: Westermann.
- Grüner, Gustav 1970: Die Fachoberschule – Eine Dokumentation. Unter Mitwirkung von Werner Diederich. Berlin / Darmstadt / Dortmund: Hermann Schroedel Verlag.
- Grüner, Gustav 1986: Das berufliche Schulwesen. In: Jeserich, Kurt G. A. / Pohl, Hans / von Unruh, Georg-Christoph (Hg.): Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. V: Die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, S. 643–653.
- Grüner, Gustav 1989: Entwicklung der technischen Fachschulen. In: Boehm, Laetitia / Schönbeck, Charlotte (Hg.): Technik und Bildung. Düsseldorf: VDI Verlag, S. 175–203.
- Habermas, Jürgen 1994: Erkenntnis und Interesse. Mit einem neuen Nachwort. 11. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- HmbHG 2001: Hamburgisches Hochschulgesetz. Vom 18. Juli 2001, in: Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt. Teil I, Ausgabe Nr. 26 vom 27 Juli 2001, S. 171–200.
- Holuscha, Elisabeth 2013: Das Prinzip Fachhochschule – Erfolg oder Scheitern? Eine Fallstudie am Beispiel NRW. Münster: MV-Wissenschaft.
- Jost, Wolfdietrich (Hg.) Quellen und Dokumente zur Geschichte der technischen Bildung in Deutschland. Teil 1: Das gewerbliche Fachschulwesen. Köln / Weimar / Wien: Böhlau Verlag, 2003.
- Kell, Adolf 1988: Das berufliche Schulwesen. In: Zeitschrift Pädagogik / Pädagogische Beiträge 40. Jg., 1988, H. 7-8, S. 75–80.
- Kühne, Alfred (Hg.): Handbuch für das Berufs- und Fachschulwesen. 2. erweiterte Auflage, Leipzig: Quelle & Meyer, 1929.
- Kümmel, Klaus (Hg.): Quellen und Dokumente zur Berufsbildung in Deutschland, Reihe A, Band 2: Quellen und Dokumente zur schulischen Berufsbildung in Deutschland 1918–1945, Köln / Wien: Böhlau Verlag, 1980.
- Oberbach, Johannes 1929: Handelsschule und Höhere Handelsschule. In: Kühne, Alfred (Hg.): Handbuch für das Berufs- und Fachschulwesen. 2. erweiterte Auflage, Leipzig: Gloeckner, S. 392–399.
- Pahl, Jörg-Peter 2018: Fachhochschule. Von der Fachschule zur Hochschule für angewandte Wissenschaften. Bielefeld: wbv.
- Raddatz, Rolf 2000: Berufsbildung im 20. Jahrhundert. Eine Zeittafel. Bielefeld: W. Bertelsmann.
- RMWEV 1936: Reichsgrundsätze für die einheitliche Ausrichtung der Fachschulen für das Bau- und Maschinenwesen, in: Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Amtsblatt des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und der Unterrichtsverwaltungen der Länder. 2. Jg., 1936, H. 23, S. 517–518.
- RMWEV 1938: Reichsgrundsätze für die einheitliche Ausrichtung der Fachschulen für das Bau- und Maschinenwesen, in: Deutsche Wissenschaft, Erziehung und

- Volksbildung. Amtsblatt des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und der Unterrichtsverwaltungen der Länder. 4. Jg., 1938, H. 21, S. 502–509.
- Schoellhammer, Wolfgang 1998: Internationale Anerkennung des Fachhochschuldiplooms. In: Stahl, Hans-Werner / Stahl, Wolfgang W. (Hg.): Effizient studieren: Wirtschaftswissenschaften an Fachhochschulen. Wiesbaden: Gabler, S. 45–52.
- Schütte, Friedhelm 2003a: Technisches Bildungswesen in Preußen-Deutschland. Aufstieg und Wandel der Technischen Fachschule 1890–1938. Köln / Weimar / Wien: Böhlau Verlag.
- Schütte, Friedhelm 2003b: Quellen und Dokumente zur Geschichte der technischen Bildung in Deutschland. Teil 2: Das technische Fachschulwesen 1890–1945. Herausgegeben von Jost, Wolfdietrich. Köln / Weimar / Wien: Böhlau Verlag.
- Schütte, Friedhelm 2007: Jahrzehnt der Neuordnung 1890-1901. Die Reform des technischen und allgemeinen Bildungssystems in Deutschland. In: Zeitschrift für Pädagogik, 53. Jg., 2007, Heft 4, S. 544–561.
- Teichler, Ulrich 2014: Hochschule und Beruf als Gegenstandsbereich der Hochschulforschung. In: Pasternack, Peer (Hg.): die hochschule. journal für wissenschaft und bildung 1/2014, S. 118–132.
- Trier, Matthias 2001: Weiterbildungssystem der DDR. In: Arnold, Rolf / Nolda, Sigrid / Nuissl, Ekkehard (Hg.): Wörterbuch Erwachsenenpädagogik. Bad Heilbrunn: Klinghardt, S. 335–336.
- Uhlig, Hans 1985: Geschichte der Fachschulbildung von 1945 bis 1949 auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und wesentliche Aspekte ihrer Vorgeschichte. Textteil. Schriftenreihe des Instituts für Fachschulwesen. Reihe: Beiträge zur Geschichte des Fachschulwesens der DDR, Heft 11/1. Karl-Marx-Stadt: Institut für Fachschulwesen der Dt. Demokratischen Republik.
- Verordnung über die Neuordnung des Fachschulwesens, in: Gesetzblatt der DDR Nr. 33 vom 29. März 1950, S. 215–216.
- Wahle, Manfred 2006: Berufsbildungsgeschichte. In: Kaiser, Franz-Josef / Pätzold, Günter (Hg.): Wörterbuch der Berufs- und Wirtschaftspädagogik. Bad Heilbrunn: Klinghardt, S. 126–128.
- WR 1993: Wissenschaftsrat. 10 Thesen zur Hochschulpolitik. Drs. 1001/93. Berlin 22.1.1993.
- WR 2010: Wissenschaftsrat. Empfehlungen zur Rolle der Fachhochschulen im Hochschulsystem. Drs. 10031-10. Berlin 2.7.2010.

# Die Akademie der Marxistisch-Leninistischen Organisationswissenschaft in Berlin

## Geschichte und Kontext eines (vergessenen) sozialistischen Zukunftsorts<sup>1</sup>

**Oliver Sukrow**  
Wien

„Die marxistisch-leninistische Organisationswissenschaft untersucht die in allen Bereichen des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus gültigen Gesetze, Prinzipien, Methoden und Modelle zur rationellen Gestaltung der Systeme und der in ihnen und zwischen ihnen ablaufenden Prozesse der Planung und Leitung mit dem Ziel, die höchste Effektivität der Arbeit zu erreichen.“<sup>2</sup>

„Die Probleme der sozialistischen Arbeit, die speziell im Zusammenhang mit Kybernetik und Automatisierung auftreten, können in ihrer Gesamtheit nur bewältigt werden, wenn zugleich entsprechende pädagogische und vor allem berufspädagogische Probleme gelöst werden.“ (Klaus 1963: 703)

Die beiden Zitate zur „marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaft“ (MLO) sollen illustrieren, wie in den 1960er Jahren in der DDR über den Zusammenhang von Wissenschaft, Technologie, Ökonomie und Kultur in der aufkommenden Wissensgesellschaft nachgedacht wurde.

Im Folgenden wird eine wissenschaftliche Einrichtung – die „Akademie der marxistisch-leninistische Organisationswissenschaft“ (AMLO) – behandelt, die während der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ (vgl. u.a. Wollgast 1970; Hager 1972) beweisen sollte, dass ein moderner Sozialismus auf Grundlage von Datenverarbeitungstechnik nicht nur als theoretischer Lehrgang umsetzbar sei, sondern auch architektonisch inszeniert werden könne. In ihrer Mehrfachfunktion als Ausstellungsort und zugleich als Weiterbildungseinrichtung, Forschungsstätte und Rechenzentrum besaß sie also verschiedene Bedeutungsebenen.

---

<sup>1</sup> Dieser Aufsatz basiert auf den Forschungsergebnissen zur AMLO in Sukrow (2018: 323–483).

<sup>2</sup> Bundesarchiv [BArch], DY 30-IV A 2/9.09/92, Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED, Forschungen zur Arbeitsorganisation, Ergebnisse der Forschungsarbeit der Parteihochschule, Band 5, Oktober-Dezember 1970, Studie: „Die marxistisch-leninistische Organisationswissenschaft und einige Probleme ihrer Anwendung in der wissenschaftlichen Führungstätigkeit der Partei“, 113 Seiten, hier S. 22.

Als „sozialistischer Zukunftsort“ war die AMLO, folgt man Martin Schulze Wessel (2010: 14), ein Ort, „an [dem] enorme Investitionen angelegt wurden, an [dem] neue Sozialbeziehungen entstanden und an [dem] der planerische Zugriff auf die Zukunft sichtbar zu werden schien.“ Dabei stellte die AMLO nicht nur das Produkt von Wissenschaftsdiskursen und politischen Entscheidungen dar, sondern muss auch als architekturhistorisches Phänomen im „Aufbruch nach Utopia“ (Wolle 2011) begriffen werden.

Die Betrachtung der Ideen und Konzepte demonstriert, wie aktuell die damals bereits vorgetragenen (politischen) Forderungen nach einer ‚planmäßigen‘ Beherrschung von Zukunftsfeldern ist (vgl. Sukrow 2018a). Hier zeigt sich einmal mehr die Relevanz „vergänger Zukünfte“ für das Verständnis unserer Gegenwart (vgl. Hölscher 2017). Dieser Text wird sich auf die ideen- und wissenschaftsgeschichtlichen Hintergründe fokussieren, um Geschichte und Kontext dieses vergessenen sozialistischen Zukunftsorts zu beleuchten. Die architektonische Gestaltung der AMLO – für sie wurde in Berlin-Wuhlheide ein eigener Baukomplex errichtet – und die innere Struktur werden hingegen nur am Rande besprochen.

## **1. Kontext: Sozialökonomische Reformen der 1960er Jahre und die räumliche Inszenierung von Fortschrittsideen**

Studien zur Wirtschafts-, Wissenschafts- und Politikgeschichte der DDR haben gezeigt, wie eng im Reformprogramm des „Neuen Systems der ökonomischen Planung und Leitung“ (NÖSPL) die Wechselwirkungen des ökonomischen Reformprogramms Walter Ulbrichts mit gesamtgesellschaftlichen Aufbrüchen verbunden war.<sup>3</sup> Ein Kreis um Ulbricht, Erich Apel (Leiter der Wirtschaftskommission beim Politbüro des Zentralkomitees der SED und Leiter der Staatlichen Plankommission) und Günter Mittag (Sekretär der Wirtschaftskommission beim Politbüro und Leiter des Büros für Industrie- und Bauwesen des ZK) wollte durch die Stärkung von Wettbewerbselementen und einer Fokussierung auf wissenschafts- und technologiebasierte Bereiche die zentrale Planwirtschaft von oben modernisieren (Apel/Mittag 1964). Durch gesellschaftliche Reformen sollten die Krisenhaftigkeit des Systems seit den 1950er Jahren (Volksaufstand vom 17. Juni 1953, Niederschlagung des Aufstands in Ungarn 1956, Mauerbau August 1961) überwunden und die fragile Machtbasis konsolidiert werden.

---

<sup>3</sup> vgl. Steiner (2004), Naumann/Schade (2006), Scholz (2009), Engler (1999)

*Übersicht 1: Ansicht der AMLO von Südwesten mit dem Kopfbau links, Architekt: Richard Paulick*



Foto: Innovationspark Wuhlheide Managementgesellschaft mbH, Berlin; Aufnahme 1991; Quelle: Sukrow (2018: 447)

Ein weiterer Aspekt des NÖSPL bestand darin, neuere Wissenschaftszweige wie Kybernetik, Spiel- und Managementtheorie, die primär der US-amerikanischen Forschungslandschaft entstammten, in die sozialistische Wirtschaftsstrategie zu inkorporieren. Ein wichtiger Akteur auf diesem Feld, der bereits seit den späten 1950er Jahren an der Rehabilitation der Kybernetik als Querschnittswissenschaft arbeitete, war der Logiker und Mathematiker Georg Klaus (1912–74). Dieser stellte nicht nur theoretische Überlegungen an, sondern übersetzte zudem russische Fachliteratur zur Kybernetik ins Deutsche und reflektierte über die Folgen der Automatisierung auf die Arbeitswelt. (Klaus 1957, 1961; Klaus/Liebscher 1965)

Da der Begriff der Kybernetik durch seine Herkunft aus Norbert Wiener's „Cybernetics or Control and Communication in the Animal and the Machine“ (1948) und durch seine symbolische Aufladung als Bestandteil der US-amerikanischen Grundlagenforschung im Systemwettbewerb („Macy-Konferenzen“) ‚kontaminiert‘ war (Pias 2003), wurde mit dem Terminus der MLO ein Abgrenzungsterminus geschaffen. Ein internes Papier der SED beschreibt diesen so: Die marxistisch-leninistische Organisationswissenschaft

„untersucht stets Kollektive (Vereinigungen) von Menschen, die sich zur Lösung bestimmter Aufgaben zusammengeschlossen haben beziehungsweise arbeitsteilig miteinander verbunden sind. [...] Vom Standpunkt ihrer Komplexität, ihrer inneren Strukturierung [...], vom Standpunkt ihrer funktionellen Gliederung in steuernde und regelnde sowie ausführende Teile sind diese Kollektive reale Systeme, das heißt, sie besitzen Systemcharakter. Wesentlich ist dabei, daß Kopplungen und Rückkopplungen zwischen den Elementen eines solchen Systems bestehen, die bewußt durch aktive Führungstätigkeit herzustellen sind. Ebenso sind die Ziele des Systems, die Regelung seines Verhaltens, die Sicherung seiner Stabilität Führungsaufgaben. [...] Wenn wir diese Systeme charakterisieren, die die menschliche Gesellschaft und ihre Lebensformen betreffen, wie die Arbeit (Produktion), die Kultur, die politischen Auffassungen usw., dann allein deshalb, um diese Systeme von Systemen anderer Art (technischen Systemen, biologischen Systemen und ähnliches), mit denen sich die marxistisch-leninistische Organisationswissenschaft nicht befaßt, abzugrenzen.“<sup>4</sup>

Die MLO sollte helfen, die Kontrolle über den Verlauf der Zukunft mittels Prognose und Vorhersage – eine „Leitkategorie der sozialistischen Herrschaftskultur“ (Sabrow 2004: 168) – zu sichern. Es wurden große Anstrengungen unternommen, um die Überlegenheit gegenüber westlichen Modellen der Futurologie zu verdeutlichen.<sup>5</sup> Auf Basis der Verbindung von marxistisch-leninistischer Theorie und mathematisch-statistischer Methoden gelang der SED „die politische Aufladung einer streng linear [...] gedachten und räumlich [...] klar verortbaren Zeit, die ihren Sinn von der Zukunft empfängt“ (Sabrow 2004: 165). Die Kybernetik bildete als Lehre von der Steuerung und Regulierung von Systemen in der sozialistischen Hochmoderne eine Brücke zwischen dem Reformprogramm des NÖSPL, der gesellschaftlichen Hoffnung auf die (versprochene) Verbesserung der Lebensverhältnisse und der Gestaltung der menschlichen Umwelt im Zeichen von Wissenschaft und Technik.

Globalgeschichtlich betrachtet, manifestierten sich utopische Wünsche und Hoffnungen der 1960er Jahre an den Schnittstellen von technologisch-wissenschaftlichem Fortschritt und Kultur, wie Beispiele der frühen „Cyberculture“ (Fred Turner) im Kalten Krieg zeigen.<sup>6</sup> Bislang standen in der Forschung zur DDR jedoch nur selten Fragen nach der visuellen Repräsentation der Reforminhalte im Mittelpunkt, ebenso wenig wie das Problem der Inszenierung von Wissenschaft und ‚Modernität‘ in räumlich-gestalterischer Hinsicht (vgl. Vagt 2013). Das verwundert, zei-

---

<sup>4</sup> BArch, DY 30-IV A 2/9.09/92, Die marxistisch-leninistische Organisationswissenschaft..., S. 19, vgl. Sukrow (2018: 327–333).

<sup>5</sup> vgl. für Westdeutschland Seefried (2015), Eberspächer (2019)

<sup>6</sup> vgl. für einen Versuch zu einer transnationalen Betrachtungsweise der „Cyberculture“ Oliver Sukrow (2018b)

gen doch sowohl Arbeiten zu den Industrie- und Weltausstellungen im 19. Jahrhundert (vgl. Großbölting 2008) als auch Untersuchungen aus dem Bereich der *Exhibition Studies* (vgl. Kember/Plunkett/Sullivan 2012) wie entscheidend der gestaltete Raum bei Vermittlung und Verbreitung von Fortschrittsgedanken und Gesellschaftsvorstellungen in der Moderne war.

Auch die Theorietexte aus dem Umfeld der staatlichen Deutschen Werbe- und Anzeigengesellschaft (DEWAG) sprechen dafür (vgl. Frommhold 1979; Rademacher 1975; Schäfer 1967), in Zukunft die ästhetischen Eigenheiten und ideengeschichtlichen Grundlagen solcher räumlicher Fortschrittsrepräsentationen für das Zeitalter des NÖSPL herauszuarbeiten. Anhand des Zukunftsortes AMLO könnte eine solche Taktung von Wissensproduktion, Raumbildung und dem utopischen Zeitregime für die Hochmoderne demonstriert werden (Fraunholz/Hänseroth/Woschsch 2012).

## 2. Geschichte: Planungs- und Baugeschichte der AMLO

In der Planungsgeschichte der AMLO können zwischen 1968 und 1971 drei Phasen unterschieden werden: erstens die Planungs- und Konzeptionsphase, zweitens die Benützung des Komplexes ab Oktober 1969 für Lehrgänge und drittens die Kritik an der Ulbrichtschen Bildungsoffensive, die auch zur Abwicklung der AMLO führte. Die Genese des Vorhabens wie auch sein Ende hingen aufs Engste mit dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker und den sich dadurch ändernden politisch-ideologischen Rahmenbedingungen zusammen. An diesem Projekt lassen sich besonders deutlich die Konjunkturen des utopischen Denkens in der DDR der 1960er Jahre ablesen.

Die Akademie war ein Ergebnis der „Ulbrichtschen Wachstums- und Technologieoffensive der späten 1960er Jahre“ (Steiner 2004: 165). Sie fiel wissenschafts- und technikgeschichtlich in eine Phase des Aufbruchs der Rechentechnik in der DDR (vgl. Merkel 2006: 50), mit der immense Erwartungen verbunden waren. Gleiches lässt sich für das jähe Ende der Akademie unter Honecker festhalten, denn so wie sie unter Ulbricht als Zukunftsort gefördert worden war, so repräsentierte sie für Honecker eine überwundene Vergangenheit träumerischer Visionen, mit deren Erbe in Form einer *damnatio memoriae* aufgeräumt werden musste. Die AMLO ist ein Beispiel dafür, dass Zukunftsvisionen stets neu ausgehandelt werden und sich dynamisch verändern.

## Übersicht 2: AMLO, Berlin-Wuhlheide, Modell der geplanten Erweiterungen

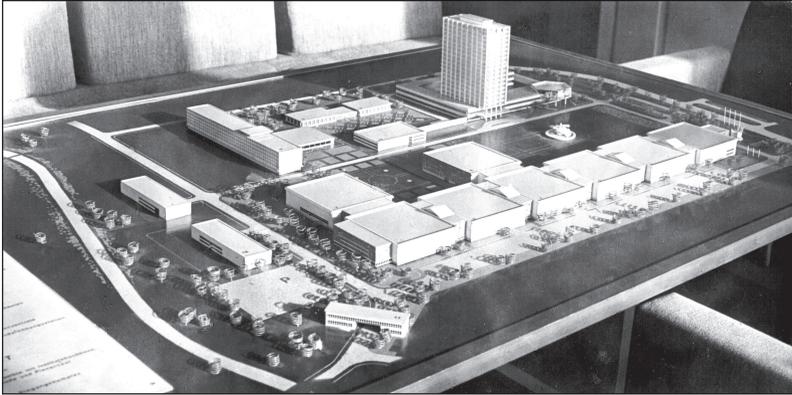


Foto: Innovationspark Wuhlheide Managementgesellschaft mbH, Berlin; Autor und Verbleib des Ende 1969/Anfang 1970 entstandenen Modells unbekannt; Quelle: Sukrow (2018: 421)

Im Herbst 1968 fällten die zentralen SED-Gremien die Entscheidung, für Herbst 1969 eine Industrielehrschau in Berlin einzurichten.<sup>7</sup> Gemäß der Machtkonstellation unter Ulbricht geschah dies zunächst im Politbüro (10. September 1968), wurde dann an das ZK-Sekretariat weitergeleitet (9. Oktober 1968) und schließlich an den Ministerrat zur operativen Ausführung überwiesen (31. Oktober 1968).

Der Dualismus zwischen Politbüro und Sekretariat, der für Ulbrichts Regierungszeit typisch war, lässt sich hier aufzeigen. Zwar geht die Gründung des sogenannten „Informations- und Bildungszentrums“ (IBZ), eine Vorgängereinrichtung der AMLO, auf die Entscheidung des Politbüros zurück, doch fungierte im weiteren Verlauf vor allem das Sekretariat, also Ulbrichts „Machtzentrum der Partei“ (Dierk Hoffmann), als wichtiger politischer Faktor im Geschehen.

So fand die offizielle Abnahme des Ausstellungskomplexes im September 1969 durch das Sekretariat statt. Das Sekretariat erhob das IBZ im Januar 1970 in den Status einer Akademie und wies den Ministerrat an, die Stelle des AMLO-Direktors in die SED-Nomenklatura aufzunehmen. Nach dem Wechsel an der Parteispitze war es wiederum das Sekretariat,

---

<sup>7</sup> Vgl. BArch DC 20-1/4/2275, Ministerrat der DDR, 126. Sitzung des Präsidiums des MR, 29.7.70, Materialien zu den Tagesordnungspunkten, Vorlage zum Beschluß über Maßnahmen zur Weiterführung des volkswirtschaftlich strukturbestimmenden Investitionsvorhabens Akademie der marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaft der DDR für die Jahre 1971/72, Anlage 2: Information, S. 1.

in welchem im November 1971 die Amtsenthebung des Akademie-Direktors und die Streichung seiner Stelle beschlossen wurde.

Seit Anfang Dezember 1968 waren die Bauarbeiten im Gange.<sup>8</sup> Aus einer Aktennotiz vom 8. November 1968 geht die Struktur der Auftragslage hervor.<sup>9</sup> Angeleitet, koordiniert und verantwortet wurde das Projekt vom Büro Mittag beim ZK der SED. Dieses war unter anderem mit der Koordinierung der Wissenschafts-, Forschungs- und Technikpolitik betraut. Formal als Auftraggeber des Komplexes fungierte nicht das Büro Mittag, sondern das Ministerium für Wissenschaft und Technik, das von Mittags ZK-Büro angeleitet wurde.

Weiter unten in der vertikalen Struktur stand schließlich der Generalauftragnehmer, hier das VEB Bau- und Montagekombinat Ost. Der Architekt Richard Paulick nahm die Rolle als Generalprojektant ein und knüpfte damit an Erfahrungen seit den 1950er Jahren an, etwa beim Bau des ersten Abschnitts der Stalinallee in Berlin oder an seine Zeit in Halle-Neustadt, und konnte zudem umfangreiches Wissen aus dem Messe- und Ausstellungswesen einbringen.<sup>10</sup>

Wegen des eng getakteten Zeitplans, Material- und Lieferproblemen sowie der Arbeitsweise zwischen gleitender Projektierung und Ausführung auf der Baustelle im Akkord war es notwendig, dass Mittag sein ganzes Gewicht als ZK-Mitglied in die Waagschale warf und mehrfach die Zusicherung der beteiligten Ministerien zu besonderen Anstrengungen einforderte. Die AMLO sollte ein voller Erfolg werden und Mittags Stellung als Erneuerer und Reformator der DDR-Wirtschaft und damit der gesamten Gesellschaft demonstrieren.

„Alle Kräfte und Mittel“ sollten „für die Durchführung des Projektes“ in der Wuhlheide konzentriert werden.<sup>11</sup> Der Terminplan mache die Mobilisierung „außerordentlicher Maßnahmen“ erforderlich, ließ Mittag Finanzminister Siegfried Böhm in einem Brief am 20. Januar 1969 wissen. Nur wenige Tage später besichtigte ein Gremium die Baustelle des zu-

---

<sup>8</sup> Vgl. BArch, DY 3023/672, Ideenprojekt..., Anlage 5: Übersicht über die wichtigsten Themen zur Vorbereitung der Industrieleherschau 1969, 11.12.68, S. 1.

<sup>9</sup> Vgl. BArch, DY 3023/672, Büro Günter Mittag beim ZK der SED, Wirtschaftspolitik der SED, Tätigkeit der zentralen Staatsorgane und deren unterstellte Bereiche, Produktions-, Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen. Informations- und Weiterbildungszentrum der Industrie und des Bauwesens, 1968–71: Aktennotiz, Offene Probleme I. Bauabschnitt Investitionsbau, Qualifizierungs- und Informationszentrum Berlin (Wuhlheide), Berlin, 8.11.68, 7 Seiten, S. 1.

<sup>10</sup> Zu Paulick siehe Thöner/Müller (2006)

<sup>11</sup> Hier und im Folgenden BArch, DY 30/IV A 2/6.07/101, Schreiben G. Mittag an S. Böhm, Minister für Finanzen, Berlin, 20.1.69, 2 Seiten, S. 1.

künftigen IBZ. Man stellte eine „Überrundung der Projektierung“ und einen „Zeitverlust von einem Monat“ fest.<sup>12</sup>

Der Zeitplan vom November 1968 war zu diesem Zeitpunkt überholt und musste modifiziert werden. In Anbetracht der kritischen Situation, in der sich die Baustelle schon zu Beginn der Maßnahmen befand, setzte Hermann Pöschel als Leiter der ZK-Abteilung „Forschung und technische Entwicklung“ ein Schreiben an Wolfgang Rauchfuß auf, der als Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates dafür Sorge tragen sollte, dass die „für den Ausbau und die Ausrüstung der Ausstellungshalle, des Organisations- und Rechenzentrums“ benötigten Materialien und Geräte durch Importe aus dem Ausland bereit gestellt werden.<sup>13</sup> Mehrfach hatten sich die ausführenden Stellen mit der Bitte um Priorisierung des Bauprojekts in der Wuhlheide an die höchsten SED-Gremien gewandt, sei es mit der Bitte um außerplanmäßige Materialbeschaffung, personelle Optimierungen oder verstärkte finanzielle Unterstützung.

Trotz der erheblichen Terminrückstände blieben die Pläne hochfliegend: Noch im April 1969 wollte man eine „Datenfernübertragung aus der Sowjetunion in die Industrieleherschau 1969“ (IL 69) ermöglichen.<sup>14</sup> Solche technologischen Versprechungen tauchten auch später wieder auf, etwa wenn im Januar 1970 in Beisein des Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates und Vorsitzenden des Plankomitees der UdSSR über die Erweiterung der AMLO konkret in Richtung eines *Think Tanks* nach US-amerikanischem Vorbild gesprochen wurde.<sup>15</sup>

Die Reformen des NÖSPL wurden nicht von allen Machtzirkeln der SED begrüßt. Die Lehrgangskonzeption für die AMLO rief deswegen be-

---

<sup>12</sup> Hier und im Folgenden BAArch, DY 30/IV A 2/6.07/101, Aktennotiz: Besichtigung der Baustelle des IBZ am 24.1.69, Berlin, 27.1.69, 4 Seiten, S. 3.

<sup>13</sup> BAArch, DY 30/IV A 2/6.07/101, Schreiben H. Pöschel an W. Rauchfuß, Stellv. Vorsitzender des Ministerrates, Berlin, 28.1.69, 2 Seiten, S. 1. Vgl. zum Bedarf an importierten Materialien für das IBZ u.a. aus der BRD und der Sowjetunion BAArch, DY 3023/67, Offene Probleme..., S. 2–4.

<sup>14</sup> BAArch, DY 30/IV A 2/6.07/101, Abt. Forschung und Wissenschaftsorganisation, Kontrollberatung zum Aufbau des IBZ und zum Stand der Vorbereitungen der Industrieleherschau 1969 am 21.4.69, Berlin, 24.4.69, 3 Seiten, S. 2.

<sup>15</sup> Vgl. BAArch, DY 30/IV A 2/6.07/101, Abt. Forschung und Wissenschaftsorganisation, Information über den Besuch des Genossen Baibakow, Stellv. Vorsitzender des Ministerrates und Vorsitzender des Plankomitees der UdSSR in der AMLO am 14.1.70, Berlin, 15.1.70, 3 Seiten, S. 2: „Genosse Baibakow warf die Frage auf, ob die AMLO neben ihrer Weiterbildungsfunktion auch die Aufgabe erhalten wird, Betrieben zu helfen, die Produktivität bzw. Rentabilität zu verbessern. Genosse Baibakow bezog sich dabei auf amerikanische Erfahrungen. In den USA gibt es eine Reihe Einrichtungen, die im Auftrage der Konzerne arbeiten und Projekte ausarbeiten zur Verbesserung der Rentabilität, des Absatzes, usw.“

reits in der Konzeptionsphase heftige Kritik hervor. Diese beinhaltete auch den Vorwurf, dass die Schau zu technophil, zu einseitig auf die EDV ausgerichtet und ideologisch zu indifferent sei. Ein Gutachten der „Expertengruppe zur Beurteilung der Feindisposition für die Industrielehrrschau“, die im April 1969 getagt hatte, kam es zu einer vernichtenden Einschätzung seitens des hauptamtlichen Parteiapparats. Zu beachten ist, dass die Expertengruppe vornehmlich nicht aus Fachleuten aus den Bereichen Automatisierung oder elektronischer Datenverarbeitung bestand, sondern politisch-ideologische Arbeitsschwerpunkte hatten. Sie kritisierte, dass „die Rolle des Menschen nicht richtig gezeigt“ werde,<sup>16</sup> er „völlig in den Hintergrund trete“,<sup>17</sup> ja der Mensch überhaupt „keine Rolle spiele“.<sup>18</sup>

Die ideologische Kritik ging noch weiter: Einige Arbeitsmaterialien für den Lehrgang würden „Musterbeispiele von Konvergenztheorie“ darstellen, da in der gezeigten Strukturierung keine Unterschiede zu „einem kapitalistischen Betrieb“ zu erkennen seien;<sup>19</sup> bei anderen Sektionen, wie beim präsentierten Einsatz der EDV, seien „die Unterschiede des Einsatzes [...] im Kapitalismus und Sozialismus nicht herausgearbeitet“.<sup>20</sup>

Dennoch konnte im Herbst 1969 ein beeindruckender architektonischer Komplex eingeweiht werden, der auch im deutsch-deutschen Kontext eine einzigartige Anlage darstellte. Unter Paulick „und 130 Projektanten und Architekten“ sowie der DEWAG wurden fünf Hallen auf einem 32 Hektar-Areal errichtet.<sup>21</sup> In 42 Tagen waren vier Ausstellungshallen mit einer Gesamtfläche von 15.696 m<sup>2</sup> gebaut worden. Jede Halle maß 48 Meter in der Länge und 54 Meter in der Breite und hatte somit eine circa 2.600 m<sup>2</sup> Grundfläche. Das Organisations- und Rechenzentrum als Höhepunkt der Anlage addierte mit seiner Grundrissfläche von 3.024 m<sup>2</sup> die Gesamtfläche auf 18.720 m<sup>2</sup>, inklusive eines Kinoraums mit 252 Plätzen und einem Hörsaal mit 291 Plätzen.

---

<sup>16</sup> BArch, DY 30/IV A 2/6.07/101, Protokoll über die Kontrollberatung der Expertengruppe zur Beurteilung der Feindisposition für die Industrielehrrschau am 30.4.69, Berlin, 2.5.69, 16 Seiten, S. 4.

<sup>17</sup> Ebd., S. 7.

<sup>18</sup> Ebd., S. 10.

<sup>19</sup> Ebd., S. 4.

<sup>20</sup> Ebd., S. 10.

<sup>21</sup> Hier und im Folgenden BArch, DY 3023/672, Abt. Forschung und Wissenschaftsorganisation, Inhalt der Arbeitsmappe für die Eröffnung des IBZ am 30.9.69, Berlin, 22.9.69, 2 Seiten, S. 2.

*Übersicht 3: Ausstellungsarchitektur in der AMLO, Blick in Halle IV mit dem Themenkomplex „Komplexe sozialistische Rationalisierung und Automatisierung des Reproduktionsprozesses“*



Foto: Innovationspark Wuhlheide Managementgesellschaft mbH, Berlin; Aufnahme ca. 1970; Quelle: Sukrow (2018: S. 453)

Auch die Angaben zur Ausstellung sind imposant: Die sechs Themenkomplexe der Ausstellung zum NÖSPL wurden auf 42 Unterpunkte aufgeteilt. Die DEWAG erstellte ein 2.200 Seiten starkes Gestaltungsbuch, 5.500 Grafiken, 2.350 Dias, 35 automatisierte Vorträge, 15 wissenschaftlich-technische Filme, 35 eingerichtete und ausgestattete Vortragsräume und Kabinette, ein „Trainingszentrum“ mit 30 Bedienplätzen und Arbeitsräumen, zwei „Einweisungszentren“ sowie diverse „Lehrmaschinen für programmierte Wissensvermittlung“: je zwölf Examinatoren und Repetitoren aus der Sowjetunion und 45 Prolema-Maschinen aus DDR-Produktion.

### **3. Konzept und Didaktik der „kybernetischen Kette“**

Die AMLO war dafür errichtet worden, führende Kader aus Partei, Wirtschaft und Verwaltung mit den Methoden der elektronischen Datenverar-

beitung und der MLO vertraut zu machen. Die Lehrgänge sollten fünf Tage mit einem Arbeitsaufwand von 42 Stunden dauern und pro Durchgang circa 120 Teilnehmer umfassen. Durch die architektonische Gestaltung der stützenfreien in Reihe geschalteten Hallen, durch die Ausstellungsbauten sowie durch die Einbeziehung verschiedener Medien und Geräte sollte den LehrgangsteilnehmerInnen eine überzeugende „Produktionspropaganda“ dargeboten werden.

Die Gestaltung der Lehrgangsstationen war einem einheitlichen Konzept untergeordnet. Die Ausstellung besaß typische Merkmale der Expositionsgestaltung der 1960er Jahre: „klare Formensprache, übersichtliche Raum- und besondere Lichtkonzepte“ (Vagt 2013: 143). Die Geräte und Automaten, die einen essentiellen Bestandteil des Konzepts ausmachten und die Modernität und Zukunftsgerichtetheit demonstrieren sollten, standen untereinander in Beziehung. Die Elemente der Ausstellung waren durch das Prinzip der „kybernetischen Kette“ miteinander vernetzt. Einerseits, weil die Geräte und Automaten physisch über Daten- und Stromkabel verbunden waren; andererseits, weil dies auf konzeptioneller Ebene dem Charakter der Industrieleherschau und ihrer pädagogischen Ziele entsprach.

Das didaktische Ziel der Ausstellungsgestaltung war es, neben der Vermittlung von festgelegten Lerninhalten auch ein neues Bewusstsein für die Herausforderungen der MLO zu schaffen. Dieses neue Bewusstsein sollte auf den Arbeitsalltag der TeilnehmerInnen zurückwirken. So standen Ausstellung und Außenwelt, Simulation und wirtschaftliche Realität in einem kybernetischen Wechselverhältnis. Diejenigen, die in der Lernmaschine der AMLO ausgebildet werden sollten, würden, wie Klaus es Anfang der 1960er Jahre beschrieb, in ein „neues Verhältnis zur Arbeit“ treten; es wäre der Beginn eines „neuen Verhältnis[ses] des Menschen zur Maschine“, endlich wäre eine Antwort auf die „technische Entfremdung“ gefunden (Klaus 1961: 356).

Das von der DEWAG vorgelegte „Schema des Aufbaues der ‚IL 69‘“ vom Dezember 1968 demonstrierte, dass der Komplex als kybernetische Lernmaschine begriffen wurde und die Inhalte gemäß diesem Programm baulich umzusetzen waren. Auch in der Architektur Paulicks entstanden direkte Beziehungen zwischen den einzelnen „Komplexen“ (Ausstellungshallen), welche die Lehrgangsstationen aufnahmen und verbanden.

Dem organisatorischen und didaktischen Konzept der AMLO als Lernmaschine lagen kybernetische Vorstellungen zugrunde. Sehr einflussreich war die behavioristische Annahme, „dass sich Mensch und Maschine als Gegenstände wissenschaftlicher Forschung nicht unterscheiden“ würden, da die „Regelung und Nachrichtenübermittlung in ‚Kom-

munikationsmaschinen‘ und in menschlichen Organismen bzw. sozialen Systemen ‚völlig parallel verlaufen‘“, also beide mit „mathematischen Hilfsmitteln beschrieben werden können“ (Seefried 2015: 55). So waren die LehrgangsteilnehmerInnen einerseits selbst Teile eines kybernetischen Systems, mit welchem sie in einem Nachrichtenübermittlungs- und -verarbeitungsverhältnis standen. Andererseits konnte sich das System „AMLO-Lehrgang“ an die sich verändernden Anforderungen an die Ausbildung anpassen, sich neu konfigurieren und somit ein zweites System ausbilden.

Die TeilnehmerInnen sollten während des Lehrgangs die Möglichkeit haben, Feedback zu geben. Auf diesem Weg wurde nicht nur der Lernfortschritt gemessen, sondern gleichzeitig der Umgang mit den neuen Maschinen geübt und diese ‚lernenden‘ Maschinen trainiert. Das Prinzip von Input durch die BesucherInnen und Output durch die Maschinen bestimmte den Verlauf des Lehrgangs: „Um das Bildungsziel zu erreichen, ist ein Studium in der Reihenfolge der Komplexe 1–6 erforderlich.“<sup>22</sup> Erst bei der erfolgreichen Absolvierung der vorhergehenden Station war es erlaubt, in die nächste überzuwechseln: „Das Studium eines Komplexes setzt die Kenntnis des Lehrstoffes des vorausgegangenen Komplexes voraus.“

#### 4. Fazit

In der Architektur und im didaktischen Konzept der AMLO verdichten sich die politisch-ideologischen Erwartungen an die Technologisierung der DDR-Gesellschaft in den 1960er Jahren: Computer und Automaten wurden als Zukunftsmaschinen präsentiert, aber gleichzeitig nur einem ausgewählten TeilnehmerInnenkreis vorgeführt. Die Utopie wurde hier in einem streng regulierten und kontrollierten Rahmen präsentiert. Dem Spielerisch-Experimentellen, was den zeitgleichen Umgang mit Technik etwa in der kalifornischen „Counterculture“ auszeichnete und Ansätze eines neuen, individuelleren Umgangs mit Technik ermöglichte (vgl. Turner 2006; Diedrichsen/Franke 2013), ist die DDR mit dem Zukunftsort AMLO mit einer klaren Hierarchie und strengen Ordnung gegenüberzustellen. Technologie und Fortschritt, so eine mögliche Interpretation dieser Konstellation, konnten in der DDR nur in einem kontrollierten *Environment* zur Entfaltung kommen: Die Zukunft, die man mittels des Com-

---

<sup>22</sup> Hier und im Folgenden BArch, DY 3023/672, Erläuterung zum Inhalt und der Methode der Ausstellung des Informations- und Bildungszentrums der DDR und des Bauwesens der DDR, o.D., 26 Seiten, S. 3.

puters ja beschleunigt herbeiführen wollte, musste gesteuert werden – sie sollte und durfte sich nicht autonom oder individuell entwickeln. Mit dem Machtwechsel zu Honecker ab 1971 wurde aber auch diese Zukunftserwartungen von neuen Zielstellungen abgelöst. Die AMLO war nun nicht mehr länger ein Zukunftsort in der DDR.

### **Literatur**

- Apel, Erich/Günter Mittag (1964): Ökonomische Gesetze des Sozialismus und neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin.
- Diedrichsen, Diedrich/Anselm Franke (Hg.) (2013): The Whole Earth. Kalifornien und das Verschwinden des Außen, Berlin.
- Eberspächer, Achim (2019): Das Projekt Futurologie. Über Zukunft und Fortschritt in der Bundesrepublik 1952–1982, Paderborn.
- Engler, Wolfgang (1999): Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin.
- Fraunholz, Uwe/Thomas Hänseroth/Anke Woschek (2012): Hochmoderne Visionen und Utopien. Zur Transzendenz technisierter Fortschrittserwartungen, in: Uwe Fraunholz/Anke Woschek (Hg.), Technology Fiction. Technische Visionen und Utopien in der Hochmoderne, Bielefeld, S. 11–24.
- Frommhold, Erhard (1979): Klaus Wittkugel. Fotografie, Gebrauchsgrafik, Plakat, Ausstellung, Zeichen, mit einem Vorwort von Werner Klemke, hg. v. der Akademie der Künste der DDR, Dresden.
- Großbölting, Thomas (2008): „Im Reich der Arbeit“. Die Repräsentation gesellschaftlicher Ordnung in den deutschen Industrie- und Gewerbeausstellungen 1790–1914, München.
- Hager, Kurt (1972): Sozialismus und wissenschaftlich-technische Revolution. Vortrag am 20. Juni 1972 an der Parteihochschule „Karl Marx“, Berlin.
- Hölscher, Lucian (2017): Theoretische Grundlagen der historischen Zukunftsforschung, in: ders. (Hg.): Die Zukunft des 20. Jahrhunderts. Dimensionen einer historischen Zukunftsforschung, Frankfurt a.M., S. 7–38.
- Kember, Joe/John Plunkett/Jill A. Sullivan (Hg.) (2012): Popular Exhibitions, Science and Showmanship 1840–1910, London-Pittsburgh.
- Klaus, Georg (1957): Elektronengehirn contra Menschengehirn? Über die philosophischen und gesellschaftlichen Probleme der Kybernetik, Leipzig–Jena.
- Klaus, Georg (1961): Kybernetik in philosophischer Sicht, Berlin.
- Klaus, Georg (1963): Die Kybernetik, das Programm der SED und die Aufgaben der Philosophen, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 6/1963, S. 693–707.
- Klaus, Georg/Heinz Liebscher (1965): Was ist – was soll Kybernetik, Leipzig–Jena–Berlin.
- Merkel, Gerhard (2006): Computerentwicklungen in der DDR – Rahmenbedingungen und Ereignisse, in: Naumann/Schade (2006), S. 40–54.
- Naumann, Friedrich/Gabriele Schade (Hg.) (2006): Informatik in der DDR – eine Bilanz, Bonn.
- Pias, Claus (2003): Cybernetics | Kybernetik. The Macy-Conferences 1946–1953, Zürich.

- Rademacher, Hellmuth (1975): Gesellschaftliche Funktion und ästhetische Prinzipien der Gebrauchsgrafik in der sozialistischen Gesellschaft, in: Gebrauchsgrafik in der DDR, hg. v. VBK der DDR, Sektion Gebrauchsgrafik, Dresden, S. 5–49.
- Sabrow, Martin (2004): Zukunftspathos als Legitimationsressource. Zu Charakter und Wandel des Fortschrittsparadigmas in der DDR, in: Heinz-Gerhard Haupt/Jörg Requate (Hg.), Aufbruch in die Zukunft: Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, ČSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, Weilerswist, S. 165–184.
- Schäfer, Karl-Heinz (1967): Messen und Ausstellungen – Medien mit komplexer Wirkung, in: neue werbung, 14/1967, S. 9.
- Scholz, Michael F. (2009): Die DDR 1949–1990, Stuttgart.
- Schulze Wessel, Martin (2010): Zukunftsentwürfe und Planungspraktiken in der Sowjetunion und der sozialistischen Tschechoslowakei: Zur Einleitung, in: ders./Christiane Brenner (Hg.), Zukunftsvorstellungen und staatliche Planung im Sozialismus. Die Tschechoslowakei im ostmitteleuropäischen Kontext 1945–1989, München, S. 1–18.
- Seefried, Elke (2015): Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945–1980, Berlin-Boston
- Steiner, André (2004): Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München.
- Sukrow, Oliver (2018): Arbeit. Wohnen. Computer. Zur Utopie in der bildenden Kunst und Architektur der DDR in den 1960er Jahren, Heidelberg.
- Sukrow, Oliver (2018a): Kybernetik in Architektur, Planung und Design. Zur Einführung in den Sammelband und zur Aktualität vergangener Zukünfte, in: Oliver Sukrow (Hg.), Zwischen Sputnik und Ölkrise. Kybernetik in Architektur, Planung und Design, Berlin, S. 8–21.
- Sukrow, Oliver (2018b): „Designing Freedom“ – der Computer zwischen „Freiheitsmaschine“ und Kontrollapparat im globalen Kontext der 68er, in: Andreas Beitin/Eckhart J. Gillen (Hg.), Flashes of the Future. Die Kunst der 68er oder die Macht der Ohnmächtigen, Bonn, S. 410–423.
- Thöner, Wolfgang/Peter Müller (Hg.) (2006): Bauhaus-Tradition und DDR-Moderne – der Architekt Richard Paulick, München-Berlin.
- Turner, Fred (2006): From Counterculture to Cyberculture. Stewart Brand, the Whole Earth Network, and the Rise of Digital Utopianism, Chicago.
- Vagt, Kristina (2013): Politik durch die Blume. Gartenbauausstellungen in Hamburg und Erfurt im kalten Krieg (1950–1974), München-Hamburg.
- Wolle, Stefan (2011): Aufbruch nach Utopia. Alltag und Herrschaft in der DDR 1961–1971, Berlin.
- Wollgast, Siegfried (1970): Wissenschaftlich-technische Revolution – wissenschaftliche Leitung – sozialistische Demokratie, Berlin.

**Nadin Fromm: Zur Transnationalisierung von Hochschulbildung. Eine empirische Studie zur Interaktion hochschulpolitischer Akteure beim Aufbau bilateraler Hochschulen im Ausland, Nomos, Baden-Baden 2017, 256 S., ISBN 978-3-8487-4100-7, € 49,-**

Spätestens seit der Etablierung des Förderprogramms „Transnationale Bildung – Studienangebote deutscher Hochschulen im Ausland“ im Jahr 2001 gewinnt das Thema der Transnationalisierung – bzw. des „Exports“ – der Hochschulbildung eine stärkere Aufmerksamkeit in der deutschen Hochschulpolitik und Hochschulforschung. Im Gegensatz zu früherem Engagement britischer, australischer und US-amerikanischer Hochschulen in diesem Bereich wurde der Aufbau deutscher Hochschulen im Ausland durch die öffentliche Hand gefördert und von einer Non-profit-Organisation – dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) – koordiniert (S. 23). Neben den Zielen der Internationalisierung bzw. Transnationalisierung der deutschen Hochschulbildung stehen politische Interessen im Vordergrund, die mit der Wirtschaftspolitik und Wissenschaftsdiplomatie zusammenhängen (S. 75). Trotz dieser starken „politischen Dimension“ des Programms wissen wir noch wenig über die Hintergründe und Prozesse der Etablierung der internationalen Hochschulen mit deutscher Finanzierung.

Hier setzt die Dissertation von Nadin Fromm an: „Die Studie verbindet den Anspruch, eine politikwissenschaftliche Untersuchung der deutschen Reformbemühungen im Bereich der Internationalisierung/Transnationalisierung von Hochschulbildung durchzuführen, mit der Herangehensweise einer Policy-Analyse oder Politikfeldanalyse“ (S. 27). Das Ziel der vergleichenden Analyse von drei binationalen Hochschulgründungen – die Türkisch-Deutsche Universität, German Jordanien University und die Vietnamesisch-Deutsche Universität – ist es, die Interaktionsformen innerhalb der komplexen Akteurkonstellationen zu beschreiben, die den erfolgreichen Aufbau dieser Hochschulen ermöglichten.

Die Autorin entwickelt zunächst einen theoretischen Rahmen, der auf dem Ansatz des Akteurzentrierten Institutionalismus (AZI) stützt. Diese Forschungsheuristik eignet sich besonders, da sie „die Interaktionen aller relevanten Akteure und ihren institutionellen Kontext in den Blick [nimmt] und damit ‚den Einfluss der Institutionen auf die Wahrnehmung, Präferenzen und Fähigkeiten individueller und korporativer Akteure und

auf ihre Interaktionsformen““ beschreibt (S. 44). Von Renate Mayntz und Fritz Scharpf begründet, wird der AZI seit den neunziger Jahren dafür angewandt, die Implementierung politischer Programme in staatsnahen Sektoren (Telekommunikation, Gesundheitswesen, Forschungsbereich etc.) empirisch zu untersuchen. Sein analytischer Fokus liegt auf dem Zusammenspiel von Selbstorganisation (in Sektoren und Organisationen) und politischer Steuerung. Im Zusammenhang mit dem Ziel der Untersuchung wird der Ansatz dazu genutzt, die unterschiedlichen Ziele und Interessen sowie kooperativen und konfliktuellen Handlungen der involvierten Akteure zu beschreiben und ihre Wirkung auf die Gründung der Hochschulen zu erklären (S. 51).

Diese theoretische Herangehensweise ist umso interessanter, als die bisherigen Studien zum Feld der transnationalen Hochschulbildung kaum auf (politik-) wissenschaftliche Debatten Bezug nehmen. Die Autorin zeigt im dritten Kapitel systematisch, wie sich die Hochschulforschung dem Thema im Allgemeinen und dem Programm „Transnationale Bildung – Studienangebote deutscher Hochschulen im Ausland“ im Speziellen widmet. Abgesehen von einigen wenigen organisationstheoretischen Untersuchungen (S. 67–69) stehen, nach Ansicht der Autorin, fundierte Erkenntnisse zu den politischen Ausgangsbedingungen der internationalen Kooperationen deutscher Hochschulen bislang noch aus. Da vom DAAD oder von den Ministerien in Auftrag gegebene Evaluationsstudien nur selten veröffentlicht werden, stoße das wissenschaftliche Interesse an deutschen Förderprogrammen auf eine „dürftige“ Datenlage (S. 65).

Die Autorin widmet sich daher in den beiden nachfolgenden Kapiteln explorativ dem Kontext der Gründung der bilateralen Hochschulen. Dieser umfasst zum einen das TNB-Studienangebote-Programm „Studienangebote deutscher Hochschulen im Ausland“ (Kapitel 4), zum anderen das übergreifende hochschulpolitische Feld und die strategische Rahmensetzung der politischen Akteure (Kapitel 5). Sie zeichnet den Prozess des DAAD-Programms seit seiner Initiierung 2001 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) nach. Dabei fokussiert sie eine Entwicklung, die sich ab dem Jahr 2005 vollzog und die sie als „Politisierung“ bezeichnet.

So wurden Initiativen eingeleitet, die „weniger auf das Engagement einzelner Professoren zurückgehen, sondern vielmehr auf einem politischen Entscheidungsprozess beruhen“ (S. 81). Dieser Zeitpunkt korrespondiert mit den ersten Bemühungen, Hochschulen mit deutschem Bezug im Ausland aufzubauen. Die Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse, die diesen Hochschulgründungen vorausgingen, spielten sich, so Nadin Fromm, in komplexen Akteurkonstellationen ab (S. 122). Mit der Ausfor-

mulierung der Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung im Jahr 2008 sollte die Governance des Förderprogramms „ressort- und bereichsübergreifend“ stärker verzahnt werden (S. 139). Doch dieses Ziel wurde weitgehend verfehlt, da die involvierten Akteure „*ad hoc* und ohne konzeptionelle Grundlage“ agierten (S. 140).

Die empirische Analyse wendet sich anschließend den Interaktionen der Akteure und ihren Koordinationsleistungen in den ausgewählten Fallbeispielen zu (Kapitel 6 und 7). Übersichtlich stellt die Autorin die unterschiedlichen Entstehungshintergründe, die Akteurkonstellationen sowie die Präferenzen der Akteure und ihre Interaktionsformen in den einzelnen Fällen dar (S. 143–216). Ein gemeinsames Merkmal der drei Fallbeispiele ist es, „dass die Zusammensetzung sowie das Zusammenwirken der Akteure (...) aus einer heterogenen, oftmals gegensätzlichen Interessenlage resultieren“ (S. 217). So stellt die Autorin fest, dass „die akademischen Projektkoordinatoren, die aufgrund ihres akademischen Hintergrunds als ‚born internationalists‘ anzusehen sind, auf eine hoch ausdifferenzierte, aber eher tradierte und nicht selten schwerfällige Ministerialbürokratie“ trafen (S. 223).

Zudem zeigt sie deutlich am Beispiel der Vietnamesisch-Deutschen Universität (VDU), wie das BMBF und das Bundesland Hessen aufgrund der Unklarheit von Zuständigkeiten die Projektumsetzung blockierten (S. 224). Innerhalb der komplexen Akteurkonstellationen, welche die drei binationalen Hochschulen kennzeichneten, hat sich der DAAD als zentraler Akteur bei der Umsetzung der Projekte positioniert (S. 227). Der DAAD, so die Autorin, wandelte sich von einer durchführenden Organisation „hin zu einer autonom handelnden Mittlerorganisation“, welche die Interaktionen zwischen deutschen und ausländischen Akteuren federführend koordiniert (ebd.). Auf der politischen Ebene fungiert der DAAD zudem „als Moderator politischer Verhandlungen und somit als ministerieller Stellvertreter“ (S. 229). Durch seine vermittelnde Rolle und Koordinationsleistungen konnten die Interaktionen der Akteure auf das Ziel der Hochschulgründung hin gesteuert werden (ebd.).

Hinsichtlich der Institutionalisierung der Hochschulprojekte wertet die Autorin die Gründung der Türkisch-Deutschen Universität als gutes Beispiel, da das bilaterale Abkommen „eine rechtliche Rahmung der Organisationsstruktur, welche die Anzahl potenziell relevanter Akteure berücksichtigt und gleichzeitig die Aufgabengebiete und Funktionen der unterschiedlichen Akteure präzise definiert“ (S. 228).

Sie kommt schließlich auf das Thema der Politisierung des Hochschulprogramms zurück und stellt fest: „Auch wenn die Transnationalisierung von Hochschulbildung in Deutschland offiziell stärker an die In-

ternationalisierungsstrategie gebunden ist, kann mit Blick auf die bilateralen Hochschulen zusammenfassend konstatiert werden, dass hier strategische Ziele der AWP [Außenwissenschaftspolitik, A.d.A] ihre Gültigkeit haben“ (S. 232). Für die nahe Zukunft sieht sie daher eine Zunahme der Steuerungs- und Regulierungsversuche von Hochschulprogrammen staatlicherseits (S. 240). Inwieweit dabei die deutschen Hochschulen die Gestaltungsautonomie ihrer internationalen Kooperationen bewahren können, bleibt zu erforschen.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Studie einen aufschlussreichen Einblick in die politischen Ausgangsbedingungen der internationalen Aktivitäten deutscher Hochschulen verschafft. Es ist der Autorin gelungen, die Komplexität der Akteurkonstellationen zu reduzieren, die aus den Präferenzen und Orientierungen der Akteure resultierenden Formen der Interaktionen systematisch zu beschreiben und die Folgen ihrer Handlungen empirisch und theoretisch zu klären und darzustellen. Die Studie stellt somit eine wichtige Referenz in der Literatur zur Transnationalisierung der deutschen Hochschulbildung dar.

*Younes Qrirou (Tübingen)*

# Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen in Ostdeutschland seit 1945

**Peer Pasternack**  
**Daniel Hechler**  
Halle-Wittenberg

Die an dieser Stelle fortlaufend publizierte Bibliografie weist Veröffentlichungen nach, die seit 1990 publiziert wurden. Erfasst werden ausschließlich *selbstständige* Publikationen: Monografien, darunter auch unveröffentlicht gebliebene Graduierungsarbeiten, Sammelbände, Broschüren, Zeitschriften-

Ausgaben, sofern diese einen hier einschlägigen thematischen Schwerpunkt haben, daneben auch ausführlichere Internetveröffentlichungen und auf elektronischen Datenträgern publizierte Texte oder Filme.

## 1. Publikationen

Zimmer, Andreas: *Der Kulturbund in der SBZ und in der DDR. Eine ostdeutsche Kulturvereinigung im Wandel der Zeit zwischen 1945 und 1990*, Springer VS, Wiesbaden 2019, 674 S. € 99,99. Im Buchhandel. Volltext unter <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2F978-3-658-23553-6.pdf>

Der Kulturbund war eine kulturelle Massenorganisation, in der 1989 mehr als 280.000 Mitglieder in 1.800 Ortsgruppen versammelt waren. Ursprünglich war sie vornehmlich zur Integration der Intelligenz in das sozialistische System gegründet worden, eine Funktion, die durch die „Klubs der Intelligenz“ auch bis zum Schluss wahrgenommen wurde. Die hier vorgelegte Organisationsgeschichte berücksichtigt auch die Einflussmöglichkeiten der Kulturbundmitglieder und erörtert alternative Strömungen innerhalb der Massenorganisation.

Bock, Ulrich: *Achtundsechziger. Jenaer Studenten proben den Aufstand*, Wartberg Verlag, Gudensberg-Gleichen 2000, 128 S. € 10,-. Im Antiquariatsbuchhandel.

Aufgrund der Lektüre seiner Stasi-Akten erinnert sich der Protagonist an seine Studienzeit an der Jenaer Universität um das Jahr 1968, die nicht zuletzt durch den Prager Frühling und die Abstimmung über die neue Verfassung der DDR gekennzeichnet war. Der Autor studierte selbst von 1965 bis 1970 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und promovierte dort 1973 in Slawistik.

Hennig-Vogel, Sabine: *Jahrring*, Fehmland-Verlag, Rhauederfehn 2018, 210 S. € 12,-. Im Buchhandel.

Der Krimi berichtet von einem Treffen von ehemaligen DDR-Studierenden nach 25 Jahren, die durch ihr gemeinsames Studium in der Sowjetunion auf besondere Weise miteinander verbunden sind. Bei diesem Treffen stirbt eine der Teilnehmerinnen an einem Allergieschock. Als mögliches Tatmotiv wird u.a. die mögliche IM-Tätigkeit eines Gruppenmitglieds gehandelt.

Baron, Günter / Reimar Riese (Hg.): *Wendezeit – Zeitwende in deutschen Bibliotheken. Erinnerungen aus Ost und West*, BibSpider, Berlin 2011, 262 S. € 30,-. Im Buchhandel.

Reflektiert werden die Entwicklung der wissenschaftlichen Bibliotheken in Berlin, Leipzig und Weimar sowie die persönlichen Erfahrungen der damaligen Akteure in der unmittelbaren Nachwendezeit.

Pampel, Ines: *Schriftentausch zwischen Bibliotheken der DDR und der BRD mit einer Nutzenanalyse am Beispiel der SLB Dresden* (Berliner Arbeiten zur Bibliotheks- und Informationswissenschaft Bd. 28), Logos Verlag, Berlin 2018, 446 S. € 63,50. Im Buchhandel; Volltext unter <https://www.logos-verlag.de/e-books/OA/978-3-8325-4663-2.pdf>

Der Schriftentausch diente während der deutschen Zweistaatlichkeit in Richtung DDR als Möglichkeit, unzensurierte und devisenfreie Einfuhr dringend benötigter Westliteratur zu organisieren, in Richtung BRD als Weg für Publikationen, die außerhalb des DDR-Buchhandels erschienen. Trotz staatlicher Überwachung und Restriktionen seitens der DDR sei es Bibliothekaren auf beiden Seiten gelungen, ihrem Berufsethos und dem Ziel nach möglichst vollständigen Beständen gerecht zu werden. Untersucht werden nicht nur die die Praxis des Schriftentausches wesentlicher deutscher Bibliotheken von 1949 bis 1990, sondern auch die Institutionen, die den Tausch beeinflussten sowie deren Vorgeschichte. Neben der Frage, wie der Tausch eingebettet in die internationale Förderung durch die UNESCO und IFLA im allgemeinen verlief, werden der Tausch exemplarisch für die SLB Dresden untersucht und beide Ebenen verglichen. Quantitative Analysen geben Auskunft über die Zuteilung von Kontingentmitteln der SLB durch das DDR-Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen und den Ertrag des Tausches. Nach offizieller DDR-Tauschstatistik gelangten mehr Medien in die ostdeutschen, in der Praxis jedoch mehr Medien in die bundesdeutschen Bibliotheken.

Rau, Christian: „*Nationalbibliothek“ im geteilten Land. Die Deutsche Bücherei 1945–1990*, Wallstein, Göttingen 2018, 727 S. € 54,90.

Die Deutsche Bücherei wurde 1912 gegründet. Während der deutschen Zweistaatlichkeit stand sie im Brennpunkt verschiedener Konfliktfelder. In der DDR galt sie als Aushängeschild der sozialistischen Nationalkultur und beliebte Forschungsbibliothek mit Westliteratur. In der Bundesrepublik wurde sie hingegen als Propagandawerkzeug der SED und nationaler Erinnerungsort wahrgenommen. Untersucht werden die Beziehungen der Deutschen Bücherei zum politischen System, zu ihren Benutzer:innen und zur Deutschen Bibliothek, die 1946 als Konkurrenzinstitution in Frankfurt a.M. gegründet worden war.

Rohde, Renate / Rosemarie Werner / Peter Zahn: *Bibliothekerausbildung und Bibliothekswissenschaft in Berlin bis 1994* (Berliner Handreichungen zur Bibliothekswissenschaft H. 15), Institut für Bibliothekswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1998, 75 S.

U.a. mit einer Darstellung zum Institut für Bibliothekswissenschaft der Humboldt-Universität 1955-1994, der Bibliothekar- und Dokumentarusbildung in Ost-Berlin 1949-1993 und der Vereinigung der Berliner Bibliothekswissenschaft 1990-1994.

Langenhan, Manuela: *Hochschulbibliotheken in Sachsen-Anhalt. Entwicklungslinien des wissenschaftlichen Bibliothekswesens seit 1991* (Berliner Handreichungen zur Bibliothekswissenschaft H. 121), Institut für Bibliothekswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 2005, 70 S. Volltext unter <https://edoc.hu-berlin.de/bitstream/handle/18452/18989/h121.pdf>

Darstellung der Entwicklung der rechtlichen Grundlagen, der baulichen Situation, von Struktur und Organisation, der überregionalen Zusammenarbeit und landesbibliothekarischer Aufgaben.

Wissenschaftsrat: *Empfehlungen zur Entwicklung und Förderung der Geisteswissenschaften in Deutschland*, Köln 2006, 315 S. Volltext unter <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/geisteswissenschaften.pdf>

Im hiesigen Kontext interessiert der Teil 2 der Empfehlungen „Bewertungsberichte zu den sechs Geisteswissenschaftlichen Zentren“. Diese befassen sich mit sechs Zentren, die 1996 gegründet worden waren, um einerseits die Fortführung einzelner positiv evaluierter Forschungsschwerpunkte aus der Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften zu ermöglichen, andererseits ein innovatives Förderkonzept für eine interdisziplinäre und kooperative, kulturwissenschaftlich und international ausgerichtete Forschung zu erproben. Es handelte sich um das Zentrum für Allgemeine Sprachwissenschaft, Typologie und Universalienforschung (ZAS) Berlin, das Zentrum für Literaturforschung (ZfL) Berlin, das Zentrum Moderner Orient (ZMO) Berlin, das Forschungszentrum Europäische Aufklärung“ (FEA) Potsdam, das Zentrum für Zeithistorische Forschung“ (ZZF) Potsdam und das Geisteswissenschaftliche Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO) Leipzig.

Lahusen, Christiane: *Zukunft am Ende. Autobiographische Sinnstiftungen von DDR-Geisteswissenschaftlern nach 1989* (Histoire Bd. 52), transcript, Bielefeld 2014, 321 S. € 35,99. Im Buchhandel.

Analysiert werden die Autobiografien von DDR-Geisteswissenschaftlern entlang der entfalteten Deutungen von Vergangenheit („Gestern. Erzählungen vom Ankommen“), Gegenwart („Heute. Erzählungen von der besseren Hälfte“) und Zukunft („Morgen. Erzählungen von der verschwundenen Zukunft“).

Rauh, Hans-Christoph / Alexander Amberger / Andreas Heyer / Michael Eckardt: *Anfang und Ende der ostdeutschen Philosophie. Studien zum Wirken von Ernst Bloch, Wolfgang Harich, Georg Klaus und weiteren Philosophen in der DDR* (Philosophische Gespräche 47), Helle Panke, Berlin 2017, 60 S. € 3,-. Bezug über <https://www.helle-panke.de>

Helle Panke (Hg.): *Die Russische Revolution als philosophisches Schlüsselergebnis. Georg Lukács‘ und Ernst Blochs politisch-philosophische Antworten auf Lenin(ismus) und die Oktoberrevolution. Konferenzbeiträge (Teil 1) von Rüdiger Dannemann, Martin Küpper, Hans-Ernst Schüller und Doris Zeilinger. Konferenzbeiträge (Teil 2) von Stefan Bollinger, Eric-John Russell (Engl.), Patrick Eiden-Offe und Micha Brumlik* (Philosophische Gespräche 53 und 54),

Helle Panke, Berlin 2018, 63 und 63 S. Je € 3,-. Bezug bei: „Helle Panke“ – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, Kopenhagener Straße 76, 10437 Berlin.

Witt, Torsten (Hg.): *Zur Philosophie der Nachkriegszeit in Halle von 1945-1950* (III. Abteilung. Philosophen des 20. Jahrhunderts Bd. 8), Medienwerker Prius Schenk Verlag, Halle (Saale) 2015, 193 S. € 26,22. Im Buchhandel.

Vorgestellt werden hier Otto Max Paul Menzer (1873–1960), Albert Friedrich Wilhelm Reble (1910–2000), Leo Kofler (1907–1995), Bernhard Johann Heinrich Koenen (1889–1964) und Georg Kurt Wilhelm Mende (1910–1983), jeweils durch einen Textauszug sowie (mit Ausnahme Menzers) Zeittafel, Werkauswahl und Vorlesungsverzeichnis.

Irrlitz, Gerd: *Wolfgang Heise – die Wahrheit der Kunst, die Kunst der Wahrheit* (Philosophische Gespräche 52), Helle Panke e.V., Berlin 2018, 40 S. € 3,-. Bezug über <https://www.helle-panke.de>

Küpper, Martin / Thomas Möbius (Hg.): *Die Ästhetik des Kommunismus – Lothar Kühne* (=Berliner Debatte Initial 2/2019), WeltTrends Medienhaus Babelsberg, Potsdam, 146 S. Bezug per [bestellung@welttrends.de](mailto:bestellung@welttrends.de)

Kühne (1931–1985), einer der bedeutendsten Kulturphilosophen der DDR, war 2018 Gegenstand einer Vortragsreihe im Max-Lingner-Haus Berlin. Dokumentiert werden hier die Vorträge von Michael Brie („Dialektik des Kommunistischen und des Bürgerlichen. Die sozialismustheoretischen Grundlagen der Ästhetik Lothar Kühnes“), Martin Küpper („Maß der Freiheit. ‚Behutsamkeit‘ bei Lothar Kühne“), Jörg Petruschat („Schwingkreise der Erregung. Einige Bemerkungen zum Begriff der Resonanz bei Lothar Kühne“) und Christine Weckwerth („In der Zeit des Verrats sind die Landschaften schön“. Lothar Kühnes ästhetische Fortbildung des Marx’schen Vergegenständlichungskonzepts“), ergänzt um Texte aus Kühnes Nachlass („Über die Historizität des Subjektiven“ und „Perspektiven des Bauens“) sowie weitere Aufsätze (Bruno Flierl: Architektur, Haus und Landschaft. Vortrag zum 70. Geburtstag Lothar Kühnes; Simone Hain: Dem Historischen selbst ins Auge sehen. Lothar Kühne und die Architektur; Olaf Weber: An einen Besuch bei Lothar Kühne habe ich fast keine Erinnerung; Achim Trebeß: Funktionalismus. Ein soziales Programm). Außerhalb des Themenschwerpunkts enthält das Heft einen Beitrag und zwei dokumentierte zeitgenössische Text zu Wolfgang Harichs Beziehung zu Arnold Gehlen.

Ruben, Peter: *Bemerkungen zu „Dialektik, Arbeit, Gesellschaft“. Vortrag von Peter Ruben im Rahmen einer Veranstaltung aus Anlass seines 80. Geburtstages* (Philosophische Gespräche H. 36), Helle Panke, Berlin 2015, 46 S. € 3,-. Bezug bei: „Helle Panke“ – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, Kopenhagener Straße 76, 10437 Berlin.

Der 1933 geborene Philosoph Peter Ruben war ab 1975 am Zentralinstitut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR im Bereich „Dialektischer Materialismus“ tätig. 1981 wurde Ruben aus der SED ausgeschlossen und mit Lehr- und Publikationsverbot belegt. Nach dem Umbruch 1989 war er Direktor des Zentralinstituts für Philosophie und dann wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Europa-Universität Frankfurt/Oder.

Warnke, Camilla: *Zur Geschichte des Zentralinstituts für Philosophie an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Bericht und Reflexionen*, Online Edition peter-ruben.de, Berlin 2017, 137 S.; Volltext unter <http://www.peter-ruben.de/schriften/DDR/Warnke%20-%20Geschichte%20ZIPh.pdf>

Schmidt-Lux, Thomas: *Wissenschaft als Religion. Szientismus im ostdeutschen Säkularisierungsprozess* (Religion in der Gesellschaft Bd. 22), Ergon Verlag, Würzburg 2008, 413 S. € 48,-. Im Buchhandel.

Im hiesigen Kontext interessieren vor allem die folgenden Kapitel: „Wissenschaft als Weltanschauung. Zur Soziologie des Szientismus“ (hier insbesondere zur wissenschaftlichen Weltanschauung des Marxismus-Leninismus) und „Urania. Von bürgerlicher Bildungsarbeit zur Propagierung szientistischer Weltanschauung“.

Müller, Johannes: *Arbeitsmethoden der Technikwissenschaften. Systematik, Heuristik, Kreativität*, Springer-Verlag, Berlin/Heidelberg/New York/London/Paris/Tokyo/Hong Kong 1990, 276 S.

Zusammenfassende Darstellung der Systematischen Heuristik durch ihren Begründer. Das Konzept war in den 60er Jahren in der DDR entwickelt und praktisch erprobt worden. Es zielte darauf, die Prozesse geistig-schöpferischer Arbeit heuristisch zu programmieren, um so deren Erfolgswahrscheinlichkeit zu steigern (ohne den Erfolg zu garantieren). Es war eine Sonderentwicklung im Rahmen der Etablierung der Wissenschaftsforschung in der DDR, zeichnete sich aber dadurch aus, eine zentrale Anforderung an die Wissenschaftsforschung – sie müsse vor allem praktisch werden, um akute Effektivitätsprobleme der DDR-Wirtschaft mit lösen zu helfen – zu erfüllen. Da die Systematische Heuristik im Kontext der ökonomischen Reformversuche der 60er Jahre protegiert worden war, fiel sie den Flurbereinigungen nach dem Machtwechsel Ulbricht/Honecker zum Opfer.

Kany, Jens: *Die soziale Funktion der Wissenschaft. Wiederaufnahme eines Forschungsprogramms*. Dissertation, Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Max-Weber-Institut für Soziologie, Heidelberg 2016, 240 S. Volltext unter [https://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/21813/1/Dissertation\\_Kany\\_pub.pdf](https://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/21813/1/Dissertation_Kany_pub.pdf) (28.12.2018).

Was ist die soziale Funktion der Wissenschaft? Die wissenschaftssoziologische Gegenwartsliteratur bleibe eine Antwort auf diese Frage schuldig. Eine alternative Tradition der Wissenschaftsforschung mit fruchtbaren Ansätzen finde sich dagegen in der DDR. Diese wird in zwei Schritten rekonstruiert: Es wird die kognitive Ausdifferenzierung der DDR-Wissenschaftsforschung nachgezeichnet, wozu die Diskurse im Vorfeld ihrer institutionellen Etablierung analysiert werden; anschließend findet eine Rekonstruktion der disziplinären Matrix der DDR-Wissenschaftsforschung statt, wozu einerseits ihr Institutionalierungsprozess nachgezeichnet und andererseits drei einflussreiche Grundlagenwerke aus drei Jahrzehnten DDR-Wissenschaftsforschung dargestellt und diskutiert werden: „Die Wissenschaft von der Wissenschaft“ (1968), „Wissenschaft als allgemeine Arbeit – Zur begrifflichen Grundlegung der Wissenschaftswissenschaft“ (Laitko 1979) und „Grundlagen der Wissenschaftsforschung“ (1988, internationales Kooperationswerk). Von der disziplinären Matrix ausgehend wird die soziale Funktion der Wissenschaft in Geschichte und Gegenwart dargestellt.

Girnus, Wolfgang / Klaus Meier (Hg.): *Wissenschaftsforschung in Deutschland. Die 1970er und 1980er Jahre*, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig, 414 S. € 49,-. Im Buchhandel.

Der Band geht auf ein 2015 durchgeführtes Kolloquium zurück, das die am AdW-Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft (ITW) betriebene Wissenschaftsforschung im Zusammenhang mit der westdeutschen Wissenschaftsforschung betrachtete. U.a. mit folgenden Beiträgen: „Der lange Weg zum Kröber-Institut“ (Hubert Laitko, mit 140 Seiten der Hauptbeitrag des Bandes), „Wissenschaftsforschung hüben und drüben: nach dem Spiel“ (Jürgen Mittelstraß), „Wissenschaftsforschung im Spannungsfeld der Gesellschaftstheorie – das Beispiel des Finalisierungsmodells“ (Wolfgang Krohn), „Risiko-gesellschaft oder ‚Nachholende Modernisierung‘?“ (Rainer Hohlfeld), „Wissenschaftstheorie als Philosophie-Ersatz“ (Reinhard Mocek), „Günter Kröbers wissenschaftliches Werden – Mathematik, Philosophie, Wissenschaftsforschung – und zurück“ (Karl-Heinz Strech), „Wissenschaftsforschung in Ostberlin – Reminiszenzen an eine vitale Experimentalwerkstatt empirischer Sozialforschung“ (Klaus Meier), „Anstelle eines Schlusswortes: Bilanz und Ausblick“ (Karl-Friedrich Wessel), „Wie alles kam“ (Günter Kröber, Text aus dem Nachlass).

Pasternack, Peer: *Fünf Jahrzehnte, vier Institute, zwei Systeme. Das Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin (ZHB) und seine Kontexte 1964–2014*, BWV – Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2019, 497 S. € 37,-. Im Buchhandel. Inhaltsverzeichnis und Zentrale Ergebnisse unter <https://www.hof.uni-halle.de/publikation/fuenf-jahrzehnte-vier-institute-zwei-systeme-das-zentralinstitut-fuer-hochschulbildung-berlin-zhb-und-seine-kontexte-1964-2014/>

50 Jahre Forschung über Hochschulen im Osten Deutschlands: 1964 war das Institut für Hochschulpolitik an der Humboldt-Universität zu Berlin gegründet worden. 2014 war das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) in seiner heutigen Form inhaltlich und organisatorisch konsolidiert. Dazwischen lagen noch zwei weitere Institute, sehr unterschiedliche Umfeldentwicklungen und mehrere krisenhafte Situationen, darunter ein Wechsel des Gesellschaftssystems. Auf je eigene Weise waren alle vier Einrichtungen mit ihren Vorgängern bzw. Nachfolgern verknüpft. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht das Institut, das mit 230 Wissenschaftler:innen den quantitativen Höhepunkt in diesen fünf Jahrzehnten markierte: das Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin (ZHB), gegründet 1982, abgewickelt 1990. Von diesem ausgehend werden das Vorgängerinstitut, das Umfeld sonstiger Forschungen über Hochschulen in der DDR, die Anschlusseinrichtung „Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst“ (1991–1995) und das wiederum nachfolgende Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF, seit 1996) in den Blick genommen. Zu verfolgen sind so organisatorische, kulturelle und inhaltliche Kontinuitäten wie Brüche innerhalb zweier Gesellschaftssysteme und über den 1989er Systemwechsel hinweg: 25 Jahre vor und 25 Jahre nach der Implosion des DDR-Sozialismus.

Ruthendorf-Przewoski, Cornelia von: *Der Prager Frühling und die evangelischen Kirchen in der DDR* (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte Reihe B, Darstellungen Bd. 60), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen/Bristol, Conn. 2015, 580 S. € 99,99. Im Buchhandel.

Das Thema wird naheliegenderweise vor allem kirchenpolitisch und aus Gemeindeperspektiven verhandelt. Daneben berühren einzelne Kapitel auch das hier interessierende Thema, so zu den Reaktionen auf den Einmarsch der Warschauer-Vertrags-Truppen an der Greifswalder Theologischen Fakultät, ein Exkurs zur zeitgleichen Sprengung der Leipziger Universitätskirche und – innerhalb des Kapitels „Motivationen und Handlungsorientierungen für das Handeln in den Kirchen“ – ein eigenes Unterkapitel zu „Theologie als Schnittstelle“

(„Staatliches Einordnen theologischer Konzepte“, „Theologische Begründungen für kirchliches Handeln“, „Tradition als Transporteur“, „Sekundäre theologische Rechtfertigung des Einmarsches“, „Die Auswirkungen auf theologisches Denken am Beispiel Heino Falckes“).

Bernet, Claus / Klaus Fuchs-Kittowski (Hg.): **Bibliografie Emil Fuchs. Schwerpunkte der Forschung** (Schriftenreihe Theos Bd. 141), Verlag Dr. Kovač, Hamburg 2018, 118 S. € 68,80. Im Buchhandel.

Der evangelische Theologe Emil Fuchs (1874–1971) siedelte 1949 in die DDR über und wurde Professor für Systematische Theologie und Religionssoziologie an der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig. Er wurde 1959 im Alter von 85 Jahren emeritiert. Verzeichnet werden in der Bibliografie die Monografien und Zeitschriftenaufsätze von und über Emil Fuchs. Eine Einleitung führt in Leben, Werk und Netzwerk von Fuchs ein.

Grabner, Sabine / Hendrik Röder / Thomas Wernicke (Hg.): **Potsdam 1945–1989. Zwischen Anpassung und Widerstand**, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Potsdam 1999, 207 S. Volltext unter <https://www.politischebildung-brandenburg.de/publikationen/pdf/potsdam.pdf>

U.a. mit den Beiträgen „Senfkorn Hoffnung. Über die Ausbildungsstätte für Gemeindepädagogik“ (Frank Wernick-Otto), „Herr, wir stehen Hand in Hand. Der Kampf gegen die Junge Gemeinde 1953“ (Lutz Borgmann), „Die Knarre haben wir! Ein Schauprozess gegen die Evangelische Studentengemeinde“ (Hendrik Röder) und „Keiner wollte uns. Eine Zeitschrift im Selbstverlag“ (Siegfried Ressel)

Tietsch, Anselm: **Wir können's ja nicht lassen. Erlebnisse und Erfahrungen aus sechs Jahrzehnten**, o.O. 1995, 172 S.; URL <http://www.oekumenischesforum-berlin-marzahn.de/downloads/Wir%20koennens%20ja%20nicht%20lassen.pdf>

Tietzsch war von 1955 bis 1960 Studiendirektor an der kirchlichen Hochschule Sprachenkonvikt Berlin, anschließend bis 1986 Dozent für Altes und Neues Testament an der Predigerschule Paulinum Berlin, dem er von 1970 bis 1981 auch als Direktor vorstand.

Beck, Lothar A. / Ulrich Joger: **Paleontological Collections of Germany, Austria and Switzerland. The History of Life of Fossil Organisms at Museums and Universities**, Springer, o.O. 2018, 573 S.

U.a. mit folgenden im hiesigen Kontext relevanten Beiträgen: Berlin: The Paleontological Collection of the Museum für Naturkunde Berlin (Christian Neumann/Stephan Schultka/Florian Witzmann); Chemnitz: Back to the Roots of Palaeobotany. Chemnitz and its Palaeontological Collection (Ronny Rößler/Thorid Zierold); Cottbus: Museum of Natural History and Environment in Cottbus (Rolf Striegler/Ursula Striegler); Dessau-Rosslau: Museum of Natural History and Prehistory. Paleontological Collection (Angelika Hesse); Gotha: Museum der Natur, Stiftung Schloss Friedenstein Gotha (Oliver Wings/Carsten Eckert); Halle: The Geiseltal Collection of Martin Luther University Halle-Wittenberg (Frank Steinheimer/Alexander Hastings); Halle: The Palaeontological Collection of the Martin-Luther-University Halle-Wittenberg in Halle (Saale) (Norbert Hauschke).

Blumenthal, Elke: **Museum Politicum. Erinnerungen zum 40. Jahrestag der Wiedereröffnung des Ägyptischen Museums der Universität Leipzig am 12. Mai 2016** (Kleine Schriften des Ägyptischen Museums – Georg Steindorff – der Universität Leipzig Bd.12), Manetho, Berlin 2018, 95 S.

Elke Blumenthal war langjährige Leiterin des Museums und erzählt die wechselvolle Geschichte seit seiner Schließung nach den Bombenangriffen von 1943 sowie in der DDR- und Wendezeit bis heute. Basierend auf ihren persönlichen Erinnerungen erweitert Blumenthal die zeithistorischen Arbeiten zur Geschichte des Museums mit zahlreichen Momentaufnahmen aus dem täglichen Geschehen um die mannigfaltigen Zwischentöne subjektiven Erlebens. Zeitgenössische Dokumente und Blumenthals persönliche Erinnerungen an den Mauerfall am 9. November runden die Schrift ab.

Günter, Kunert: **Die zweite Frau. Roman**, Wallstein Verlag, Göttingen 2019, 200 S. € 20,-. Im Buchhandel.

Erstveröffentlichung eines Manuskripts von 1974/75, vom Autor selbst seinerzeit als in der DDR „absolut undruckbar“ eingestuft, weggelegt und vergessen, nun wieder aus alten Unterlagen aufgetaucht. Protagonist ist ein Archäologe, der an einem historischen Institut arbeitet, eine hohe Affinität zu Montaigne hat, von dem er fortwährend Zitate in seine Rede einzustreuen weiß, was zu einem Besuch eines Stasi-Mitarbeiters führt, der ihn zu befragen hat, woher er den „Ausländer Mohnteine“ kenne und was es mit diesem französischen Kontakt auf sich habe. Daraus entwickeln sich Verwicklungen, die zumindest erzählerisch zu keinem Ende führen.

**50 Jahre NTM** (=NTM 3/2010), Verlag Birkhäuser, Basel/Berlin 2010, 436 S.

Die von Alexander Mette und Hans Wußing gegründete Zeitschrift für Geschichte der Naturwissenschaften, Technik und Medizin nahm den 50. Jahrestag ihres Erscheinungsbegins zum Anlass, eine Auswahl von in ihren DDR-Jahrzehnten erschienenen Beiträge erneut abzdrukken und sie aus heutiger Sicht kommentieren zu lassen: Ilse Jahn: „Matthias Jacob Schleiden an der Universität Jena“ (1963), Kommentar von Dietrich von Engelhardt: „Ein historischer Beitrag zur Methodologie der biologischen Wissenschaften“; Hans Wußing: „Zur Entstehungsgeschichte der abstrakten Gruppentheorie“ (1965), Kommentar von Erhard Scholz: „Die Explizierung des Impliziten“; Gerhard Harig: „Die beiden Aspekte der wissenschaftlichen Revolution des 17. Jahrhunderts und die Gegenwart“ (1966), Kommentar von Wolfgang Krohn: „Wissenschaftliche Revolution und gesellschaftlicher Wandel“; Alexander Mette: „Die Bedeutung der sowjetischen Neuropathologie und Psychiatrie für die Neugestaltung der Fachrichtung während des Aufbaus des Gesundheitsschutzes in der DDR“ (1968), Kommentar von Volker Roelcke: „Der Historiograph als Politiker. Ambivalenzen, Erträge, Anregungen“ (1971); Georg Harig/Jutta Kollesch: „Gesellschaftliche Aspekte der antiken Diätetik“, Kommentar von Klaus-Dietrich Fischer: „„Legein ta legomena“ (Herodot)“; Günter Kröber/Eginhard Fabian/Hubert Laitko: „Wissenschaftswissenschaft und Wissenschaftsgeschichte. Zu den Grundlagen ihres Zusammenhangs“ (1978), Kommentar von Peter Weingart: „Wahlverwandtschaften“; Gisela Buchheim: „Zur Wechselwirkung von Naturwissenschaften und Technikwissenschaften in ihrer historischen Entwicklung“ (1978), Kommentar von Thomas Hänseroth: „Eine Gründungsschrift der Technikwissenschaftsgeschichte in Deutschland“; Reinhard Mocek: „Von der Universalität der Wissenschaftsgeschichte“ (1981), Kommentar von Jürgen Mittelstraß: „Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte“. Eine Einleitung (Moritz Epple/Mikael Hård/Sybilla Nikolow/Hans-Jörg Rheinberger/Volker Roelcke: 50 Jahre NTM) motiviert die Gestaltung des Jubiläumshäftes.

Weber, Wolfhard: **Naturwissenschafts- und Technikgeschichte in Deutschland, 1989–1992. Eine Übersicht über Forschung und Lehre an den Institutionen** (=Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 1/1993), VCH Verlagsgesellschaft, Weinheim 1993 116 S.; URL <https://docslide.net/download/link/naturwissen-schafts-und-technikgeschichte-in-deutschland-1989-1992-eine-uebersicht>

Die Übersicht dokumentiert die (damaligen) west- und ostdeutschen Standorte.

Wächtler, Eberhard: *Autobiografie eines aufrechten Unorthodoxen*, Klartext Verlag, Essen 2013, 447 S. Im Buchhandel.

Wächtler (1929–2019) war seit 1962 Professor für Geschichte der Produktivkräfte an der Bergakademie Freiberg und befasste sich u.a. mit der Geschichte der Technikwissenschaften.

Wächtler, Eberhard: *Bibliographie 1952-2004*, Medienzentrum der TU Bergakademie Freiberg, Freiberg 2004, 44 S.

Hermes, Michael / Fritz Tack (Hg.): *Kolloquium Agrargeschichte anlässlich des 80. Geburtstags von Prof. Dr. sc. phil. Siegfried Kuntsche. Tellow, 18.02.2015*, Rosa-Luxemburg-Stiftung/Thünengesellschaft, Rostock 2015, 150 S. Bezug bei: Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern, Augustenstr. 78, 18055 Rostock.

Der 1935 geborene Siegfried Kuntsche arbeitete nach dem Studium der Geschichte und der Archivwissenschaft von 1959 bis 1979 im Mecklenburgischen Landeshauptarchiv in Schwerin. Danach leitete er ein Jahrzehnt den Geschichtsbereich im Institut für Ausländische Landwirtschaft und Agrargeschichte an der DDR-Akademie der Landwirtschaftswissenschaften.

Institut für Agrarpolitik, Marktlehre und Agrarentwicklung, Fachgebiet Sozialgeschichte der Agrarentwicklung an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin / Fördergesellschaft Albrecht Daniel Thaer zu Möglin (Hg.): *Entwicklungstendenzen in der agrargeschichtlichen Lehre und Forschung. Ehrensymposium anlässlich der Verabschiedung von Prof. Dr. habil. Volker Klemm. Berlin, am 30. Juni 1995*, Berlin 1995, 162 S.

Klemm (1930–2018) lehrte von 1966 bis 1995 Agrargeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sein Forschungsschwerpunkt war die Geschichte der Agrarwissenschaften in Deutschland. Dabei beschränkte er neue Wege auf dem Gebiet der Agrarbiografie und hat insbesondere die Thaer-Forschung entscheidend mitgestaltet. Der Band enthält neben Fachbeiträgen eine Laudatio von Hartmut Harnisch, den Vortrag „Der Beitrag Volker Klemms zur Thaer-Forschung der letzten Jahrzehnte“ (Günter Darkow) und „Wünsche für die ‚Agrargeschichte‘“ von Volker Klemm.

Wendler, Fabian: *NS-Täter in der Geschichtsschreibung der SBZ und DDR bis in die 1960er Jahre*, Metropolis Verlag, Berlin 2017, 470 S. € 24,-. Im Buchhandel.

Holze, Rainer / Eckhard Müller (Hg.): *Mensch sein, das heißt ... Rosa Luxemburg und ihre Freunde in Geschichte und Gegenwart. Internationales Kolloquium anlässlich des 70. Geburtstages von Prof. Dr. Annelies Laschitza* (Pankower Vorträge H. 069/1 und 069/2), „Helle Panke“ zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur, Berlin 2004, 63 + 63 S. € 6,-. Bezug bei: „Helle Panke“ – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, Kopenhagener Straße 76, 10437 Berlin.

Annelies Laschitza (1934–2018) setzte sich insbesondere mit Leben und Werk Rosa Luxemburgs auseinander. Von 1950 bis 1971 war sie Mitarbeiterin und später Sektorenleiterin in der Abteilung Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED in Berlin, von 1971 bis 1990 dort Professorin und Forschungsbereichsleiterin. Zugleich war sie von 1972 bis 1990 Vizepräsidentin der Historiker-

Gesellschaft der DDR. Die Festschrift enthält neben wissenschaftlichen Beiträgen zu Rosa Luxemburg auch Rückblicke auf das Leben Laschitzas sowie ein Publikationsverzeichnis.

Helle Panke – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin (Hg.): „*Sich treu bleiben ...*“. *In memoriam Annelies Laschitzka (1934–2018)* (hefte zur ddr-geschichte H. 151), Berlin 2019, 67 S. € 3,-. Bezug bei: „Helle Panke“ – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, Kopenhagener Straße 76, 10437 Berlin.

Lehmann, Rudolf: *Ein bürgerlicher Historiker und Archivar am Rande der DDR. Tagebücher 1945–1964* (Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Bd. 70), hrsg. von Michael Gockel, BWV – Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2018, 576 S. € 79,-. Im Buchhandel.

Rudolf Lehmann (1891–1984) war ein führender Landeshistoriker der Niederlausitz und trug seit 1949 als Leiter des Landesarchivs Lübben maßgeblich zur Wiederbelebung der brandenburgischen Landesgeschichtsforschung nach dem Zweiten Weltkrieg bei. Aufgrund zunehmender Konflikte mit dem SED-Staat zog er sich 1958 von seinem Amt zurück und siedelte 1964 nach Marburg über.

Fair-Schulz, Axel / Mario Kessler (eds.): *East German historians since reunification. A discipline transformed*, State University of New York Press, Albany 2017, 252 S. € 78,50. Im internationalen Buchhandel.

Elm, Ludwig: *Geschichte eines Historikers. Erinnerungen aus drei deutschen Staaten*, Papyrossa Verlag, Köln 2018, 395 S. € 28,-, Im Buchhandel.

Der Historiker Ludwig Elm studierte Landwirtschaft, Geschichte und Philosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin und der Karl-Marx-Universität Leipzig. Seit 1956 wissenschaftlicher Assistent an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, wurde er dort 1971 Prorektor für Gesellschaftswissenschaften und leitete bis 1990 als Professor für Wissenschaftlichen Sozialismus die Abteilung „Vergleichende Ideengeschichte“. Seine Schwerpunktthemen waren Konservatismusforschung sowie Parteien- und politische Ideengeschichte. Von 1994 bis 1998 war er für die PDS Mitglied des Deutschen Bundestages.

Haspel, Jörg / Hubert Staroste / Landesdenkmalamt Berlin (Hg.): *Denkmalpflege in der DDR. Rückblicke* (Beiträge zur Denkmalpflege in Berlin Bd. 41), Nicolaische Verlagsbuchhandlung, Berlin 2014, 576 S. € 14,95. Im Buchhandel.

Der Band gruppiert Erinnerungen von Konservatoren in die drei größeren Abschnitte Institutionelle Entwicklung, Tätigkeitsbereiche und Praxisberichte. Im hiesigen Kontexte interessiert vor allem die Entwicklung des in Berlin ansässigen Instituts für Denkmalpflege der DDR und seiner Außenstellen in Dresden, Erfurt, Halle/Saale, Potsdam und Schwerin.

Schauer, Hendrikje / Marcel Lepper (Hg.): *Germanistik in der DDR* (=Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes 2/2017), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2017, 219 S. € 16,-. Im Buchhandel. Volltext unter <https://www.vr-elibrary.de/toc/mdge/64/2>

Neben einer Einleitung der Herausgeber enthält die Ausgabe folgende Beiträge: „Evaluation in den Literaturwissenschaften: Perspektiven und Probleme“ (Claudia Öhlschläger), „Kritik und Selbstkritik: Die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zum Zentralinstitut für Literaturgeschichte (1991) in methodengeschichtlicher Perspektive“ (Hendrikje Schauer), „Wieder-gelesen: acht germanistische Studien aus der DDR“ (Kerstin Stüssel/Ludwig Stockinger/Jörg Schönert/Irmtraud Hnilica/Kai Sina/Georgina Paul/Eckhard Schumacher/Ernst

Müller), „Chronisten ihres Fachs. Literaturwissenschaftliche Selbstreflexion in der DDR“ (Susann Hannemann), „Nachlässe von Germanistinnen und Germanisten aus der DDR: eine Beständeübersicht“ (Simone Waidmann/Frederike Teweleit/Ruth Doersing) sowie „Germanistik in der DDR: Auswahlbibliographie“ (Hendrikje Schauer unt. Mitw. v. Anna Sauer).

Hein, Christoph: *Verwirrnis*, Suhrkamp Verlag, Berlin 2018, 303 S. € 22,-. Im Buchhandel.

Der Roman erzählt die Lebensgeschichte eines in einem repressiven katholischen Milieu aufgewachsenen homosexuellen Germanistikprofessors, dessen Studium ihn an die Universität Leipzig führte, wo sich dann auch seine weitere Karriere entfaltet, dies zunächst unter der Protektion von „Goethe-höchstselbst“ (Hans Mayer). Fehlende Parteimitgliedschaft muss der Protagonist durch erhöhte fachliche Leistungen – insbesondere solche, die internationale Aufmerksamkeit generieren und so eine gewisse Unangreifbarkeit erzeugen – ausgleichen. Die Pointe der Handlung ist, dass der entscheidende und finale biografische Schlag nicht durch die vom Protagonisten erduldeten DDR, sondern durch die politischen Usancen der nachfolgenden Umgestaltung der Leipziger Universität erfolgt.

Gräf, Roland (Regie): *Märkische Forschungen* (DVD), Icestorm Entertainment, Berlin 2013 [1982], 197 Minuten. € 12,94. Bezug über <https://www.spondo.de/>

Nach dem gleichnamigen Roman von Günter de Bruyn (1979). Literaturprofessor Winfried Menzel arbeitet an einer Monografie über den vergessenen märkischen Dichter Max von Schwedenow, den er als einen märkischen Jakobiner für das sozialistische Erbe zu reklamieren gedenkt. Bei einem Besuch auf dem Land lernt er den Dorfschullehrer Ernst Pötsch kennen, der sich ebenfalls sehr für Schwedenow interessiert und womöglich mehr weiß als Menzel, denn Pötsch hat recherchiert, dass Schwedenow nach seinem revolutionären Anfang unter dem Namen Massow für die preußische Zensur tätig war. Da dadurch Menzels Buch zur Makulatur zu geraten droht, versucht er, Pötsch davon abzuhalten, seine Ergebnisse zu veröffentlichen. Zwischenzeitlich hatte er Pötsch eine Assistentenstelle an seinem Institut angeboten, die dieser annahm. Damit wurde das Verhältnis beider zu einem Machtverhältnis, in dem Menzel alle seine institutionellen Machtressourcen ausspielt.

Rosenberg, Rainer: *Innenansichten zur Wissenschaftsgeschichte. Vorläufige Bilanz eines Literaturwissenschaftlers* (Berliner Beiträge zur Wissens- und Wissenschaftsgeschichte Bd. 15), Peter Lang, Frankfurt a.M. 2014, 127 S. € 29,95. Im Buchhandel.

Der 1936 geborene Rainer Rosenberg studierte von 1953 bis 1957 in Jena Germanistik und wurde 1959 promoviert. Er arbeitete ab 1965 als wissenschaftlicher Mitarbeiter und von 1980 bis 1991 als Professor für Neuere Deutsche Literatur am Zentralinstitut für Literaturgeschichte der DDR-Akademie der Wissenschaften. Anschließend war er bis 2001 am Zentrum für Literatur- und Kulturforschung Berlin tätig.

Lehn, Isabelle / Sascha Macht / Katja Stopka: *Schreiben lernen im Sozialismus. Das Institut für Literatur „Johannes R. Becher“*, Wallstein Verlag, Göttingen 2018, 600 S. € 34,90. Im Buchhandel.

Das 1955 gegründeten Leipziger Institut für Literatur „Johannes R. Becher“ vermittelte an knapp 1.000 Personen Prozesse und Formen des literarischen Schreibens. Unter ihnen waren Autoren wie Werner Bräunig, Rainer und Sarah Kirsch oder Erich Loest. 1993 wurde der laufende Lehrbetrieb abgewickelt und ein Deutsches Literaturinstitut unter dem Dach der Universität Leipzig wieder gegründet, das 1995 den Lehrbetrieb aufnahm.

Röseberg, Dorothee: *Rita Schober – Vita. Eine Nachlese* (edition lendemains Bd. 46), Narr Francke Attempto Verlag, Tübingen 2018, 366 S. € 78,-. Im Buchhandel.

Die Romanistin und Literaturwissenschaftlerin Rita Schober (1918–2012) war von 1946 bis 1949 wissenschaftliche Assistentin für Altfranzösisch und Altprovenzalisch an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Seit 1948 arbeitete sie dort mit Victor Klemperer auf dem Gebiet der französischen Literaturwissenschaft. In den Jahren 1951/1952 war sie als Hauptreferentin für Sprachen im Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen der DDR-Regierung tätig und folgte 1952 Klemperer als Assistentin an das Romanistische Institut der Humboldt-Universität zu Berlin. Dort wurde sie 1952 zur Dozentin am Romanistischen Institut berufen und erhielt nach ihrer Habilitation 1957 den Ruf als Professorin für Romanistik. Ab 1959 war sie als Klemperers Nachfolgerin bis 1978 Direktorin des Romanistischen Institutes. Zugleich war sie von 1969 bis 1975 Dekanin der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät. 1978 emeritiert, wirkte sie bis 1989 weiterhin in Lehre, Forschung und Wissenschafts- und Personalpolitik. Dorothee Röseberg hat aus dem Nachlass die Fragment geliebene Autobiografie Rita Schobers ediert und mit einem umfangreichen Kommentar versehen.

Beyer, Marcus: *Außenpolitische Deutungsverwaltung im SED-Regime. Das Institut für Internationale Beziehungen der DDR*, Peter Lang, Frankfurt a.M. 2015, 274 S. € 51,95. Im Buchhandel.

Das Institut für Internationale Beziehungen der DDR war Teil der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“ bzw. Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR in Potsdam-Babelsberg und bildete DDR-Diplomaten aus.

Sukrow, Oliver: *Arbeit. Wohnen. Computer. Zur Utopie in der bildenden Kunst und Architektur der DDR in den 1960er Jahren*, Heidelberg University Publishing, Heidelberg 2018, 520 S. Volltext unter <https://doi.org/10.17885/heiup.422.613>

Die Arbeit liefert in zweierlei Hinsicht Beiträge auch zur DDR-Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte: Zum einen widmet sich ein ausführliches Kapitel der 1969 gegründeten und bereits 1971 im Zuge des Ulbricht-Honecker-Machtwechsels wieder aufgelösten Akademie der marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaft (AMLO), dabei vorrangig dem Gebäude der AMLO in Berlin-Wuhlheide „als gebaute Kybernetik. Planungs- und Baugeschichte, Ausstattung und Konzept eines sozialistischen Zukunftsortes“, in diesem Zusammenhang aber auch den inhaltlichen Absichten, die sich mit der Akademie-Gründung verbanden; eine gesonderte Darstellung liefert zudem eine Rekonstruktion des aufwendigen (und dann gescheiterten) Projekts eines Foyerbildes für die AMLO, mit dem Josep Renau beauftragt war. Die AMLO war als Leiteinrichtung eines kybernetischen Sozialismus gedacht. Das Gebäude der AMLO als Lehrgangseinrichtung, Forschungsstelle und Ausstellungshaus sollte auch baulich, raumkünstlerisch und symbolisch die Ablösung der alten, mechanisch-körperlichen Arbeitswelt durch die komplexe Automatisierung und Computerisierung ausdrücken. Zum anderen wird der Architekt und Architekturtheoretiker Josef Kaiser (1919-1991), Professor an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, erstmals ausführlich mit seinen theoretischen Entwürfen gewürdigt, hier insbesondere seine Beiträge zu einer sozialistischen Architekturtheorie (unter der Leitfrage „Wie lebt und wohnt der Mensch der sozialistischen Zukunft und wer baut für ihn?“) und seine Ideen zur Reformierung der Krise des industriellen Bauens in der DDR.

Flierl, Bruno: *Kritisch Denken für Architektur und Gesellschaft. Arbeitsbiographie und Werkdokumentation 1948–2017. Erweiterte Neuauflage* (REGIO doc

4), hrsg. von Christoph Bernhardt, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), Erkner 2017, 238 S. € 14,-. Bezug bei: IRS, Flakenstr. 28–31, 15537 Erkner. Volltext unter <http://ddr-planungsgeschichte.de/wp-content/uploads/2017/03/Bruno-Flierl-Kritisch-denken-f%C3%BCr-Architektur-und-Gesellschaft-2017.pdf>

Bruno Flierl war und ist einer der bedeutendsten ostdeutschen Theoretiker, Historiker und Kritiker des Städtebaus und der Architektur. Seine erstmals zum 80. Geburtstag 2007 erschienene Arbeitsbiografie und Werkdokumentation wurde zum 90. Geburtstag in einer erweiterten Fassung vorgelegt, die auch die Jahre 2007–2017 umfasst und entsprechend 35 Seiten umfangreicher ist als die erste Ausgabe.

Flach, Herbert / Joachim Lück / Rosemarie Preuss: **Lehrerausbildung im Urteil ihrer Studenten. Zur Reformbedürftigkeit der deutschen Lehrerbildung** (Greifswalder Studien zur Erziehungswissenschaft Bd. 2), Verlag Peter Lang, Frankfurt a.M. 1995, 272 S. € 65,95. Im Buchhandel.

Die Autor.innen waren in der 1970 bis 1985 bestehenden Arbeitsstelle für Theorie und Methodik der Lehrerbildung an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften tätig. Sie stellen hier die Ergebnisse überwiegend unveröffentlichter empirischer Studien der Arbeitsstelle vor, arrondieren es mit weiteren Untersuchungen in der DDR und ordnen dies in die Ergebnisse der empirischen Forschung zur Lehrerbildung in der Bundesrepublik ein. Dabei werden die Erfahrungen und Vorstellungen der Lehrerstud.innen zu den bildungstheoretischen und hochschuldidaktischen Positionen und Realitäten der Lehrerausbildungen in Ost und West in Beziehung gesetzt.

Große, Klaus-Dietrich / Helmut Siebert (Hg.): **Rehabilitationspädagogik im interdisziplinären Kontext. Festschrift für Prof. Dr. habil. Klaus-Peter Becker** (Sonderpädagogik in Forschung und Praxis Bd. 13), Verlag Dr. Kovač, Hamburg 2006, 221 S.

Klaus Peter Becker (\*1926) hat wesentlich die Rehabilitationspädagogik in der DDR mitbegründet. Er war seit 1963 Professor und ab 1966 Direktor des Instituts für Sonderschulwesen der Humboldt-Universität zu Berlin, seit 1969 Sektion Rehabilitationspädagogik und Kommunikationswissenschaft.

Becker, Klaus-Peter (Hg.): **Bewährtes bewahren – Neues gestalten. Wissenschaftliches Symposium aus Anlass des 90. Geburtstages von Prof. em. Dr. paed. habil. Klaus-Peter Becker**, Stiftung Rehabilitationszentrum Berlin-Ost, Berlin o.J. [2016]; Volltext unter [https://rbo.berlin/data/user\\_upload/stiftung/Dokumente/Einblicke/inmitten-Band\\_5\\_Bewaehtes\\_bewahren\\_-\\_Neues\\_gestalten.pdf](https://rbo.berlin/data/user_upload/stiftung/Dokumente/Einblicke/inmitten-Band_5_Bewaehtes_bewahren_-_Neues_gestalten.pdf)

Voit, Jochen / Gabriele Stötzer: **Rädelsführer. Studentischer Protest in der DDR 1976**, Lukas Verlag, Berlin 2018, 239 S. € 19,80. Im Buchhandel.

Der Student der PH Erfurt Wilfried Linke schrieb 1976 einen kritischen Artikel für die Hochschulzeitung. Der Beitrag wurde nicht gedruckt, der Student jedoch zwangsexmatrikuliert. Seine Mitstudierenden solidarisierten sich mit ihm und schrieben einen Brief an Bildungsministerin Margot Honecker. Diese reagierte mit Härte und verlangte die Rücknahme der Unterschriften. Es folgten weitere Zwangsexmatrikulationen und öffentliche Distanzierungen. Gezeigt werden die Folgen der repressiven Hochschulpolitik anhand der Lebensläufe der drei von der Hochschulleitung zu Rädelsführern erklärten Studierenden. Die Mitautorin Gabriele Stötzer wurde damals relegiert und zur Bewährung in die Produktion geschickt.

Schulz, Dagmar: *Zum Leistungsprinzip in der DDR. Politische und pädagogische Studien* (Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte Bd. 70), Böhlau, Köln/Weimar/Wien 1998, 283 S. Im antiquarischen Buchhandel.

Im hiesigen Kontext interessieren vor allem das Kapitel zu „Leistung im Bildungssystem der DDR“ sowie folgende Anhänge: „Auswahlbibliographie zur Begabtenforschung in der DDR“, „Zu einigen sozialen Aspekten der Begabungsförderung in der DDR (Statistiken)“ und „Zur Diskussion um die ‚biopsychosoziale Einheit Mensch‘“.

Ertelt-Vieth, Astrid / Brandt, Bertolt/Bernhard Frenzel/Ernst-Georg Kirschbaum (Hg.): *Russischdidaktik in Deutschland – Ergebnisse und Perspektiven. Wissenschaftliches Kolloquium zum 100. Geburtstag von Prof. Dr. Otto Hermenau (1900–1984)*, Institut für Slawistik, Philosophische Fakultät II der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 2001, 71 S. Bezug bei: Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Slawistik, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.

Otto Hermenau hatte 1950 und 1965 die Professur für Methodik des Russischunterrichts an der Humboldt-Universität zu Berlin inne.

Spantzel, Claudia: *Die Landeskunde-Diskussion im Rahmen des Fremdsprachenunterrichts in der DDR. Eine bildungspolitische und wissenschaftshistorische Analyse* (Europäische Hochschulschriften Reihe XI: Pädagogik, Bd. 831), Peter Lang, Frankfurt am Main u.a. 2001, 250 S. € 65,95. Im Buchhandel.

Die Landeskunde etablierte sich in der DDR neben der Sprach- und Literaturwissenschaft als dritte Säule der Ausbildung von Fremdsprachenlehrern. Rekonstruiert wird hier die Entwicklung dieses Faches im Rahmen der Fremdsprachenausbildung an den Schulen und Hochschulen der DDR.

Udke, Brigitte: *Bruchstücke. Arbeit und Recht im Spiegel einer Zeitschrift 1969–1989*, Berlin 2005, 146 S. € 9,80. Im Buchhandel oder unter [bg@udke.de](mailto:bg@udke.de)

Die heute noch erscheinende Zeitschrift „Arbeit und Arbeitsrecht“ ging aus der 1946 gegründeten Zeitschrift „Arbeit und Sozialfürsorge“ hervor und wurde später mit der Zeitschrift „Arbeitsrecht“ zusammengelegt. Sie war eine der wenigen juristischen Fachzeitschriften in der DDR und widmete sich anfänglich sozialversicherungs- und arbeitsrechtlichen Themen. Später wurden auch arbeitsökonomische, arbeitsmedizinische und auch arbeitspsychologische Fragestellungen bearbeitet. Die Zeitschrift fand – vor allem in den Betrieben – weite Verbreitung und hatte 1989 eine Auflage von 96.000 Exemplaren. Die Autorin, von 1969 bis 2000 Chefredakteurin der Zeitschrift, reflektiert verschiedene Aspekte des Arbeitsrechts in der DDR (u.a. Recht auf Arbeit, soziale Sicherheit, Arbeitsrechtsprechung, Förderung der Frau), die Inhalte der Zeitschrift sowie die Tätigkeit der Redaktion.

Jacobsen, Sven Olaf: *Von der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“ zur Juristischen Fakultät der Universität Potsdam. Zur Wissenschaftsgeschichte der Wendezeit*, Frank & Timme, Berlin 2006, 316 S. € 34,80. Im Buchhandel.

Im Zentrum der Arbeit stehen die Schlussphase der Akademie, die 1990 aus dieser heraus erfolgte Gründung einer Hochschule für Recht und Verwaltung und deren Einbeziehung in die Gründung der (vorrangig aus der PH Potsdam hervorgegangenen) Universität Potsdam.

Mager, Tino / Bianka Trötschel-Daniels (Hg.): *Rationelle Visionen – Raumproduktion in der DDR* (Forschungen zum baukulturellen Erbe der DDR Bd. 8),

Bauhaus Universitätsverlag, Ilmtal-Weinstraße 2019, 209 S. € 36,-. Im Buchhandel.

Im hiesigen Kontext interessieren vor allem die folgenden Beiträge: „Von den alten Städten und Dörfern“. Zur Städtebauteorie der DDR in den 1950er und 1960er Jahren“ (Tobias Zervosen), „Ohne Typisierung keine Industrialisierung“. Hans Schmidt am Institut für Typung 1956 bis 1958“ (Kathrin Siebert) und „Historische Mission“ und gebaute Zukunft – Raum-, Zeit- und Wissensbegriffe in der Stadtraumgestaltung der DDR“ (Jochen Kibe).

Bauhaus-Universität Weimar (Hg.): **Das Internationale Bauhaus-Kolloquium in Weimar 1976–2019. Ein Beitrag zur Wiederaneignung des Bauhauses**, Weimar o.J. [2017ff.]; URL <https://www.bauhaus-kolloquium.de/archiv/>

Die Website ist die virtuelle und ergänzte Präsentation einer Ausstellung von 2016, welche die Geschichte des Internationalen Bauhaus-Kolloquiums behandelte. Das Kolloquium fand seit 1976 – dem Jahr der Wiedereröffnung des sanierten Bauhaus-Gebäudes in Dessau und der Gründung eines „Wissenschaftlich-Technischen Zentrums Bauhaus Dessau“ dort – in der DDR statt und wird bis heute im Dreijahresturnus durchgeführt (z.Z. letztes dokumentiertes Kolloquium: 2019). Bis 1989 war es ein Ort, an dem die inzwischen offiziell befürwortete Bauhausrezeption genutzt wurde, um die sich perforierenden Grenzen des Sagbaren vornehmlich in der Städtebauforschung zu testen. Präsentiert werden Texte, Fotos und Zeitzeugnisse. Letztere sind nicht lesbar und lassen sich nicht vergrößern, was man als Optimierungsreserve für die Übersetzung von Bauhausideen ins digitale Zeitalter markieren kann. Für die Kolloquien der Jahre 1976 bis 2013 wird zudem jeweils eine PDF-Broschüre mit Fotoimpressionen bereitgestellt.

Arlt, Peter (Hg.): **Künstler, Kunstwerk und Gesellschaft. Gedenkveranstaltung für Peter H. Feist. 8. Dezember 2016** (Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin Bd. 132), trafo Wissenschaftsverlag Dr. Wolfgang Weist, Berlin 2017, 163 S. Im Buchhandel. Volltext unter <https://leibnizsozietat.de/wp-content/uploads/2012/10/Band-132-Gesamtdatei.pdf>

Die Dokumentation der Gedenkveranstaltung für den Kunsthistoriker Peter Heinz Feist (1928–2015) enthält neben der Auseinandersetzung mit seinem Werk auch persönliche Erinnerungen. Feist holte 1947 in Lutherstadt Wittenberg sein Abitur nach und studierte anschließend bis 1952 Kunstgeschichte, Geschichte und klassische und orientalische Archäologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Nach dem Studium arbeitete er am dortigen Kunstgeschichtlichen Institut von 1952 bis 1958 als Assistent bei Wilhelm Worringer. Ab 1958 Oberassistent und Wahrnehmungs-Dozent am Institut für Kunstgeschichte der Humboldt-Universität zu Berlin, erfolgte 1969 die Berufung zum ordentlichen Professor an der Sektion Ästhetik und Kunstwissenschaften der Humboldt-Universität. Von 1982 bis zu seinem Vorruhestand 1990 war Feist Direktor des Instituts für Ästhetik und Kunstwissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR.

Schmidt, Hans-Werner / Frédéric Bußmann (Hg.): **DDR auf Wänden. Junge Perspektiven auf die Leipziger Malerei nach 1949**, Museum der bildenden Künste Leipzig, Leipzig 2017, 55 S. Volltext unter: [http://ddr.museum.academy/wp-content/uploads/2017/03/MdbK\\_DDRaufWaenden\\_Begleitbroschuere\\_final.pdf](http://ddr.museum.academy/wp-content/uploads/2017/03/MdbK_DDRaufWaenden_Begleitbroschuere_final.pdf)

In der gleichnamigen Ausstellung setzten sich 16 Schüler:innen der 35. Oberschule Leipzig mit der Sammlung DDR-Kunst im Museum der bildenden Künste Leipzig auseinander. Von der Themenfindung über die Werkauswahl und deren Kommentierung bis hin zur Präsentation lag die Regiearbeit bei ihnen. Zahlreiche Exkursionen in die Ausstellungsräume und Magazine des Museums vermittelten die Möglichkeit, sich mit den Werken auseinanderzusetzen. Die Ausstellung war in vier Kapitel eingeteilt: „Alltag – Arbeit – Freizeit“; „Stadt –

Land – Industrie“; „Liebe – Lust – Geborgenheit“ sowie „Sehnsucht – Freiheit – Macht“. Gezeigt wurden Bilder von Jost Braun, Dietrich Burger, Gudrun Brüne, Wolfram Ebersbach, Fritz Fröhlich, Albrecht Gehse, Monika Geilsdorf, Sighard Gille, Hans Grundig, Ulrich Hachulla, Bernhard Heisig, Werner Juza, Joachim Kratsch, Sabine Lessig, Wolfgang Mattheuer, Walter Münze, Gudrun Petersdorff, Günter Richter, Arno Rink, Günter Albert Schulz, Harald Schulze, Willi Sitte, Sabine Slatosch, Volker Stelzmann, Heinz Eberhard Strüning, Norbert Wagenbrett, Hannes H. Wagner, Doris Ziegler und Lothar Zitzmann – und damit überwiegend Leipziger Schule, die zugleich Hochschulgeschichte, die der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig, repräsentiert.

Dordeck, Rainer (Fotografien): ***Gret Palucca. Tanzausbildung hinter dem „Eisernen Vorhang“***, hrsg. von Cornelia Richter-Dordeck und Kristina Bernewitz, Sax-Verlag, Beucha/Markkleeberg 2017, 152 S. € 24,80. Im Buchhandel.

Rainer Dordeck (1941–2011) dokumentierte in den 1980er Jahren in Schwarz-Weiß-Fotografien die Entwicklung einer Meisterklasse an der Palucca Schule Dresden. Gezeigt wird dabei die Arbeit der hochbetagten Gret Palucca (1902–1993). Die 1925 gegründete und nach Kriegsende wiedereröffnete Schule war die bedeutendste Ausbildungsstätte für Tänzer, Choreographen und Tanzpädagogen in der DDR.

Universität Rostock, Sektion Geschichte (Hg.): ***I. Ribnitzer Informatikhistorisches Kolloquium (RIK)*** (Rostocker wissenschaftshistorische Manuskripte H. 19), Abteilung Wissenschaftspublizistik der Universität Rostock, Rostock 1990, 60 S.

Das dokumentierte Kolloquium fand im Oktober 1989 statt, das Manuskript der Tagungsdokumentation wurde im August 1990 abgeschlossen. U.a. mit folgenden Beiträgen: Zur Frühgeschichte der Informatik in der DDR (Manfred Möhring), Das Technische Museum Dresden präsentiert Rechentechnik-Geschichte in der DDR (Peter Bartsch), Von der mechanischen Fakturiermaschine zum Personalcomputer – Stationen aus der Betriebsgeschichte des VEB Robotron-Büromaschinenwerk „Ernst Thälmann“ Sömmerda (Eberhard Heinze), Entwicklung der Informatik an der Technischen Universität „Otto von Guericke“ – insbesondere unter dem Aspekt ihres Einsatzes in der experimentellen Forschung (Henning Böhlert), Zur Entwicklung programmgesteuerter Rechenmaschinen unter besonderer Beachtung der Speichermedien (Werner Schmidt), Zur Entwicklungsgeschichte höherer Programmiersprachen (Christian Objartel).

Fuchs-Kittowski, Frank / Werner Kriesel (Hg.): ***Informatik und Gesellschaft. Festschrift zum 80. Geburtstag von Klaus Fuchs-Kittowski***, Peter Lang Verlag, Frankfurt a.M. 2016, 511 S. € 89,95. Im Buchhandel.

Der 1934 geborene Klaus Fuchs-Kittowski arbeitete zwischen 1969 und 1972 als Dozent für philosophische Probleme der Kybernetik und ab 1972 bis 1992 als ordentlicher Professor für Informationsverarbeitung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Im selben Zeitraum war er zugleich im Wechsel Leiter des Bereichs Systemgestaltung und automatisierte Informationsverarbeitung und Direktor für Forschung der Sektion Wissenschaftstheorie und -organisation. Im hiesigen Kontext interessieren neben der Rede zur Eröffnung der Tagung (Klaus Semlinger) und der Laudatio auf den Jubilar (Christian Stary) vor allem die Beiträge „Alma mater lipsiensis – Impressionen von Studium und wissenschaftlichem Leben an der Karl-Marx-Universität Leipzig in den 1950/60er Jahren“ (Hannelore und Karl-Heinz Bernhardt), „Als Philosophiestudenten in Leipzig – die späten Fünfziger“ (Hubert Laitko) sowie das Veröffentlichungsverzeichnis Fuchs-Kittowskis.

Paufler, Peter: *Alfred Recknagel und der Wiederaufbau der Dresdner Physik*, Donatus, Niederjahna 2018, 60 S. € 12, 95. Im Buchhandel.

Recknagel (1910–1994) wurde 1948 zum ordentlichen Professor und Direktor des Instituts für Experimentalphysik (ab 1969 für Experimental- und Elektronenphysik) der TH Dresden berufen. Seine Emeritierung erfolgte 1975. Ihm zu Ehren trägt das Physikgebäude der TU Dresden seit 2016 den Namen „Recknagel-Bau“.

Ganske-Zapf, Mandy / Dennis Grabowsky / Robert Kalimullin: *Erfindungen aus der DDR*, Bild und Heimat Verlag, Berlin 2018, 127 S. € 14,99. Im Buchhandel.

Die hier zusammengetragenen Erfindungen aus der DDR gehen nicht nur auf die Industrieforschung zurück, sondern auch auf die Mitwirkung von wissenschaftlichen Einrichtungen (wie dem Institut für Getreideverarbeitung in Bergholz-Rehbrücke im Fall der Tempolinsen oder der Entwicklung der künstlichen Bandscheibe durch Karin Janz und Kurt Schellnack an der Berliner Charité) oder sind wesentlich mit Forschernamen wie Manfred von Ardenne oder Heinrich Mauersberger verbunden.

Boch, Ralph: *Der Potsdamer Telegrafenberg. Ein traditionsreicher Forschungsstandort zwischen DDR und wiedervereinigtem Deutschland. Zum Festakt anlässlich der Verabschiedung von Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Rolf Emmermann am 8.1.2008*, GeoForschungsZentrum Potsdam, Potsdam 2008, 50 S. Volltext unter [bib.gfz-potsdam.de/pub/telegrafenberg\\_1989.pdf](http://bib.gfz-potsdam.de/pub/telegrafenberg_1989.pdf)

Auf dem Telegraphenberg befand sich während der DDR 30 Jahre lang das AdW-Zentralinstitut für Physik der Erde. Seit 1992 sind dort die Forschungsstelle Potsdam des Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung, das Deutsche GeoForschungsZentrum sowie das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung angesiedelt, und das Institut für Astrophysik Potsdam betreibt hier die historischen Teleskope Großer Refraktor und Einsteinturm.

Kruschel, Heinz: *Wind im Gesicht. Roman* (Mitteldeutscher Verlag, Halle/Leipzig 1971), Neuauflage: edition digital, Pinnow 2017, 404 S. € 7,99. Bestellung unter <https://edition-digital.de/Kruschel/Wind/>

Erzählt wird die Geschichte des Biologiedozenten Robert Karnel, der seine eigene Dissertation verwirft, weil er einem interessanten und volkswirtschaftlich wichtigen mikrobiologischen Problem auf die Spur gekommen ist und es lösen helfen möchte. Gleichzeitig hat Karnel Studenten zu erziehen, Biologie-Lehrer von morgen. Dies versucht er auf neue Weise, kämpft an gegen den toten Wissensballast einer bloß beschreibenden Wissenschaft, und er sucht der Hochschulreform an seinem Institut schneller zum Durchbruch zu verhelfen: Aus dem Lehrerbildungsinstitut soll eine Hochschule werden.

Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (Hg.): *Fünfzig Jahre Gewässerforschung am Stechlinsee. 1959-2009*, Berlin 2009, 15 S. Volltext unter [www.igb-berlin.de/sites/default/files/media-files/download-files/50%20Jahre%20Gew%C3%A4sserforschung%20am%20Stechlinsee\\_1.pdf](https://www.igb-berlin.de/sites/default/files/media-files/download-files/50%20Jahre%20Gew%C3%A4sserforschung%20am%20Stechlinsee_1.pdf)

1959 wurde durch das Kuratorium der Forschungsgemeinschaft der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin die Forschungsstelle für Limnologie mit Hauptsitz in Jena und einer Außenstelle am Stechlinsee beschlossen. 1972 verloren diese ihre Eigenständigkeit und wurde als Abteilung Limnologie in das Zentralinstitut für Mikrobiologie und Experimentelle Therapie (ZIMET) Jena der DAW eingegliedert und bis Ende 1991 weitergeführt. 1992 wurde in Berlin das Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB) als neues Blaue-Liste-Institut mit einer Nebenstelle (Abteilung Limnologie Geschichteter Seen) in Neuglobsow gegründet.

Zimmermann, Klaus / Reinhard Schwarzer / Anne-Kathrin Hentsch (Red.): **140 Jahre landwirtschaftliche Untersuchung und angewandte Forschung. 1855 Großmehlen. 1995 Halle/Halberstadt. Festschrift**, Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt des Landes Sachsen-Anhalt, Halle/Halberstadt 1995, 93 S. Bezug bei: Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau, Strenzfelder Allee 22, 06406 Bernburg (Saale).

Die hier rekonstruierte Vorgeschichte der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt des Landes Sachsen-Anhalt umfasst u.a. die aus der 1953 als Arbeitsgemeinschaft Fütterungsberatung am Institut für Tierernährung der Martin-Luther-Universität gegründete Zentralstelle für Futtermittelprüfung und Fütterung und das Zentrallabor Halle im Bereich Agrochemische Untersuchung und Beratung am Institut für Pflanzenernährung Jena der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR (beide Halle) sowie die Bezirksstelle für Futtermittelprüfung des Bezirkes Magdeburg und die Abteilung Qualitätsforschung Hadmersleben im Institut für Pflanzenzüchtung Gützow-Güstrow (beide Halberstadt).

Gesellschaft für Pflanzenzüchtung (Hg.): **Pflanzenzüchtung und die Züchtergemeinschaften in der DDR** (Vorträge für Pflanzenzüchtung H. 51 / GPZ – Dokumente 6 aus der AG (9) Geschichte der Pflanzenzüchtung), Göttingen 2001, 324 S. € 18,-. Bezug bei: Saatgut-Treuhandverwaltungs-GmbH, Kaufmannstraße 71, 53115 Bonn.

Eine Besonderheit in der Pflanzenzüchtung der DDR war die Existenz von Züchtergemeinschaften. Diese wurden in der ersten Hälfte der 1960er Jahre zunächst von Züchtungsforschern und praktischen Züchtern initiiert, fanden aber bald auch staatliche Zustimmung und Unterstützung. Hier werden – zumeist von ihren langjährigen Leitern – dreizehn dieser Züchtergemeinschaften vorgestellt. Ständige Mitglieder der Züchtergemeinschaften waren u.a. das Institut für Pflanzenzüchtung der Martin-Luther-Universität Halle, die Sektion Gartenbau an der Humboldt-Universität zu Berlin und die Institute in Bernburg-Hadmersleben, Gützow, Groß Lüsewitz, Klein Wanzleben, Quedlinburg und Pillnitz.

Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen (Hg.): **Festschrift aus Anlaß der Gründungsveranstaltung am 24.4.1992 in Quedlinburg**, Quedlinburg 1992, o.S.

Die Neugründung baute auf dem Institut für Züchtungsforschung Quedlinburg der DDR-Akademie für Landwirtschaftswissenschaften auf. 2008 wurde die Bundesanstalt in das neugeschaffene Julius Kühn-Institut – Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen Quedlinburg (JKI) eingegliedert.

Ministerium für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt Sachsen-Anhalt (Hg.): **60 Jahre gärtnerische Lehre in Quedlinburg**, o.O. [Quedlinburg] o.J. [1997], 43 S.

Die Fachschule für Gartenbau in Quedlinburg geht auf die 1947 gegründete Höhere Gartenbau-Lehranstalt zurück.

**Integrierter Pflanzenschutz und Resistenz von Kulturpflanzen gegen Krankheiten und Schädlinge. Vorträge des Ehrenkolloquiums aus Anlass des 70. Geburtstag von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Dieter Spaar am 22. September 2003 in Güterfelde**, o.O., o.J. [2004], 73 S.

Dieter Spaar (1933-2010) war ein deutscher Pflanzenbauwissenschaftler, Virologe und ab 1987 letzter Präsident der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR (AdL).

Geforscht hatte er zunächst am AdL-Institut für Phytopathologie Aschersleben (1968-1972 dessen Direktor), dann als Direktor des AdL-Instituts für Pflanzenproduktionsforschung.

Gäde, Helmut: ***Berufliche Erinnerungen. Als Landwirt in DDR – Deutschland. Autobiografische Skizzen von 1955–1997 im Dialog mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts***, docupoint Verlag, Magdeburg 2008, 392 S. € 18,-. Im Buchhandel.

Der Pflanzenbauwissenschaftler, Saatgutbetriebswirt und Agrarhistoriker Helmut Gäde studierte von 1951 bis 1954 Landwirtschaft an der Universität Rostock. Von 1956 bis 1963 war er als Wissenschaftlicher Assistent und Oberassistent am dortigen Institut für Acker- und Pflanzenbau, von 1963 bis 1982 in der Leitungszentrale der Pflanzenzüchtung und Saatgutwirtschaft der DDR in Quedlinburg tätig. Anschließend wirkte er bis 1997 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Deutschen Kulturpflanzenbank Gatersleben mit.

Wolf, Johannes / Georg Schönmuß / Siegfried Zelfel / Helmut Pfeiffer (Hg.): ***Tierzucht in der DDR und in den neuen Bundesländern*** (DGfZ-Schriftenreihe Sonderheft 1), Deutsche Gesellschaft für Züchtungskunde, Bonn 2007, 251 S. € 15,-. Bezug bei: Deutsche Gesellschaft für Züchtungskunde, Adenauerallee 174, 53113 Bonn; eMail: info@dgfz-bonn.de

Im hiesigen Kontext interessieren vor allem die Kapitel „Aus- und Weiterbildung an Universitäten“, „Forschung an Universitäten und Hochschulen“ sowie „Außeruniversitäre Forschung“, letztere mit Einzeldarstellungen zu allen einschlägigen Institutionen.

Wegener, Sylvia (Red.): ***Erinnerungen an die Landwirtschaftliche Fachschule Ludwigslust. Zusammengestellt und herausgegeben aus Anlass des Erinnerungstreffens ehemaliger Absolventen der Fachschule für Landwirtschaft Ludwigslust am 8. und 9. Oktober 2009. 50 Jahre nach Schließung des Standortes Ludwigslust***, hrsg. vom Stadtarchiv Ludwigslust, Ludwigslust 2009, n. pag. Bezug bei: Stadt Ludwigslust, Stadtarchiv, Schloßstr. 38, 19288 Ludwigslust.

Der Lehrbetrieb an der Fachschule für Landwirtschaft Ludwigslust wurde – ebenso wie an den Fachschulen in Lübz, Lübtheen und Perleberg – im Jahr 1957 eingestellt, um die landwirtschaftliche Fachschulausbildung am Standort Güstrow-Bockhorst zu konzentrieren.

Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Nutztierwissenschaften (Hg.): ***Vortragsveranstaltung anlässlich des 65. Geburtstages von Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Ernst Lindemann. Mittwoch, den 28. November 2001***, o.O. [Berlin] o.J. [2001], 60 S. Bezug bei: Albrecht Daniel Thaer-Institut für Agrar- und Gartenbauwissenschaften, Invalidenstr. 42, 10115 Berlin.

Lindemann wurde 1979 als Professor für Technologie der Tierproduktion an die Sektion Tierproduktion und Veterinärmedizin der Humboldt-Universität zu Berlin berufen. Von 1994 bis 2002 war er Dekan der dortigen Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät.

Simon, Wilhelm: ***Mein Leben als Land-Wirt. Wege und Irrwege – mein Credo über 60 Jahre Agrarforschung*** (... auch ein autobiografisches Fragment Bd. 2), Selbstverlag, Schwerin 2011, 196 S.

Simon (1923-2016) promovierte 1953 zur Kartoffel-Keimstimulation und wurde 1956 an der Humboldt-Universität zu Berlin habilitiert. Nach einer Tätigkeit als Fachschullehrer wurde er wissenschaftlicher Abteilungsleiter am Institut für Acker- und Pflanzenbau Mün-

cheberg, 1961 Professor und Direktor am Institut für Futterbau an der Landwirtschaftlichen Hochschule Bernburg und baute 1967 die Abteilung Ackerbau am Institut für Grünland und Moorforschung der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften in Paulinenaue (Westhavelland) auf, bis er 1983 aus gesundheitlichen Gründen aus dem aktiven Dienst ausschied.

Krupp, Gerhard: *Überholen ohne einzuholen in der Landtechnik der DDR. Wie man mit Forschern und Forschung umgehen konnte. Eine Innenansicht der größten DDR der Welt*, Selbstverlag, Berlin 2013, 396 S.

Der Autor (\*1932) baute den „Bereich Forschung“ im Wissenschaftlich-Technischen Zentrum Schlieben auf (später Teil des Forschungszentrums für Mechanisierung der Landwirtschaft der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften) und wurde Anfang der 70er wegen politischer Unbotmäßigkeit kaltgestellt.

Kluge, Patrick: *Die Geschichte der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Veterinärmedizin (in) der DDR (WGV) aus der Sicht ihrer Archivalien*, Mensch-und-Buch-Verlag, Berlin 2017, 690 S.; Volltext unter [https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/13940/Kluge\\_online.pdf?sequence=1&isAllowed=y](https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/13940/Kluge_online.pdf?sequence=1&isAllowed=y)

Die Arbeit rekonstruiert die Geschichte der WGV anhand ihrer Archivalien, die in der Fachbibliothek des Fachbereiches Veterinärmedizin der FU Berlin aufbewahrt werden. Die Aufarbeitung der Dokumente konnte erstmals von unabhängiger Seite erfolgen. Die Initiative zur Gründung der (WGV) ging im wesentlichen von Tierärzten der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin (DAL) aus. Hauptaufgabe der Gesellschaft war die 1963 durch einen Ministerratsbeschluss vollständig in die Verantwortlichkeit der WGV übergegangene Fort- und Weiterbildung der Tierärzte der DDR. Der wissenschaftliche Austausch mit veterinärmedizinischen Gesellschaften im westlichen Ausland und die Einladung westlicher Referenten wurde mit dem Mauerbau und der damit einhergehenden Abschottung der DDR erschwert. Erst gegen Ende der 80er Jahre wurden die Ein- und Ausreisebestimmungen für die Teilnahme an Kongressen und Tagungen gelockert und Mitgliedschaften der WGV in internationalen Gesellschaften zugelassen. Ein erstes offizielles Treffen zwischen Vertretern der WGV und der westdeutschen Fachgesellschaft DVG fand 1988 statt. Die Gespräche mündeten in eine Zusammenarbeitsvereinbarung. Die 1990 seitens der WGV angestrebte Fusion mit der DVG wurde nicht umgesetzt. Die WGV wurde zum 31.12.1990 aufgelöst.

Albrecht, Helmuth: *Die Bergakademie Freiberg. Eine Hochschulgeschichte im Spiegel ihrer Jubiläen 1765 bis 2015*, mitteldeutscher verlag, Halle 2016, 416 S. € 29,95. Im Buchhandel.

Jubiläen eignen sich dazu, die Veränderungen im Selbstbewusstsein und Selbstverständnis einer Hochschule vor dem Hintergrund ihrer eigenen Geschichte sowie der sich verändernden politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen während ihrer historischen Entwicklung aufzuzeigen. Anlässlich ihres 250-jährigen Bestehens wird durch den Blick auf die Jubiläen die Geschichte der Freiburger Universität vom 18. bis ins 21. Jahrhundert rekonstruiert. Im hiesigen Kontext interessieren vor allem die Jubiläen 1965 und 1990.

Tietke, Mathias: *Yoga in der DDR. Geächtet, Geduldet, Gefördert*, Verlag Ludwig, Kiel 2014, 175 S. € 19,90. Im Buchhandel.

Die Rezeption des Yoga durchlief in der DDR drei Phasen: Ächtung, Duldung und schließlich Anerkennung. Diese Rezeption, die hier u.a. anhand der Auswertung von populären wie wissenschaftlichen Publikationen und Stasi-Akten rekonstruiert wird, wurde deutlich durch Wissenschaftler mitgeprägt: So trug Otto Prokop wesentlich zur Pathologisierung von Yoga

bei; fachärztliche Studien mit Yoga-Gruppen an der Medizinischen Akademie Dresden wirkten auf eine Duldung hin, und die Arbeiten des Ethnologen Walter Ruben begleiteten schließlich die Förderung von Yoga. Ergänzt wird der Band durch einen Überblick zum Umgang mit Yoga im Ostblock insgesamt.

Kumbier, Ekkehardt / Holger Steinberg (Hg.): *Psychiatrie in der DDR. Beiträge zur Geschichte* (Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte Bd. 24), be.bra wissenschaft verlag, Berlin 2018, 339 S. € 32,-. Im Buchhandel.

Im hiesigen Kontext interessieren vor allem die folgenden Beiträge: „Johannes Suckow (1896-1994) – Ein ‚Euthanasie-Verbrecher‘ als Gründer der Klinik für Psychiatrie und Neurologie der Medizinischen Akademie ‚Carl Gustav Carus‘ Dresden?“ (Marina Dienert), „Psychiater im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft – Hochschullehrer an den Universitätsnervenkliniken in der SBZ und DDR bis 1961“ (Ekkehardt Kumbier/Kathleen Haack), „Zur Frage eines politischen Missbrauchs der Psychiatrie in der DDR – Eine Rückschau nach 20 Jahren“ (Sonja Stüb), „Forensische Psychiatrie in der DDR“ (Matthias Lammet), „Suizidforschung und -prävention in der DDR“ (Udo Grashoff), „Publizieren als Politikum – Das ‚Mette-Blättchen‘ oder die Zeitschrift ‚Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie‘“ (Marie Teitge/Ekkehardt Kumbier), „Sozialpsychiatrischer Transit – Kontakte zwischen Psychiatern in Ost und West im Umfeld der bundesdeutschen Psychiatriereform“ (Christof Beyer), „Die Entstehungsgeschichte der Rodewischer Thesen im Kontext von Psychiatrie, Sozialhygiene und Rehabilitationsmedizin der DDR“ (Lena Hennings), „Psychiatrie in der DDR zwischen Aufbruch und Stagnation – Die Brandenburger Thesen zur ‚Therapeutischen Gemeinschaft‘ (1974/76)“ (Ekkehardt Kumbier/Rathleen Haack), „Zur Entwicklung der Arbeitstherapie in der DDR unter besonderer Berücksichtigung des Bezirkskrankenhauses Stralsund“ (Jan Armbruster), „Depressionsforschung in der DDR – Historische Entwicklungslinien und Therapieansätze“ (Julia Thormann/Hubertus Himmerich/Holger Steinberg), „‚Schocktherapien‘ und Leukotomie in der DDR-Psychiatrie“ (Lara Rzesnitzek), „Die Einführung von Psychopharmaka in der DDR – Die schwierige Rekonstruktion einer pharmakologischen Revolution“ (Volker Hess), „Aufspalten und neu ordnen – Dokumentationssysteme, Psychopathologie und Psychopharmaka in der BRD und DDR, 1955–1985“ (Viola Balz), „Christa Köhlers ‚Kommunikative Psychotherapie‘ – Ein integratives Psychotherapiekonzept im biografischen, wissenschaftlichen und historischen Kontext“ (Marie Steinmetz/Hubertus Himmerich/Holger Steinberg) und „Das Bild der Psychiatrie in der DDR-Literatur – Psychiatrische Themen in der fiktionalen und dokumentarischen Literatur der DDR der 1970er und 1980er Jahre“ (Thomas R. Müller).

Selvage, Douglas / Christopher Nehring: *Die AIDS-Verschwörung. Das Ministerium für Staatssicherheit und die AIDS-Desinformationskampagne des KGB* (BF informiert 33), Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 2014, 152 S. Volltext unter [https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Publikationen/BF133\\_Selvage\\_AIDS.pdf](https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Publikationen/BF133_Selvage_AIDS.pdf)

1983 lancierte der KGB international die These, dass der HI-Virus aus einem US-amerikanischen Forschungslabor stamme und dort als Geheimwaffe entwickelt worden sei. Beteiligten an der Verbreitung dieser These war auch die MfS-Hauptverwaltung Aufklärung. Diese unterstützte Forschungsprojekte, die die These untermauern sollten, und finanzierten einen Dokumentarfilm zur deren Popularisierung im Westen. In der DDR wurde die Thesen von dem Humboldt-Universitäts-Biologen Jakob Segal und seiner Frau Lilli Segal gestützt, doch konnten letztlich nie empirische Beweise beigebracht werden.

Gräf, Roland (Regie): **Die Flucht** (DVD), Icestorm Entertainment, Berlin 2008 [DEFA 1977], 94 Minuten. € 9,99. Bezug über <https://www.spondo.de/>

Oberarzt Dr. Schmith (Armin Mueller-Stahl), ein engagierter Mediziner, plant ein Forschungsprojekt zur Senkung der Frühgeburtensterblichkeit. Seine Idee trifft jedoch an höherer Stelle auf Ablehnung. Um sie dennoch verwirklichen zu können, entscheidet Schmith sich, mit einer Organisation aus der Bundesrepublik zusammenzuarbeiten. Diese soll ihm nicht nur die Flucht in den Westen, sondern dort auch eine Anstellung als Chefarzt in einer Kinderklinik im Inntal ermöglichen. Kurze Zeit später erfährt er, dass sein Forschungsprojekt doch genehmigt werden soll. Außerdem verliebt er sich in seine neue Kollegin Katharina (Jenny Gröllmann). Da er nun keinen Grund mehr hat zu fliehen, ignoriert er den vereinbarten Fluchttermin und verweigert sich den Erpressungen der Fluchthelfer. Doch schließlich kann er sich nicht mehr aus deren Fängen herauswinden. „Die Flucht“ behandelte überraschend offen ein Tabuthema der DDR; es war zudem der letzte DEFA-Kinofilm mit Armin Mueller-Stahl.

Neusch, Erik: **Claus und Claudia. Nach neueren Dokumenten** (Mitteldeutscher Verlag, Halle/Leipzig 1989), Neuauflage: edition digital, Pinnow 2013, 175 S. € 6,99. Bestellung unter <https://edition-digital.de/neusch/clausclaudia/>

Claus Salzbach ist ein DDR-Diplomat, der plötzlich von der Nervenkrise seiner Tochter erfährt. Die medizinische Fachschule an der sie studiert, praktiziert Erziehungsmethoden mit erstarrtem Denken, Herzlosigkeit, Verdächtigungen und Drangsalierungen, weshalb Salzbach versucht, gegen diese Ungerechtigkeit anzukämpfen. Dabei stößt er auf Anmaßung und Feigheit.

David, Heinz: **Lebensrouten** (Ärztebiographien Bd. 7), Jacobs-Verlag, Lage 2006, 706 S. € 24,90. Im Buchhandel.

Heinz David (\*1931) leitete von 1971 bis 1981 das dem Ministerium für Gesundheitswesen der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) unterstellte Institut für Wissenschaftsinformation in der Medizin, war von 1987 bis 1991 Direktor des Instituts für Pathologie der Charité und 1980–1990 Dekan der Medizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin.

Meyer, Sophie: **Immunologie im ‚kleinen Staat‘ DDR. Die tumorimmunologische Grundlagenforschung in Berlin-Buch 1948–1984**, be.bra wissenschaft verlag, Berlin 2016, 304 S. € 26,-. Im Buchhandel.

Im Zentrum der Untersuchung, deren zeitlicher Schwerpunkt auf den 1960er und 1970er Jahren liegt, steht die Arbeit an einem immunologischen Test zur Krebsdiagnose in Berlin-Buch und die Frage nach dem Agieren der wissenschaftlichen Gemeinschaft der Immunologen wie auch der Einzelakteure unter politischem Druck.

Meyer-Lenz, Johanna: **Kinderkardiologie in Halle und Leipzig 1950–2000. Die Entwicklung der Kinderkardiologie als neue Spezialdisziplin in der medizinisch-technischen Revolution des 20. Jahrhunderts** (Zur Geschichte der Kinderkardiologie in transnationalem Rahmen und in berufsbiografischer Perspektive Bd. 2), Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2018, 383 S. € 29,-. Im Buchhandel.

Rekonstruiert wird die Geschichte der Kinderkardiologie an den Standorten Halle und Leipzig für die Zeit der DDR und das Jahrzehnt nach dem Ende der deutschen Zweistaatlichkeit auf Basis ausführlicher berufsbiografischer Interviews mit dem ehemaligen Direktor der Klinik und Poliklinik für Kinderkardiologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Gisbert Wagner, und dem ehemaligen Direktor der Klinik für Kinderkardiologie der Universität Leipzig, Peter Schneider.

Braun, Wolfgang / Eberhard Keller (Hg.): **100 Jahre Universitätskinderklinik Leipzig**, Johann Ambrosius Barth, Leipzig/Heidelberg 1991, 214 S. Im antiquarischen Buchhandel.

Im hiesigen Kontext interessiert vor allem das Überblickskapitel zur Geschichte der Universitätskinderklinik und zum Wirken ihres Direktors Albrecht Peiper (1889-1968).

Kiess, Wieland / Holger Till / Kai v. Klitzing / Michael Höckel (Hg.): **Innovation und Tradition. Das Zentrum für Frauen- und Kindermedizin der Universität Leipzig**, Karger Verlag, Basel 2008, 126 S. Im antiquarischen Buchhandel.

Im Kontext der Neuerrichtung des Zentrums für Frauen- und Kindermedizin der Universität Leipzig werden hier – neben verschiedenen medizinischen, medizinhistorischen und medizinethischen Aspekten – auch Fragen des Krankenhausbaus reflektiert (etwa durch den Architekten des Neubaus Martin Richter und den Bereichsleiter Planung und Technische Gebäudeverwaltung des Universitätsklinikums, Peter Lang).

Herzog, Gabriele: **Keine Zeit für Beifall. Roman**, EDITION digital®Pekrul & Sohn, Pinnow 2012, 281 S. € 7,99. E-Book-Ausgabe von: Verlag Neues Leben, Berlin 1990, 231 S. Bestellung unter <https://edition-digital.de>

Im Zentrum des Romans steht Lissy Berger, die 1968 an der Theaterhochschule Leipzig das Studium der Theaterwissenschaften aufnimmt. Zunächst steht das Studienleben im Mittelpunkt, incl. der Kleinlichkeiten, wie sie die sozialistische Hochschule bot. Dann rückt die gerüchteweise bevorstehende Sprengung der Universitätskirche St. Pauli ins Zentrum der Handlung. Berger wird zur Kritikerin der Sprengung und engagiert sich gegen die Exmatrikulation ihrer Kommilitonen, die durch einen Sitzstreik die Sprengung der Kirche verhindern wollten. Das Manuskript entstand im Jahr 1986, es bedurfte längerer Zeit der Durchsetzung seiner Publikation, so dass es erst 1990 erschien und in der Umbruchszeit praktisch unterging.

Universität Leipzig/Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement (Hg): **Modern. Markant. Mittendrin. Die Universität Leipzig im Herzen der Stadt**, Leipziger Medien Service Gesellschaft mbH, Leipzig 2017, 98 S. € 16,90. Bezug unter <https://www.lvz-shop.de/modern-markant-mittendrin-die-universitaet-im-herzen-der-stadt.html>

Anlässlich der Eröffnung des Paulinums – Aula und Universitätskirche St. Pauli am 1.12.2017 widmete sich die reich bebilderte Publikation unter diesem Motto dem Campus der Universität am Augustusplatz.

Kleinert, Ulfrid: **Gründungsprozeß Fachhochschule: Positionen und Perspektiven aus der Sicht des Rektors der Evangelischen Fachhochschule für Sozialarbeit Dresden**, Ev. Fachhochschule für Sozialarbeit Dresden, Dresden 1994, 72 S.

U.a. zur Anerkennung des Diakonenhauses Moritzburg als Fachhochschule und zu dessen zeitgeschichtlicher Verbindung zur EFH für Sozialarbeit Dresden.

Reichel, Volker (Red.): **Chronik 50 Jahre Kanusport 1949–1999 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena**, Universitätssportverein der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena 1999, 52 S. Bezug bei: Universitätssportverein Jena, Oberaue 1, 07745 Jena.

## 2. Unveröffentlichte Graduierungsarbeiten

Schlegel, Sebastian: *Zwischen zentralen Vorgaben und Pragmatismus. Die Hochschul- und Wissenschaftspolitik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, 1945–1949*. Dissertation, Philosophische Fakultät, Friedrich-Schiller-Universität, Jena 2012, 264 S.

Peikert, Denise: *Journalistenausbildung in der DDR: Die Geschichte einer Professionalisierung? Wie sich die Lehre an der Sektion Journalistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig verändert hat – und wie ihre Qualität anhand heute geltender Standards der Journalistenausbildung zu bewerten ist*. Masterarbeit, Institut für Kommunikationswissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München, München 2012, 53 S.

Thiene, Hendrik: *Max Bürger – Ordinarius für Innere Medizin und Direktor der Leipziger Medizinischen Universitätsklinik 1937–1945 und 1947–1957*, Karl-Sudhoff-Institut für Geschichte der Medizin und Naturwissenschaften, Medizinische Fakultät der Universität Leipzig, Leipzig 2010, 126 S.

Der Internist, Pathophysiologe, Ernährungs- und Altersforscher Max Bürger (1885–1966) begründete die Gerontologie. 1937 wurde er Ordinarius für Innere Medizin und Direktor der Medizinischen Universitätsklinik Leipzig. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Bürger erneut Ordinarius für Innere Medizin und Direktor der Medizinischen Universitätsklinik und behielt dieses Amt bis zu seiner Emeritierung 1957. Die heutige „Deutsche Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie“ ist eine Nachfolgerin der 1938 von Max Bürger in Leipzig gegründeten „Deutschen Gesellschaft für Altersforschung“. Seit 1976 vergab die „Deutsche Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie“ alle zwei Jahre im Rahmen ihrer Kongresse den Max-Bürger-Preis. Nach einer wissenschaftlichen Aufarbeitung seiner Biografie – er hatte sich u.a. im Nationalsozialismus an Menschenversuchen beteiligt – wird die Namensgebung nicht fortgeführt. Die beiden zusammengefassten Institute für Klinische Immunologie und für Virologie des Universitätsklinikums der Universität Leipzig sind nach Max Bürger als Max-Bürger-Forschungszentrum (MBFZ) benannt.

Pilling, Thomas: *Entwicklung von Operationsleistungen und Operationskapazität der früheren Klinik für Kiefer-Gesichtschirurgie und Chirurgische Stomatologie der Sektion Stomatologie an der Medizinischen Akademie „Carl Gustav Carus“ Dresden in der Jahren 1964 bis 1988*, Medizinische Dissertation, Medizinische Akademie „Carl Gustav Carus“ Dresden, Dresden 1992, 68 S.

Die Arbeit zielt mittels einer zeithistorischen Untersuchung darauf ab, anhand der retrospektiven Analyse Kapazitäts- und Leistungskennziffern für die Planung künftiger kieferchirurgischer Einrichtungen zu erstellen, um eine effektive und wirtschaftlich effiziente Arbeit dieser Bereiche zu ermöglichen.

Kumbier, Ekkehardt: *Kontinuität im gesellschaftlichen Umbruch? Die Nervenheilkunde an den ostdeutschen Hochschulen im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft zwischen 1946 bis 1961*. Habilitationsschrift, Medizinische Fakultät der Universität Rostock, Rostock 2010, 101 S.

Ergänzend werden im Anhang verschiedene Aufsätze des Autors zum Thema dokumentiert.

## Autorinnen & Autoren

**Andreas Beer**, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: andreas.beer@hof.uni-halle.de

**Kalle Hauss**, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Innovation und Technik (iit) der VDI/VDE-IT. eMail: hauss@iit-berlin.de

**Daniel Hechler** M.A., Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

**Sonja Herrmann** M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Allgemeine Pädagogik, Erziehungs- und Sozialisationsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München. eMail: Sonja.Herrmann@edu.lmu.de

**Astrid Franzke**, Dr. phil., stellv. Geschäftsführerin Mentoring Hessen und Privatdozentin am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Hildesheim. eMail: franzke@em.uni-frankfurt.de

**Jörg-Peter Pahl**, Prof. Dr., Dipl.-Ing., emeritierter Professor am Institut für Berufspädagogik und Berufliche Didaktiken der TU Dresden, Gastwissenschaftler am Institut für Angewandte Bautechnik der Technischen Universität Hamburg. eMail: joergpahl@aol.com

**Peer Pasternack**, Prof. Dr., Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg. eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; www.peer-pasternack.de

**Younes Qrrou**, Dipl.-Soz.Wiss., Promovierender und Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung am Promotionskolleg „International-vergleichende Forschung zu Bildung und Bildungspolitik im Wohlfahrtsstaat“ an der Eberhard Karls Universität Tübingen. eMail: younes.qrrou@ifp.uni-tuebingen.de

**Hannes Ranke**, M. Ed., Wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Angewandte Bautechnik der Technischen Universität Hamburg. eMail: hannes.ranke@tuhh.de

**Guido Speiser**, Dr. rer. publ., stellvertretender Leiter des Berliner Büros der Max-Planck-Gesellschaft. eMail: guido.speiser@gv.mpg.de

**Oliver Sukrow**, Dr. phil., Kunst- und Architekturhistoriker, Universitätsassistent am Forschungsbereich Kunstgeschichte der Technischen Universität Wien. eMail: oliver.sukrow@tuwien.ac.at

**Angelika Trübswetter**, Dr. phil., YOUSE Berlin, Leiterin User-Centred Change. eMail: angelika.truebswetter@youse.de

**Lina Vollmer**, Dr. phil., Referentin für Diversity Management und Antidiskriminierung an der Universität zu Köln. eMail: l.vollmer@verw.uni-koeln.de

## Lieferbare Themenhefte

- Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hg.): *Arbeit an den Grenzen. Internes und externes Schnittstellenmanagement an Hochschulen* (2018, 279 S.; € 20,-)
- Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hg.): *Einszweivierpunktnull. Digitalisierung von Hochschule als Organisationsproblem. Folge 2* (2017, 176 S.; € 17,50)
- Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hg.): *Einszweivierpunktnull. Digitalisierung von Hochschule als Organisationsproblem* (2017, 193 S.; € 17,50)
- Peter Tremp / Sarah Tresch (Hg.): *Akademische Freiheit. ‚Core Value‘ in Forschung, Lehre und Studium* (2016, 181 S.; € 17,50)
- Cort-Denis Hachmeister / Justus Henke / Isabel Roessler / Sarah Schmid (Hg.): *Gestaltende Hochschulen. Beiträge und Entwicklungen der Third Mission* (2016, 170 S.; € 17,50)
- Marion Kamphans / Sigrid Metz-Göckel / Margret Bülow-Schramm (Hg.): *Tabus und Tabuverletzungen an Hochschulen* (2015, 214 S.; € 17,50)
- Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hrsg.): *Ein Vierteljahrhundert später. Zur politischen Geschichte der DDR-Wissenschaft* (2015, 185 S.; € 17,50)
- Susen Seidel / Franziska Wielepp (Hg.): *Diverses. Heterogenität an der Hochschule* (2014, 216 S.; € 17,50)
- Peer Pasternack (Hg.): *Hochschulforschung von innen und seitwärts. Sichtachsen durch ein Forschungsfeld* (2014, 226 S.; € 17,50)
- Jens Gillessen / Johannes Keil / Peer Pasternack (Hg.): *Berufsfelder im Professionalisierungsprozess. Geschlechtsspezifische Chancen und Risiken* (2013, 198 S.; € 17,50)
- Martin Winter / Carsten Würmann (Hg.): *Wettbewerb und Hochschulen. 6. Jahrestagung der Gesellschaft für Hochschulforschung in Wittenberg* (2012, 328 S.; € 17,50).
- Karsten König / Rico Rokitte: *Weltoffen von innen? Wissenschaft mit Migrationshintergrund* (2012, 210 S.; € 17,50)
- Edith Braun / Katharina Kloke / Christian Schnejderberg (Hg.): *Disziplinäre Zugänge zur Hochschulforschung* (2011, 212 S.; € 17,50)
- Peer Pasternack (Hg.): *Hochschulföderalismus* (2011, 217 S.; € 17,50)
- Carsten Würmann / Karin Zimmermann (Hg.): *Hochschulkapazitäten – historisch, juristisch, praktisch* (2010, 216 S.; € 17,50)
- Georg Krücken / Gerd Grözinger (Hg.): *Innovation und Kreativität an Hochschulen* (2010, 211 S.; € 17,50)
- Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hg.): *Zwischen Intervention und Eigensinn. Sonderaspekte der Bologna-Reform* (2009, 215 S.; € 17,50)
- Peer Pasternack (Hg.): *Hochschulen in kritischen Kontexten. Forschung und Lehre in den ostdeutschen Regionen* (2009, 203 S.; € 17,50)
- Robert D. Reisz / Manfred Stock (Hg.): *Private Hochschulen – Private Higher Education* (2008, 166 S.; € 17,50)
- Martin Winter: *Reform des Studiensystems. Analysen zum Bologna-Prozess* (2007, 218 S.; € 17,50)
- Peer Pasternack: *Forschungslandkarte Ostdeutschland*, unt. Mitarb. v. Daniel Hechler (Sonderband 2007, 299 S., € 17,50)
- Reinhard Kreckel / Peer Pasternack (Hg.): *10 Jahre HoF* (2007, 197 S., € 17,50)
- Karsten König (Hg.): *Verwandlung durch Verhandlung? Kontraktsteuerung im Hochschulsektor* (2006, 201 S.; € 17,50)
- Georg Krücken (Hg.): *Universitäre Forschung im Wandel* (2006, 224 S.; € 17,50)

Bestellungen unter: [institut@hof.uni-halle.de](mailto:institut@hof.uni-halle.de)  
<http://www.die-hochschule.de>

**Schutzgebühren:** Einzelheft € 17,50. Jahresabonnement € 34,-. PrivatabonnentInnen € 19,- (Abogebühren inklusive Versandkosten)

**Kündigungen:** Jeweils bis vier Wochen vor Ablauf des Jahres für den folgenden Jahrgang.

Gemäß § 33 Bundesdatenschutzgesetz weisen wir unsere AbonnentInnen darauf hin, dass wir Namen und Anschrift ausschließlich zum Zweck der Abonnementverwaltung maschinell gespeichert haben.

Kopiervorlage:

<b>Bestellung</b>	
Ich/wir bestelle/n:	
1. Einzelheft Nr. ....	€ 17,50
2. .... mal <i>die hochschule</i> im Jahresabonnement	à € 34,-
3. .... mal <i>die hochschule</i> im PrivatabonnentInnen-Abo	à € 19,-
Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft. Ich erkläre mich damit einverstanden, dass sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist (Jahresende) kündige.	
.....	
Name	
.....	
Adresse	
.....	
eMail.....	
Ort, Datum	Unterschrift

Einzusenden an:  
Institut für Hochschulforschung, Vertrieb „die hochschule“,  
Collegienstr. 62, 06886 Wittenberg, oder [institut@hof.uni-halle.de](mailto:institut@hof.uni-halle.de)

## HoF-Handreichungen

Online unter <https://www.hof.uni-halle.de/journal/handreichungen.htm>

Justus Henke / Peer Pasternack: *Hochschulsystemfinanzierung. Wegweiser durch die Mittelströme*, Halle-Wittenberg 2017, 93 S.

Justus Henke / Peer Pasternack / Sarah Schmid: *Third Mission bilanzieren. Die dritte Aufgabe der Hochschulen und ihre öffentliche Kommunikation*, Halle-Wittenberg 2016, 109 S.

Martina Dömling / Peer Pasternack: *Studieren und bleiben. Berufseinstieg internationaler HochschulabsolventInnen in Deutschland*, Halle-Wittenberg 2015, 98 S.

Justus Henke / Romy Höhne / Peer Pasternack / Sebastian Schneider (2014): *Mission possible – Gesellschaftliche Verantwortung ostdeutscher Hochschulen: Entwicklungschance im demografischen Wandel*, Halle-Wittenberg 2014, 118 S.

Jens Gillessen / Isabell Maue (Hg.): *Knowledge Europe. EU-Strukturfondsfinanzierung für wissenschaftliche Einrichtungen*, Halle-Wittenberg 2014, 127 S.

Peer Pasternack / Steffen Zierold: *Überregionale Regionalität. Hochschulbeiträge zur Entwicklung demografisch herausgeforderter Regionen. Kommentierte Thesen*, unt. Mitarb. v. Thomas Erdmenger, Jens Gillessen, Daniel Hechler, Justus Henke und Romy Höhne, Halle-Wittenberg 2014, 120 S.

Peer Pasternack / Johannes Keil: *Vom ‚mütterlichen‘ Beruf zur differenzierten Professionalisierung. Ausbildungen für die frühkindliche Pädagogik*, Halle-Wittenberg 2013, 107 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Regional gekoppelte Hochschulen. Die Potenziale von Forschung und Lehre für demografisch herausgeforderte Regionen*, Halle-Wittenberg 2013, 99 S.

Peer Pasternack / Daniel Hechler: *Hochschulzeitgeschichte. Handlungsoptionen für einen souveränen Umgang*, Halle-Wittenberg 2013, 99 S.

Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Hochschulorganisationsanalyse zwischen Forschung und Beratung*, Halle-Wittenberg 2012, 99 S.

Peer Pasternack (Hg.)

### Kurz vor der Gegenwart

**20 Jahre zeitgeschichtliche Aktivitäten  
am Institut für Hochschulforschung  
Halle-Wittenberg (HoF) 1996–2016**

Berlin 2017, 291 S.

ISBN 978-3-8305-3796-0

Bezug: [institut@hof.uni-halle.de](mailto:institut@hof.uni-halle.de)

Auch unter <http://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/>

Kurz-vor-der-Gegenwart\_WEB.pdf



## Schriftenreihe „Hochschul- und Wissenschaftsforschung Halle-Wittenberg“ 2011–2019

Justus Henke: *Third Mission als Organisationsherausforderung. Neuausrichtung der Machtstrukturen in der Hochschule durch Professionalisierungstendenzen im Wissenschaftsmanagement*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2019, 296 S.

Peer Pasternack: *Fünf Jahrzehnte, vier Institute, zwei Systeme. Das Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin (ZHB) und seine Kontexte 1964–2014*, BWV – Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2019, 497 S.

Rui Wu: *Zur Promotion ins Ausland. Erwerb von implizitem Wissen in der Doktorandenausbildung. Am Beispiel der wissenschaftlichen Qualifikationsprozesse chinesischer Doktoranden in Deutschland*, BWV – Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2019, 383 S.

Daniel Hechler / Peer Pasternack / Steffen Zierold: *Wissenschancen der Nichtmetropolen. Wissenschaft und Stadtentwicklung in mittelgroßen Städten*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2018, 359 S.

Peer Pasternack / Sebastian Schneider / Peggy Trautwein / Steffen Zierold: *Die verwaltete Hochschulwelt. Reformen, Organisation, Digitalisierung und das wissenschaftliche Personal*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2018, 361 S.

Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Hochschulen und Stadtentwicklung in Sachsen-Anhalt*, unter Mitwirkung von Jens Gillessen, Uwe Grelak, Justus Henke, Sebastian Schneider, Peggy Trautwein und Steffen Zierold, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2018, 347 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Kurz vor der Gegenwart. 20 Jahre zeitgeschichtliche Aktivitäten am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) 1996–2016*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2017, 291 S.

Justus Henke / Peer Pasternack / Sarah Schmid: *Mission, die dritte. Die Vielfalt jenseits hochschulischer Forschung und Lehre: Konzept und Kommunikation der Third Mission*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2017, 274 S.

Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Theologie im Sozialismus. Konfessionell gebundene Institutionen akademischer Bildung und Forschung in der DDR. Eine Gesamtübersicht*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2016, 341 S.

Peer Pasternack: *20 Jahre HoF. Das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg 1996–2016: Vorgeschichte – Entwicklung – Resultate*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2016, 273 S.

Peer Pasternack / Isabell Maue: *Die BFI-Policy-Arena in der Schweiz. Akteurskonstellation in der Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik*, unt. Mitarb. v. Daniel Hechler, Tobias Kolasinski und Henning Schulze, BWV Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2016, 327 S.

Peer Pasternack: *Die DDR-Gesellschaftswissenschaften post mortem: Ein Vierteljahrhundert Nachleben (1990–2015). Zwischenfazit und bibliografische Dokumentation*, unt. Mitarb. v. Daniel Hechler, BWV Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2016, 613 S.

Peer Pasternack: *Die Teilakademisierung der Frühpädagogik. Eine Zehnjahresbeobachtung*, unter Mitwirkung von Jens Gillessen, Daniel Hechler, Johannes Keil, Karsten

König, Arne Schildberg, Christoph Schubert, Viola Strittmatter und Nurdin Thielemann, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2015, 393 S.

Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Künstlerische Hochschulen in der DDR. 25 Jahre zeithistorische Aufklärung 1990–2015: Eine Auswertung mit bibliografischer Dokumentation*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2015, 146 S.

Justus Henke / Peer Pasternack / Steffen Zierold (Hg.): *Schaltzentralen der Regionalentwicklung: Hochschulen in Schrumpfungsräumen*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2015, 330 S.

Peer Pasternack: *Akademische Medizin in der DDR. 25 Jahre Aufarbeitung 1990–2014*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2015, 274 S.

Roland Bloch / Monique Lathan / Alexander Mitterle / Doreen Trümpler / Carsten Würmann: *Wer lehrt warum? Strukturen und Akteure der akademischen Lehre an deutschen Hochschulen*, Leipzig 2014, 274 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Wissensregion Sachsen-Anhalt. Hochschule, Bildung und Wissenschaft: Die Expertisen aus Wittenberg*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 225 S.

Johannes Keil: *Und der Zukunft zugewandt? Die Weiterbildung an der Humboldt-Universität zu Berlin 1945-1989*, Leipzig 2014, 358 S.

Romy Hilbrich / Karin Hildebrandt / Robert Schuster (Hg.): *Aufwertung von Lehre oder Abwertung der Professur? Die Lehrprofessur im Spannungsfeld von Lehre, Forschung und Geschlecht*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 330 S.

Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Die Bildungs-IBA. Bildung als Ressource im demografischen Wandel: Die Internationale Bauausstellung „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 504 S.

Reinhard Kreckel / Karin Zimmermann: *Hasard oder Laufbahn. Akademische Karrierestrukturen im internationalen Vergleich*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 277 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Jenseits der Metropolen. Hochschulen in demografisch herausgeforderten Regionen*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2013, 571 S.

Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Traditionsbildung, Forschung und Arbeit am Image. Die ostdeutschen Hochschulen im Umgang mit ihrer Zeitgeschichte*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2013, 505 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Hochschulen nach der Föderalismusreform*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2011, 368 S.

Peer Pasternack

## 20 Jahre HoF

### Das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg 1996–2016: Vorgeschichte – Entwicklung – Resultate

Berlin 2016, 273 S.

ISBN 978-3-937573-41-0

Bezug: [institut@hof.uni-halle.de](mailto:institut@hof.uni-halle.de)

Auch unter [http://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/01\\_20\\_J\\_HoF\\_Buch\\_ONLINE.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/01_20_J_HoF_Buch_ONLINE.pdf)



## HoF-Arbeitsberichte 2015–2019

Online unter: [https://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof\\_arbeitsberichte.htm](https://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof_arbeitsberichte.htm)

109: Justus Henke / Norman Richter / Sebastian Schneider / Susen Seidel: *Disruption oder Evolution? Systemische Rahmenbedingungen der Digitalisierung in der Hochschulbildung*, 2019, 158 S.

108: Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Lebensbegleitend: Konfessionell gebundene religiöse, politische und kulturelle Allgemeinbildungsaktivitäten incl. Medienarbeit in der DDR. Dokumentation der Einrichtungen, Bildungs- und Kommunikationsformen*, 2018, 143 S.

107: Anke Burkhardt / Florian Harrlandt: *Dem Kulturwandel auf der Spur. Gleichstellung an Hochschulen in Sachsen. Im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst*, unter Mitarbeit von Zozan Dikkat und Charlotte Hansen, 2018, 124 S.

106: Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Konfessionelle Fort- und Weiterbildungen für Beruf und nebenberufliche Tätigkeiten in der DDR. Dokumentation der Einrichtungen und Bildungsformen*, 2018, 107 S.

105: Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Das kirchliche Berufsbildungswesen in der DDR*, 2018, 176 S.

104: Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Konfessionelles Bildungswesen in der DDR: Elementarbereich, schulische und nebenschulische Bildung*, 2017, 104 S.

103: Peer Pasternack / Sebastian Schneider / Peggy Trautwein / Steffen Zierold: *Ausleuchtung einer Blackbox. Die organisatorischen Kontexte der Lehrqualität an Hochschulen*, 2017, 103 S.

102: Anke Burkhardt / Gunter Quaißer / Barbara Schnalzer / Christoph Schubert: *Förderlandschaft und Promotionsformen. Studie im Rahmen des Bundesberichts Wissenschaftlicher Nachwuchs (BuWiN) 2017*, 2016, 103 S.

101: Peer Pasternack: *25 Jahre Wissenschaftspolitik in Sachsen-Anhalt: 1990–2015*, 2016, 92 S.

100: Justus Henke / Peer Pasternack / Sarah Schmid / Sebastian Schneider: *Third Mission Sachsen-Anhalt. Fallbeispiele OVGU Magdeburg und Hochschule Merseburg*, 2016, 92 S.

1'16: Peer Pasternack: *Konsolidierte Neuaufstellung. Forschung, Wissenstransfer und Nachwuchsförderung am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) 2011–2015*, 124 S.

3'15: Peggy Trautwein: *Lehrpersonal und Lehrqualität. Personalstruktur und Weiterbildungschancen an den Hochschulen Sachsen-Anhalts*, unter Mitarbeit von Thomas Berg, Sabine Gabriel, Peer Pasternack, Annika Rathmann und Claudia Wendt, 44 S.

2'15: Justus Henke / Peer Pasternack / Sarah Schmid: *Viele Stimmen, kein Kanon. Konzept und Kommunikation der Third Mission von Hochschulen*, 107 S.

1'15: Peggy Trautwein: *Heterogenität als Qualitätsherausforderung für Studium und Lehre. Ergebnisse der Studierendenbefragung 2013 an den Hochschulen Sachsen-Anhalts*, unter Mitarbeit von Jens Gillessen, Christoph Schubert, Peer Pasternack und Sebastian Bonk, 116 S.

Peer Pasternack

## Fünf Jahrzehnte, vier Institute, zwei Systeme

Das Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin (ZHB) und seine Kontexte 1964–2014

Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2019, 497 S.  
ISBN 978-3-8305-3951-3. € 37,-

1982 waren vier Einrichtungen zum Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin (ZHB) fusioniert worden. Damit entstand ein Großinstitut mit 230 Wissenschaftlerinnen. 1991 schloss sich daran die Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst an, die bis 1995 die ostdeutsche Hochschultransformation dokumentierte und erforschte. 1996 wurde das heutige Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) gegründet. Vom ZHB ausgehend werden das wichtigste Vorgängerinstitut, das Umfeld sonstiger Forschungen über Hochschulen in der DDR incl. Wissenschaftsforschung und die sich in den 90er Jahren anschließenden Einrichtungen in den Blick genommen.

Das ZHB unterstand unmittelbar dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen und war insofern ein Ressortforschungsinstitut. Die Ressortforschung der DDR hat bislang wenig wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfahren. Doch setzte sich das DDR-Wissenschaftssystem nicht nur aus Hochschulen, Akademien der Wissenschaften und Industrieforschung zusammen, sondern auch aus Instituten, die der Regierung oder dem SED-Zentralkomitee zugeordnet waren: im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich insgesamt 22. Wie in allen Staaten, so galt auch in der DDR: Die entsprechenden Einrichtungen wurden unterhalten, um politisch definierte Erkenntnisinteressen zu befriedigen.



Rui Wu

## Zur Promotion ins Ausland

Erwerb von implizitem Wissen in der Doktorandenausbildung am Beispiel der wissenschaftlichen Qualifikationsprozesse chinesischer Doktoranden in Deutschland

Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2019, 383 S.  
ISBN 978-3-8305-3939-1. € 27,-

In der Promotionspraxis steht dem expliziten Wissen ein umfangreiches implizites Wissen gegenüber. Während explizites Wissen etwa in Regelwerken und Handbüchern fixiert ist, zeigt sich implizites Wissen vor allem in gelingender Praxis. Der Erwerb dieses stillen Wissens ist zentral für das erfolgreiche Durchlaufen des Promotionsprozesses. Hier wird jedoch gegenwärtig auf das vermittelte explizite Wissen fokussiert. Ein Bild des relevanten impliziten Wissens entsteht, wenn man die Entwicklungsaufgaben während des Promotionsprozesses und die Bewältigungsstrategien der Doktoranden betrachtet. In deren Zusammenspiel vollzieht sich die akademische Professionalisierung und persönliche Entwicklung der Doktoranden: Während der drei Promotionsphasen (Einstiegs-, Qualifizierungs- und Abschlussphase) stehen die Doktoranden vor wechselnden Entwicklungsaufgaben, die sie identifizieren und mittels unterschiedlicher Bewältigungsstrategien bearbeiten müssen. Die Bewältigungsstrategien werden plastisch herausgearbeitet durch die Auswertung von zahlreichen Interviews mit chinesischen Doktoranden, die in den unterschiedlichen Promotionsphasen wiederholt wurden. Je nach Entwicklungsphase können die Bewältigungsstrategien als Eigeninitiative, Eigenverantwortung und Eigenart charakterisiert werden. Abschließend werden diese Befunde in praktische Handlungsempfehlungen übersetzt – von der Sensibilisierung der Doktoranden und ihrer Betreuer.innen für die Herausforderungen des impliziten Wissens bis hin zur Schaffung spezifischer Veranstaltungsformate zu deren Thematisierung und Bearbeitung.



*Justus Henke*

## **Third Mission als Organisationsherausforderung**

Neuausrichtung der Machtstrukturen in der Hochschule durch Professionalisierungstendenzen im Wissenschaftsmanagement

Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2019, 296 S.  
ISBN 978-3-8305-3968-1. € 28,-

Von Hochschulen werden verstärkt zusätzliche Beiträge zu einer positiven gesellschaftlichen Entwicklung erwartet, die sich unter dem Begriff Third Mission fassen lassen. Für eine strategische Entwicklung sind die Hochschulen allerdings auch auf das Wissenschaftsmanagement angewiesen, dessen konzeptionelle Zuarbeiten und operativen Tätigkeiten sie für die Organisation und Kommunikation der Third Mission benötigen.

Anhand der Analyse der Beziehungen des Wissenschaftsmanagements innerhalb der Hochschule wird die zentrale Fragestellung untersucht, welche Möglichkeiten der Einflussnahme Wissenschaftsmanager/innen mit Third-Mission-Aufgaben in ihren Beziehungen zu Hochschulleitung und Wissenschaftler/innen angesichts der gestiegenen Bedeutung dieses Themas in der Hochschule haben, inwiefern ihnen das hilft, ihre professionelle Rolle in der Hochschule zu stärken und welche dieser Möglichkeiten sie tatsächlich geltend machen.

Ein zentraler Befund der empirischen Untersuchung ist, dass die Wissenschaftsmanager/innen ihre Einflussmöglichkeiten nicht so nachdrücklich geltend machen wie erwartet, was insbesondere durch das bestehende Nebeneinander zweier Kulturen im Wissenschaftsmanagement verursacht ist: einem manageriellen Rollenverständnis und einem eher dienstleistungsorientierten, ohne ausprägten Mitgestaltungsanspruch.

